

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Der
planmäßige Untergang
der US-Kolonie
BRD**

Sonderheft Nr. 51



Der planmäßige Untergang der US-Kolonie BRD

Sonderheft Nr. 51

Klimawandel vom 01.03.2021-09.03.2023

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	<u>Seite</u>
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über den Klimawandel vom 01.03.2021-09.03.2023	2-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über den Klimawandel vom 01.03.2021-09.03.2023

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/18129" berichtete am 1. März 2021 (x1.000/...): >>>Klimaschutz - das neue Gesicht der Eugenik

... In der letzten Januarwoche 2021 fand das Jahrestreffen des Weltwirtschaftsforums (WEF) statt. Dabei forderten Bundeskanzlerin Angela Merkel, EU-Präsidentin Ursula von der Leyen und die Klimaaktivistin Greta Thunberg in ihren Reden international deutlich mehr Tempo beim Klima- und Umweltschutz. Die drei sind sich einig, daß es im Kampf um ein besseres Klima jetzt konkrete Maßnahmen brauche.

Dem entsprechend hat die EU bereits Ende 2020 ihr Klimaziel verschärft: Bis 2030 soll der CO₂-Ausstoß nicht, wie bisher geplant, um 40, sondern um 55 Prozent gesenkt und bis 2050 auf Null reduziert werden. Das auf sieben Jahre angelegte EU-Budget von 1,2 Billionen Euro, als auch der neue 750 Milliarden schwere Wiederaufbaufonds, soll zu einem großen Teil für Investitionen in die CO₂-Reduzierung genutzt werden.

Auch warnte von der Leyen in ihrer Rede: "Wenn wir nicht schnell handeln, um unsere Umwelt zu schützen, dann ist die nächste Pandemie bald da." Angesichts der Tatsache, daß dem Klimaschutz eine so hohe Bedeutung beigemessen und die Klimaerwärmung sogar in Zusammenhang mit einer weiteren Pandemie gebracht wird, lohnt es sich, einen Rückblick auf die Ursprünge der Umweltbewegung zu werfen: Begonnen hatte alles mit Julian Huxley, dem sogenannten "Erfinder" der Umweltschutzbewegung und Gründer der größten privaten Naturschutzorganisation, dem "World Wildlife Fund" (WWF).

Huxley war allerdings zugleich ein Verfechter der Eugenik. Die Ideologie der Eugenik forderte damals im extremsten Fall sogar die Sterilisierung oder Tötung "lebensunwerter" Mitglieder der Gesellschaft, um die Kosten für deren Versorgung einzusparen. Auch verfolgten Eugeniiker das Ziel einer Bevölkerungskontrolle, um das Wachstum der Bevölkerung in Schach zu halten. Sie waren der Ansicht, die englische Oberklasse habe das Recht zu herrschen, weil sie genetisch überlegen sei.

Auch strebten sie danach, die Gesellschaft in die Zeit vor der Amerikanischen Revolution, d.h. in die finsternen Zeiten des Mittelalters zurückzusetzen, als mächtige Familien über unwissende Bauern und Untertanen herrschten. Als nun durch die Geschehnisse im dritten

Reich die Eugenik in Verruf geraten war, brauchten die Verfechter dieser Ideologie ein neues Gesicht für die Eugenik. So ernannte man Julian Huxley, den Vizepräsidenten der britischen Eugenik-Gesellschaft, im Jahr 1946 zum ersten Generaldirektor der UNESCO ("Internationale Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur").

Ein von ihm verfaßtes offizielles UNO-Dokument "Die UNESCO, ihr Zweck und ihre Philosophie", zeigt eindrücklich, wessen Geistes Kind er war: "Auch wenn es sicher richtig ist, daß eine radikale eugenische Politik für viele Jahre politisch und psychologisch unmöglich sein wird, wird es für die UNESCO wichtig sein, dafür zu sorgen, daß das eugenische Problem mit der größten Sorgfalt geprüft und die Öffentlichkeit über das fragliche Thema informiert wird, damit vieles, was heute undenkbar erscheint, wenigstens wieder denkbar wird."

Ziel der führenden Eugeniker war also, das Thema Eugenik bzw. Bevölkerungskontrolle ganz neu zu verpacken, so daß es keine Assoziationen mehr mit der dahinter stehenden Eugenik zuließ. Dieses neue Gesicht lautete von nun an: Schutz der Erde vor Ausbeutung, Verschmutzung und einer ökologischen Katastrophe, verursacht durch den Menschen. Huxley predigte, daß der Begriff Umweltschutz bzw. Ökologie nun an die Stelle des diskreditierten Begriffs der Eugenik treten müsse.

Es folgten nun Jahre der "Aufklärung", in denen eine wachsende Weltbevölkerung als Bedrohung dargestellt wurde, um so die Notwendigkeit der Bevölkerungskontrolle und des Umweltschutzes in der öffentlichen Wahrnehmung zu verankern. Die UNESCO diente dazu als ideales Sprungbrett. Somit entstanden nach und nach verschiedene Organisationen und Publikationen: - 1948 gründete Huxley die "Internationale Union für Umweltschutz" (IUCN). - 1961 wurde durch Huxley der WWF (World Wildlife Fund) ins Leben gerufen.

Andere prominente Gründungsmitglieder waren z.B. Godfrey A. Rockefeller, der niederländische Prinz Bernhard - ein Mitinitiator der Bilderberger - und der Ehemann der englischen Königin Elisabeth II, Prinz Philip. Sie alle verband ein gemeinsames Ziel: "Die öffentliche Meinung nutzen und die Welt über die Notwendigkeit des Naturschutzes unterrichten". -

1969 veröffentlichte die damalige US-Regierung unter Präsident Nixon den Bericht "Bevölkerungswachstum und die amerikanische Zukunft", der unter der Leitung von John D. Rockefeller erstellt wurde, dessen Familie maßgeblich an der Finanzierung und Förderung der Eugenik beteiligt war. Daß es offenbar darum ging, die Eugenik wieder hoffähig zu machen, zeigt folgendes Zitat: "Die Bevölkerung kann nicht unendlich weiter wachsen. Keiner stellt das in Frage und wir haben in unserem Befund gesagt, daß wir glauben, daß die Nation jetzt eine stabilisierte Bevölkerung (szahl) begrüßen und planen sollte." -

1972 wurde in Stockholm die erste internationale Umweltkonferenz veranstaltet. Noch heute gilt diese als Meilenstein in der Geschichte der modernen Umweltbewegung und als Beginn der internationalen Umweltpolitik. Geleitet wurde sie von Maurice Strong, einem Mann aus dem internationalen Ölgeschäft und engen Freund von David Rockefeller. Seither standen für die Umweltbewegung in den letzten Jahrzehnten immer wieder andere Krisenthemen im Mittelpunkt, wie z.B. der saure Regen, das Ozonloch, die Tropenwälder usw.

Im Jahr 1988 wurde schließlich der IPCC ("Intergovernmental Panel on Climate Change") gegründet, bekannt unter dem Namen "Weltklimarat". Die erstellten Berichte des Klimarates dienten den Medien und vielen weiteren Sprachrohren des "Global Warming", wie zum Beispiel dem ehemaligen US-amerikanischen Vizepräsidenten Al Gore, als maßgebliche Quellen. Inzwischen ist das Thema Klimaerwärmung und die damit verbundene Reduzierung des CO₂-Ausstoßes immer mehr in den Vordergrund gerückt, so daß es heute sowohl in der Politik als auch in den führenden Elitetreffen zum großen Thema geworden ist, womit sich der Kreis zur Eugenik schließt.

Denn wird die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes so umgesetzt wie geplant, kommt dies einer schleichenden De-Industrialisierung gleich. Wirtschaftlich würde es uns um Jahrzehnte oder

sogar Jahrhunderte zurückwerfen und hätte unausweichlich auch eine Reduktion der Bevölkerung zur Folge. Diese aufgeführten Zusammenhänge über die Ursprünge der Umwelt- und Klimaschutzbewegung legen eindrücklich dar, daß es für uns alle ratsam ist, wachsam zu sein und den lautstark propagierten Klimaschutz kritisch zu betrachten.

Der große Wunsch von Prinz Philip ist eine Pandemie. Dies äußerte er 1988 gegenüber der Deutschen Presseagentur: "Wenn ich wiedergeboren werde, dann möchte ich als tödliches Virus wiederkehren, um etwas zur Lösung der Überbevölkerung beizutragen."

Frau von der Leyen warnte in ihrer Rede auf dem World Economic Forum vor einer weiteren Pandemie, sollten die Klimaziele nicht eingehalten werden. Kann es sein, daß hinter der Klimabewegung nach wie vor der perfide Plan von Eugenikern steckt, die zwar in neuem Gewand auftreten, letztlich aber nicht den Schutz unserer Umwelt verfolgen, sondern das Ziel, die Menschheit zu reduzieren? ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 14. März 2021 (x1.000/...):

>>**Doku Klimawandel - Menschen zwischen Wissen und Glauben**

... Ist das Klima so einfach zu beeinflussen, wie es uns von Politik und Medien immer wieder präsentiert wird? Vielen Menschen reicht die vorgekaute Meinung einschlägiger Lobbyisten völlig aus, anderen wiederum erscheint diese Thematik zu komplex, um sich selbst gründlich damit auseinanderzusetzen. Der Autor Prof. Dr. Werner Kirstein, ein erfahrener Klimatologe und Physiker, hat sich seit über 40 Jahren mit den naturwissenschaftlichen Prozessen der regionalen und globalen Klimaschwankungen befaßt.

In seinem neuen Buch: "KLIMAWANDEL - Realität, Irrtum oder Lüge? Menschen zwischen Wissen und Glauben" erklärt er für jedermann verständlich die Fakten zu den "Brennpunkten" beim Klimawandel. Es wird insbesondere aufgezeigt: Klimawandel ist Realität, Klimawandel ist ein Irrtum und Klimawandel ist eine Lüge. Trotz dieser offensichtlichen Gegensätze ist jede der drei Aussagen richtig. Wie kann das sein? In seinem leicht lesbaren, etwa 200 Seiten fassenden Buch geht Werner Kirstein auf diese und viele weitere Fragen ein.

Einige dieser "Brennpunkte" werden in dieser Dokumentation beleuchtet. Dazu werden einige Auszüge direkt aus Werner Kirsteins Buch übernommen oder in eigenen Worten gekürzt wiedergegeben.

Klimawandel ist Realität

Das Klima der Erde hat sich schon immer geändert, das heißt konkret: Klimawandel ist Realität - gemeint ist der natürliche Klimawandel! Die Spuren der Klimaänderungen bzw. Klimaschwankungen werden seit langem durch Klimatologen und Geologen erforscht und sind unter anderem durch Auswertung von Baumringen, Sediment-Analysen und Reliefveränderungen der Erdoberfläche belegt.

Im Wechsel der Warm- und Kaltzeiten hat sich mit zeitlicher Verzögerung auch die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre geändert. Zuerst stieg immer die Temperatur, viel später folgte dann der Anstieg der CO₂-Konzentration. Die Temperaturunterschiede betragen bis zu 10 Grad Celsius, z.B. ist die Temperatur heute etwa 10 Grad tiefer als in den Warmzeiten der Erdgeschichte! Und auch die CO₂-Konzentration war oft wesentlich höher als heute.

Die Temperaturänderungen beruhten immer auf natürlichen Ursachen, wie der Sonnenaktivität und den Erdbahnparametern, nie war der Mensch für wechselhaftes Klima in irgendeiner Weise verantwortlich.

Klimawandel ist (ein) Irrtum

Von der Deutschen Physikalischen Gesellschaft wurde 1986 die Warnung vor einer "drohenden weltweiten Klimakatastrophe" aufgrund einer fehlerhaften Statistik, der Mauna-Loa-Kurve, ausgegeben.

Die Mauna-Loa-Kurve zeigt eine Scheinkorrelation von Temperatur- und CO₂-Anstieg auf. Daraufhin wurde behauptet, daß die Temperatur der Erde vom Gehalt der Luft an Spurenga-

sen, wie CO₂, abhängen. Computersimulationen und Modellrechnungen auf der Grundlage dieses fatalen Irrtums sagten folglich immer eine Erwärmung voraus. Auch die Klimaentwicklung in der Vergangenheit sowie die Dynamik der Wolkenentwicklungen und Meeresströmungen können in Modellen nicht korrekt erfaßt werden.

So kam es zu völlig falschen Voraussagen. Selbst der Weltklimarat (IPCC) gab 2001 zu: "In der Klimaforschung und -modellierung sollten wir erkennen, daß es sich um ein gekoppeltes nicht-lineares chaotisches System handelt. Deshalb sind längerfristige Vorhersagen über die Klimaentwicklung nicht möglich."

Klimawandel ist (eine) Lüge

So konnte sich die politische Drohung "Klimaerwärmung" zu einem unglaublich großen Lügen-Monster aufblähen, mit dem das EU-Parlament noch 2019 den "Klimanotstand" ausgerufen hat.

Aber immer mehr Wissenschaftler und auch einige Politiker wenden sich von den apokalyptischen Aussagen des Weltklimarates ab. Verschiedene Studien und Temperaturkurven wurden als Lügen und Fälschungen entlarvt. So wurden zum Beispiel in der Hockystick-Graphik die realen Temperaturschwankungen mit der langen Warmphase im 12. Jahrhundert ausgeglichen und ein quasi stabiles Klima über 800 Jahre vorgegaukelt, um dann den Temperaturanstieg ab 1900 auf die CO₂-Emissionen durch die Industrialisierung zurückzuführen.

Trotz dieser erkannten Lügen fließen staatliche Fördergelder gezielt in diese "politisch vorrangige" Forschung. Der sogenannte menschengemachte Klimawandel ist zu einem Glaubensbekenntnis geworden, das die Wahrheit mit allen Mitteln zu unterdrücken versucht. Wetter ist nicht gleich Klima. Schon vor mehr als hundert Jahren hat sich die Klimatologie darauf verständigt, aufgezeichnete Wetterereignisse und -parameter aus mindestens dreißig Jahren auszuwerten, um Klimaaussagen treffen zu können.

Klima ist eigentlich nichts anderes als eine gigantische Wetterdatensammlung aus der Vergangenheit, folglich kann Klima auch nicht geschützt werden. Klima kann immer nur langfristig und großräumig beobachtet werden. Die staatlich bezahlten Meteorologen in den Leitmedien deuten schon wenige heiße und trockene Tage als Extremwetter und als Beweis einer bereits eingetretenen Klimakatastrophe.

Es sind aber nur zeitlich begrenzte und lokal auftretende Wetterphänomene, die den Bürgern als Klimakatastrophe präsentiert werden. Werden die Begriffe Wetter und Klima absichtlich von Politik und Leitmedien verwischt, um die Bürger zu verunsichern und zu täuschen? Ein Volk mit Zukunftsängsten kann viel leichter von den "Klimazielen" überzeugt und auf Klimasteuern und weitere Verteuerungen eingestimmt werden.

Auch die Klimaforscher des Potsdam-Institutes für Klimafolgenforschung (PIK) benutzen gerne die Verwechslung von Wetter und Klima für ihre Panikmache. Stehen hier für die Klimaforscher Fördergelder für Klima-Alarmismus im Vordergrund?

Die Rolle des Weltklimarates (IPCC)

Der Weltklimarat (IPCC) wurde 1988 vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und von der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) gegründet.

Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt brachte sein Mißtrauen dem IPCC gegenüber in seiner Rede zur globalen Erwärmung in Berlin 2011 zum Ausdruck: "Die vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) bisher gelieferten Unterlagen stoßen auf Skepsis, zumal einige der beteiligten Forscher sich als Betrüger erwiesen haben."

Von den anfänglich 2.500 Experten des IPCC blieben nur 5 übrig, die an der Hypothese des menschengemachten Klimawandels festhielten. Trotzdem vertrauen Politiker, die mittlerweile den IPCC prägen, den rein hypothetischen Modellen und den ideologisch geprägten Denkanätzen blind. Nur Anfang der 1980er Jahre waren tatsächlich Klimaexperten im IPCC vertreten. Die Frage ist, warum so unwissenschaftlich und propagandistisch gearbeitet wird.

Finanzielle Interessen am Mythos der von Menschenhand gemachten Klimakatastrophe werden ersichtlich, wie Kenner der Szene bestätigen. Profiteure der horrenden Geldmittel sind u.a. Privatpersonen wie Al Gore, der frühere US-Vizepräsident, Warren Buffet, Elon Musk, der 1,5 Milliarden US-Dollar aus Steuergeldern bekam, Vinod Khosla und James Cameron. Aber auch Forschungsgruppen und Institute, die Fördergelder bekommen, sowie diverse Industriezweige und Banken, wie die Weltbank, profitieren von diesem Mythos.

Das Eingeständnis eines Alarmisten

Wie ein Klima-Gläubiger durch ein "Damaskus-Erlebnis" vom Saulus zum Paulus wurde, zeigt eindrucksvoll James Lovelock, der in einem Interview erklärt, daß er sich mit seinen alarmistischen Prognosen geirrt habe. Er habe genauer über die Modelle nachgedacht, auf deren Grundlage die Klimakatastrophe prognostiziert werde. Diese Modelle, so Lovelock, überzeugten ihn nicht mehr.

"Das Problem ist, daß wir noch viel zu wenig über das Klima wissen. Noch vor 20 Jahren dachten wir, wir hätten alles im Griff. Dies führte dann zu einigen alarmistischen Büchern, darunter auch meins, weil es so eindeutig aussah. Aber es ist nicht eingetreten. Das Klima absolviert sein übliches Programm. Im Grunde ist nichts Außergewöhnliches passiert. Dabei hatten wir angenommen, daß wir heute auf halbem Wege in eine überhitzte Welt sein sollten. Jedoch hat sich die Welt seit Beginn des Millenniums kaum erwärmt. ...

Die Temperatur ist nahezu konstant geblieben, obwohl sie hätte ansteigen sollen.

Dabei ist der Kohlendioxidgehalt in der gleichen Zeit weiter angestiegen, darüber herrscht kein Zweifel." Klimawandel: Glaube contra Wissen Werner Kirstein veranschaulicht in seinem Werk, wie der Mensch im Spannungsfeld zwischen 'Glauben' und 'Wissen' steht. Hier nur drei Beispiele:

1. Glaube: Alte Fotos zeigen ausgedehnte Alpengletscher, während jüngere Fotos im Vergleich zurückgewichene Gletscher zeigen. Alarmsignal einer nahenden Klimakatastrophe?

Wissen: Anhand von Baum- und Pflanzenresten in jetzt gletscherfreien Zonen konnte nachgewiesen werden, daß es hier in früheren Zeiten keine Gletscher gab. Aus solchen Nachweisen kann geschlossen werden, daß während 65 Prozent der letzten 10.000 Jahre die Alpengletscher kleiner und die Temperaturen höher waren - ohne menschliches Zutun!

2. Glaube: Die Population der Eisbären ist durch die menschengemachte Erderwärmung empfindlich bedroht.

Wissen: Eisbären gab es bereits vor 600.000 Jahren im Nordpolarmeer. D.h. sie haben alle Warmzeiten (zwischen den Eiszeiten) überlebt. In wärmeren Zeiten fressen sie auch Gräser, Sträucher und Beeren und gelten daher als kluge Jäger. Seit die kanadische Regierung das Abschließen verboten hat, ist die Zahl der Tiere von ca. 5.000 auf 25.000 angewachsen.

3. Glaube: Das Eis an den Polen schmilzt unaufhaltsam. Der bekannte Larsen-B-Eisschelf hat drei Viertel seiner Eismasse verloren. Es ist nur eine Frage der Zeit bis die Arktis und Antarktis völlig eisfrei sind.

Wissen: Seit einigen Jahrzehnten weiß man sicher, daß die arktischen und antarktischen Temperaturen gegenläufige Schwankungen zeigen. Das bedeutet: Während die Temperaturen am Südpol sinken, steigen sie gleichzeitig am Nordpol.

Dieses Phänomen wird auch 'ipolare Schaukel' oder Arktis-Antarktis-Kopplung genannt. Es zeigt sich: Ein genaueres Hinschauen ergibt möglicherweise ein anderes Bild einer Situation. In der aktuellen Klimadebatte scheint es dagegen eher auf emotionale Überzeugungskraft anzukommen, auch wenn sie dem Faktenwissen widerspricht.

Was ist Öko-Nihilismus? Nihilismus heißt nach Albert Camus, einem französischen Schriftsteller, Philosoph und Literatur-Nobelpreisträger, nicht an nichts zu glauben, sondern nicht an das, was ist. Oft setzen Nihilisten alles daran, etwas vermeintlich Gutes zu erreichen, achten dabei aber nicht auf dessen Folgen. Diese können schwerwiegend sein und völlig gegen Prin-

zipien des wissenschaftlichen und logischen Denkens verstoßen. Verletzungen der Menschenwürde nimmt der Nihilismus für den angeblich guten Zweck in Kauf.

Beim Öko-Nihilismus steht ein stark übertriebener hartnäckiger Wille der Umweltrettung im Vordergrund dieser Lebensphilosophie. Es ist eine Ideologie, die mitunter von rücksichtslosem Ökoterror gekennzeichnet ist. Die aktuell gefährlichste Form des Nihilismus sieht nicht nur Edgar Gärtner, Autor des Buches "Öko-Nihilismus: Eine Kritik der politischen Ökologie", im Klimaschutz. Gärtner: "Was ist Öko-Nihilismus? Wirtschaftlicher Selbstmord auf Raten, weil alles auf eine Karte gesetzt wird, ohne dabei an die Kosten zu denken."

Gedankenlos nimmt die "Klimapolitik" mit der (gewollten) Verteuerung von Energieträgern und Nahrungsmitteln Hungersnöte in Kauf, um ein statistisches Konstrukt zu schützen. "Klimaschutz" - durch die Drosselung von CO₂-Emissionen mit Hilfe "erneuerbarer" Energien - ist eine dumme, unausgereifte Vorstellung. Sonnen- und Windenergie gibt's eben nicht umsonst, die Kosten der technischen Umsetzung sind enorm hoch und alles andere als CO₂-neutral. Aushebelung der Demokratie durch Klimanotstand.

Die EU hat bereits seit längerer Zeit den Klimanotstand ausgerufen und viele deutsche Städte haben diese undemokratische Ebene bereits betreten. Mit Notrechten sollen politische Gegner ausgeschaltet werden. Nicht mehr die besseren Argumente sollen sich durchsetzen, sondern die ideologische Zielrichtung. Aber die extremen Forderungen bergen gewaltiges soziales und ökonomisches Konfliktpotential. Bedenken gegen den Begriff Notstand sind mehr als berechtigt, da so Tür und Tor geöffnet werden können, den Rechtsstaat in Frage zu stellen.

Das Klima-Manifest

Die *Bayrische Werte-Union* hat Anfang 2020 ein Klima-Manifest herausgegeben. Die Kernaussagen hier in Kurzform:

1. Die Sonne steuert unser Klima, nicht das CO₂.
2. Klimaschutzmaßnahmen - wie die gescheiterte Energiewende - sind ein politischer Irrweg.
3. Deutschland braucht eine stabile und bezahlbare Energieversorgung. Die Punkte werden im Klima-Manifest 2020 detaillierter ausgeführt. Unter anderem lehnt die Werte-Union den "Green Deal" und eine CO₂-Bepreisung laut "Klimapaket der Bundesregierung" entschieden ab. Im Klima-Manifest wird das Ende des Klima-Mythos und eine Bildungsoffensive zum Thema "Klima, Sonnenzyklen und Kohlendioxid" gefordert.

Mehr dazu kann im *Klima-Manifest 2020* der Bayrischen Werte-Union nachgelesen werden. Nur mit Ängsten und Panikmache kann die Politik die Menschen hörig und gefügig machen. Die Drohung mit einer Klimakatastrophe ist derzeit das Instrument dazu. Doch: wenn die neue kleine Eiszeit in ein paar Jahren nicht mehr zu leugnen sein wird, kann man den 'Klimawissenschaftlern' den Politikern der Erderwärmung und den Journalisten der Klimapropaganda nur eine Antwort geben: "Wer in den Wald ruft, muß auch das Echo aushalten, auch wenn es dann ganz anders klingt."

Prof. Dr. Werner Kirstein.<<

Die deutsche Bürgerinitiative "Gegenwind Saarland" berichtete zum Beispiel über den Klimawandel wie folgt (x1.048): >>**Wie die großen Ölfirmen die Umweltschutzbewegung erschufen**

Maurice Strong: Ein Name, der nur sehr wenigen Menschen etwas sagen wird. Und doch ist dieser Name engstens verwoben mit solchen "Großprojekten" wie der Stockholm Environmental Conference, die als Startschuß für die von den Internationalisten/Globalisten/Eliten (IGE) so "geliebten Agenden 21 und 2030". Maurice Strong war wohl eine der drei wichtigsten Personen, wenn es um die "moderne Umweltschutzbewegung" geht. Der Aufstieg des in Oak Lake, Manitoba (Kanada) geborenen Strong, der in bescheidenen Verhältnissen aufwuchs, das von ihm "aufgebaute Vermögen" und insbesondere sein politischer Einfluß sind schlicht bemerkenswert.

Allein die Anzahl an Umweltorganisationen, die er gründete, Konferenzen, denen er vorsah, Kampagnen, die er leitete, sind schier unzählbar.

So war er der Organisator der Stockholm Environmental Conference, Gründer des United Nations Environment Program, Generalsekretär des Rio Earth Summit, Gründer des Earth Council und der Earth-Charter-Bewegung, Vorsitzender des World Resources Institute, Kommissar der World Commission on Environment and Development, sowie Vorstandsmitglied zahlreicher Organisationen, vom International Institute for Sustainable Development bis zum Stockholm Environment Institute oder dem African-American Institute.

Aber das bemerkenswerteste an der Person Maurice Strong, dieser zentralen Figur der Umweltschutzbewegung des 20. Jahrhunderts, war sein eigentlicher persönlicher Hintergrund: Ein in enger Beziehung zum Rockefeller-Imperium stehender Millionär, der tief im Ölgeschäft des kanadischen Bundesstaates Alberta verwurzelt war und der die Drehtür zwischen öffentlichen Ämtern im Bereich Umwelt und großen Erdölfirmen zentral in Schwung brachte. Um zu verstehen, warum Strong zu diesem "globalen Spieler" werden konnte, muß man sich die Geschichte der Entstehung der Umweltschutzbewegung genauer anschauen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges benötigte das Thema der Bevölkerungskontrolle, das für die IGE schon immer von immenser Bedeutung war, ein neues Gesicht, eine neue Verpackung, eine neue "Verschlagwortung", die keine Assoziationen mehr mit der dahinstehenden Eugenik zuließ. Und dieses neue Gesicht war der Schutz der Erde vor seiner Ausbeutung, Verschmutzung und einer ökologischen Katastrophe durch den Menschen. Unterstützt, finanziert und gefördert - wie fast immer - von der Rockefeller Familie, die diese Bewegung zu ihrem eigenen Zweck einspannte.

Im Jahre 1969 gab die damalige US-Regierung unter Präsident Nixon den Bericht Population Growth and the American Future (Bevölkerungswachstum und die amerikanische Zukunft) heraus. Geleitet wurde die damalige Kommission zur Erstellung des Berichts von niemand geringerem als von John D. Rockefeller III, die - wenn wundert es - zu folgendem Ergebnis kam:

Die Bevölkerung kann nicht unendlich weiter wachsen. Keiner stellt das in Frage und wir haben in unserem Befund gesagt, daß wir glauben, daß die Nation jetzt eine stabilisierte Bevölkerung(szahl) begrüßen und planen sollte. Die ganze Frage der Verschmutzung, der Umwelt und der Bevölkerung kam mit einer erstaunlich schnellen Geschwindigkeit in den Vordergrund. ...

Unterstützung bei der "Formung einer internationalen Umweltschutzbewegung" bekamen die notorischen Rockefellers von ihren "Ölfreunden" von der anderen Seite des Atlantiks, wie dem britischen Königshaus, die hinter BP stehen, und dem niederländischen Königshaus (Royal Dutch Shell).

Eine wichtige Person bei der "Überführung der Eugenik zur Bevölkerungskontrolle mittels des Umweltschutzes" war Julian Huxley. Bruder des "Schöne Neue Welt-Autors" Aldous Huxley und Enkel vom Darwinisten T. H. Huxley.

Julian Huxley war ein Verfechter der Eugenik und saß der British Eugenics Society von 1959 bis 1962 vor. Aber wie die anderen Eugeniker nach dem Zweiten Weltkrieg, verstand er, daß der in Mißkredit geratene Begriff der Eugenik ein neues Gesicht benötigte. So schrieb Julian Huxley, Gründungsvorsitzender der United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO), im Gründungsdokument der UNESCO über die "Notwendigkeit Wege zu finden wie man die Eugenik politisch wieder lebensfähig" machen kann:

Im Augenblick ist es wahrscheinlich, daß die indirekte Wirkung der Zivilisation dysgenisch statt eugenisch ist; und auf jeden Fall scheint es wahrscheinlich, daß das tote Gewicht der genetischen Dummheit, der physischen Schwäche, der geistigen Instabilität und der Krankheitsanfälligkeit, die bereits in der menschlichen Spezies existiert, eine zu große Belastung für den

wirklichen Fortschritt sein wird.

Folglich, obwohl es vollkommen richtig ist, daß jede radikale eugenische Politik für viele Jahre politisch und psychologisch unmöglich sein wird, wird es für die UNESCO wichtig sein, zu sehen, daß das eugenische Problem mit größter Sorgfalt untersucht wird und daß die Öffentlichkeit über die Fragen, die auf dem Spiel stehen, so informiert werden, daß vieles, das jetzt undenkbar ist, zumindest denkbar werden kann. ...

Huxley fand in der UNESCO das perfekte Instrument, um die "undenkbaren" eugenischen Ideen wieder "hoffähig zu machen", als er 1948 die UNESCO als Sprungbrett zur Gründung der International Union for the Conservation of Nature und nochmal im Jahre 1961 bei der Gründung des World Wildlife Fund (WWF) nutzte. Neben Huxley waren weitere illustre Herren Mitbegründer des WWF, die keine Unbekannten sind:

- Prinz Bernhard der Niederlande, Mitbegründer der Bilderberger und ehemaliger "Mitarbeiter" des IG-Farben-Konglomerats im Dritten Reich
- Prinz Philip von England und
- Godfrey A. Rockefeller aus dem sattsam bekannten Rockefeller Imperium

Zusammen wollten sie "die öffentliche Meinung nutzen und die Welt über die Notwendigkeit des Naturschutzes unterrichten". All die Jahre der "Erziehung", daß die anwachsenden Weltbevölkerung eine Belastung für die Ressourcen der Erde sind, die von den gleichen Kräften finanziert wurden, die im letzten Jahrhundert alles dafür getan haben die Schlüsselressource der Welt zu monopolisieren, lassen letztlich für Unbedarfte nur einen Schluß zu:

daß die "Heilung" von der "Krankheit der Menschheit" nur über die multipolare Institution der Vereinten Nationen, dessen Hauptquartier nur durch die finanzielle Hilfe der Rockefeller Familie realisiert werden konnte, zu erreichen ist. Und der erste Schritt, um das "Heilmittel" zu finden, war das Organisieren der UN Conference on the Human Environment in Stockholm im Jahre 1972, der weltweit ersten internationalen Umweltschutzkonferenz.

Und wer könnte besser dafür geeignet gewesen sein, diese Konferenz zu leiten und die institutionellen Grundlagen für diese von den IGE unterstützte Bewegung zu schaffen, als ein "Mitarbeiter aus dem eigenen IGE-Stall"? Als Maurice Strong?

Sein ganzes Leben besaß Maurice Strong die Fähigkeit immer zur richtigen Zeit am richtigen Platz zu sein, um die richtigen Personen zu treffen und somit in der Hierarchie nach oben zu rutschen. Der 1929 während der Großen Depression geborene Strong verließ die Schule bereits im Alter von 14 Jahren und arbeitete dann als Pelzhändler für die Hudson's Bay Company, wo er erstmals auf "Wild" Bill Richardson traf, einem Prospektor dessen Frau, Mary McColl, zur Familie McColl-Frontenac gehörte, die wiederum eine der größten Ölfirmen in Kanada besaß.

Dank der Richardsons konnte Strong eine Vielzahl ungewöhnlicher Bekanntschaften schließen. So wurde er beispielsweise dem Schatzmeister der damals neuen UN, Noah Monod, vorgestellt. Unglaublicherweise schanzte Monod Strong nicht nur die Position als Junior Security Officer im UN-Hauptquartier zu, sondern ließ ihn sogar in seiner New Yorker Wohnung einziehen und er stellte Strong dem wichtigsten Mann in dessen gesamten Leben vor: David Rockefeller.

Ab diesem Zeitpunkt war Strong ein gemachter Mann. Wo immer Strong hinging, waren die Mannen um Rockefeller nicht weit und agierten verdeckt im Hintergrund.

Es war der Standard Oil-Veteran, Jack Gallagher, der Strong den Einstieg ins Ölgeschäft Albertas ermöglichte, nachdem Strong seine Stelle bei der UN beendet hatte und nach Kanada zurückkehrte. Und als Maurice Strong auch diesen neuen Job hinwarf, sein Haus verkaufte und nach Afrika reiste, arbeitete er plötzlich für CalTex in Nairobi, einer Firma aus dem Rockefeller-Konglomerat.

Als er 1954 diese Position kündigte, gründete er seine eigene Firma in Kanada, für die er Hen-

rie Brunie (eine enge Freundin von John J. McCloy, einem engen Verbündeten der Rockefeller) als Managerin einstellte. Strong ernannte zudem zwei Standard Oil of New Jersey-Repräsentanten als Vorstandsmitglieder. Mit Ende 20 leitete er also seine eigene Firma und war bereits Millionär.

Wie sein ganzes Leben lang, zog Maurice Strong immense Vorteile aus diesen Beziehungen. Nachdem er als Organisator der UN-Umweltschutzkonferenz in Stockholm bestimmt worden war, wurde er auch zum Treuhänder der Rockefeller-Stiftung ernannt, die dann sein Büro für die Organisation der Stockholmer Konferenz bereitstellte und Barbara Wood (eine Vertraute der Carnegies) bzw. Rene Dubos (ein Eugeniker und Rockefeller-Mann) als Mitarbeiter zur Verfügung stellte. Strong beauftragte diese beiden den Bericht Only One Earth zu schreiben, quasi der Gründungstext für das Thema der Nachhaltigen Entwicklung, der bis heute als Schlüsseldokument der IGE dient, wenn es um das globale Ressourcenmanagement geht.

Noch heute gilt die Konferenz von Stockholm 1972 als Meilenstein in der Geschichte der modernen Umweltbewegung, die nicht nur zu den ersten regierungsseitig administrierten Umweltschutzaktionsplänen in Europa führte, sondern auch den Grundstein für ein neues UN-Programm legte: dem United Nations Environment Program (UNEP). Und logischerweise wurde Maurice Strong zum ersten Direktor der UNEP ernannt.

Bereits kurz nach dieser Ernennung wechselte Strong übrigens erneut die Seiten und verdingte sich wieder im Ölgeschäft.

Die IGE setzten in der Folge das UNEP als Waffe ein, um die nächste Stufe ihres Vormarsches zu erreichen: die Schaffung eines kohlenstoffbasierten Handelsregimes, das natürlich von ihnen selbst und ihren Bankerfreunden kontrolliert und manipuliert werden würde.

In den frühen 1990ern wurde die spätere Betrugsfirma Enron zum größten Händler im von der US-amerikanischen Umweltschutzbehörde EPA initiierten, 20 Milliarden US-Dollar schweren Cap-and-Trade-Programm für Schwefeldioxide. Ken Lay, Chef von Enron, begann bereits kurz darauf bei der damaligen US-Regierung unter Bill "Slick Willy" Clinton und seinem Vize Al Gore zu lobbyieren, daß ein ähnlicher Markt doch auch für Kohlenstoffdioxide geschaffen wird.

Mit Bezug auf Umweltschutzgruppen wie der Nature Conservancy, dessen Climate Change Project Beschränkungen bei der Emission von Kohlendioxid forderte, heuerte Enron Christoph Horner an. Horner, ein ehemaliger Mitarbeiter des Umweltausschusses unter Senator Joe Liebermann, sollte sich für einen internationalen Vertrag einsetzen, der die Emissionen einschränken und einen Handel mit Emissionsrechten ermöglichen würde.

Unterstützt wurde die Gruppe Enron/Horner von niemand geringeren als Goldman Sachs. Diese weltberühmte und berüchtigte Investmentfirma in New York, die die Drehtür zwischen Regierung/Finanzministerium und ihren eigenen Büroräumen wie keine zweite in Schwung gebracht hat, half unter anderem bei der Gründung der Chicago Climate Exchange als die erste Handelsplattform für Emissionen in Nordamerika.

Im Jahre 2004 gründete Al Gore, der die letzten beiden Jahrzehnte damit verbrachte für einen Emissionshandelsmarkt zu lobbyieren, die Firma Generation Investment Management. Eine Firma, die Kohlenstoff-Offsets verkauft - zusammen mit David Blood, dem ehemaligen CEO von Goldman Sachs Asset Management, der sich von Goldman Sachs trennte, um gemeinsam mit Gore Geschäfte machen zu können. Ende des Jahrzehnts wurde Al Gore gerne in der Presse als erster Kohlenstoff-Milliardär gefeiert.

Al Gore ist letztlich auch nichts anderes als ein Geschöpf des Öls, ein klassischer Öl-Mann. Sein Vater, Al Gore Senior, war ein enger Freund von Armand Hammer, dem Mann hinter Occidental Petroleum. Nachdem Gores Vater das Rennen um einen Sitz im US-Senat im Jahr 1970 verlor, arbeitete er für Hammer bei Occidental für ein Jahrressalär von 500.000 US-Dollar. Im Laufe der Jahre seiner Tätigkeit sammelte Gore Senior Occidental Aktien im Wert

von Hunderttausenden an US-Dollar, die niemand geringerer als sein Sohn Al Gore Junior bei seinem Tod erbt.

Aber hier endet noch nicht die Verbindung der Gores und Occidental. Als man auf dem Grundbesitz Gores in Tennessee Zinkerz entdeckte, kaufte Hammer das Land auf und verkaufte es Gore exklusive der Schürfrechte, für die die Gores 20.000 US-Dollar im Jahr erhielten, zurück. Als 2013 Reporter bei der Buchvorstellung des neuen Buchs Gores zur Globalen Klimaerwärmung lieber den Verkauf seines Unternehmens Current TV an die katarische Regierung für 100 Millionen US-Dollar diskutieren wollten, war der Ex-Vize-Präsident der USA baß erstaunt.

Aber Al Gores und auch Maurice Strongs Geschichten sind nur Teil eines viel größeren Phänomens. Bereits 2006 wurde die United States Climate Action Partnership (USCAP) ins Leben gerufen, um "A Call for Action" (einen Aufruf zum Handeln) in der Öffentlichkeit nach einer Beschränkung des Kohlenstoffdioxidausstoßes zu erzielen. Diese Partnerschaft erstellte auch die Blaupause für die Gesetzgebung (Blueprint for Legislative Action), die wiederum Grundlage für den American Clean Energy and Security Act wurde, der das Ziel der Schaffung eines Emissionshandels nach europäischen Muster hat.

Und wer - glauben Sie - war Mitglied dieser United States Climate Action Partnership? BP, ConocoPhillips, General Motors ... Es hat sich herausgestellt, daß eine Kohlenstoffsteuer und der Emissionshandel einer aufmerksamen Öffentlichkeit nur äußerst schwer zu vermitteln sind. Aber mit dem Pariser Abkommen von 2015 wurde der größte Schritt hin zu einer technologischen Zukunft von Energiekontrolle und einer "Kohlenstoffrationierung" erzielt. Kein Wunder also, daß der Gipfel von den gleichen, bekannten Ölfirmen und Unternehmen gesponsert wurde, die bereits am Anfang dieses Artikels genannt wurden. ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 22/21" berichtete am 28. Mai 2021 (x1.387/...):

>>**Gefährliche Prognosen**

Ob Klimawandel oder Virus: Wir brauchen eine pluralistische Wissenschaftsnutzung durch die Politik

Johannes Eisleben

Zwei Themen bewegen derzeit viele Menschen in den westlichen Massendemokratien: Covid und Klimawandel. Wie wichtig diese Themen sind, läßt sich auch daran ablesen, daß sich unsere drei Staatsgewalten und die Presse permanent mit diesen Themen auseinandersetzen. Das Bundesverfassungsgericht hat in den letzten Wochen Eilanträge gegen die Covid-Maßnahmen zurückgewiesen und entschieden, daß Grundrechtseinschränkungen im Rahmen des sogenannten Klimaschutzes möglich werden könnten. Bei dieser Entscheidung hat es sich auf Ergebnisse und Aussagen von Wissenschaftlern berufen, was Exekutive und Legislative auch tun.

Gibt es daran etwas zu beanstanden? Beruht nicht unsere ganze technische Zivilisation auf wissenschaftlicher Forschung und deren technischer Anwendung? Sicherlich. Doch müssen Politiker die Qualität wissenschaftlicher Ergebnisse würdigen und bei ihrer Anwendung eine Güterabwägung durchführen. Die Politik verrennt sich und verliert ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie nur einseitige wissenschaftliche Meinungen berücksichtigt.

Wie ist es um die Qualität der Wissenschaft bei den hochpolitischen Fragen Klimawandel und Covid bestellt? In beiden Fällen sind Wissenschaftler, egal welcher Disziplin, nicht in der Lage, exakte quantitative Modelle zu erstellen. Sie können nicht genau verstehen, was geschieht, ihre Berechnungen sind sehr ungenau. Das liegt daran, daß es sich bei beiden Feldern, Weltklima und virale Infektion, um Systeme handelt, die sich mathematisch nicht exakt modellieren lassen.

Bei Phänomenen wie der Ballistik oder der Erzeugung mechanischer aus elektrischer Leistung im Elektromotor können wir quantitative, exakte Modelle aufstellen und mit deren Hilfe ge-

naue Zahlen berechnen. So kann die Flugbahn einer Rakete genau berechnet werden. Oder es kann berechnet werden, wie lange bei einer bestimmten Leistung eine Batterie ein E-Auto mit Strom versorgen kann.

Bei diesen Beispielen dominiert eine physikalische Fundamentalkraft, die das Geschehen bestimmt, hier haben wir es mit wenigen Variablen zu tun, wir haben feste Randbedingungen, und die Art der Elemente und ihrer Wechselwirkungen sind immer gleich.

So ist es beim Klima und Covid nicht. Dort kennen wir die Systeme nur ungefähr. Wir wissen nicht genau, wie die Erde und ihre Bestandteile wie Wasser, Boden, Atmosphäre und die klima-relevante Vegetation mit der Sonneneinstrahlung interagieren und wie sich der menschliche Kohlendioxideintrag in dieses System genau auswirkt. Denn das System enthält unzählige Elemente, die aufeinander einwirken, und wir können deren Zusammenspiel nur sehr grob verstehen. Daher wissen wir zwar, daß der anthropogene Ausstoß von Kohlendioxid zu dem Klimawandel, den wir beobachten, beiträgt, aber nicht genau, in welchem Ausmaß.

So ist es auch bei Sars-CoV-2. Das Virus breitet sich über die Atemluft aus, wir können es durch Isolationsmaßnahmen dauerhaft nicht aufhalten. Zwischen dem Virus und seinen menschlichen Wirten gibt es zahlreiche Wechselwirkungen, die wir nicht oder nur sehr schlecht verstehen. Wir wissen, daß das Virus ständig mutiert, um sich in der Population halten zu können. Mit Sicherheit wissen wir aber nicht genug über das System Virus-Mensch, um im voraus berechnen zu können, wie sich das Virus genau ausbreitet und welche Maßnahmen sich wie darauf auswirken.

Sicher ist nur, daß am Virus nur ein sehr kleiner Teil der Infizierten stirbt - laut WHO sterben an einer Sars-CoV-2-Infektion etwa 0,15 Prozent der Menschen über 70 Jahre, während an einem akuten Herzinfarkt in dieser Altersgruppe auch mit Notfallbehandlung etwa 30 bis 40 Prozent der Patienten sterben - und daß es nie verschwinden wird, egal wie hoch der Anteil der Geimpften an der Bevölkerung ist: Wir haben die Pocken durch Impfung ausgerottet, die Kinderlähmung ist durch die seit den 1950er Jahren laufende weltweite Impfkampagne sehr stark zurückgedrängt worden.

Aber virale Erreger grippaler Infekte lassen sich durch Impfung nicht ausrotten, das wissen wir sicher: theoretisch, aber auch praktisch anhand der Influenza, gegen die seit 50 Jahren geimpft wird, ohne daß man je nachweisen konnte, daß dadurch Todesfälle verhindert wurden, geschweige denn, daß einer der zahlreichen Stämme ausgerottet worden wäre.

Da es in der Klimaforschung und der Virusmedizin, an der jeweils viele Disziplinen beteiligt sind, keine exakten quantitativen Modelle geben kann, müssen Politiker in diesen Bereichen Ratgeber aller beteiligten Teildisziplinen anhören: bei Covid Virologen, Pneumologen, Intensivmediziner, Epidemiologen, aber auch Zellbiologen oder Biochemiker. Sie müssen sich dabei auch von Fachleuten beraten lassen, die einander widersprechende Meinungen vertreten. Wir brauchen eine pluralistische Wissenschaftsnutzung durch die Politik. Dies ist bei Sars-CoV-2 nicht geschehen, und in der Klimamodellierung geschieht es auch nicht.

Politiker müssen vor allem aber auch die Werte und Güter, die von den Empfehlungen der Wissenschaftler tangiert werden, gegen andere Güter abwägen. Das ist keine wissenschaftliche Aufgabe, sondern eine politische. So muß beispielsweise bei Covid das Wohl der Kinder und Jugendlichen und das Funktionieren der Wirtschaft gegen das unvermeidliche Risiko für alte Menschen abgewogen werden, beim Klimaschutz das Ziel von Wohlstand auch für die unteren Einkommensschichten gegenüber der fraglichen Realisierung von Klimazielen.

Wenn Politiker dabei versagen und nur einseitig auf bestimmte Güter setzen, entsteht erst Politikverdrossenheit, dann politischer Unmut und schließlich ein Legitimationsverlust des Staates, gefolgt von gesellschaftlicher Instabilität. Wir sind derzeit zwischen der ersten und zweiten Stufe und sollten daher rasch zu einer pluralistischen Nutzung der Wissenschaft und einer differenzierten Abwägung zwischen den Gütern zurückkehren.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 22/21" berichtete am 28. Mai 2021 (x1.387/...):

>>"**Öffentliche Bevormundung**"

Verkehrspolitik: Während die Parteien und Medien von Fahrrad, Bahn und Bus schwärmen, zeigt eine HUK-Studie die anhaltende Beliebtheit des Privatautos

Marc Schmidt

Nicht nur die Grünen, auch Linke, SPD, FDP und Union wollen das Autofahren immer teurer machen. Ihr Streit dreht sich nur darum, ob das mit Abgaben, CO₂-Zertifikaten, Steuern oder Verboten am besten gelingt. Dabei ist der Pkw laut einer repräsentativen und aktuellen Umfrage des Versicherers HUK-Coburg nach wie vor das beliebteste Fortbewegungsmittel. Die Corona-Pandemie mit Maskenzwang und Ansteckungsgefahr hat die Wertschätzung für individuelle Mobilität sogar deutlich gesteigert.

Dies zeigt sich vor allem in Metropolen mit gut ausgebautem ÖPNV und flacher Topographie. Gerade hier wird dem Auto zwar immer noch eine geringere Wertschätzung entgegengebracht, aber die Autoneigung steigt - Park- und Stellplätze sind rar, und Radeln ist in Hamburg gemüthlicher als in Stuttgart. Bundesweit zeigt die HUK-Studie, daß die Verkehrspolitik und die Vorgaben der Hersteller bei zentralen Aspekten an den Interessen der Bürger vorbeigehen.

Für 70 Prozent ist ein Auto weiterhin unverzichtbar

Ein Fünftel der 4.029 Befragten ab 16 Jahren gab an, daß sich die Mobilitätskonzepte zu sehr auf die Städte ab 50.000 Einwohner beziehen würden. Mehr als ein Viertel beklagte eine sehr einseitige Mobilitätsforschung und eine "öffentliche Bevormundung". 15 Prozent finden, daß "Politik und Medien" das Auto unangemessen verteufelten. Fast die Hälfte glaubt, daß das Auto auch in Zukunft nicht seine bisherige Bedeutung verliert.

Betrachtet man diesen Punkt bundesländerspezifisch, zeigen sich klare Unterschiede zwischen Metropolen mit akzeptablem ÖPNV und der Mehrzahl der Länder und Einwohner. Bundesweit erklären gut 70 Prozent, daß ein Auto im Haushalt für sie beruflich oder privat unverzichtbar ist. In ländlichen Regionen steigt dieser Wert auf über 90 Prozent. Selbst in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg kann mehr als die Hälfte nicht auf ein Auto verzichten.

Doch ihre Sorgen wachsen: Knapp die Hälfte der Befragten fürchtet steigende Kosten für Mobilität. Die Mehrheit hält diese bereits für zu hoch. Nur gut ein Viertel befürchtet zu wenig Umweltschutz in den Verkehrsplanungen - das erklärt aber die derzeitigen grünen Umfrageresultate. Hieraus ergeben sich auch die am häufigsten genannten Forderungen nach sinkenden Mobilitätskosten: Mobilität müsse für breite Bevölkerungskreise bezahlbar bleiben. Sprich: Das Auto ist nicht von gestern. Die defizitäre Bahn, die mit Steuermilliarden ausgebaut werden soll, schneidet beim Verkehrsmittelvergleich ausgesprochen schlecht ab.

Als wichtigste Kriterien für die Wahl zwischen Auto, Bahn, Bus und Flugzeug nannten die Befragten Kosten, Schnelligkeit und Flexibilität mehr als doppelt so oft wie "grüne" Gesichtspunkte, etwa den medial propagierten Wunsch nach einer "CO₂-neutralen Fahrt". Auch der offenbar neu entdeckte Hygiene-Aspekt hat zu einer Renaissance des Autos gegenüber Bus und Bahn beigetragen.

Die drei wichtigsten Kriterien sieht die Masse der Bürger nicht durch die Bahn erfüllt, weshalb 73 Prozent angeben, daß aktuell nur das Auto ihre Ansprüche am besten erfülle. Auch die aktuellen Mobilitätskonzepte und versprochenen Investitionen ändern dies nicht. Auch in Zukunft sehen fast 70 Prozent der Befragten ihre Ansprüche nur durch ein Auto befriedigt. Die Bahn erhält zu beiden Fragen magere 16 Prozent der Mehrfachnennungen, Busse erhalten zehn Prozent. Zum Vergleich: 38 Prozent nennen zumindest unter den besten drei Verkehrsmitteln das Zufußgehen, knapp 30 Prozent das Fahrrad.

Klare Absage an die verlangte Mobilitätswende

Überraschend ist - trotz der geringen Verkaufszahlen - die offenbar steigende Popularität des Elektroautos. Bereits 17 Prozent gaben an, daß sie künftig ausschließlich ein E-Mobil erwerben werden, in den rot-grünen Metropolen Berlin und Hamburg sind es sogar über 20 Prozent. Dieser Wert wird nur übertroffen von Dörfern mit weniger als 2.000 Einwohnern, in denen die E-Kaufpläne fast 25 Prozent erreichen. Während sich dies in ländlichen Gegenden mit konstanten Strecken und eigenen Immobilien, subventionierten Ladestationen und genügend Stellplätzen erklären läßt, ist die Affinität in den Großstädten vor allem privilegierten Parkplätzen und großem Einkommen geschuldet.

Renault Zoe, VW ID.3, Hyundai Kona, BMW i3, Audi E-Tron oder die besonders teuren Tesla-Modelle werden in "hippen" oder wohlhabenden Gegenden bevorzugt, in denen eine Ladeinfrastruktur installiert werden kann. Normal- und Geringverdienern in eng bebauten Gegenden bleibt bei künftig unbezahlbaren Preisen nur der Autoverzicht. Die Anschaffung eines Elektrowagens jenseits von 30.000 Euro ist für sie keine Alternative. Bemerkenswert ist ebenso, daß mehr als 20 Prozent der Berliner angaben, daß sie selbst überrascht waren, daß ein Auto in der Pandemie nun einen besonderen Wert als Verkehrsmittel hat.

Die meisten erklärten dies mit dem überlegenen Komfort. Eine mögliche Erklärung: Im ÖPNV gilt eine Maskenpflicht. Zugleich ist das allgemeine Verkehrsaufkommen aufgrund von Homeoffice, Schulschließung sowie geschlossenen Restaurants und Geschäften gesunken. Folglich gab es auch weniger Staus. Daß sich das Komfortargument vor allem auf den Berufsverkehr konzentriert, läßt sich auch daran erkennen, daß nur 37 Prozent der Berliner es als Vorteil ansehen, jederzeit ein eigenes Auto spontan nutzen zu können. Im Bundesdurchschnitt liegt dieser Wert bei über 50 Prozent.

Auch wenn die HUK-Studie bewußt auf politische Fragen verzichtet hat, sind die Antworten durchaus als Absage an die allermeisten verkehrspolitischen Programme für den Bundestagswahlkampf zu sehen. Abseits von Kaufprämien für die Befürworter von Elektroautos findet sich kaum ein Punkt, an dem die Wahlprogramme - außer der AfD und teilweise der Freien Wähler - zu den geäußerten Ansichten passen.

Beispielhaft steht dafür auch ein weiteres Studienergebnis. So lehnen es mehr Deutsche ab, sich in ein autonom fahrendes Auto zu setzen, als etwa in Elon Musks futuristischen "Hyperloop" (ein superschnelles Kapseltaxi in einer weitgehend luftleeren Röhre) oder in ein elektrisches "Flugtaxi".<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/18963" berichtete am 9. Juni 2021 (x1.049/...): >>>**Hybride Kriegswaffe - CO2-Gesetz! - von Ivo Sasek**

Am 13. Juni 2021, also schon diesen Sonntag, stimmen die Schweizer über ein neues CO2-Gesetz ab. Ein JA oder NEIN von selten großer Tragweite: Ein JA gleiche einer Überflugs-Erlaubnis für angreifende Bombengeschwader. Ein NEIN zum neuen CO2-Gesetz gleiche einem strikten Überflug-Verbot derselben, meint Ivo Sasek, und begründet es auch.

Am 13. Juni 21, also schon diesen Sonntag, stimmen wir Schweizer über ein neues CO2-Gesetz ab. Ein Ja oder Nein von selten großer Tragweite: Ein JA gleicht einer Überflugs-Erlaubnis für angreifende Bombengeschwader. Ein NEIN zum neuen CO2-Gesetz gleicht einem strikten Überflug-Verbot derselben. In zahlreichen Kla.TV-Sendungen haben wir ja aufgedeckt, daß die ganze CO2-Geschichte Teil einer wirklich umfänglichen hybriden Kriegsführung ist.

Hybrid meint übrigens verdeckt, hinterhältig, von ganz neuer Art, kaum wahrnehmbar. Wir müssen dringend aufwachen und begreifen, daß das Ausbleiben von Gewehrshüssen und Bombenhagel längst nicht mehr bedeutet, daß deshalb auch kein Krieg tobt!

Der Sonderdruck der Schweizerzeit titelt daher völlig zu Recht: "Mit dem CO2-Gesetz kommt das KMU-Massensterben!" Wenn auch keine Bomben fallen, kommt es doch zu Massenster-

ben aller möglicher Art. Gerade die KMU, sprich die kleinen und mittleren Unternehmungen befinden sich insbesondere seit Corona im Fadenkreuz hybrider Lockdown-Politiker. Und wie in jedem Krieg steht auch im hybriden Krieg die psychische Vernichtung des Feindes an erster Stelle. Angegriffen wird aber letztlich kurzerhand einfach alles, was wir uns über Jahrhunderte erarbeitet haben, so etwa unsere Nationalstaaten durch gezielt verursachte Flüchtlingsströme z.B. mit all diesen Folgen.

Auch unsere Gesundheit wird bald jährlich attackiert durch WHO-verordnete Virenpaniken wie etwa die Vogel- oder die Schweinegrippe, Ebola, SARS, Zika und jetzt gerade Corona mit all diesen Folgen und aufgedrückten Giftcocktails, sprich Impfungen. Unsere autarke Energieversorgung wird attackiert durch immer mehr aufgezwungene, aber völlig ineffiziente "erneuerbare Energien", sogenannte, ja, die absolut unausweichlich nichts als unsere Abhängigkeit von Energie-Importen zur Folge haben. Unsere autarke Nahrungsversorgung geht gerade auf ähnlicher Weise flöten, ebenso unsere Bildung, unsere Moral, Ethik und all dergleichen.

Doch jetzt zurück zur hybriden Kriegsführung. Man könnte auch sagen zum nächsten Great-Reset-Akt, und zwar via neuem CO₂-Gesetz. Seite 2 des Schweizerzeit-Sonderdrucks prognostiziert in geradezu prophetischer Klarheit, welchen Zusatzabgaben, sprich Abzock-Gelüsten wir gerade Tür und Tor öffnen, wenn wir diesen Sonntag, also 13. Juni 21, nicht ein klares NEIN in die Urne legen: Denn die willfähigen Handlanger jener ausländischen Angreifer, die das neue CO₂-Gesetz überhaupt inszeniert haben, propagieren ja bereits ihre nächsten Ziele, versteht ihr?

Wenn wir also kein NEIN in die Urne legen, können wir schon einmal unsere Geldbeutel zumindest bereitlegen, denn genau solchen Nachfolgeprojekten wären dann Tür und Tor geöffnet wie etwa diese, ja?! Benzin könnte schon bald jede Familie zusätzliche 500 Franken pro Jahr kosten, Heizöl pro Jahr etwa 2.200 Franken pro Haushalt und Jahr. Die bereits von Sommaruga ausgearbeitete Straßenbenutzungsgebühr soll uns dann 1.000 Franken pro 10.000 km kosten. Rechnet mal nach! Die Abgabe für die Nutzung von Atomstrom, der übrigens CO₂ frei wäre, 500 Franken mehr im Jahr. Seht ihr, eine Solarstromverpflichtung könnte dazukommen, schon bald weitere 2.600 Franken pro Haushalt pro Jahr.

Auch Steuerabzüge für Kinder, die ja zunehmend als reine Energie-Verschleuderer stigmatisiert werden, dürfte es schon bald nicht mehr geben. Flugpreise können sich als Folge schon bald verdoppeln. Also können nur noch Reiche fliegen, heißt das. Bei alledem haben wir noch nicht einmal von dem geforderten Verbot von Benzinautos und Ölheizungen und dergleichen geredet, die wiederum eine Explosion von Mehrkosten zur Folge hätten. Das kann man gar nicht mehr nachrechnen, ja?! Es wird einfach wirklich schweineteuer.

Dasselbe begehren die Great-Reset-Profiteure übrigens via CO₂-Gesetze in aller Welt, also nicht nur in der Schweiz. Wer aber sind diese Profiteure? Alles hier aufzuzählen würde den Rahmen sprengen, ginge zu weit. Aber die Schweizerzeit nennt auf Seite 3 Ross und Reiter einiger CO₂-Profiteure.

Wer diesen Sonntag, 13. Juni, ein NEIN in die Urne legt, erteilt also gleichsam all solchen CO₂-Geschwadern ein richtig scharfes Überflugverbot. Übrigens: Wer Top-Alternativen zur Mainstream-Presse sucht und weit mehr über hybride Kriegsführung usw., ihre Drahtzieher und dergleichen erfahren will: In der Expresszeitung und der Schweizerzeit findet ihr einfach alles - die Anschriften findet ihr unten im Sendungstext. So, das war's auch schon.

Ich bin Ivo Sasek und ich sage "Nein!" zum neuen CO₂-Gesetz.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 27/21" berichtete am 2. Juli 2021 (x1.387/...):

>>**Mehr Belastungen durch das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung**

Scheinheilige Abzocke

Marc Schmidt

Die Fakten hinter dem Klimaschutzgesetz der Bundesregierung machen sprachlos: Elf Milli-

arden Euro fließen an die Ökostromerzeuger. Das soll die Stromkunden bei der Umlage (derzeit 6,5 Cent pro Kilowattstunde) durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz entlasten. Die installierte, aber unzuverlässige Kapazität hinter diesen Subventionen beträgt inzwischen 54 Gigawatt (GW) Photovoltaik und 54,4 GW Windkraft an Land, errichtet seit 20 Jahren. Hinzu kommen 7,75 Gigawatt auf Nord- und Ostsee. Zur Erreichung der "Klimaziele" müssen in weniger als neun Jahren zusätzliche 100 GW Windkraft an Land und 150 GW Photovoltaik errichtet werden.

Selbst wenn alle geplanten und im Bau befindlichen Stromtrassen wider allen Erfahrungswerten in dieser Zeit fertiggestellt würden, wären weder das Netz noch die Steuerungstechniken in der Lage, mit diesen Mengen an Ökoenergie zurechtzukommen. Auch wenn neue Anlagen weniger EEG-Bonus beziehen und mit Ausschreibungen gearbeitet wird, wird sich das Volumen der Zwangsumlage weiter erhöhen.

Bereits heute zahlt der Bürger die explodierende Förderung für Biogas, Solar, Wind & Co. mit dem Strompreis. Steuermittel sollen nun verschleiern, daß der höchste Strompreis der Welt weiter nach oben klettert. Das Geld dafür soll die steigende "CO2-Bepreisung" (Brennstoffemissionshandlungsgesetz/BEHG) bringen, für die Union und SPD gerade die Grünen scheinheilig kritisieren. Benzin und Diesel sind daher seit Januar deutlich teurer.

Die Heizkosten für eine 70-Quadratmeter-Wohnung steigen in den kommenden drei Jahren bei einer Ölheizung um 14 Prozent bzw. 100 Euro. Bei einer Gasheizung sind es zehn Prozent bzw. 70 Euro. Die Spritpreise werden zusätzlich um zehn bis zwölf Cent anziehen. Sollte sich die Umsetzung des Klimaschutzgesetzes verzögern, müßten die acht Milliarden Euro Steuermittel, die als Förderprogramm ebenfalls beschlossen sind, weiter erhöht werden.

Angesichts der Schuldenbremse wäre dies wohl nur über eine BEHG-Verschärfung realisierbar - sprich: Die Bürger müssen noch mehr zahlen. Die Überprüfung dieser Entwicklungen übernimmt das Wirtschaftsministerium, dem der Bundesrechnungshof beim bisherigen Monitoring der Energiewende ein "komplettes Versagen" (16/21) attestiert hat.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 27/21" berichtete am 2. Juli 2021 (x1.387/...):

>>**Gezielter Abschluß**

Vor den Wahlen lenkt die CDU in der Lex Wolf ein / Schutz von Menschen und Nutztieren

Ralf Meese

Der Nationalpark Große Fatra, gelegen zwischen den einst ungarischen Komitaten Turz und Liptau mit seiner berühmten Burg, ist eines der schönsten Urlaubsziele der Slowakei: urtümliche Wälder, malerische Täler und eine reiche Flora und Fauna. Doch am 14. Juni wurde unweit der Gemeinde Lúzsna (Liptovská Lúzsna) die Leiche eines Wanderers gefunden - der 57jährige war Bärenbissen zum Opfer gefallen.

Seither tobt eine Debatte um die Aufhebung des Jagdverbots: "Wir haben alles getan, um die Bären zu schützen. Jetzt ist es höchste Zeit, die Menschen zu schützen", heißt es vom slowakischen Jagdverband. 2020 hatte es fünf Bärenangriffe auf Menschen gegeben, die allerdings nicht tödlich waren. Innerhalb von 20 Jahren hat sich die Zahl der Bären von 900 auf 2.760 erhöht. In Rumänien sind es 6.000, aber das Land ist fünfmal größer.

In Südtirol gab es voriges Jahr Bärenattacken auf zwei Wanderer und einen Polizisten, die aber glimpflich ausgingen. Doch das Bären-Opfer in der Niederen Tatra hat die Debatte dort erneut befeuert. "Wer bestäubt die Blüten, wenn Bären immer häufiger Bienenstöcke plündern? Die Bärenpopulation nimmt stetig zu", klagt Stefan Haspinger, Obmann des Imkerbundes. Zudem wachse die Gefahr für die Imker selbst.

Der Südtiroler Bauernbund (SBB) verweist auf eine weitere Problematik: "Auch die Wölfe vermehren sich stark und werden in Zukunft erwartungsgemäß mehr Nutztiere reißen. Wenn es so weitergeht, werden viele Tierhalter ihre Tätigkeit aufgeben und ihre Tiere nicht mehr auf die Almen treiben", warnt SBB-Chef Bernhard Burger. "Es kann nicht sein, daß wir unsere

Tiere in den Ställen einsperren oder im Wald und auf den Wiesen und Weiden einzäunen müssen, damit Bär und Wolf sich frei bewegen können."

Ein auch nach EU-Recht streng geschütztes Raubtier

In Deutschland sind Bärensichtungen bislang Einzelereignisse: Problembär "Bruno" wurde 2006 in Oberbayern erlegt. Der 2019 in eine Fotofalle getappte Braunbär wurde nicht wiedergesehen. Der Wolf ist hingegen heimisch geworden - und das nach EU-Recht streng geschützte Raubtier ist sogar zum gezielten Abschluß freigegeben. Die Voraussetzung: In einer Region müssen bereits viele Tiere leben. In Niedersachsen sei ein "guter Erhaltungszustand beim Wolf erreicht", sagt nun Bundesagrarministerin Julia Klöckner.

Mit dieser überraschenden Kehrtwende erhöht die CDU-Politikerin kurz vor der Bundestagswahl die berechtigten Ängste vieler Menschen vor dem grauen Räuber, der aus dem Osten immer tiefer nach Deutschland vordringt. Sie könne sehr gut nachvollziehen, daß Eltern um ihre Kinder besorgt seien, und wirft der SPD eine "Blockadehaltung" vor: Bundesumweltministerin Svenja Schulze sei "weltfremd". Dabei bezieht sich Klöckner auf die "Lex Wolf" genannte Verschärfung des Bundesnaturschutzgesetzes von 2019.

Und es gibt noch eine überraschende Entscheidung: In Potsdam hat das Amtsgericht einen Jäger freigesprochen, der wegen des Abschusses eines Wolfes angeklagt worden war. Dem 61jährigen Niederländer wurde zur Last gelegt, im Frühjahr 2019 im Fläming südwestlich von Berlin einen Isegrim abgeschossen zu haben, allerdings nur, weil dieser die Jagdhunde angegriffen und sich nicht durch einen Warnschuß von seinem Angriff abhalten ließ. Der Richter sah einen Notstand. Von einem "positiven Signal für alle Jäger" sprach Torsten Reinwald, Sprecher des Deutschen Jagdverbandes (DJV).

Auch die Freien Bauern, die Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe, begrüßten den Freispruch. Schon lange fordern sie eine generelle Bestandsreglung des Wolfes und mehr Rechtssicherheit für Fälle, in denen sich Wölfe alles andere als scheu zeigen. Reinwald verweist auf Schweden, wo ein Wolf erlegt werden darf, wenn er andere Tiere angreife und auf Rufen, Klatschen und Warnschüsse nicht reagiere. Ähnliche Regeln für Deutschland verlangen Rinderallianz, der Deutsche Bauernverband und der Schaf- und Ziegenzuchtverband.

Waren es am Anfang Truppenübungsplätze, auf denen sich Wolfsrudel ansiedelten, so gibt es inzwischen einen breiten Gebietsstreifen, der sich von Brandenburg und Sachsen-Anhalt über Mecklenburg-Vorpommern bis nach Niedersachsen zieht. Insgesamt lebten 2020 in Deutschland 128 Rudel, 23 mehr als im Vorjahr. Einzelne Tiere erkunden längst dichtbesiedelte Regionen.

In Köln-Ehrenfeld zeigten jetzt Überwachungskameras einen Wolf, der nachts durch den Stadtteil lief. Zwei Tage später waren vier Schafe gerissen. Vor einem Jahr streifte eine Wölfin durch den Wald zwischen Schmöckwitz und Grünau und entlang des Adlergestells im Berliner Südosten. Seitdem ist die dortige Bezirksverordnetenversammlung alarmiert. Schutzmaßnahmen fordern die Grünen - nicht für den Menschen und seine Nutztiere, sondern für den Räuber.

In Berlin-Pankow soll mit Blick auf die Weidetierhaltung im Norden gemeinsam mit Naturschutzverbänden ein "Wolfsmanagement" geschaffen werden, damit man sich "optimal auf die Präsenz von Wölfen im Bezirk" durch "Beratung, Information und Aufklärung, Monitoring, Prävention sowie Schadensausgleich" vorbereiten könne. In Hünxe am Niederrhein registrierte ein Bauer sechs Angriffe auf seine Herde, bei denen insgesamt 14 Schafe gerissen wurden.

Während der dortige Gemeinderat einen Abschluß der zu einem in den Wäldern bei Schermbeck lebenden Rudel gehörenden Wölfin fordert, haben viele Nutztierhalter in der sächsischen Oberlausitz längst aufgegeben, derartiges zu verlangen. Angesichts der verfestigten Strukturen der staatlich bezahlten Wolfsschützer sind sie schon zufrieden, wenn der Freistaat Sachsen

ihnen einen Teil der durch den staatlich geschützten Wolf aufgetretenen Schäden ersetzt.

Das Fast Food auf der Wiese ist für Isegrim sehr verlockend

Nach Angaben der Bundesagrarinministerin wurden 2019 deutschlandweit fast 3.000 Nutztiere von Wölfen getötet und verletzt: "Wo soll das enden, wenn man es einfach ließe?" Klöckner räumt ein, daß sie sehr gut nachvollziehen könne, daß sich Eltern um ihre Kinder sorgen. Gerade das war aber noch vor kurzem von der Politik bestritten worden.

Niemand müsse sich sorgen, Wölfe hätten gegenüber dem Menschen einen Fluchtinstinkt. Alle historischen Berichte über hungrige Rudel oder Einzeltiere, die Menschen angreifen, wurden ins Reich der Märchen verwiesen. Selbst über den Abschluß von verhaltensauffälligen Wölfen - der schon jetzt rechtlich erlaubt ist - wurde bisher gestritten.

"Der Wolf muß lernen, daß das Fast Food auf der Wiese zwar sehr verlockend ist, aber daß es dann doch tödlich für ihn enden könnte", forderte DJF-Sprecher Reinwald in der Bild-Zeitung. Tatsächlich wurden Wölfe bisher von den Behörden nur in den seltensten Fällen zum Abschluß freigegeben, und nicht selten waren sie bereits weitergezogen, als die Bürokratie endlich einlenkte.

Da bei Menschen, in deren Siedlungsgebieten Wölfe wildern, diese als Bedrohung wahrgenommen werden, die Unterstützung für den Artenschutz sinkt, wird jeder überfahrene Wolf als auch illegal abgeschossene Tiere nach dem Motto "Schießen, Schippen, Schweigen" eher positiv gewertet. Geradezu verzweifelt klingt Ralf Unna vom Landestierschutzverband NRW, wenn er sich nach jahrelanger erfolgreicher Lobbyarbeit jetzt gezwungen sieht, mit Klöckner eine Bundesministerin daran zu erinnern, daß Wölfe seit mehr als 20 Jahren wieder in Deutschland leben würden, ohne daß es einen einzigen Angriff auf Menschen gegeben habe: "Der Wolf gehört in unsere Naturlandschaft."<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 23. Juli 2021: >>Unterlassene Hilfeleistung

Hochwasser: Sturzfluten reißen Schneisen der Verwüstung / Eine JF-Reportage aus dem Katastrophengebiet

Martina Meckelein / Marco Pino, Bad Neuenahr

Konzentration. Trotz. Verschlossenheit. All dies läßt sich in den Gesichtern der über und über mit Schlamm verdreckten Menschen ablesen. Sie schleppen mit Wasser vollgesogene Sofas auf die Straße. Teppichrollen, Gartenstühle, Kartonagen - kaum noch als das zu erkennen, was sie einmal waren. Ab und an umspielt ein Lächeln ihre Gesichter. In Gummistiefeln fegen, schaufeln und wringen sie gegen die braune muffige Brühe an. Dieselaggregate - ohne sie geht gar nichts mehr in den zerstörten Städten und Gemeinden an der Ahr, der Erft, der Rur, der Inde, dem Merzbach oder der Wurm - brubbeln laut vor sich hin. Hubschrauberrotoren zerschlagen die Luft. Kein böses Wort ist von den Menschen zu hören, die seit Tagen hier, teils unter Einsatz ihres Lebens, Hilfe leisten.

In der Nacht vom 14. auf den 15. Juli hat eine bis dahin unvorstellbare Naturkatastrophe Teile des deutschen Westens zerstört. Mindestens 156 Tote sind zu beklagen. Der Wiederaufbau wird Jahre dauern. Doch das sind keine Bilder und Berichte über eine Tragödie, die ja ein unabwendbares Schicksal wäre. Vielmehr ist das Juli-Hochwasser 2021 der Beweis des totalen Versagens der deutschen Sicherheits- und Katastropheninfrastruktur.

Der Strom fällt aus. Das Wasser steigt. Das Auto schwimmt weg Am Dienstag, dem 13. Juli 2021, um 15 Uhr erklärt der Meteorologe Felix Dietzsch die "bevorstehende Unwettersituation" auf dem Youtube-Kanal des Deutschen Wetterdienstes. Zu erwarten seien schwere Gewitter sowie andauernder Starkregen. Große Bereiche Nordrhein-Westfalens bis Rheinland-Pfalz seien bereits gewarnt: "Denn bis Donnerstag morgen kommen hier teils enorme Regenmengen zusammen."

Zur selben Zeit spaziert Thorsten Rech (39) mit einem Freund durch Brüssel. Er hat zwei Ta-

ge Urlaub. Rech ist Gastronom, er betreibt in der 900-Seelen-Gemeinde Mayschoß im Landkreis Ahrweiler in Rheinland-Pfalz das Restaurant "Bahnsteig 1" im alten Bahnhof. In nur 33 Stunden wird es Teile des über hundert Jahre alten Gebäudes nicht mehr geben.

"Wir fahren am Mittwoch zurück, durch schwersten Regen", sagt er der JUNGEN FREIHEIT. "Da kamen schon während der Fahrt Anrufe von zu Hause, daß es so schwer werden könnte wie 2016. Da hatten wir ein Hochwasser von 3,71 Meter in Mayschoß." Rech erreicht mittags seinen Gasthof. Das steigende Wasser sieht er schon von weitem. "Wir haben dann erst einmal den Weinkeller ausgeräumt und die Flaschen und Kisten ins Restaurant getragen."

Das Wasser steigt weiter. Rech telefoniert mit der Feuerwehr, bittet um Sandsäcke für die Kellerfenster. Der gegenüber dem Lokal liegende gemeindeeigene Platz für die Camper ist schon am Vormittag von der Feuerwehr evakuiert worden. Zwei Camper treffen die Retter nicht an, erst Rech begegnet ihnen, als er nach Hause kommt. "Die wollten nicht weg", sagt Rech. "Die Feuerwehr sagte mir, daß ein Hochwasser bis zu vier Metern erwartet würde. Da dachte ich, okay, das ist safe, da kann nichts passieren."

Doch das Wasser steigt weiter. "Die Camper fahren ihren Wagen ans Haus, und dann haben wir gemeinsam noch mein Auto ausgeladen. Dann sagte ich zu denen, kommt hoch in meine Wohnung, die Tür ist offen." Rech macht aus dem oberen Stockwerk ein paar Fotos. Dann hört er Stimmen. "Die beiden Camper riefen: Laß uns rein! Ich sagte, sie müßten ums Haus herum, damit sie in die Wohnung können, denn nur hier ist ein Treppenhaus. Doch die wollten nicht durchs ansteigende Wasser waten, sie wollten unbedingt ins Restaurant. Ich warf ihnen den Schlüssel herunter, und dann saßen sie im Anbau."

Der Strom fällt aus. Das Wasser steigt weiter. Sirenen heulen. Rech geht in die zweite Etage des alten Bahnhofs. Aus einem Fenster sieht er, wie sein Auto wegschwimmt. Dann legt er sich auf das Bett in seiner Ferienwohnung. Er kann kein Auge zutun. Gurgelnde Geräusche. Dann dumpfes Aufschlagen. "Bäume krachten gegen die Hauswände." Und immer wieder ein ächzendes metallisches Knirschen. "Das waren die losgerissenen Gastanks. Ich dachte nur, wenn es da einmal funkt - dann war es das."

Einige Kilometer weiter in Bad Neuenahr ahnen die Menschen in der Innenstadt noch nichts Schlimmes. "Wir wurden erst durch die Feuerwehr gewarnt. Die gingen so um 23 Uhr durch die Straßen", sagt Maryana Marqus (22) gegenüber der JF. "Sie sagten, daß wir die Autos wegfahren sollten, die Türen schließen, und alle sollten wir nach Hause gehen. Um zwölf Uhr nachts oder halb eins kam dann das Wasser. Das ging so bis vier Uhr morgens." Ein Brummfahrer, der direkt an der Ahr wohnt: "Sirenen habe ich nicht gehört."

80 Kilometer nördlich von Bad Neuenahr liegt Wuppertal. Die Stadt mit der berühmten Schwebbahn hat 355.000 Einwohner. Auch hier regnet es seit Tagen. Um 0.03 Uhr verbreitet die Stadt auf ihrem Twitter-Account in Großbuchstaben die Warnmeldung "Die Talsperre läuft über!".

Plötzlich beginnen Sirenen zu heulen. Gemeint ist die Wuppertalsperre. Stadtteile werden evakuiert. Was wäre normaler, als das Fernsehgerät anzuschalten und nach Alarmmeldungen zu schauen? Doch der öffentlich-rechtliche WDR zeigt eine Olympiadokumentation. Im Gegensatz dazu das kleine Radio Wuppertal vom Privatsenderverbund Radio NRW. Bis tief in die Nacht informiert es live mit einer Sondersendung seine Zuhörer.

"Der WDR war beinahe ein Totalausfall. Beinahe, weil man auf der Website einen einsamen Text-Ticker aktualisiert", schreibt in einem vielbeachteten Kommentar später Thomas Lückerrath, Chefredakteur des Medienmagazins DWDL. Die Überschrift des Artikels lautet: "Unterlassene Hilfeleistung: WDR läßt den Westen im Stich". Erst Tage später wird der WDR Versäumnisse zugeben. Da ist es zu spät.

Denn am Donnerstag vergangener Woche, nach Sonnenaufgang, wird das ganze Ausmaß der Katastrophe bekannt: Teile Nordrhein-Westfalens, von Rheinland-Pfalz, Belgien, Holland

sind betroffen. Der äußerste Westen Deutschlands allerdings am stärksten. Es sind die Menschen vor Ort, die sofort zupacken. Was bleibt ihnen auch anderes übrig?

Privatleute packen kräftig an, das Volk organisiert sich selbst

Als Thorsten Rech am Donnerstag um 5.53 Uhr aus dem zweiten Stock seines Hauses aus dem Fenster schaut, sieht er kein liebliches Ahrtal, sondern eine Wasserwüste. Keine Straßen, Brücken, das gesamte Landschaftsbild ist ein anderes. Dort, wo immer Häuser standen, klaffen jetzt Löcher. "Drei Häuser waren bei uns im Dorf weg, sechs Stück in Rech. Als ich dann versuchte, um mein Haus zu gehen, sah ich, daß ein Teil der Restaurantwand weg war. Die beiden Camper waren nicht mehr da." Im Landkreis Ahrweiler hat die teils neun Meter hohe Sturzflut eine Schneise der Verwüstung hinterlassen. Nichts geht mehr: kein Strom, kein Handyempfang, keine Wasserversorgung. Die gesamte Infrastruktur ist kaputt.

In der Gemeinde Schuld sind sechs Häuser zusammengebrochen. In Sinzig sterben zwölf Patienten einer Behinderteneinrichtung in den Fluten. Bundesstraßen und Autobahnen sind durch Unterspülungen oder Überflutungen nicht passierbar. Mindestens sieben Eisenbahnbrücken sind zerstört, Gemeinden so von der Außenwelt abgeschnitten. In NRW sind 25 Städte und Kreise vom Hochwasser betroffen. Die Steinbachtalsperre droht einzustürzen. Im Kreis Euskirchen ist es besonders kritisch. Die A1 und A 61 sind im Bereich der Erft gesperrt. In Erftstadt untergräbt das Wasser die Kiesgrube im Ortsteil Blessem. Der entstehende Krater reißt immer mehr Häuser in die Tiefe.

Die Hilfeleistungen der Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet sind enorm. Es bedarf keiner politischen Aufrufe dazu. Zum Beispiel schwingen sich 200 Bauern der Protestbewegung "Land schafft Verbindung" auf ihre Traktoren und fahren ins Katastrophengebiet. Auch Handwerker, Spediteure, Tierretter mit Pferdetransportern und Spezialbooten. Aus Grimma in Sachsen sind 14 Helfer seit Donnerstag vergangener Woche in Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Laut Innenministerium in NRW kämpfen am 16. Juli 19.000 nichtpolizeiliche Einsatzkräfte, also THW, Feuerwehr und Hilfsorganisationen, dort gegen das Hochwasser an, darüber hinaus 650 nordrhein-westfälische Polizisten, Beamte aus anderen Landespolizeien und Soldaten der Bundeswehr.

Am Donnerstag fahren auch 61 Einsatzkräfte der Hamburger Wasserschutzpolizei, darunter Spezialisten wie Taucher, mit 15 Booten Richtung Westen in das Katastrophengebiet in NRW. Aber schon am Sonnabend sind sie wieder zurück in der Hansestadt. "Wir stellen fest, daß wir entlassen worden sind", sagt der Pressesprecher der Polizei zur JF. Auf die Frage, warum sie wieder zurückgefahren sind, sagt der Beamte sibyllinisch: "Da spiele ich den Ball zurück nach Nordrhein-Westfalen, rufen Sie bitte dort an."

Die JUNGE FREIHEIT hat beide Länder-Innenministerien um Presseauskünfte gebeten: "Immer häufiger ist zu hören, daß die Koordination der Einsatzkräfte im Hochwassergebiet nicht funktioniere." Auf die konkrete Frage an das Innenministerium in NRW, warum man die Hamburger Polizeispezialisten wieder entlassen habe, kam folgende Antwort: "Auf unserem Twitter-Kanal (@IM_NRW) können Sie das heutige Statement des Ministers zum Thema 'Unwetter/Katastrophenschutz' ansehen.

Hieraus dürften die Antworten auf Ihre Fragen hervorgehen. Außerdem finden Sie weitere Antworten unter folgendem Link: <https://www.im.nrw/starkregen-nrw>." Nein, Antworten finden wir nicht. Wieder ein Anruf. "Dazu können wir nichts sagen. Aber es kann sein, daß niemand etwas dazu sagen kann", meint Leonie Möllmann von der Pressestelle. Ist es ein Wunder, daß bei solchen ministerialen Fehlleistungen private Helfer unerlässlich sind?

Gastronom Thorsten Rech wurde am Donnerstag durch einen Hubschrauber evakuiert. Auch er engagiert sich jetzt. "Ich lege meine Hände nicht in den Schoß. Ich bin Burschenschafter. Wir haben in Bonn, auf unserem Haus, eine Einsatzzentrale eingerichtet. Von dort organisieren wir Hilfsaktionen, besorgen Putztruppen, Autos, Dieselaggregate und sammeln Geld. Über

30.000 Euro haben wir. Das geht dann in Wiederaufbauprojekte."

Und die Politik? Sie feixt wie NRW-Ministerpräsident und Kanzlerkandidat Armin Laschet, wenn sie sich unbeobachtet fühlt. ...<<

Uwe Kranz berichtete am 4. August 2021 über den Klimawandel (x1.015): >>**Wie das Wetter so wird in unser'm Klima ...**

Von *Uwe Kranz*

Und die nächste Sau, die durchs Dorf getrieben wird, heißt: Klimawandel! Kaum daß die Corona-Schlacht etwas verblaßt, sich *fake news* zunehmend als *true news* herausstellen, die Verschwörungstheorien Realität werden, der Lack von den einst vom polit-medialen Komplex propagierten Schein-Wahrheiten Stück für Stück abblättert und sich in die Endlosschleife für nach der Wahl verabschiedet, damit die unserer Bundeskanzlerin "nahestehenden Partei" (?) auch dann noch davon partizipieren kann (siehe das 3. Bevölkerungsschutzgesetz, das vielfach als "Ermächtigungsgesetz" apostrophiert worden war), werden schon wieder die Klimamesser gewetzt, damit auch die letzten Zipfel von der Wurst, die einst Demokratie hieß, doch noch abgeschnippelt werden können. *Lockdown for ever!* Grundrechte: *Never!*

Die Macher des Great Reset können ihr Glück kaum fassen. Erst Corona, dann die Flut!

Die Flut? Nein, die Wetterkatastrophen, müßte man sagen; denn die Katastrophe, die sich Mitte Juli in Nordrhein-Westfalen (NRW) und Rheinland-Pfalz (RP) ereignete und über 170 Leben und fast 700 Verletzte kostete, war ja kein singuläres Ereignis, auch wenn es noch so schlimm war. Zeitgleich suchte der Zyklon "Bernd", auch Österreich (Hallein), und Belgien/Luxemburg auf, wo er etwa 30 Menschenleben verursachte und verheerende Schäden anrichtete; Tausende mußten evakuiert werden. Es ist der "perfekte Sturm" mit tagelangen Wassermengen von bis zu 200 Liter/m²!

Wer einen Blick nach Zhengzhou in der zentralchinesischen Provinz Henan richtete, sah fast zeitgleich ähnliche Bilder. Ausgelöst worden seien die Regenfälle vom Taifun "*In-Fa*", der auch in den Provinzen Zhejiang und Fujian für Unwetter gesorgt haben soll. Über Dutzende von Toten wurden berichtet, Zehntausende seien evakuiert worden, innerhalb von 48 Stunden brachen drei Staudämme, zuletzt der Guojiaju-Damm; der Yihefan-Damm ist aktuell immer noch stark gefährdet.

Auch in Südchina und in der Inneren Mongolei sei es durch weitere Stürme zu schweren Überschwemmungen gekommen. Weitere Regenfälle mit weit über 100 Liter/m² wurden erwartet.

Vor wenigen Monaten meldete Australien "Land unter" und flutbedingte Todesfälle: Tagelanger Starkregen führte in New South Wales zu den schwersten Überschwemmungen seit 100 Jahren, die zur Evakuierung von 18.000 Menschen zwangen.

Verstörende Videos aus den letzten paar Wochen auch über Flutmassen in Florida, Oman, Somalia, Indien, selbst über "monsunartige Wolkenbrüche" in den Vereinigten Arabischen Emiraten zeigen, daß das Wetter weltweit sehr wohl verrückt spielt - aber auch der polit-militärische Komplex, sprich der Mensch, (insgeheim) mitwirkt, der selbst für Starkregen in der Wüste ("Fake Regen") sorgt. Gleiches gäbe es aber auch über Dürren, Hurrikane und Großfeuer zu berichten, sprengt aber den redaktionellen Rahmen.

Klimawandel - menschengemacht?

Schnell waren Politiker zur Stelle und vor Ort, um das Geschehen zu kommentieren. Wahlkampf ist's, da steht schon mal ein "Held der Arbeit" (SPD) mit blütenweißen Sneakers an den Füßen und einem Sandsack unterm Arm vor der Kamera, Reporter beschmieren sich mit Schlamm, um authentisch zu wirken, (RTL), der Kanzlerkandidat der CDU lacht während der bundespräsidialen Trostrede - und umgekehrt.

Retter der ersten Stunde werden dagegen z.B. vom Staatsfunk ZDF öffentlich angegriffen und in skandalöser Weise an den Pranger gestellt, andere Helfer ob ihrer vermutlichen politischen

Einstellung (angebliche Querdenker oder Reichsdeutsche) öffentlich diffamiert, geächtet und am Einsatz behindert, andere mangels "Auftrag von oben" heimgeschickt.

Das eigentliche Thema "monumentales Systemversagen" gerät da schon schnell mal an den Rand des Geschehens. Wen kümmern da schon mindestens vier (4!) volle versammelte Tage für Vorsorge-, Alarmierungs- und Evakuierungsmaßnahmen? Wen kümmern nicht vorhandene, nicht funktionierende zu spät oder absichtlich nicht eingeschaltete Sirenen ("um Panik zu vermeiden")?

Wen kümmern Versagertechniken wie die Warn-App "Nina", KatWarn oder 148 SMS-Nachrichten ins Blaue? Wenn kümmern die Versager im zwangsgebührenfinanzierten Rundfunk und Fernsehen (WDR!), die pünktlich Feierabend machten, statt zu warnen und die während der Katastrophe seichte Unterhaltung sendeten?

Wen kümmern die chaotischen Führungs-, Einsatz- und Kommunikationsstrukturen offizieller Instanzen in der aufkommenden Katastrophenlage? Wen kümmert, daß die Kanzlerin "der schon länger hier wohnenden Menschen" lieber ihren (17.?) Ehrendoktor bei der Johns Hopkins Universität in den USA abholte und sich unbeholfen in den vollen Ornat zwingen ließ, statt heimzufiegen, sich unverzüglich vor Ort ein Bild von der Katastrophe zu machen und politisch straff zu führen. Sondersitzung Bundestag? Fehlanzeige.

Später Fototermin mit dem sichtlich und wahrlich echt emotionalisierten Bürgermeister von Schuld, Helmut Lussi, der wenigstens mit seinem trockenen Statement richtig stellte, was Frau Dr. Merkel gewohnt klimaideologisch verblendet und stereotyp von sich gab: Deutschland müsse sich an den menschengemachten Klimawandel anpassen, "parallel zu dem gesamten Umsteuern auf eine klimaneutrale Wirtschaft".

Lussis ungefragter Konter: "Das erste Hochwasser war so um 1790. Ich glaub da gab's noch keinen Klimawandel oder nicht in den Dimensionen. Das zweite Hochwasser war jetzt 1910." Klatsch! Chapeau, Herr Lussi!

Wen kümmern strafrechtliche Verantwortlichkeiten der durch Gesetz zum Handeln Verpflichteten, die in sogenannter "Garantenstellung" durch Unterlassen (§13 StGB) für Körperverletzungen oder Tötung von Menschen und für die Zerstörung ganzer Dörfer, Städte und Existenzen verantwortlich sind? Wer ist verantwortlich dafür, daß die Regenrückhaltebecken nicht rechtzeitig abgelassen worden sind? Sind Politik und Verwaltung bei Katastrophen denn sakrosankt? Nun, das werden die Ermittlungen zu den ersten von den Flutopfern erstatteten Anzeigen hoffentlich erweisen.

Auch der neue Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenschutz (BKK), Armin Schuster, erst seit November 2020 (nach dem Sirenen Desaster) im Amt, soll mit seiner billigen Ausrede nicht wegkommen: "Unsere Warninfrastruktur hat gut geklappt im Bund, der Deutsche Wetterdienst hat relativ gut gewarnt".

Was er damit sagen wollte: Wir (auf Bundesebene) sind die Guten, Fehler hätten all die anderen (auf Landes-, Kreis- und Kommunalebene) gemacht. Rette sich, wer kann! Erbärmlich, vor allem wenn man die vernichtenden Urteile internationaler Experten hört, die Deutschland in Sachen Katastrophenschutz auf dem Niveau eines Entwicklungslandes sehen.

Doch zunächst muß man den sprachlichen Unsinn bereinigen, der durch die polit-medialen Statements von Bundeskanzlerin bis zum Lokalreporter quirlt, wie die Fäkalien aus der Kanalisation Ahrweilers: Der Klimawandel sei menschengemacht und Ursache der Flutkatastrophe!

Historische Chroniken belegen per se die Fragwürdigkeit dieser Behauptung und, man glaubt es nicht, inmitten des polit-medialen CO₂-Kampflärms zum menschengemachten bzw. wissenschaftlicher klingend: zum "anthropogenen" Treibhauseffekt, zur globalen Erwärmung, zum Methangas, zum Ozon ... gibt es wissenschaftlich renommierte und inzwischen gar nicht mehr so einsame Rufer in der Wüste.

Sie hinterfragen das Pariser Klimaabkommen, den Anstieg der globalen Temperatur auf 1,5

Grad über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, zweifeln an den IPCC-Berichten und der Qualität der Satellitendaten, die zur Bestimmung der Treibhauseffekte verwendet werden; sie messen und diskutieren heftig z.B. über Strahlungseinflüsse, die Wirkung der Drifts im Orbit, Veränderungen in der Humusschicht (SOC und Nährstoffe) oder des Grundwasserspiegels als wahrscheinlichste Ursache für den Anstieg der CO₂-Konzentration - all das im besten wissenschaftlichen Sinne z.T. auch äußerst kontrovers und für den Laien (wie mich) verwirrend bis verstörend.

Manche bestreiten mit den Sat-Daten eine signifikante Erderwärmung durch CO₂ grundsätzlich, zumindest seit dem letzten großen El-Nino-Ereignis von 1998; andere bestreiten die Erderwärmung nicht grundsätzlich, finden aber andere Gründe dafür und entlarven auch damit die Klimahysteriker als Geschäftemacher und Mind-Controller.

Unsere Luft besteht seit Jahrhunderten aus Stickstoff (ca. 75 %), Sauerstoff (ca. 20 %), Wasser (ca. 4 %) und nur zu 0,04 Prozent aus den verrufenen "Treibhausgasen" CO₂/Ozon/Methan und FCKW, sowie den paar restlichen Prozentanteilen von Edelgasen. CO₂ & Co absorbieren zwar geringe Mengen Wärmestrahlung, sind jedoch in so winziger Konzentration vorhanden (1:3.000), daß sie eigentlich nur minimal klimaschädlich wirken können.

Dies gilt insbesondere für die oberen Atmosphärenschichten, wo diese Konzentration ja nochmals auf ein Zwanzigstel verdünnt wird, also genau dort, wo diese "Klimakiller" ihre Wärmewirkung erst entfalten müßten.

Die größten "CO₂- und Kohlenstoffschleudern" der Welt sind in Wirklichkeit die Ozeane mit ca. 90 Gigatonnen (44 %), die Bodenorganismen mit ca. 59 Gigatonnen (29 %), die Atmung der Landorganismen mit ca. 50 Gigatonnen (24 %) und ganz zuletzt erst die wirtschaftliche Tätigkeit des Menschen mit ca. 5,5 Gigatonnen (3 %).

Das Experiment "Whisky on the Rocks" hilft, ein anderes häufig und kontrovers diskutiertes Thema besser zu verstehen: Mit dem Schmelzen der Eisberge wegen des "menschengemachten Klimawandels" käme es zu Überflutungen ganzer Städte. Wenn Sie nichts aus dem Glas genascht haben, werden Sie feststellen, daß nach dem Schmelzen der Eiswürfel das Glas genauso voll ist, wie zuvor. Einfache Physik: Die Anomalie des Wassers.

Auch Knut, der putzige Eisbär, dient nicht als Beweis: Die Population der Eisbären hat sich nach Forschungen der Universität Victoria/Kanada nicht nur als stabil herausgestellt, sondern sei sogar auf über 25.000 bis 31.000 angewachsen. Die Behauptung, die Eisbärpopulation schrumpfe als Folge der abnehmenden arktischen Meeresfläche, sei wissenschaftlich nicht haltbar. Der Arbeitsvertrag der dafür verantwortlichen Assistenzprofessorin Crockford wurde nicht mehr verlängert. Die Botschaft an jeden akademischen "Klimadissidenten": Schweige oder riskiere die Gefährdung deiner Karriere.

Das Leben auf unserem Planeten wird durch Wetter und Klima bestimmt, durch einen hydrologischen Prozeß, der fast ausschließlich über Wasserdampf in der Atmosphäre unser Wetter bestimmt. Er ist abhängig von der Temperatur, die normalerweise durch die Sonne verursacht wird.

Die meisten Wissenschaftler wissen, daß der "Klimawandel" mit den Aktivitäten der Sonne (Eruptionen, Sonnenflecken) mit der Stellung des Sonnensystems in der Milchstraße, der Änderungen des Neigungswinkels der Erde zur Sonne, sowie der Änderung der irdischen Kreisbewegung um die Sonne zusammenhängt. In unseren MSM (Mainstream Medien) wird das kaum noch diskutiert.

Warum wird das Thema Wasserdampf in der Atmosphäre nicht in den Vordergrund der öffentlichen Diskussionen gestellt und warum werden statt dessen von grün-rot-rot-schwarzen Politikern Benziner, Diesel, fossile Heizung und offene Kamine verteuert?

Und das in Deutschland, das eh nur 1,8 % der CO₂-Last der Welt trägt? Brauchen wir einen neuen Wissenschaftszweig "Politklimatologie", der den Verantwortlichen auf die Sprünge

hilft?

Der Begriff "Klimaleugner", den die polit-mediale Klimalobby geprägt hat, um Assoziationen zur Leugnung des Holocaust herzustellen, hat eine fatale Nähe zum "Covidleugner"; beide Begriffe signalisieren bedrohliche Absolutheitsansprüche. Dabei heißt Leugnen ja, wider besseres Wissen etwas zu behaupten. Nun wissen es aber viele tatsächlich besser, sogar renommierte Wissenschaftler und Filmproduzenten.

Warum sagen sie es dann nicht den Politikern? Wann sehen diese ein, daß sie falsch liegen und sich zum Narren haben machen lassen?

Die Regenmacher

Begonnen hat das tückische Wettergott-Spiel schon Anfang dieses Jahrhunderts, 2016, als die Stadt San Diego nach einer langen Dürreperiode den Regenmacher Charles Hatfield beauftragte, den Morena-Stausee zu füllen. Mit dem Einsatz unbekannter chemischer Mixturen gelang es diesem, einen Starkregen zu produzieren, der nicht nur den Stausee binnen weniger Tage füllte, sondern den Staudamm brechen ließ, wonach die ganze Stadt überschwemmt wurde.

Wer erinnert sich noch an die "Operation Cumulus" der Royal Air Force des Vereinigten Königreiches vom August 1952, als die militärische "Wetterschubserei" anfang, genauer: als sie durch Veröffentlichung ehemals als "Geheim" klassifizierter Militärpapier bekannt wurde? Der militärische Test, Regen zu machen, wuchs sich zur "schlimmsten Flut" seit den britischen Wetteraufzeichnungen aus. Die Katastrophe war bis dahin offiziell nur bekannt als "Die Hand Gottes": 35 Tote waren zu beklagen, nachdem 90 Tonnen Wassermassen und Tausende Tonnen Gestein über die Stadt Devon hereinbrachen.

Auch das US-Militär hatte schon seit den 1940er Jahren großes Interesse an der Technik der "Wolkenimpfung" mit Silberjodid, um feindliche Truppen mit Sturm, Regen, Schnee und Eis zu behindern.

Dem "Project Cirrus" (1947) zur Modifikation eines Hurrikans, ein Gemeinschaftsprojekt des Militärs mit der General Electric Corporation, folgte das "Project Stormfury" (1962-1983), das ebenso erfolglos versuchte, Hurrikans mit Silberjodid zu schwächen.

Im Vietnam-Krieg (1955-1975) ließ es das US-Militär ab 1967 im Rahmen der (erfolgreichen) "Operation Popeye" wochenlang regnen, um die Unterstützer der feindlichen Kämpfer in Südvietnam im Morast versinken zu lassen. Gleichzeitig setzte das US-Militär "Agent-Orange-Aerosole" ein, ein Baumentlaubungsmittel, um zusätzlich ein freieres Schußfeld zu haben.

Diese Techniken wurden von Seymour Hersh in den sogenannten "Pentagon Papers" im Time Magazin enthüllt. Dies führte letztlich zur UN-Konvention ENMOD, die den Einsatz von wettermodifizierenden Maßnahmen für militärische Zwecke verbot - "friedliche Forschungszwecke", wie immer diese definiert werden, bleiben aber weiterhin erlaubt. Alles nur eine Frage der Definition, der Diskretion, oder? Wie war das noch mit den Kondensstreifen am Himmel? Dazu später mehr.

Weniger bekannt waren die "Regeneinsätze" russischer Piloten, die verhinderten, daß die radioaktiven Wolken nach der Reaktorkatastrophe 1986 in Tschernobyl (ob Unfall oder Sabotage ist immer noch ungeklärt) bis nach Moskau gelangten. Erst Jahre später, 2006, wurden die eingesetzten Piloten in einem Staatsakt dafür geehrt, daß sie damals die Wolken mit Silberjodid impften, um die dreißigfache radioaktive Dosis über Belarus abregnen zu lassen, insbesondere über der Stadt Gormel, statt über der russischen Metropole Moskau.

Für das russische Militär ist die Wolkenimpfung inzwischen business as usual, noch jede der jährlichen Truppenparaden am 9. Mai zu Ehren des "Großen Vaterländischen Krieges" fand dank solcher Einsätze bei schönstem Wetter statt.

2008 wollte China für seine 42 Milliarden Dollar teure Olympiade mittels einer inzwischen 35.000-köpfigen Beamten- und Bauernarmee schönes Wetter für die Auftaktveranstaltung

garantieren. Darum stellte es rings um Peking fast 6.800 Artilleriegeschütze und über 4.100 Raketenabschußrampen auf, die mit über 1.000 Silberjodid-Geschossen Wolken besamen sollten. Damals faßte das die Weltöffentlichkeit eher als eine "charmante Geste" des Gastgebers auf.

In Vergessenheit geriet, daß im Frühjahr des gleichen Jahres erst ein Schneesturm Chinas Süden heimsuchte, im Mai dann ein Erdbeben die Provinz Sichuan erschütterte und immer neue Horrormeldungen über Verschüttete, Verletzte und Tote die Bevölkerung fortlaufend ängstigte; 80.000 waren es am Ende. Nach einer Meldung von Xinhua stiegen von 1995 bis 2003 exakt 4.231mal Flugzeuge in die Wolken auf, um Silberjodid zu sprühen.

Das "schenkte" dem von Dürren geplagten Reich der Mitte ein Plus von 210 Milliarden Kubikmetern Regenwasser. Das Jahr 2009 endete allerdings mit einem kleinen Mißgeschick: Statt des ersehnten Regens fielen riesige Schneemengen hernieder, aber das kann beim Geoengineering, beim Spiel als "Wettergott" doch mal passieren - oder? Auf gut Chinesisch klingt das dann wie "Pi ji tai lai" und heißt: Das Böse gipfelt im Guten.

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) ließen in jüngster Zeit in 9 Großprojekten im Wert von 15 Millionen USD die Möglichkeiten der Kontrolle über das natürliche Klimageschehen erforschen.

Cloud Seeding (Wolkenbesamung) mit Silberjodid in der Stratosphäre war offensichtlich immer noch die erfolgreichste Methode, befand das National Center of Meteorology (NCM) Alleine im ersten Halbjahr 2021 wurden 126 derartige "Wetterflüge" durchgeführt, aber auch Drohnen (sogenannte "*zapper drones*") wurden eingesetzt, die mittels elektrisch geladener Impulse "monsunartige Wolkenbrüche" erzeugten, weshalb die Bevölkerung mehrerer Regionen vor Starkregen gewarnt werden mußte. Hoffentlich hatten die Statiker beim Bau der gigantischen Wolkenkratzer derartige "anthropogene Phänomene" einberechnet!

Unsichtbarer Kriegsführung?

Wie man sieht: Der Mensch spielt weltweit Wettergott. Schon seit Jahrzehnten. Die Rede ist aktuell von mindestens einer Million Tonnen Silberoxid, das aus Businessjets, Militärflugzeugen und Drohnen bis in die Ionosphäre im Rahmen eines höchst dubiosen Solar Radiation Managements (SRM) geblasen wird. Menschen sind zwar Teil der Schöpfung, aber nicht deren Zentrum.

Mao Zedongs "Spatzenkrieg" Ende der 1950er Jahre zum Schutz der Landwirtschaft hätte Beweis genug sein müssen, daß der Mensch nicht nach Gutdünken in das ökologische Gleichgewicht eingreifen darf. Am Ende des Experiments zerstörten Insekten die Ernten, weil ihre natürlichen Freßfeinde, die Spatzen, fast ausgerottet worden waren. 1960 mußte Mao kleinlaut von seinen russischen Freunden 250.000 Spatzen importieren.

Können die negativen Intentionen und Folgen des SRM ebenfalls mit solch einfachen Mitteln wieder gerade gerückt werden? Steht die Klimawissenschaftsgemeinde bei dieser neuen Art unsichtbarer Kriegsführung irgendwie verloren neben der Sache, wirkt sie desinformierend oder hat sie vielleicht gar die gesamte menschliche Rasse verraten und sich mit Profit verkauft?

Sind es wirklich nur schlichte Kondensstreifen am Himmel? Oder bestehen diese geheimnisvollen Chemtrails aus winzigen Barium- und/oder Aluminium-Partikel, die in Form hochgiftiger Regen Atemwegserkrankungen, z.B. chronischer Husten, Bronchitis, chronische obstruktive Lungenerkrankungen (COPD) oder neurogenerative Krankheiten (z.B. Alzheimer, Parkinson) erzeugen (sollen)? Oder ist das nur eine weitere "Verschwörungstheorie", die sich aber, wie so viele andere, angesichts der immer deutlicher erkennbaren staatlich-militärischen Projekte zu verwirklichen scheint?

Wer glaubt denn noch, daß die Kronjuwelen des militärisch-industriellen Komplexes, die Wetterkriegsführung, nach der Operation "Popeye" in Vietnam einfach in den Schubladen

verstaubt wurden? Sind 10 bis 20 Megatonnen Aluminiumoxid-Staub (Al_2O_3) und andere Nanopartikel, die mit den weltweiten Geo-Engineering Projects (GEP) angeblich nur zur Abkühlung der Erde, zum "Schutz unseres Klimas" in die Stratosphäre gekippt werden, tatsächlich folgenlos?

Oder stimmen die Berechnungen über die Toxizität unserer Umwelt, wonach genau dadurch weltweit rund 2 Milliarden der 7,5 Milliarden Menschen sterben werden - täglich würden dann fast 110.000 Menschen mit über 123 mg Aluminium kontaminiert: Bei einem 75 kg schweren Menschen wäre schon eine tägliche Dosis von 1,875 mg Aluminium tödlich, die statistisch gesehen nach 15 Tagen kumuliert wäre.

Warum stoppt niemand diese wahnsinnigen Operationen, mit denen die Sonneneinstrahlung "gedimmt" werden sollen? Warum veranlassen die für unsere (Gesundheits-)Vorsorge verantwortlichen Politiker keine grundlegenden wissenschaftlichen Studien, keine umfassenden Feinst-Partikelmessungen unserer Atemluft? Ist das Dimmen der Sonne durch eine giftige Imitation von Vulkanausbrüchen wirklich noch "vollkommen natürlich"?

Schwer zu glauben, zumal man inzwischen schon die Fakten der Faktenchecker checken muß. Offensichtlich experimentell manipulierte Dürren und Fluten, die die Lebenserhaltungssysteme unserer Erde dezimieren, werden trotz aller Gegenbeweise, inzwischen veröffentlichter militärischer Geheimpapiere, wissenschaftlicher Forschungen und Veröffentlichungen weiterhin offiziell geleugnet. Das erinnert doch sehr an das staatliche Verhalten in Sachen Corona.

...<<

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 22. August 2021 (x1.074/...): >>>Klimawahn und Covid-19 als Vorwand für totalitäre Herrschaft - Papst Benedikt XVI. hatte vor 10 Jahren leider recht

Fast alle unsere Leser, wie auch die Redaktion sind sich darin einig, daß diejenigen, die einem "Klimaschutz" das Wort reden, vielfach aktive, rücksichtslos enthemmte Opportunisten sind, die unter dem Mantel des "Klimaschutz", als zusammenfassendes Synonym für alle Maßnahmen, die es benötigt, um eine imaginäre Klimakatastrophe in ferner Zukunft abzuwenden, ausschließlich ihr eigenes Süppchen kochen wollen, oder aber einfache Mitläufer, die entweder zu dumm, oder zu desinteressiert sind, oder beides zusammen, um sich ein eigenes Bild zu machen, welches sicher anders ist, viel anders, als das offiziell gezeichnete.

Und dann gibt es noch die wahrhaft Gläubigen. Gläubige, die eine Religion brauchen, an der sie ihren moralischen Kompaß ausrichten, und nach deren Vorgaben und Zielen sie ihre Aktivitäten im täglichen Leben einrichten. Entweder verbinden sie dann diesen moralischen "Klimakompaß" mit der christlichen Religion und eifern dann besonders heftig für den "Schutz des Lebens", mittels "Klimaschutz", oder sie ersetzen einfach das eine durch das andere.

Unser Autor, selber ein gläubiger Katholik, hat versucht die damit verbundenen zwingend auftretenden Widersprüche auszuleuchten, welche letztlich dazu führen (müssen), daß das Recht verschwindet und die Willkür herrscht.

von *Edgar L. Gärtner*

Bald nähert sich der 10. Jahrestag der denkwürdigen, aber im Politikbetrieb dennoch bald wieder verdrängten ersten Rede eines römisch-katholischen Papstes vor dem Deutschen Bundestag. Am 22. September 2011 gab der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) Papst Benedikt XVI. während dessen offiziellem Deutschlandbesuch die Gelegenheit, vor dem Deutschen Bundestag zu sprechen. Der Papst hielt dort einen hochgelehrten, aber dennoch gemeinverständlichen Vortrag über ein Thema, das kaum jemand erwartet hatte: die Bedeutung des Naturrechts.

Benedikt XVI. mahnte die Politiker, sich nicht an vordergründigen Erfolgskriterien, sondern am überzeitlichen Maßstab der Gerechtigkeit zu orientieren und die Grundsätze eines

Rechtsstaats zu respektieren, indem er aus dem Meisterwerk des heiligen Augustinus "De civitate Dei" zitierte: "Nimm das Recht weg - was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande."

Diese Mahnung konnte angesichts wiederholter Rechtsbrüche des Merkel-Regimes beim Versuch der EU-Nomenklatura, ihre Kunstwährung Euro durch direkte und indirekte Enteignung der Sparer zu retten, aktueller nicht sein. Inzwischen ist eine ganze Kette weiterer Rechtsbrüche hinzu gekommen:

Von der Weigerung Angela Merkels, die nationalen Grenzen gegen den Ansturm junger männlicher Migranten zu schützen, bis zur Ausrufung einer "pandemischen Lage von nationaler Tragweite" ohne Faktengrundlage.

Der berechenbare Rechtsstaat wurde so durch einen launischen Maßnahmen-Staat ersetzt, in dem Angst und Willkür herrschen: So konnte die Kanzlerin mit Hilfe ihrer Helfershelfer in den Massenmedien fernmündlich die Wahl eines Ministerpräsidenten rückgängig machen, kraft eines als Ermächtigungsgesetz interpretierten Infektionsschutzgesetzes den größten Teil des Volkes einsperren, die Menschen in erpresserischer Manier zu der durchaus nicht alternativlosen gentechnischen Covid-Impfung drängen und schließlich das Bundesverfassungsgericht mit Hilfe seiner sektiererischen Urteilsbegründung zum Klima-Gesetz in den Dienst eines öko-diktatorischen Umsturzversuchs stellen. Da drängt sich der Vergleich mit einer Räuberbande tatsächlich auf.

Das Recht gründe in einem Rechtsstaat nicht primär in mehr oder weniger zufälligen und ephemeren politischen Mehrheiten, sondern in Natur und Vernunft, betonte Papst Benedikt im Jahre 2011. Im Gegensatz zum heidnischen Götterglauben betrachte das Christentum Natur und Gewissen als universale Rechtsquellen. Das gelte freilich nur, wenn man nicht von einem positivistischen Naturbegriff ausgehe. Die Ökologiebewegung fordere zwar, auf die "Sprache der Natur zu hören und entsprechend zu antworten." Es gebe jedoch auch eine menschliche Natur und somit auch eine Ökologie des Menschen:

"Auch der Mensch hat eine Natur, die er achten muß und die er nicht beliebig manipulieren kann... Der Mensch macht sich nicht selbst. Er ist Geist und Wille, aber er ist auch Natur, und sein Wille ist dann recht, wenn er auf die Natur achtet, sie hört. ... Gerade so und nur so vollzieht sich wahre menschliche Freiheit." Deutlicher hätte Benedikt XVI. marxistische beziehungsweise ökologistische oder genderistische Umerziehungsversuche nicht zurückweisen können.

Die Lehre vom Naturrecht gilt heute als Alleinstellungsmerkmal des Katholizismus, wenn nicht als katholische Marotte. Manche sprechen gar von einer "katholischen Scharia", weil die Vertreter der Naturrechtslehre darauf bestanden, die Natur enthalte Normen, die der Schöpfergott in sie hineingelegt hat. Moderne und postmoderne Autoren werfen dem führenden scholastischen Philosophen Thomas von Aquin (1225-1274) vor, im mittelalterlichen Universalienstreit einen naiven Realismus verfochten und zwischen Sein und Sollen kurzgeschlossen zu haben.

In der Ablehnung dieses "naturalistischen Fehlschlusses" waren sich verschiedene philosophische Schulen seit David Hume (1711-1776) einig. Aber die katholische Kirche verzichtete im 20. Jahrhundert und insbesondere nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) mehr und mehr auf die Verteidigung der thomistischen Lehre und überließ so dem Positivismus (einschließlich des Rechtspositivismus) das Feld.

Immerhin hatten sich Ankläger und Richter bei dem im November 1945 eröffneten Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß gefragt, nach welchem Recht man die angeklagten Nazi-Größen richten könne, da diese sich doch im Prinzip gesetzestreu verhalten hatten - nur eben entsprechend unmenschlichen Gesetzen. Bei der Definition des Anklagepunkts "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" erinnerten sich die Juristen schließlich des rechtsphilosophischen

Gedankens eines vorstaatlichen Naturrechts, das auch ohne kodifiziertes Recht existiert.

Die Ankläger beriefen sich also auf die Vorstellung, daß jedem Menschen, der ein Verbrechen wie Mord oder Versklavung begeht, bewußt ist, daß er damit Unrecht tut, selbst wenn dies nicht in einem Gesetz steht. Der eigentlich vom Rechtspositivismus überzeugte sozialdemokratische Rechtsphilosoph Gustav Radbruch (1878-1949) hat das 1946 in einer Formel festgehalten, die seinen Namen trägt. Benedikt XVI. berief sich in seiner Rede vor dem Bundestag hingegen auf den Römerbrief des Apostels Paulus, in dem es heißt:

"Wenn Heiden, die das Gesetz (die Tora Israels) nicht haben, von Natur aus das tun, was im Gesetz gefordert ist, so sind sie ... sich selbst Gesetz. Sie zeigen damit, daß ihnen die Forderung des Gesetzes ins Herz geschrieben ist; ihr Gewissen legt Zeugnis davon ab ..." (Römer 2, 14 f.)

Man muß also nicht katholisch sein, um sich auf das Naturrecht zu berufen. Das dem Naturrecht zugrunde liegende Menschenbild kann auch von nichtchristlichen Kulturen geteilt werden. Danach gibt es eine vom Naturganzen abhängige Natur des Menschen, die nicht Objekt politischer Manipulation werden kann und darf.

Der (immerhin getaufte) Atheist Albert Camus (1913-1960) konnte sich bei seiner Ablehnung des marxistischen Traums vom "neuen Menschen" und seinem Insistieren auf der Unwandelbarkeit der menschlichen Natur in seiner Abhandlung "L'homme révolté" (Der Mensch in der Revolte) voll und ganz auf die griechische Philosophie berufen, zumal sich auch die katholischen Theologen in dieser Frage auf die Seite der altgriechischen Philosophie schlugen: Grundlage eines freiheitlichen Gemeinwesens kann nur die Anerkennung der vom Schöpfer gewollten Natur des Menschen sein. Benedikt XVI. hat das in seiner (in Teilen umstrittenen, weil nicht gänzlich aus seiner Feder stammenden) Enzyklika "Caritas in veritate" (2009) mit folgenden Worten ausgedrückt:

"In allen Kulturen gibt es besondere und vielfältige ethische Übereinstimmungen, die Ausdruck derselben, vom Schöpfer gewollten Natur sind und die von der ethischen Weisheit der Menschheit Naturrecht genannt wird. Ein solches universales Sittengesetz ist die feste Grundlage eines jeden kulturellen, religiösen und politischen Dialogs und erlaubt dem vielfältigen Pluralismus der verschiedenen Kulturen, sich nicht von der gemeinsamen Suche nach dem Wahren und Guten und nach Gott zu lösen.

Die Zustimmung zu diesem in die Herzen eingeschriebenen Gesetz ist daher die Voraussetzung für jede konstruktive soziale Zusammenarbeit." Für das "in die Herzen eingeschriebene Gesetz" verwenden wir heute den Begriff "Rechtsempfinden". Dieses hat, wie wir inzwischen annehmen müssen, eine genetische Grundlage. Unseren nächsten "Verwandten", den Schimpansen, fehlt diese Erbanlage offenbar.

Gäbe es nur das allen Menschen gemeinsame Rechtsempfinden, wäre die Welt wohl ein Paradies. Sie ist es aber nicht. Denn auch das Böse, genannt der Teufel oder Satan, existiert. Heute gilt es bei einflußreichen Medienleuten geradezu als chic, dessen Existenz zu leugnen. Auch Papst Benedikt widmete dem Bösen in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag keinen eigenen Abschnitt.

Aber er schloß mit folgendem Wunsch: "Dem jungen König Salomon ist in der Stunde seiner Amtsübernahme eine Bitte freigestellt worden. Wie wäre es, wenn uns, den Gesetzgebern von heute, eine Bitte freigestellt würde? Was würden wir erbitten? Ich denke, auch heute könnten wir letztlich nichts anderes wünschen als ein hörendes Herz - die Fähigkeit, Gut und Böse zu unterscheiden und so wahres Recht zu setzen, der Gerechtigkeit zu dienen und dem Frieden."

Was Papst Benedikt XVI. (Joseph Ratzinger) hier anspricht ist die Gabe der Unterscheidung der Geister, das heißt die Fähigkeit zu erkennen, ob bestimmte Gedanken, Gefühlsregungen oder Prophetien von Gott stammen oder von seinem Widersacher.

Als ordnungsgemäß Getaufte und im "Unterscheidungsalter" Gefirmter habe ich nach

Thomas von Aquin (Summa theologiae 3. 72. 5, ad 2) "die Macht, öffentlich den Glauben an Christus quasi ex officio mit Worten zu bekennen." Und so bekenne ich, daß ich nicht glauben kann, daß es dem Willen Gottes entspricht, im wichtigsten Pflanzennährstoff Kohlenstoffdioxid eine Gefahr für das Leben auf der Erde zu sehen. Wäre dem so, müßte die Welt vom Teufel erschaffen worden sein. Gnostische Häretiker haben das tatsächlich geglaubt. Ich halte mich lieber an die frohe Botschaft des Neuen Testaments.

(Die Zitate Benedikts XVI. stammen aus dem Buch: Benedikt XVI.: In Gott ist unsere Zukunft. Ansprachen & Predigten während seines Besuchs in Deutschland. St. Benno-Verlag, Leipzig)<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 10. September 2021: >>**Land unter Hochwasser: Das grobe Aufräumen ist bewältigt, das politische Reinemachen nicht**

Peter Möller

Es ist noch nicht vorbei. Zwar sind die Bilder der katastrophalen Zerstörungen in den Flutgebieten Nordrhein-Westfalens und Rheinland-Pfalz aus den Hauptnachrichtensendungen verschwunden, doch in den betroffenen Regionen werden die Folgen der Naturkatastrophe noch auf Monate das Leben der Menschen bestimmen. Derzeit werden etwa für die Bewohner des besonders stark getroffenen Ahrtals Notquartiere für die Wintermonate gesucht. Denn selbst wenn die Häuser noch bewohnbar sind, fehlen häufig immer noch Strom, Wasser und teilweise der Anschluß an das Erdgasnetz. Die betroffenen Menschen sollen daher in der kalten Jahreszeit in Ferienwohnungen oder Pensionen unterkommen.

"Heillose Überforderung der Länder und Landkreise"

Neben den Planungen für den Wiederaufbau der Infrastruktur läuft auch die politische Aufarbeitung des Juli-Hochwassers bereits auf Hochtouren. Am Dienstag beschloß der Bundestag auf einer Sondersitzung ein Aufbauhilfegesetz, durch das ein "Solidaritätsfonds" mit bis zu 30 Milliarden Euro eingerichtet wird, um die Folgen der Katastrophe zu bewältigen. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums erfolgt die Verteilung der Mittel in einem ersten Schritt durch einen festen Schlüssel, basierend auf den ersten Schadenserhebungen der betroffenen Länder. "Danach entfallen auf Rheinland-Pfalz 54,53 Prozent, auf Nordrhein-Westfalen 43,99 Prozent, auf Bayern 1 Prozent und auf Sachsen 0,48 Prozent der für die Länderprogramme vorgesehenen Mittel des Fonds", teilte das Ministerium mit.

Doch wie konnte es überhaupt zu der Katastrophe kommen, der mindestens 189 Menschen zum Opfer gefallen sind? Diese Frage beschäftigt die Öffentlichkeit vor allem in den besonders schwer getroffenen Bundesländern.

In Rheinland-Pfalz soll nach dem Willen der Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen nun eine Enquete-Kommission des Landtages Lehren aus den Überflutungen ziehen. Vermutlich nicht vor Mitte 2023 wird dieses Gremium dem Parlament ihren Bericht vorlegen. Daran, daß die Enquete-Kommission substantielle Antworten geben wird, gibt es indes nicht nur von seiten der Opposition Zweifel.

Dabei wird auf den sehr weit gefaßten Einsetzungsantrag der Kommission verwiesen, in dem viel von Optimierung und Weiterentwicklung beim Katastrophenschutz die Rede ist und Empfehlungen für den Bevölkerungsschutz gefordert werden, weniger aber über politische Verantwortung zu lesen ist. Daher wird von der Opposition bereits die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses vorbereitet, der für die Landesregierung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) weit unangenehmer werden könnte als die Enquete-Kommission.

Auch in Nordrhein-Westfalen läuft die politische Aufarbeitung der Flutkatastrophe, die in dem Bundesland 49 Menschenleben gefordert hat und Schäden in einer Höhe von mindestens 13 Milliarden Euro verursacht hat. Hier sind vor allem Umweltministerin Ursula Heinen-Esser und Innenminister Herbert Reul (beide CDU) in den Fokus geraten.

Die Frage lautet: Wer wußte wann von der drohenden Katastrophe und hat wann wen infor-

miert? Nach Angaben der Landesregierung hat Heinen-Esser bereits Stunden vor den folgenreichen Unwettern ihren Urlaub unterbrochen und sich mit den Experten ihres Ministeriums in Verbindung gesetzt. Innenminister Reul sei laut einem Bericht an den Landtag am Tag danach aktiv geworden und habe seinen Urlaub ebenso wie Heinen-Esser abgebrochen.

Damit will die Landesregierung von CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet dem Vorwurf der Opposition entgegentreten, das Land habe trotz der Warnungen der Wetterdienste vor Starkregen nicht rechtzeitig gehandelt. Dennoch bleiben weiter Zweifel am Informationsfluß innerhalb der Landesregierung. Die Fraktionen von Grünen und AfD haben daher unabhängig voneinander die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gefordert.

Mit einer vom Innenpolitiker Martin Hess initiierten Kleinen Anfrage hat die AfD-Bundestagsfraktion auf nationaler Ebene versucht, die Verantwortung der Bundesregierung zu klären. In ihrer Antwort, die der JUNGEN FREIHEIT vorliegt, weist das zuständige Bundesinnenministerium indes den Bundesländern die Verantwortung zu. "Gemäß der grundgesetzlichen Kompetenzverteilung liegt der Katastrophenschutz in der Zuständigkeit der Länder sowie der Landkreise und kreisfreien Städte als untere Katastrophenschutzbehörden", heißt es in der Antwort.

Dies gelte unabhängig vom Ausmaß des Ereignisses und umfasse auch die Warnung der Bevölkerung vor Katastrophen. Der Bund könne mit der Bundeswehr, der Bundespolizei und dem Technischen Hilfswerk lediglich auf Anforderung der vor Ort zuständigen Behörden Amtshilfe leisten.

Hess hält diese Antwort für unzureichend. "Als zahlreiche Bürger im Hochwasser ihr Leben oder ihr Vermögen verloren, war das politische Berlin im Tiefschlaf. Die Bundesregierung versteckt sich hinter Kompetenzen", kritisiert Hess gegenüber der Jungen Freiheit die Antwort der Bundesregierung. Sie wolle deshalb keine stärkeren Bundeskompetenzen für den Bevölkerungsschutz, weil sie sonst Verantwortung übernehmen und handeln müsse. "Genau das wäre aber dringend nötig, wie die heillose Überforderung der Länder und Landkreise mit der Katastrophenhilfe gezeigt hat."

Plünderungen

Laut einer Antwort von Nordrhein-Westfalens Innenministerium auf eine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion registrierten die Kreispolizeibehörden in 24 vom Hochwasser betroffenen Städten 193 Plünderungen (Diebstahl, besonders schwerer Diebstahl, Einbruch, schwerer Bandendiebstahl und Unterschlagung), von denen 27 als Versuch gewertet wurden. Der Schaden belaufe sich derzeit geschätzt auf rund eine Viertelmillion (227.000) Euro. Die Polizei registrierte 145 Tatverdächtige zwischen 12 und 69 Jahren.

Die mit Abstand größte Gruppe bildeten dabei Tatverdächtige mit rumänischer Staatsbürgerschaft. Von ihnen zählte die Polizei insgesamt 52. Auf Platz zwei werden 27 deutsche Tatverdächtige aufgelistet. Hierunter wurden allerdings auch alle mutmaßlichen Täter aufgelistet, die neben der deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit haben. Es folgen zwölf türkische Tatverdächtige sowie je sieben bulgarische und syrische, des weiteren Serben, Albaner und Kosovaren. Somit hatten von 145 Tatverdächtigen 118 keine deutsche Staatsangehörigkeit. Das entspricht rund 81 Prozent. (krk)<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/19919" berichtete am 19. September 2021 (x1.049/...): >>>Die wahren Ziele der Grünen: "Mit Klima-Diktatur zur neuen Weltordnung"

In Deutschland ist die Klima-Politik der Grünen allgegenwärtig. Sie schüren Ängste vom Weltuntergang, versprechen die Welt zu retten und rechtfertigen mit Katastrophenszenarien jede denkbare Beschneidung bürgerlicher Freiheiten. Daß dieses Interesse am Klimaschutz aber wirklich der Sorge um unsere Erde entspringt, ist zu hinterfragen. Diese Dokumentation wirft ein Licht auf die Hintergründe der Umweltbewegung und auf die Partei der Grünen, die

sich den sogenannten "Klimaschutz" auf die Fahne geschrieben hat.

In Deutschland ist die Klima-Politik der Grünen allgegenwärtig. Sie schüren Ängste vom Weltuntergang, versprechen die Welt zu retten und rechtfertigen mit Katastrophenszenarien jede denkbare Beschneidung bürgerlicher Freiheiten, denn das grüne Wahlprogramm fordert mehr: Mehr Steuern, mehr Verbote, mehr Staat, mehr Krieg, mehr Abtreibungen, mehr Gender und mehr Migranten, was letztlich weniger Wohlstand, weniger Freiheit und weniger Deutschland bedeutet. Das Fatale daran ist, daß die Grünen mit ihrer Propaganda sehr erfolgreich sind und ihrer wachsenden Zahl an Wählern kaum auffällt, wohin die Reise letztlich führt: in eine öko-sozialistische Klima-Diktatur!

Erst vor wenigen Wochen wurde die Forderung nach einem neuen "Klimaschutz-Ministerium" laut, das gegenüber allen anderen Ministerien mit einem Veto-Recht ausgestattet ist und die Klimapolitik einer grünen Bundesregierung steuern soll. Daß dieses große Interesse am Klimaschutz aber wirklich der Sorge um unsere Erde entspringt, ist zu hinterfragen, denn die Entstehung der Klimabewegung zeichnet ein anderes Bild. ...

Klimahysterie: Ein Produkt elitärer Denkfabriken?

Wer sich heutzutage die Frage stellt, was es mit der lautstark propagierten Klimapolitik auf sich hat, muß zurückschauen auf die Ursprünge der Umweltbewegung. Im Jahr 1909 gründete ein exklusiver Kreis britischer Intellektueller den Round Table mit dem Ziel auf Politik und Wirtschaft Einfluß nehmen zu können. Aus diesem ging u.a. eine der weltweit führenden Denkfabriken - das Chatham House hervor, welches z.B. von der Rockefeller-Stiftung, der Bill & Melinda Gates-Stiftung und von Sir Evelyn de Rothschild finanziert wurde. Inzwischen ist es nicht nur verknüpft mit der Finanzelite, dem World Economic Forum und den wichtigsten Nachrichtenagenturen, sondern auch sämtliche Weltkonzerne wie Erdöl-, Chemie-, Pharma- und Rüstungskonzerne zählen zu dessen Mitgliedern.

Bezeichnenderweise konzentriert sich gerade das Chatham House seit Jahrzehnten auf die Werbung für globale Klimaschutz-Maßnahmen, wodurch das Thema weltweit immer mehr in den Mittelpunkt rückte. Äußerst verwunderlich dabei ist, daß gerade die Kreise, die am meisten für die globale Umweltverschmutzung verantwortlich sind, am vehementesten den Klimaschutz fordern. Deshalb müssen noch andere Motive hinter dieser Klimahysterie stecken als die vermeintliche Sorge um unseren Planeten. Denn sonst würden doch genau jene, die als Hauptschuldige für den Klimawandel angesehen werden, erst einmal bei sich selbst anfangen.

Klimaschutz - das neue Gesicht der Eugenik

Die Umweltbewegung in den 1970er- bis 1980er-Jahre führte zur Gründung der Partei der Grünen. Diese inzwischen weltweite Bewegung geht allerdings auf Julian Huxley, dem "Erfinder" der Umweltschutzbewegung zurück. Interessanterweise war Huxley auch gleichzeitig Vizepräsident der britischen Eugenik-Gesellschaft, also jener Gesellschaft die selektive Fortpflanzung, Geburtenkontrolle und Zwangssterilisation vorantreibt.

Als die Eugenik nach den Geschehnissen im Dritten Reich in Verruf geriet, forcierte Huxley, daß der Begriff "Umweltschutz" nun an die Stelle des diskreditierten Begriffs der Eugenik treten müsse. Von nun an hieß es: Schutz der Erde vor einer ökologischen Katastrophe - verursacht durch den Menschen. Um die Notwendigkeit des Naturschutzes in die Öffentlichkeit zu tragen, folgte die Gründung verschiedener Organisationen wie die IUCN (= International Union for Conservation of Nature) oder der WWF (=World Wildlife Fund).

Einflußreiche Unterstützer fand Huxley u.a. in G. A. Rockefeller und dem Eugeniker, Prinz Philip. Schließlich rückte die Klimaerwärmung und die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes mit der Gründung des "Weltklimarats" immer mehr in den Fokus. Da aber infolge der geplanten Energiewende der technische Fortschritt und der damit verbundene Wohlstand weltweit gesenkt wird, drängt sich die Frage auf: Dient der Klimaschutz etwa als Deckmantel zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums?

Hören Sie dazu ein Zitat von Prinz Philip, welches er 1988 gegenüber der Deutschen Presseagentur äußerte: "Wenn ich wiedergeboren werde, dann möchte ich als tödliches Virus wiederkehren, um etwas zur Lösung der Überbevölkerung beizutragen."

Annalena Baerbock - die Kanzlerkandidatin der Eliten

Daß Annalena Baerbock nach ihrer Ernennung zur Kanzlerkandidatin von deutschen Leitmedien als Heilsbringerin hochgelobt wird, obwohl sie keinerlei Regierungserfahrung hat, wundert nicht. Denn Baerbock ist tief in transatlantische Netzwerke und Denkfabriken eingebunden. Insbesondere ist sie Mitglied im Forum der Young Global Leaders des World Economic Forum, dessen Ziel es ist, die Welt an die globalistische Agenda der Finanzelite anzupassen. Dabei bilden die Mitglieder der Young Global Leaders den Elite-Nachwuchs, in dem die vielversprechendsten Führungskräfte unter 40 Jahren aufgenommen und mit den Mächtigen dieser Welt vernetzt werden.

Wenig überraschend ist daher, daß das Programm von Baerbock die Pläne dieser Eliten widerspiegelt: Mehr Militäreinsätze und gesteigerte Verteidigungsausgaben. Ebenso Asyl als universelles Menschenrecht und die Einführung des digitalen Euro. Wird hier nicht die Demokratie umgangen und gezielt Politiker an die Macht gefördert, die sich für die Ziele der Globalisten-Netzwerke instrumentalisieren lassen? Dabei ist es längst wieder an der Zeit, daß wieder solche Politiker an der Spitze stehen, die nicht fremden Herren dienen, sondern allein dem Wohle der Bürger.

Klimaschutzprogramm beruht auf fragwürdiger These

Die globale Klimaerwärmung der Erde stellt vermutlich kaum jemand in Frage. Daß der Klimawandel aber im Wesentlichen durch den Menschen verursacht ist, ist keineswegs gesichert. Von allen wissenschaftlichen Veröffentlichungen hierzu weisen nur 0,54 % dem Mensch die Hauptverantwortung zu. Dagegen ist in 99,46 % aller Veröffentlichungen eine Zustimmung zu dieser Annahme nicht erkennbar. Dennoch baut die Partei der Grünen ihr Klimaprogramm auf dieser These auf. Deutschland soll deswegen immer höhere Abgaben für CO₂ bezahlen, soll aus der Kohleförderung komplett aussteigen und sich von fossilen Brennstoffen verabschieden.

Es sollen in großem Maße Sonnen- und Windenergie-Anlagen gebaut sowie Benzin- und Dieselfahrzeuge durch Elektroautos ersetzt werden (bis 2030 mind. 15 Millionen E-Autos und ab 2030 keine Neuzulassung von Benzin/Diesel-Fahrzeugen). Durch den Wegfall dieser Fahrzeuge wird Deutschlands Schlüsselindustrie zerstört. Viele Konzerne haben bereits Massenentlassungen angekündigt. Die ganzen Kosten hierfür zahlt schließlich wieder der Bürger. Deutschland verarmt mehr und mehr - und das aufgrund einer These!

Die Verbots-Diktatur der Grünen

Daß die Grünen nicht ohne Grund immer häufiger als Verbotspartei bezeichnet werden, zeigt ein Blick auf die letzten Jahre. Da gibt es Verbote von A wie Autofahren, bis Z wie Zoobesuch, die nicht in das ideologische Weltbild der Grünen passen. So forderten sie z.B. das Verbot von mehr als drei Flügen im Jahr, Verbot von Streaming, Verbot von Luftballons, Verbot von Kurzstreckenflügen, Verbot von Osterfeuern, Verbot von Schottergärten, Verbot von Diesel- und Benzin-Autos und Verbot vom Bau neuer Bundesstraßen und Autobahnen.

Und damit nicht genug. Sie fordern die Beseitigung der Denkmäler für Trümmerfrauen, das Verbot von Weihnachtsbäumen vor Rathäusern, das Verbot von Autowerbung und das einschneidende Verbot von nationalen Volksabstimmungen über EU-Themen. Allein diese zum großen Teil völlig abstrusen Forderungen zeigen auf erschreckende Weise, wohin die Reise mit den "Grünen" an der Macht in Deutschland gehen würde: schnurstracks in eine Verbots-Diktatur!

Grüne gegen Gleichheitsprinzip

Der Artikel 3 des deutschen Grundgesetzes stellt klar, daß alle Menschen vor dem Gesetz

gleich sind und niemand wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Doch prominente grüne Politiker, darunter Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth, forderten hier eine Grundgesetzänderung. Indirekt fordern sie dadurch die Bevorzugung u.a. von Migranten und der LGBTQ-Community (= LGBTQ ist die Bezeichnung für Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender and Queer) und damit die Benachteiligung der bisherigen deutschen Mehrheit.

Letztendlich führt dies zur Auflösung des Gleichheitsprinzips! Nach gültigem Gesetz ist es für jeden Bürger gleich, egal, ob er Mann oder Frau, hetero- bzw., homosexuell, weiß oder farbige ist. Im Rahmen der grünen Identitätspolitik hingegen, werden so nach den Kriterien der Abstammung, der Herkunft, der Sexualität und des Geschlechts, sowie der Religion, Gruppen zusammengestellt. Diese aber werden dabei so gegeneinander in Stellung gebracht, daß dadurch der gesellschaftliche Zusammenhalt zerstört wird und die Gesellschaft in Gruppen zerfällt. Sieht so das Verständnis von Gleichberechtigung aus?

Grüne fordern: Kostenlose Abtreibung für alle

"Flächendeckende Versorgungssicherheit beim Schwangerschaftsabbruch schaffen". So lautet ein Beschluß der Grünen, indem sie fordern, vorgeburtliche Kindstötungen nicht länger als "rechtswidrig" einzustufen, sondern künftig als Bestandteil einer "reproduktiven Gesundheitsversorgung" zu betrachten.

Die Kosten für die jeweilige Abtreibung - "250 Euro (medikamentös) und 600 Euro aufwärts (operativ)" - wollen die Grünen "unabhängig vom Einkommen" ungewollt Schwangerer auf die Solidargemeinschaft, also die Steuerzahler, abwälzen. Gleiches fordern sie auch in Bezug auf Verhütungsmittel. Im Zuge dessen, wollen sie gleich auch gegen Lebensrechtler vorgehen, die Schwangeren Hilfe bei Gehsteigerberatungen vor Abtreibungseinrichtungen anbieten. Führt dies nicht zu einem immer sorgloseren Umgang mit neuem Leben bzw. zu dessen Entwertung und der damit einhergehenden persönlichen Entscheidungsfindung?

Die Deutschlandfeindlichkeit der Grünen

Das diesjährige Wahlprogramm der Grünen steht unter dem Titel: "Deutschland. Alles ist drin." Doch dieser Titel wurde zur hitzigen Debatte innerhalb der eigenen Partei, mit vielen Anträgen der Mitglieder, das Wort "Deutschland" aus dem Titel zu entfernen. Zwar wurde der Antrag zurückgezogen, doch die deutschlandfeindliche Haltung dahinter läßt sich auch aus den Zitaten ihres Bundesvorsitzenden Robert Habeck herauslesen, der sagte: "Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wußte mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht." und auch "Es gibt kein Volk und deshalb auch keinen Verrat am Volk".

Diese Grundgesinnung hatte schon Joschka Fischer 1982 an den Tag gelegt, als er forderte: "Deutsche Helden müßte die Welt, tollwütigen Hunden gleich, einfach totschiessen." Diese und viele weitere Aussagen aktuell führender Parteimitglieder zeigen ganz offen, daß es den Grünen in ihrer politischen Fahrtrichtung offensichtlich nicht darum geht, Deutschland sowohl auf wirtschaftlicher Ebene als auch die Bevölkerung an sich voranzubringen. Es scheint vielmehr, daß die Grüne Führung ganz gezielt an der Zerstörung unserer Gesellschaft arbeitet und alles haßt, was deutsch ist.

Deutlich wird dies in einem Zitat von Miene Waziri, der ehemaligen Landessprecherin der Grünen Jugend in Schleswig-Holstein: "Ich wünschte, Deutschland wäre im zweiten Weltkrieg vollständig zerbombt worden. Dieses Land verdient keine Existenzberechtigung."

Einen weiteren interessanten Aspekt der Klimaagenda beleuchtete der Wirtschafts- und Finanzexperte Dirk Müller. In seinem Beitrag "One-World - Darum ist den Eliten das Klima plötzlich so wichtig" legte er dar, daß es zur Durchsetzung einer globalen EINE-Weltherrschaft unabdingbar ist, das alle Völker einen gemeinsamen Gegner und damit ein gemeinsames Ziel haben, mit dem sich jeder identifizieren kann.

Diese Bedrohung ist das gesamte Umweltthema, insbesondere der Klimawandel, gegen den es mit vereinten Kräften vorzugehen gilt. Daher ist eine Partei, die immer wieder moralisierend mit dem Finger auf die Verfehlungen anderer zeigt, mit Vorbehalt zu betrachten! Denn offenbar setzen sie selbst unter dem Deckmantel des Klimaschutzes die Interessen einer kleinen Elite durch, die nach wie vor die Manipulation über die Medien beherrscht und die Bevölkerung nach ihren eigenen Vorstellungen beeinflusst um ihre neue Weltordnung aufzurichten.<< Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 2. Oktober 2021 (x1.079/...): >>**Wie es zum IPCC kam - Die Geburt einer genialen Idee**

von *Klaus Peter Krause*

Nur dumm, daß sie die Menschen ausbeuten soll - Wie die Geschäftsidee mit der Klimaschutzpolitik entstanden ist - Der Insider und Zeuge Hartmut Bachmann - Fritz Vahrenholt: Wir haben keinen Klimanotstand

Sie haben genug von dieser Klimaschutzpolitik? Wollen mit ihr nicht noch mehr traktiert werden? Kann ich verstehen. Dann lesen Sie jetzt nicht weiter. Sollte es aber neu für Sie sein, wie es zu dieser Politik gekommen ist und wie sie inszeniert wurde, dann ist das Folgende für Sie vielleicht doch wissens- und lesenswert. Denn gerade (29. November) agitieren schon wieder die irregeführten jugendlichen "Klimaschützer" der Freitage-für-Zukunft-Bewegung, und das EU-Parlament, das es besser wissen müßte, hat in einer Resolution den "Klimanotstand" ausgerufen - sie alle verrückt geworden durch eine geniale Geschäftsidee, die andere eiskalt erdacht haben und menschenverachtend betreiben.

Hartmut Bachmann und sein Buch *Die Lüge von der Klimakatastrophe*

Hartmut Bachmann lernte ich 2003 in Frankfurt kennen. Er machte mich mit der Klimaschutzlügerei vertraut. Wir trafen uns damals im Hotel Frankfurter Hof. Ich war, weil 65 geworden, aus der FAZ-Redaktion schon ausgeschieden, aber bis Ende 2003 noch Geschäftsführer der Fazit-Stiftung (Eigentümerin der FAZ GmbH). Bachmann hatte damals ein Buch mit dem Titel *Die Reformverhinderer* geschrieben*), das ich am 10. November 2003 in der FAZ vorgestellt habe (hier). 2007 folgte das Buch *Die Lüge von der Klimakatastrophe***) Dieses Buch wird demnächst überarbeitet in 7. Auflage im Frieling-Verlag (Berlin) erscheinen ...

Ein bewegtes Leben

Hartmut Bachmann (Jahrgang 1924) hat ein bewegtes Leben hinter sich. Aufgewachsen ist er auf dem Gut des Großvaters am Rande Berlins. Das Gutsgebäude, ein Schloß, haben schon die Nazis enteignet, sie brauchten es als Gästehaus. Den Zweiten Weltkrieg mitmachen mußte Bachmann von Mitte 1942 an. Als Jagdflieger überstand er ihn. Auch Segelflieger ist er gewesen. Fünf Jahre lang hat er Meteorologie und Aerodynamik studiert.

Nach dem Krieg absolvierte er auch ein Studium an der Hochschule für Politik in Berlin, ließ sich ausbilden zum Molkereifachmann, war leitend in der Milchwirtschaft tätig, gründete Unternehmen in der Schweiz und den USA, war in Amerika Vorstandsvorsitzender (CEO) eines Klimageräteherstellers, später auch Aufsichtsratsvorsitzender und Präsident eines amerikanischen Wirtschaftsinstituts.

Wikipedia nennt ihn korrekt einen deutschen Manager und Wirtschaftspublizisten, verleumdet ihn aber als "Klimawandelleugner" und Verschwörungstheoretiker, was er beides nicht ist. Lesen Sie daher lieber das, was Bachmann unterhaltsamer über sich selbst schreibt (hier).

Das allergrößte, je von Menschen erdachte Geschäft

Jenes amerikanische Wirtschaftsinstitut beschäftigte sich nach Bachmanns Darstellung mit den Auswirkungen von Wirtschaftsblöcken auf die Einzelvölker. Er schreibt: "In diesen meinen Aufgaben war ich präsent bei zahlreichen Meetings und Verhandlungen in den USA, welche die Geburt des IPCC, des späteren Weltklimarates zur Folge hatten. So kam ich dort an, wo im großen Amerika, in den USA, der größten Wirtschaftsmacht der Erde, beschlossen

wurde, das allergrößte von Menschenhirn je erdachte Geschäft, das "Geschäft mit der Klimakatastrophe" vorzubereiten."

Diese Kurz-Vita war vorzuschicken, um zu zeigen, daß Bachmann kein Spinner ist. Und jetzt zitiere ich Hartmut Bachmann im Wortlaut, wie er in den USA das Entstehen der Geschäftsidee Klimaschutzpolitik miterlebt hat (An- und Abführungszeichen lasse ich weg, Schreibfehler habe ich korrigiert). Es stammt aus Bachmanns Brief mit Datum vom 10. März 2012 an Prof. Dr. Jochem Marotzke, der seit 2003 Direktor und Wissenschaftliches Mitglied am Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg ist.***) Beantwortet hat Marotzke den Brief nicht. Hier Bachmanns authentische Darstellung:

US-Senator Al Gore 1986 und ein Gespräch zwischen Rudolf Augstein und Bachmann

Wir befinden uns im Jahre 1986. Die USA werden regiert von Ronald Reagan. Ein bekannter und wichtiger Abgeordneter im Repräsentantenhaus ist Al Gore (AG). Er vertritt den Bundesstaat Tennessee. AG verfügte über außerordentliche Beziehungen zu Wirtschaft und Finanzen. Sonst wäre er auch nicht Senator der USA geworden. Seine Zukunft (zum Geldmachen) sah er in aktiver Beteiligung am modernen Umweltschutz.

Am 11. August 1986 schickte Rudolf Augstein (RA) sein international bekanntes Magazin DER SPIEGEL auf die Weltreise. Titelbild und Bericht über den Untergang des Kölner Doms im Nordseewasser beinhalteten den Schocker über die anstehende "Klimakatastrophe".

Am 11. September 1986 telefonierte ich mit RA. Das Gespräch beinhaltete:

Ich: "Was hast Du Dir denn dabei gedacht?"

Augstein: "Aufwecken, munter machen."

Ich: "Und Angst machen".

Augstein: "Ohne Angst der Massen, keine Bewegung der Massen."

Al Gore inszeniert eine Anhörung vor dem US-Kongreß zur Klimasituation

Gores Bestrebungen gingen dahin, ein politisches Instrument zu schaffen, um mehr staatlich unterfütterten Einfluß zur Bekämpfung der fiktiven Klimakatastrophe zu erlangen. Ein solches Arrangement sollte über seine Beziehungen ein Instrument werden, das ihm Einkommen entsprechender Größenordnung für lange Zeit gewährt. Dazu mußte das Thema Umwelt-Klima nationalisiert werden.

Ablauf: Gore inspirierte James Hansen (JH), Direktor des "Goddard Institute for Space Studies" (GISS) in New York und Freund von ihm, seinen Einfluß als DER Klimaexperte der USA geltend zu machen. Der Plan: Eine Anhörung vor dem Kongreß zur Frage "Hat die Klimasituation Einfluß auf die Entwicklung der USA?" Colorados Senator Tim Wirth (TW), Freund von James Hansen, nimmt die Angelegenheit in die Hand.

Eine heiße Anhörung 1988 mit absichtsvoll ausgeschalteter Klimaanlage

Zur Anhörung vor dem Kongreß in Washington, die mir rechtzeitig annonciert wurde, fliege ich mit einem Freund von Fort Lauderdale am 22. Juni 1988 nach Washington National Airport. Am nächsten Tage soll das "Open Hearing", die Anhörung von Hansen, sein. Das Meeting selbst, vor den Senatoren der USA, ist keine Sensation. Gore und Tim Wirth sind anwesend. Der Sitzungssaal ist stickig und unglaublich warm und keine AC (Air Condition) funktioniert. Es sind die extra ausgesucht heißesten Tage des Jahres.

Entsprechend lethargisch ist die Beteiligung und Befragung von Hansen. Hansen spult seinen Vortrag ab. Wie ich später von meinem Freund T. C. (Chefpilot der Air Force One) erfahre, wurde vor dem Hearing zwischen Al Gore und Tim Wirth vereinbart und angeordnet, alle ACs abzuschalten. Dies, damit die Anwesenden möglichst keinen Appetit auf Sitzungsverlängerung durch unangenehme Fragen entwickeln und Hansen ins Stottern geraten würde.

Die beiden politischen Aufgaben für das spätere IPCC

T. C. und ich, wir flogen am Wochenende nach Nassau zum Motorbootrennen. Dort erfuhr ich von ihm, der vorher Al Gore und James Hansen nach New York zurückflog, über die

Hintergründe der "funktionsunfähigen" Lüftungsanlage im Sitzungssaal. Als Ergebnis des Hearings wird von der Regierung angeordnet, die derzeitigen und künftigen Forschungsergebnisse zum Klima bei UNEP zu konzentrieren.

UNEP ist der Umweltarm der UNO und wurde damals von den Rockefeller und ihrem Intimus und Finanz-Genie Maurice Strong, der wiederum bestens befreundet mit Al Gore war und meines Wissens noch heute Vorstand der Rockefeller Stiftung ist, geleitet. Es wird beschlossen, eine seitwärts der UNEP agierende neue Organisation, das spätere IPCC, zu schaffen. Die Organisation erhält, von Al Gore und Maurice Strong erarbeitet, zwei politische Aufgaben: Festzustellen, daß die Erde einer Klimakatastrophe entgegengeht und, daß die Klimakatastrophe Mensch-gemacht ist.

Passagen im IPCC-Bericht von 1997, die den menschlichen Einfluß auf das Klima verneinen, wurden entfernt

Bert Bolin, ein Vetter von mir, wird 1. Präsident des IPCC. IPCC liefert in unregelmäßigen Abständen seine Weltklimaberichte. Diese setzen sich wiederum aus statistischen Unterlagen zusammen, die von vier internationalen Instituten geliefert werden und mit fabrizierten Temperaturskalen und Zubehör gefüttert sind: dem GISS (J. Hansen), dem CRU (Teil der Universität Ostengland unter Phil Jones) und dem ESSC (Michael E. Mann), Director Earth System Science Center der University of Pennsylvania, sowie einem Wachhund der UNEP und des IPCC für Deutschland, dem in Kassel errichteten Klimainstitut (Center for Environmental Systems Research University of Kassel), mit seinem Chef Prof. Joseph Alcamo, langjähriger Mitarbeiter bei UNEP und IPCC, bester Freund von Maurice Strong und Al Gore.

Da der letzte (1997) fertige und unterzeichnete Weltklimabericht vom IPCC eine Reihe von Hinweisen darauf enthielt, daß Passagen, die ausdrücklich einen vom Menschen verursachten Klimawandel verneint hätten, wurden diese Kapitel von Ben Santer entfernt. Der somit im Sinne der Klimahierarchie des IPCC und der Länder gefälschte Weltklimabericht, ging damit als letzter Zustandsbericht des IPCC den Delegationen der Industrienationen, anlässlich der Weltklimakonferenz in Kyoto im Dezember 1997, zu.

Wo man hinfaßt: Lüge und Betrug. Und alles wird vertuscht

Da dieser Bericht gefälscht und somit keine Unterschriften hatte, ordnete Alcamo aus Kassel per e-mail an seine Domestiken in Kyoto das Folgende an: "The media is going to say '1.000 scientists signed' or '150 signed'. No one is going to check if it is 600 with PhDs versus 2.000 without. They will mention the prominent ones, but that is a different story. Conclusion "Forget the screening, forget asking them about their last publication (most will ignore you.) Get those names!" So wurden die Unterschriften von 100en von Menschen erbeten und verwendet, die gerade erreichbar waren. Tellerwäscher aus den Nachbarlokalen, Schuhputzer von nebenan etc. Dieses inszenierten Ihre Kollegen, Herr Marotzke.

Publiziert wurde dies natürlich nicht; genau wie das Desaster mit den Entdeckungen der Fälschungen für den Hockeystick, die Dokumentierung des Inhaltes von über 1.000 e-mails des CRU, voll von Klimadatenfälschungen. Überall, wo man bei der Kombination von Klima und CO2 hinfaßt, Lüge und Betrug. Und alles wird vertuscht. Unter den Tisch. In Gemeinsamkeit beider Institutionen, Medien und Wissenschaft. Wie sagte Popper vor langer Zeit? "Sei ein Experte in Deinem Fach. Dann werden die anderen Dich schützen. Du mußt sie dann natürlich auch schützen".

Um was geht es? Nur um gigantische Geschäfte

Übrigens: Al Gore wurde der erste Karbon-Milliardär. Von jedem CO2-Zertifikat bekam und bekommt er über den Emissionsrechtehandel seine Provision. Bei jeder Bewegung, egal ob vor oder zurück, muß auf Umwegen mit dem Nobelpreisträger abgerechnet werden. Klever, nicht wahr? Klima - CO2? Um was geht es? Nur um gigantische Geschäfte. Was meinen Sie,

wann und von wem es arrangiert und speditiert wurde, daß Griechenland in die EU kam und den Euro nutzen durfte? Wenn Sie erfolgreich schnüffeln, kommen Sie zu den gleichen Figuren, die das IPCC, die UNEP, die Öl- und Baumwoll- und Kupferpreise etc. kontrollieren.

Kein Volk teilt die inszenierte CO2-Angst so wie der deutsche Michel

Jede Menge Energie steht den Winzlingen, den Menschen auf der Erde zur Verfügung. Gerade in Rumänien, im Schwarzen Meer, in Polen im Schiefergebirge, in Mozambique, vor Israel, Vietnam etc. gefunden und annonciert. Weswegen 40.000 oder mehr häßliche Windmühlen? Schleswig-Holstein, Land der Horizonte. Weswegen eine wirtschaftlich total abwegige Solar-nutzung? Geld, Geld, Geld. Sir Nicholas Stern, früherer Chefvolkswirt bei der Weltbank und Mitaufbereiter von Geschäften ums Klima + CO2, deswegen auch von der britischen Königin geadelt, forderte 2006 noch 5 Billionen Euro Subventionen (des Bürgers) zur Reparatur des Klimas.

Connie Hedegaard, Klimakommissarin der EU, erhöhte vor wenigen Monaten auf 11 Billionen. Man sieht: Das Geschäft funktioniert. Am besten in Deutschland, denn: Kein Volk der Welt teilt die künstlich inszenierte CO2-Angst so wie der Michel. Machen Sie weiter mit? Beim Geldscheffeln für den Staat? Mittels CO2? Für jeden fürs Klima unnötig rausgeschmissenen Euro. 19 % MwSt Nettooooooooo. Auch nach Kenntnisnahme dessen, wie und wozu IPCC geschaffen wurde? Besser wäre es, Sie eiferten Vahrenholt nach.

Wenn der Staat diktiert, muß in jedem Gehirn die Alarmglocke klingeln

Wenn die Bearbeitung der Bevölkerung zur Akzeptanz eines Diktums komplett in der Hand des Staates liegt, muß in jedem Gehirn die Alarmglocke klingeln. Erstens deswegen, weil ein Staat, dessen hierarchische Strukturen das Gemeinwesen dermaßen verschuldeten, wie geschehen, zum Überleben dieser Strukturen in praxi jeden Euro benötigt, der sich aufreiben läßt. Zweitens, weil in einer solchen Situation "zum Geldkassieren" gelogen wird, daß sich die Balken biegen. Das Instrument, das generell allen verschuldeten sogenannten entwickelten Staaten via UNO, UNEP, IPCC, Abkommen von Kyoto überreicht wurde, nennt sich "Bekämpfung von AGW = Menschgemachte Klimaerwärmung."

Hartmut Bachmann 2011 in einem Vortrag

Soweit der Text, den Hartmut Bachmann an Professor Marotzke 2012 schrieb, um ihn darüber aufzuklären, wie es zu der katastrophalen Klimaschutzpolitik gekommen und wie sie inszeniert worden ist. Ich gebe ihn wieder, um auch andere aufzuklären. Im Vortrag vom 8. November 2011 über "Die Geburt der Klimalüge" können Sie Hartmut Bachmann auch direkt erleben (hier). Auf Bachmann und seine Darstellung vom Entstehen der Klimaschutzpolitik als Geschäftsmodell hat im Februar 2019 auch Urs Gassmann auf seiner Blog-Seite hingewiesen (der ganze Beitrag hier) und so begonnen:

Hartmut Bachmann als Insider und Zeuge

"Alle Welt maß sich an, das Weltklima zu kontrollieren. Bis es soweit gekommen ist, brauchte es dafür eine massive Propaganda, ein sogenanntes Branding, wie sie nur äußerst starken Financiers möglich ist. Ein Augen- und Ohrenzeuge, Hartmut Bachmann, wurde in falscher Einschätzung seiner Persönlichkeit eingeladen zu einer Konferenz, einberufen durch die US-amerikanische Hochfinanz, wo die Resolution getroffen wurde, mit der Erderwärmung ein Geschäft zu machen."

Dem zum Insider gewordenen Bachmann mißfiel diese Absicht, weshalb er sich zur Aufklärung entschloß. Bachmanns Darstellungen sind durchaus plausibel, doch Gehör bei den zuständigen Schaltstellen findet er nicht. Wikipedia reiht ihn sogar in den Dunstkreis der Verschwörer ein, obwohl er nichts anderes tut, als einen Zeugenbericht abzugeben."

Fritz Vahrenholt: Wir haben keinen Klimanotstand

Es gibt nicht viele Mainstream-Medien, die kritische Stimmen mit Argumenten gegen die Klimaschutz-Hysterie zu Wort kommen lassen. Das Hamburger Abendblatt zum Beispiel hat

es getan und Fritz Vahrenholt interviewt, veröffentlicht am 7. Oktober 2019. Die Überschrift zu diesem Gespräch lautet "Fritz Vahrenholt: Wir haben keinen Klimanotstand". Sie finden das ganze Interview hier. Zitat Bachmann (Züricher Weltwoche vom 2. Juli 2009): "Der einfache Mensch wird stets die einfache Lüge als Wahrheit akzeptieren, hingegen die komplizierte Wahrheit nicht glauben."

*) Hartmut Bachmann: *Die Reformverhinderer. Parteien- und Beamten diktatur in Deutschland*. Frieling & Partner GmbH, Berlin 2003. 328 Seiten. ...

***) Buch *Die Lüge von der Klimakatastrophe. Das gigantischste Betrugswerk der Neuzeit. Manipulierte Angst als Mittel zur Macht*. Frieling Verlag, Berlin 2007. 254 Seiten. ... ISBN 978-3-8280-2521-9

****) Der Anlaß für das Schreiben von Hartmut Bachmann Professor Marotzke waren dessen Rezensionen des Bachmann- Buches *Die Lüge von der Klimakatastrophe* und "sogar mit gleichem Text" des Buches *Die kalte Sonne* Fritz Vahrenholt. *Warum die Klimakatastrophe nicht stattfindet*. Hoffmann und Campe, Hamburg 2012. ISBN 978-3-455-50250-3. ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 42/21" berichtete am 15. Oktober 2021 (x1.387/...): >>>Inflation in Deutschland notwendig für die globale Klimarettung?

Die grüne Rechnung kommt

Jörg Fischer

Strom, Heizen und Sprit 14,3 Prozent teurer als vor einem Jahr? Dennoch war die Inflation für die potentiellen Koalitionäre im Wahlkampf kein Thema. Bei Grünen und FDP ist das nicht überraschend: Ob die Tankfüllung nun 65 oder 80 Euro kostet, ist der Lastenradfahrer eben- so egal wie dem Firmenwagenlenker.

Manche glauben noch, die SPD verhindere das Schlimmste für die kleinen Leute. Doch Katarina Barley, seit 2019 Vizepräsidentin des EU-Parlaments, hat nun Klartext geredet: "Die beste Kilowattstunde ist die, die man nicht verbraucht", sagte die ehemalige Familienministerin in der ARD-Sendung "Hart aber fair".

Wenn man sich neue Fenster habe einbauen lassen oder gedämmt habe, könne man doch sagen: "Jede Stunde, die jetzt teurer ist, habe ich mehr gespart." Das klinge "etwas zynisch, aber das ist nicht so gemeint", so das einstige Mitglied der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion. Noch ehrlicher war kurz zuvor Marcel Fratzscher. "Neben der Stagflation gewinnt die Diskussion um eine sogenannte 'Grüne Inflation' an Bedeutung.

Vor allem die Preise für Energie schießen durch die Decke", gestand der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Handelsblatt ein. Doch das sei unvermeidlich: "Einerseits wollen fast alle mehr Klimaschutz. Andererseits wird jetzt über erhöhte Energiepreise und Inflation geklagt, weil CO2 besteuert wird", so der als SPD-nah geltende Berliner Ökonomieprofessor.

Aber das sei nun einmal "der wirtschaftliche Mechanismus des Klimaschutzes: Preise sollen das schädliche Verhalten von Unternehmen und Menschen - beispielsweise der Verbrauch fossiler Energiequellen - in Zukunft besser widerspiegeln", erläuterte Fratzscher. Ein gewisses Maß an "Grüner Inflation" sei daher richtig und notwendig: "Die Preise für klimaschädliches Verhalten müssen steigen, um Anreize für Innovationen und alternative, ultimativ klimaneutrale Wirtschaftsprozesse zu setzen."

Aber er hat immerhin einen Trost parat: "In D-Mark-Zeiten lag die Inflationsrate in den Jahren 1957 bis 1998 im Durchschnitt bei 3,1 Prozent." Daß die Sparzinsen damals regelmäßig über der Geldentwertung lagen, verschweigt der DIW-Chef. Und: 14,3 Prozent Energieinflation sind sicher nicht das Ende der rot-grün-gelben Fahnenstange.<<

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 5. Dezember 2021 (x1.078/...): >>>Bestialische grüne Ideologie auf dem Klimagipfel COP26

von Frau *Andrea Andromidas* mit einem nachfolgenden Appell von *Prof. Guus Berkhout*

Die Reichsten der Reichen, die Royals und die Billionäre der Wallstreet kamen in 400 Privatjets nach Glasgow geflogen, um beim Klimagipfel zu verlangen, daß fossile Energiequellen zukünftig nicht mehr genutzt werden könnten, weil der Planet das angeblich nicht aushalte.

Aber darum geht es gar nicht, sondern darum, jede weitere Entwicklung so radikal wie möglich zu stoppen. Der Chef des Davos Forums, Klaus Schwab, sagt das in seinem jüngsten Buch "Stakeholder Kapitalismus" ohne Umschweife:

"Die Fähigkeit, die den Menschen dazu verhilft, die Armut zu überwinden und ein besseres Leben zu führen ist gleichzeitig dafür verantwortlich, daß der Planet für zukünftige Generationen zerstört wird. Die Ursachen für den Klimawandel sind nicht nur das Resultat einer selbstsüchtigen Generation von Industriellen und Babyboomern im Westen. Sie sind die Konsequenz des menschlichen Strebens nach einer besseren Zukunft."

Weil sich aber die weit überwiegende Mehrheit der Menschen in Asien, in Afrika und auch anderswo die Zukunft nicht nehmen lassen, erteilten sie den Billionären eine deutliche Absage. Der mit größter Propaganda betriebene Klimagipfel COP26 ist damit gescheitert, was zeigt, daß die bestialische grüne Ideologie so sehr dem Bestreben der Menschen entgegensteht, daß sie trotz aller Anstrengungen der Billionäre besiegt werden kann.

Guus Berkhout, Initiator und Präsident von CLINTEL(Climate Intelligence Foundation) richtete nachfolgend einen Appell nicht nur an die demonstrierenden Kinder in Glasgow, sondern an die Jugend im Allgemeinen.

Botschaft an die Jugend bei COP26: Grüne Weltpolitiker, Politiker und Klimawissenschaftler in Glasgow unterziehen die junge Generation einer Gehirnwäsche mit Klimalügen.

Von *Prof. Dr. Augustinus Berkhout*

Auf der COP26-Konferenz belehren stinkreiche Eliten - die mit ihren 400 Privatjets in Glasgow eintreffen - unsere Jugendlichen, daß ihre Eltern und Großeltern durch ihre technologischen Errungenschaften eine globale Klimakrise verursacht haben. Sie sagen unseren Jugendlichen auch, daß wir alle in eine Katastrophe geraten, wenn dieser verhängnisvolle Trend nicht gestoppt werde. Es sei "fünf Minuten vor zwölf, um den Planeten und die Menschheit zu retten". Netto-Null müsse sofort realisiert werden!

Wie können diese globalen Eliten die Zukunft einer ganzen jungen Generation ruinieren, indem sie sie mit einer solchen Angst machenden Geschichte vergiften und sie anweisen, alles zu zerstören, was ihre Vorfahren aufgebaut haben? Sind diese Eliten moderne Don Quijotes oder sind sie bössartige Idioten?

Das Ergebnis ist, daß wir es mit einer verängstigten jungen Generation zu tun haben, die eine negative Einstellung zu Wissenschaft und Technologie hat und glaubt, "zurück in die Vergangenheit" schaffe eine bessere Welt. Vielen Dank an Joe Biden, Boris Johnson, Ursula von der Leyen, Jeff Bezos, Bill Gates, Mark Carney und all die anderen!

Hier ist meine Botschaft an die gehirngewaschenen Kinder in Glasgow:

Liebe Jugendliche, bitte wacht auf!

1. Bitte verhaltet euch nicht wie Papageien. Seid kritisch gegenüber den vielen falschen Propheten, die versuchen, euch ins Abenteuer zu stürzen und euch gegen den beeindruckenden Fortschritt aufzubringen, den eure Eltern und Großeltern erreicht haben. Denkt daran, daß die Informationen, die diese Propheten euch erzählen, einseitig und irreführend sind.

2. Vertieft euer Wissen über die Fakten unseres Klimas. Dabei werdet ihr feststellen, daß es keine Beweise gibt, die auf eine Klimakrise hindeuten. Ja, es gibt einen Klimawandel, und das seit allen Zeiten. Aber keine Sorge, die derzeitige globale Erwärmung ist milde (nur ca. 0,14 ° C pro Jahrzehnt) und sie hat bereits viele, viele positive Beiträge zur Lebensqualität geleistet.

3. Wußt ihr, daß der Unterschied zwischen der durchschnittlichen Jahrestemperatur im kalten Finnland und im warmen Singapur mehr als 20 ° C beträgt? Die Menschheit ist sehr geschickt darin, sich an sehr unterschiedliche Klimazonen anzupassen! Die derzeitige globale

Erwärmung von 0,14 ° C pro Jahrzehnt zur Katastrophe zu erklären, ist völlig unverhältnismäßig. Denkt darüber nach, wenn ihr protestiert.

4. Haben euch eure Lehrer jemals gesagt, daß CO₂ ein Segen für alles ist, was auf unserem Planeten lebt? CO₂ ist keine Umweltverschmutzung, sondern das Molekül des Lebens, das den Pflanzen als Nahrung dient. Ohne Pflanzen gäbe es nur sehr wenig tierisches Leben und überhaupt kein menschliches Leben. Denkt auch darüber nach, wenn ihr protestiert.

5. Verwechselt nicht den Klimawandel mit Umweltverschmutzung! Es handelt sich um zwei völlig unterschiedliche Phänomene. Der Klimawandel wird größtenteils durch die Urkräfte der Natur verursacht, und die Umweltverschmutzung wird größtenteils durch das menschliche Verhalten verursacht. Der Klimawandel erfordert kluge Anpassungsmaßnahmen, während die Umweltverschmutzung kluge, saubere Produktionstechnologien erfordert.

6. Bitte vergeudet euer Leben nicht damit, ein Problem zu lösen, das es gar nicht gibt. Steckt statt dessen all eure Talente und Energie in die Entwicklung einer produktiven, nachhaltigen Wirtschaft. Nur dann können wir genügend finanzielle Mittel erwirtschaften, um den Lebensstandard über die Grundbedürfnisse hinaus zu erhöhen. Wenn wir in die unproduktive Vergangenheit zurückkehren und uns selbst arm machen, haben wir keine Kontrolle mehr über unsere Zukunft!

7. Die Geschichte zeigt, daß das Leben auf dem Planeten Erde stets Anpassungen erfordert. Wenn wir Wissenschaft und Technologie weiter vorantreiben, schaffen wir neue Möglichkeiten, uns an den Klimawandel anzupassen, unsere natürliche Umwelt zu schützen, das Universum zu erobern und uns umeinander zu kümmern. Das ist die Formel für die Schaffung einer besseren Welt. COP26 ist ein Fehlschlag geworden, denn Erneuerbare Energien sind ein großer Fehler; sie sind teuer und unzuverlässig. Die Energiezukunft ist eine Kombination aus Gas und Kernenergie.

Und schließlich, liebe junge Leute, für alle, die von der Angst vor der Zukunft vergiftet wurden: Vergeßt die dubiosen Untergangsprediger auf der COP26; sie ruinieren eure Zukunft, indem sie alles zerstören, was eure Eltern und Großeltern aufgebaut haben. Schaut nicht auf die fehlerhaften Klimamodelle, sondern auf die Fakten! Ich glaube an eure Fähigkeit, eine bessere Welt zu schaffen. Betrachtet die sieben Herausforderungen in meiner Botschaft als eure Lebensaufgabe.

Anmerkung EIKE-Redaktion: Augustinus Berkhout ist Professor emeritiert für Geophysik an der Technischen Universität Delft, Mitglied der Königlich-Niederländischen Akademie der Künste und Wissenschaften sowie Initiator und Mitbegründer von CLINTEL (Climate Intelligence).<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 07/22" berichtete am 11. Februar 2022 (x1.387/...): >>**Einer mußte die Dinge in die Hand nehmen**

Die Flutkatastrophe im Februar 1962 an der deutschen Nordseeküste und in Hamburg / Wie Innensenator Helmut Schmidt als Krisenmanager brillierte

Michael Dienstbier

Auch wenn die nackten Zahlen niemals das gesamte Ausmaß einer Katastrophe verdeutlichen können, sind sie einer ersten Annäherung durchaus dienlich. Zwischen 287 und 345 Menschen verloren ihr Leben, als in der Nacht vom 16. auf den 17. Februar 1962 die Sturmflut auf Hamburg traf - die meisten ertranken in ihren Häusern. Ein Sechstel der gesamten Stadt stand unter Wasser, 20.000 Einwohner wurden vorübergehend obdachlos. 40.000 Helfer waren an der in den Morgenstunden anlaufenden Rettungsaktion beteiligt, 1.100 Menschen konnten noch aus höchster Not gerettet werden.

Die durch den Orkan Vincinette ausgelöste Sturmflut traf die gesamte Nordseeküste, und doch war es die etwa hundert Kilometer im Landesinneren gelegene Stadt Hamburg, die die meisten Opfer und Schäden zu beklagen hatte. Neben der mangelnden Qualität der dortigen Dei-

che und städtebaulichen Besonderheiten hatte das auch viel mit nicht funktionierenden Kommunikationswegen, technischen Fehlern, einem trügerischen Gefühl von Sicherheit und dem anstehenden Wochenende zu tun.

Die Wetterlage war schon seit vielen Wochen angespannt. Bereits am 12. Februar traf eine erste Sturmflut auf die Nordseeküste, die jedoch glimpflich abließ. Vier Tage später, einem Freitag, veröffentlichte das Deutsche Hydrographische Institut mit Sitz ausgerechnet in Hamburg um 20 Uhr eine weitere Sturmflutwarnung, ohne aber von einer Gefahr für die Stadt auszugehen.

Eine fatale Fehleinschätzung, wie sich zwei Stunden später herausstellen sollte. Mit der sich weiter verschlechternden Wetterlage und der Drehung des Windes auf Nordwest wurde ein Ablaufen der mittäglichen Haupttide weitgehend gebremst, so daß die Ebbe-Wasserstände am frühen Abend des 16. Februars vielerorts der Höhe eines normalen Fluthochwassers entsprachen.

Um 22 Uhr brach der erste Deich in der Küstenstadt Cuxhaven, die zugleich an der Elbmündung gelegen ist, deren Trichterwirkung eine massive Flutwelle verursachte, die elbaufwärts auf Hamburg zurollte. So kurz vor dem Wochenende waren die Behörden nicht mehr besetzt, und Telefonleitungen sowie Sirenenanlagen funktionierten nicht, so daß niemand vorgewarnt war, als gegen 1.15 Uhr in den Morgenstunden des 17. Februar die ersten Deiche im Hamburger Süden brachen und die Menschen vor allem im besonders betroffenen Stadtteil Wilhelmsburg im Schlaf von den Wassermassen überrascht wurden.

Schmidt nutzte seine Kontakte zur Bundeswehr und zur Nato

Die Sturmflut von 1962 ist untrennbar mit dem Namen Helmut Schmidt verbunden. Ikonisch geworden sind Aufnahmen des späteren SPD-Bundeskanzlers, wie er im Hubschrauber sitzend über der überfluteten Stadt kreist, um die Rettungsaktionen zu koordinieren. Dabei war Schmidt als damals amtierender Innen- und Polizeisenator gar nicht der Erstverantwortliche in einer Krise wie dieser.

Da Bürgermeister Paul Nevermann aber erkrankt auf Kur in Österreich weilte, war es Schmidt, der um 6.20 Uhr informiert wurde, um das Heft des Handelns an sich zu reißen. Das Wirken Schmidts in den nun folgenden Stunden formulierte sein Biograph Harald Steffahn 1990 bewundernd wie folgt: "Es ist wie ein Krieg in einem Armeehauptquartier, das laufend Einzelmeldungen über schwere Feindeinbrüche empfängt, aber die Gesamtlage nur erahnen kann. Wie dort der Generaloberst improvisieren muß, mit dem Instinkt für möglichst wirkungsvolle Befehle zur Stabilisierung der Front, genauso verfuhr der einstige Batteriechef Schmidt ohne die Lehrzeit in den höheren Stäben."

Schmidts Verdienste in dieser Krise sind unbestritten. Als Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages nutzte er seine Kontakte zum Militär und kontaktierte direkt den Nato-Oberbefehlshaber in Brüssel Lauris Norstad, der ihm 90 Hubschrauber und zahlreiche Sturmboote zur Verfügung stellte. 8.000 Bundeswehr- und 4.000 Nato-Soldaten unterstanden nun direkt seinem Kommando.

Sowohl Bundeswehroffiziere als auch die Behörden akzeptierten die Befehlsgewalt Schmidts, die sich aus der Eigendynamik des Ausnahmezustandes entwickelt hatte. Daß ihm als ehemaligem Leutnant der Wehrmacht das Führen und Befehlen durchaus im Blute lag, kam ihm hier sicherlich zupass. Das bekam auch Paul Nevermann zu spüren, der im Laufe des Tages von seiner Kur zurückeilend in Hamburg eintraf. Mit den seitdem verbreiteten Worten "Paul, halt dein Maul, du störst hier", machte Schmidt ihm klar, wer jetzt das Sagen hatte.

2018 rüttelte der Historiker Helmut Stubbe da Luz gewaltig am Mythos Helmut Schmidt als Retter Hamburgs in der Not. "Schmidt war nicht der Held", sagte er in einem Interview mit der Hamburger Wochenzeitung Zeit. Als er in den Morgenstunden des 17. Februar in der Hamburger Polizeibehörde eintraf, hätten der Hamburger Polizeidirektor Martin Leddin und

Otto Grot, Kommandeur der Schutzpolizei, bereits ganze Arbeit geleistet und die Rettungsaktion in die Wege geleitet.

Somit sei Schmidts Aussage: "Es waren lauter aufgeregte Hühner - und einer mußte die Dinge in die Hand nehmen", eine an Arroganz kaum zu überbietende Anmaßung gegenüber den Verantwortlichen der ersten Stunden. Schmidt habe von deren Arbeit profitiert, diese dann aber erfolgreich fortgeführt, wie auch da Luz zugesteht. Dennoch kommt er zu dem Schluß, daß die Geburtsstunde des Krisenmanagers auch die Geburtsstunde des Selbstdarstellers Helmut Schmidt gewesen sei.

Dazu gehöre auch der von Schmidt selbst propagierte Mythos, sich in der Stunde der Not nicht um das Grundgesetz geschert zu haben. Damit bezog er sich auf den von ihm ignorierten, angeblich strikt verbotenen Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Dieses war allerdings bereits seit 1958 durch eine Dienstvorschrift des Verteidigungsministeriums aufgeweicht, die einen Einsatz der Bundeswehr innerhalb der Landesgrenzen bei begrenzten Katastrophen durchaus zuließ.

Für die Schicksalsgemeinschaft wirkte es identitätsstiftend

Am 21. Februar gedachte die Hamburger Bürgerschaft in einer Schweigeminute der Opfer der Sturmflut. Fünf Tage später kamen über 150.000 Menschen zur Trauerfeier auf dem Rathausmarkt zusammen. Eine positive Nachwirkung der Katastrophe war das Entstehen eines Gemeinschaftsgefühls in Hamburg, das wie viele Städte und Orte im Nachkriegsdeutschland mit denselben Problemen zu kämpfen hatte.

Die Aufnahme von Millionen Heimatvertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten führte zu vielen Spannungen, wie der Historiker Andreas Kossert in seinem 2008 erschienenen Buch "Kalte Heimat" überzeugend dargelegt hat. Die Sturmflut verstärkte das Bewußtsein, Teil einer Schicksalsgemeinschaft zu sein, und wirkt in Hamburg und Umgebung bis heute identitätsstiftend. Als direkte bauliche Konsequenz wurden die Deiche erhöht und verstärkt. Mit Erfolg, wie sich in der Jahrhundertflut von 1976 zeigen sollte. Obwohl das Wasser einen Meter höher auflief als 1962, hielten alle Deiche bis auf einen dem Druck stand.

Naturkatastrophen im allgemeinen und Flutkatastrophen im besonderen haben in Deutschland gerade nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges immer auch politische Implikationen gehabt. In der Sturmflut erwarb sich Helmut Schmidt den Ruf eines Machers, der mit dazu beitrug, daß er 1974 Kanzler werden konnte. 2002 schien die rot-grüne Regierungskoalition nach nur einer Legislatur vor der Abwahl zu stehen, als das Elbehochwasser gut einen Monat vor der Wahl besonders die neuen Bundesländer traf.

Gerhard Schröder besuchte medienwirksam in grüner Regenjacke Orte vor allem in Sachsen, wohingegen sein CSU-Herausforderer Edmund Stoiber sich nur in Bayern blicken ließ. Am Ende wurde das Duo Schröder/Fischer denkbar knapp im Amt bestätigt. Die SPD lag in den neuen Bundesländern bei starken Stimmenzuwächsen am Wahltag über elf Prozent vor der CDU, so daß hier ein Zusammenhang vermutet werden darf.

Und Armin Laschets von den Fernsehkameras aufgenommener Lacher bei einer Rede des Bundespräsidenten zum Gedenken an die Todesopfer der Flutkatastrophe im Ahrtal im Juli vergangenen Jahres ließ die Zahlen der CDU in den Keller rauschen und trug mit zum Aufstieg Olaf Scholz' und der SPD bei. Der Ausnahmezustand übt weiterhin einen unwiderstehlichen Reiz auf machtbewußte Politiker aus. Wer sich hier bewährt, den kann es bis ins Kanzleramt tragen. In Friedenszeiten beschränkt sich dieser fast ausnahmslos auf Naturkatastrophen und Terroranschläge. Es ist daher nur eine Frage der Zeit, bis die nächste Flut Politikerkarrieren beendet oder befördert.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 16/22" berichtete am 15. April 2022 (x1.387/...): >>**Radikale linksgrüne Positionen**

Agitation gegen "Zwangsjacke des Wachstumsimperativs" / Klimapolitik ohne soziale Ge-

Rechtigkeit wird scheitern

Christoph Keller

Die Bonner Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte* (APuZ), die "mündigen Bürgern" aktuelle gesellschaftliche Probleme auf wissenschaftlichem Niveau vermitteln soll, segelt seit 22 Jahren stromlinienförmig im Zeitgeist. Damals wurde der Theologe und linke SPD-Politiker Thomas Krüger Leiter der Bundeszentrale für politische Bildung (BPB), der keine "Deutsche Identität in Verfassung und Geschichte" erkennt, aber ApuZ-Themenhefte über "Schwarz und Deutsch" (12/22) "Geschlechtergerechte Sprache" (5-7/22) oder "Rausch und Drogen" (49-50/20) für unverzichtbar hält.

Und unter dem Druck der "globalen Klimakatastrophe" öffnet sich das BPB-Hausblatt sogar zunehmend radikalen Theoretikern, die bezweifeln, ob sich Demokratie und Marktwirtschaft dazu eignen, den "menschengemachten" Weltuntergang zu stoppen.

Im Doppelheft "Green New Deals" (3-4/22) wird aufgezeigt, daß der ökologische Umbau erst begonnen habe und brutale Auseinandersetzungen darüber, wer dessen Kosten zu schultern hat, dem Wirtschaftsstandort Deutschland erst bevorstünden. So ist denn auch Klimagerechtigkeit für den Industriesoziologen Klaus Dörre (Universität Jena) primär ein innergesellschaftliches Problem, also eine "Klassenfrage". Woraus der Mitgründer des linken Instituts Solidarische Moderne (ISM) ableitet, daß der "Kampf gegen Klimawandel und ökologische Zerstörung" stets auch einer zugunsten der Armen und Benachteiligten sei.

"Ein gewaltiger Bremsklotz für ökologische Nachhaltigkeitsziele"

Ohne die Lösung der durch die globalisierte neoliberale Billiglohnökonomie verschärfte soziale Frage gebe es keine Lösung der ökologischen Frage. Klimawandel und Ressourcenverschwendung könne nur Einhalt geboten werden, sofern im Einklang mit diesen Zielen "egalitäre Verteilungsverhältnisse" gefördert würden, die den ökologischen Umbau mittels sozialer Nachhaltigkeit stützen und voranbringen. Würden die mit "grüner" Politik verknüpften herben Ungleichheiten nicht beseitigt, könnten sie "als gewaltiger Bremsklotz für ökologische Nachhaltigkeitsziele wirken".

Was Wachstumskritiker längst erkannt haben, an deren sozialkritisches Zahlenwerk Dörre erinnert. Demnach sei es die Gesamtbevölkerung der reichen Industriestaaten des Nordens, die zu jenem Zehntel der Weltbevölkerung zähle, das angeblich die Hälfte der weltweiten Treibhausgasemissionen verursache. Innerhalb dieser "Klimasünder" bestehe jedoch ein steiles Verantwortungsgefälle: Die einkommensstärksten zehn Prozent der EU-Haushalte erzeugten 27 Prozent der schädlichen Emissionen, während 50 Prozent, die einkommensschwache untere Hälfte, nur 26 Prozent der klimaschädlichen Gase produziere.

Allein das reichste Prozent der EU-Bürger verzeichne einen jährlichen Pro-Kopf-Ausstoß von angeblich 55 Tonnen CO₂, also mehr als das Siebenfache des EU-Durchschnittswerts. Hauptgrund sei das Fliegen. Beim einkommensstärksten Prozent, rechnet Dörre vor, gehen 40 Prozent der Emissionen auf das Konto ihrer Flugreisen, nur 21 Prozent auf das ihrer Pkw-Nutzung. Und "geflogen wird nahezu ausschließlich vom oberen Dezil der Haushalte mit einem jährlichen Nettoeinkommen von 40.000 Euro". Daß die irische Billiglinie Ryanair mit jährlich über 150 Millionen Reisenden in Vor-Corona-Zeiten die größte EU-Fluggesellschaft war, verrät Dörre nicht.

Deutschland (7,69 Tonnen pro Kopf 2020), Südafrika (7,62) und China (7,41) liegen auf etwa dem gleichem "CO₂-Niveau" wie der Iran (8,87). Das Kanada (14,2), die USA (14,24) oder das Erdgasemirat Katar (37,02) klar darüber. Um die "Klimaziele" zu erreichen, müßte der Pro-Kopf-Ausstoß aber auf 2,5 Tonnen jährlich sinken - das Niveau von Armenhäusern wie Vietnam, Jamaika, Jordanien oder Tunesien.

Woraus für Dörre folgt, daß zwar alle ihren Lebensstil radikal ändern müssen, der Veränderungsdruck die "oberen Zehntausend" jedoch mit am härtesten treffen müßte: "Nur weil Per-

sonen mit 'kleinen Geldbörsen' ihren Gürtel wegen sinkender Einkommen und steigender Preise enger schnallen müssen, sind die verschwenderischen Lebensstile der oberen Klassen überhaupt noch möglich."

In Deutschland entfielen auf die reichsten zehn Prozent der Haushalte 26 Prozent der Emissionslast. Das reichste Prozent der Haushalte habe von 1990 bis 2015 gar "nichts" eingespart, während die Einkommenschwachen ihre Emissionen um ein Drittel, die mittleren Einkommen immerhin um zwölf Prozent reduzierten.

Das paßt: So wird das deutsche Aushängeschild von "Fridays for Future", das Grünen-Mitglied Luisa Neubauer (verwandt mit der schwerreichen Hamburger Reemtsma-Familie), wegen ihrer einstigen Weltreisen gern "Langstrecken-Luisa" genannt. Und Parteifreundin Katharina Schulze jettete 2018/19 in den Winterurlaub ins sonnige Kalifornien, denn "wo und mit wem ich meinen Urlaub verbringe, ist meine Privatsache", erklärte die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bayerischen Landtag im Focus. Zudem habe sie "zwei tolle Fahrräder, aber kein Auto".

Dörre, der 2021 eine Streitschrift über "Die Utopie des Sozialismus. Kompaß für eine Nachhaltigkeitsrevolution" publizierte, ist da konsequenter. Um aus dem "Zangengriff von Ökonomie und Ökologie" herauszukommen, gelte es sich von der "Basisregel kapitalistischer Marktwirtschaften" zu verabschieden: dem "Zwang zu unendlicher Akkumulation und fortwährenden raschen Wirtschaftswachstums". Die vielbeschworene "Große Transformation" sei nur zu verwirklichen durch eine "fundamentale Veränderung etablierter Produktions- und Lebensweisen".

Dafür, so wendet die emeritierte Berliner Politikwissenschaftlerin Birgit Mahnkopf, die Grande Dame der deutschen Globalisierungskritik, in ihrem Beitrag "Der große (Selbst-)Betrug" ein, reiche der "Green Deal" der EU bei weitem nicht aus. Kommissionschefin Ursula von der Leyen habe offenbar die "epochale Herausforderung" nicht begriffen, die darin liege, den "gesamten Entwicklungspfad der bisherigen menschlichen Zivilisation" auf den Prüfstand zu stellen. Denn das EU-Ziel - Klimaneutralität durch grünes Wachstum - beschleunige zwar die Entwicklung effizienzsteigernder Produktionsverfahren, aber die alte Wachstumsideologie stehe für sie genausowenig zur Disposition wie das Privateigentum an Produktionsmitteln.

Umverteilung des akkumulierten monetären Reichtums?

Ginge es wirklich um das Gemeinwohl und die Bewahrung der ökologischen Lebensgrundlagen statt nur um eine farblich passende Verkleidung eines "Deals", wären eigentlich "radikal anmutende Maßnahmen alternativlos". Was für Mahnkopf heißt, endlich die Notbremse zu ziehen, um den angeblich rasend auf den Abgrund zusteuern den "Zug der globalisierten kapitalistischen Marktgesellschaft" zum Halten zu bringen. Doch die EU-Kommission sei in der "Zwangsjacke des Wachstumsimperativs" gefesselt und offensichtlich unfähig, den kapitalistischen Kräften der Beharrung Paroli zu bieten.

Um die versprochene sozial-ökologische Wende, die ihren Namen verdiene und mehr sein soll als grüner Etikettenschwindel, ins Werk zu setzen, sei als erster kühner Schritt die Umverteilung des akkumulierten monetären Reichtums zu wagen. Damit sei die unumgängliche Verkleinerung des ökologischen Fußabdrucks und des ökonomischen Wachstums verbunden. Mahnkopf kalkuliert dabei mit einer Reduktion des globalen Ressourcenverbrauchs "um mindestens zwei Drittel". Es ist allerdings naiv, zu glauben, daß dies nicht ausgerechnet diejenigen mit aller Härte trifft, die den geringeren Anteil an den "desaströsen Folgen" des Klimawandels zu verantworten haben.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 19/22" berichtete am 6. Mai 2022 (x1.387/...):

>>Auf der Spur des Klebers

Die Klimaschützer der "Letzten Generation": Hinter ihren aufsehenerregenden Aktionen stecken ominöse Geldgeber

Hinrich Rohbohm

Sie haben erneut zugeschlagen. Selbsternannte Aktivisten vom "Aufstand der Letzten Generation" (JF 18/22) sabotierten in der vergangenen Woche an mehreren Orten in Deutschland Rohöl-Pipelines. In Zweiertteams brachen sie in Notfall-Absperr-Stationen ein, drehten Ventile zu. Nachdem sie den Ölfluß stoppten, ketteten sich die Täter an das Sperrventilrad oder befestigten sich dort mit Sekundenkleber.

Ihre Forderung: Keine Ölbohrungen in der Nordsee. Genau das hatten Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) und einige SPD-Politiker als Alternative zu russischem Öl gerade erst ins Spiel gebracht. Eine Anregung, die der grüne Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck derzeit prüft und damit nach seinen Verhandlungen mit dem Emirat Katar über Gaslieferungen an Deutschland erneut ins Visier der radikalen Klimahysteriker gerät.

Einer der mutmaßlichen Täter ist Ernst Hörmann. Ein pensionierter Maschinenbauingenieur und ehemaliger Mitarbeiter der Deutschen Bahn. Der 72jährige Alt-68er machte als eine Art Öko-Krawall-Opa bereits vor den Aktionen der Aufstand-Aktivisten auf sich aufmerksam. Vor fünf Jahren war er über Greenpeace zu "Ende Gelände" gestoßen, einer gewaltbereiten linksradikalen Klimagruppe, bei deren maßgeblich initiierten Sabotage-Aktionen gegen Braunkohle-Abbau er ebenso mit von der Partie war wie in den Baumhäusern während der Besetzung des Dannenröder Forsts.

Mit einem Hungerstreik im Wahlkampf hat es begonnen

Zwar preist die "Letzte Generation" stets ihre Gewaltlosigkeit beim "zivilen Ungehorsam" an. Doch bei näherer Betrachtung ihrer Führungsfiguren läßt sich schnell erkennen, daß es sich lediglich um ein neues Format für die radikalen Klimagruppen "Ende Gelände" und "Extinction Rebellion" (XR) handelt. Selbst die Aktionsformen ähneln sich bis ins Detail. Straßenblockaden samt mit Sekundenkleber auf dem Asphalt befestigten Händen? Machten schon Mitglieder der XR-Bewegung. Pipelines sabotieren, den Hamburger Hafen oder den Frankfurter Flughafen lahmlegen? Wurde bereits bei "Ende Gelände" geplant.

Auch die Aktivisten-Rekrutierungen erfolgen nach dem gleichen Schema. Wie bei XR werden Interessenten in Vorträgen und Aktionstrainings für Sabotage-Aktionen geschult und getestet, wieweit sie bereit sind, Straftaten zu begehen. Die Aktionstrainings versprühen den Charme einer esoterischen Sekte. Sie beginnen mit einer Meditationübung.

Die Teilnehmer sollen sich auf den Boden legen, um eine "Erderfahrung" zu durchleben. "Schließt die Augen und spürt den Boden unter euch." Fast 20 Minuten dauert das Ritual. Die Trainerin spricht vom Leid dieser Welt, von der belasteten Umwelt, eingesperrten Tieren. Zuletzt beschwört sie: "Eure Energie ist jetzt aufgeladen und fokussiert."

Dann wird es interessant. Das strategische Konzept für die Sabotage-Aktionen wird besprochen. Schnell stellt sich heraus: Auch hier ist es das gleiche Konzept, wie es XR vermittelt. Schon damals folgten sie einem Leitfaden, dessen Ursprünge nach Recherchen der JF in den Mehringhof von Berlin-Kreuzberg führen, ein Zentrum der linksextremen Szene. Wie bei XR teilt die Letzte Generation ihre gläubigen Jünger in Bezugsgruppen auf, die jeweils von einer "Bienenkönigin" angeführt werden, eine Wortneuschöpfung für den Anführer der Gruppe. "Nur die Bienenkönigin wird über Zeit und Ort unserer nächsten Aktion von uns informiert. Von ihr erfahrt ihr alles weitere", erklärt die Aktionstrainerin.

Gegen Ende der Veranstaltungen reichen die Referenten Zettel herum. "Ihr könnt dann mal eure Kontaktdaten eintragen, dann nehmen wir euch in unseren Newsletter auf", kündigt die Referentin an. Kommuniziert wird über die Messenger-Dienste Telegram und Signal.

Die neue Bewegung war im Sommer vorigen Jahres bei einer Hungerstreik-Aktion rund um dessen Initiator Jacob Heinze entstanden. Der 27 Jahre alte Dortmunder kommt ebenfalls aus den Reihen der Baumhausbesetzer rund um den Dannenröder Forst, war zuvor sowohl in der von der Interventionistischen Linken gesteuerten Ende-Gelände-Gruppe aktiv als auch bei XR

und Fridays for Future. Die Hungerstreik-Gruppe wollte den drei Kanzlerkandidaten im Bundestagswahlkampf mit ihrer Aktion die Errichtung eines Bürgerrates abpressen, dessen Beschlüsse für die kommende Bundesregierung bindend sein sollte.

Die Idee entstammt ebenfalls dem Forderungskatalog von XR. Zur Hungerstreik-Gruppe und damit zu den Gründern der Letzten Generation zählen auch die 19jährige ehemalige XR-Aktivistin Lina Eichler aus Dortmund und "Mephisto", eine anonym bleibende 18jährige. Zu der Gründer-Gruppe gehört auch Rumen Grabow, ein 20jähriger "Vollzeit-Aktivist" aus Greifswald, der zuvor ebenfalls bei XR aktiv war.

Genauso Henning Jeschke. Wie Grabow stammt der 22jährige aus Greifswald. Weil er sich vor knapp zwei Jahren auf dem Lübecker Flughafen per Sekundenkleber an den Rumpf einer Maschine haftete, mußte er sich bereits vor Gericht verantworten. Konsequenzen: Keine. Das Verfahren gegen ihn wurde eingestellt, Amtsgerichtspräsident Carsten Löbber bezeichnete Jeschkes Anliegen gar als "sympathisch". Jetzt, während der Sabotage-Aktionen der Letzten Generation, lebt Jeschke gemeinsam mit der "Aktivistin" Lea Bonasera in einer Altbauwohnung in Berlin-Kreuzberg, die von der Gruppe als Rückzugsort für ihre Aktions-Teilnehmer angemietet wurde und die sie angeblich durch Spenden finanziert.

Die 24jährige Lea Bonasera aus dem westfälischen Rheda-Wiedenbrück rutschte über den Tierschutz und den Veganismus in die Klimaszene, geriet während eines Studienaufenthaltes in Oxford in Kontakt zu XR und schließlich zum Aufstand der Letzten Generation.

Als einer der engagiertesten Aktionstrainer der Gruppe gilt Luca Thomas aus Münster. Der 20jährige studiert Geoökologie an der Universität Bayreuth, sitzt dort für die Grüne Hochschulgruppe im Studentenparlament. Darüber hinaus ist er Sprecher von Fridays for Future in Bayreuth.

Die Bremerin Carla Hinrichs fungiert als Sprecherin der Aufständischen. "Hauptberuflich", versteht sich. Auch die 24jährige war zuvor "Aktivistin" bei XR, trat auch dort als Sprecherin in Erscheinung. Und da ist die 19 Jahre alte Heidelbergerin Carla Rochel, die ebenfalls als "hauptberufliche Aktivistin" agiert, nachdem sie zuvor bei Fridays for Future mitwirkte. "Du möchtest für Vollzeitarbeit im Kampf gegen die Klimakrise bezahlt werden?" werben die Aufständischen in ihrem Newsletter für einen Job im "Mobilisierungs-Team".

Doch wer finanziert all die "hauptberuflichen" Aktivitäten? Eigene Angaben dazu sind dürftig. Demnach werde alles durch Spenden gestemmt. Wer aber die Spender sind, bleibt undurchsichtig. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) müssen ihre Geldquellen in Deutschland für gewöhnlich nicht offenlegen. Die hohen Schnittmengen mit Extinction Rebellion lassen jedoch auf Zuwendungen aus dem gleichen Milieu schließen. Etwa auf Organisationen wie die Bewegungstiftung in Verden (JF 28/20), die es sich zur Aufgabe gemacht hat, radikale "Klima-Aktivisten" zu bezahlen.

Angesichts der Ziele gegen die Infrastruktur ausschließlich westlicher Industriestaaten käme als Geldquelle noch eine andere Seite in Frage. "Wir haben Gazprom-Finanzierung bei Umwelt-NGOs festgestellt", erklärte Dominique Reynié vom französischen Forschungsinstitut Foundation pour L'innovation politique.

Und Wissenschaftlern des Martens Centre for European Studies zufolge habe die russische Regierung 82 Millionen Euro an jene europäischen Klimaschutzverbände überwiesen, deren Ziel es ist, die Erdgasförderung in Europa zu verhindern. So, wie es bei Ende Gelände, XR oder Letzte Generation der Fall ist. Schon 2014 sprach der damalige Nato-Chef Anders Fogh Rasmussen davon, daß Rußland Umweltorganisationen mit dem Ziel unterstütze, Europa von russischem Gas abhängig zu machen.

Auf dem Vortragstreffen von "Letzte Generation" in Freiburg wollen wir daher wissen: Warum gibt es ihre Gruppen nur in westlichen Industriestaaten, nicht aber in Rußland oder China? Die Referenten weichen zunächst aus. "Ja, da könnte man natürlich auch Gruppen ins Leben

rufen." Man habe dafür noch niemanden gefunden. "Aber diese Länder machen da ja schon mehr als genug und sind auf einem guten Weg", lautet die ziemlich bemerkenswerte Antwort.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 23/22" berichtete am 3. Juni 2022 (x1.387/...):

>>**Dilemmata des Klimaschutzes in einer globalisierten Welt**

Grüne Einäugigkeit ist gefährlich

Erich Weede

Nur Naturwissenschaftler können zu der Frage, wie wahrscheinlich welches Ausmaß des Klimawandels in Abhängigkeit von CO₂-Emissionen ist, sachkundig Stellung nehmen. Den Sozialwissenschaftler sollte allerdings zweierlei beunruhigen. Erstens gibt es ein hohes Ausmaß an Politiknähe in der Klimawissenschaft, was man an der Existenz und dem Einfluß des Weltklimarates ablesen kann. Das wirft die Frage auf, ob die Politiknähe der Wissenschaft guttut. Nach dem Philosophen Thomas Kuhn beruht der Erkenntnisfortschritt der westlichen Naturwissenschaft im wesentlichen auf der Politikferne, darauf, daß Wissenschaftler füreinander forschen und schreiben statt für die gerade Regierenden.

Wer sich dieser Auffassung anschließt, muß von der Politiknähe der Klimawissenschaft irritiert sein. Zweitens fällt auf, daß in großen Teilen der Politik und der Medien der Eindruck erweckt wird, daß die zentralen Fragen der Klimawissenschaft beantwortet seien, daß weitgehend Konsens herrsche. Das ist in der Wissenschaft ungewöhnlich. Das könnte aus der Politiknähe folgen. Die Politik kann mit einander widersprechenden wissenschaftlichen Auffassungen wenig anfangen. Politiknähe muß Konformitätsdruck erzeugen, der wissenschaftliche Kontroversen eher abwürgt als fördert.

Diese beiden Argumente implizieren nicht, daß die Hauptströmung der Klimawissenschaft irrt. Aber sie erinnern daran, daß es sogar in der Naturwissenschaft keine Gewißheit über den Besitz der Wahrheit gibt. In Anbetracht der dem Klimawandel zugeschriebenen Folgen haben Politiker und Regierungen sich dazu durchgerungen, den Klimawandel zu bekämpfen, zu versuchen, die CO₂-Emissionen so schnell und so stark zu vermindern, daß die Erwärmung unter zwei oder besser noch unter 1,5 Grad bleibt.

Damit stellt sich die Frage, wie man die Emissionsminderung organisieren sollte. Diese Frage fällt nicht mehr in die Zuständigkeit der Klimawissenschaftler. Unter Ökonomen gibt es eine Präferenz dafür, entweder die Emissionen steuerlich zu belasten, also mit einem Preis zu versehen, oder aber von den Emittenten den Erwerb von Zertifikaten zu verlangen. Im einen Fall wird der Preis festgelegt und indirekt die Emissionsmenge gesteuert beziehungsweise verringert, im anderen Fall wird direkt die Menge gesteuert und der Preis indirekt bestimmt.

Zertifikatehandel oder Emissionssteuer kann man als minimalinvasive Eingriffe bezeichnen, weil die wirtschaftliche Freiheit dadurch längst nicht so stark wie durch planwirtschaftliche Instrumente eingeschränkt wird. Planwirtschaftliche Instrumente sind Verbote von Produktionstechniken oder Produkten - Verbrennungsmotoren sind ein aktuelles Beispiel dafür - oder auch Subventionen, beispielsweise für Elektroautos, Solardächer oder Einspeisungsvorrang zu Garantiepreisen in das elektrische Netz für Windenergie.

Ein berüchtigtes Beispiel für einen planwirtschaftlichen Ansatz ist das deutsche Energie-Einspeisungs-Gesetz, das die deutschen Energiepreise auf ein außerordentlich hohes Niveau gebracht und mit hoher Wahrscheinlichkeit manche energieintensiven Investitionen verhindert hat. Ob das dem Weltklima hilft, darf bezweifelt werden, wenn die in Deutschland verhinderten Investitionen anderswo getätigt werden, wo man den Klimaschutz und die CO₂-Emissionen weniger ernst nimmt.

Die schlagkräftigsten und grundsätzlichen Argumente gegen einen planwirtschaftlichen Ansatz haben österreichische Ökonomen geliefert. Das allgemeinste Argument stammt von dem Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek. Er vertritt die Auffassung, daß Wissen nicht

zentralisierbar ist, daß nur dezentrale Entscheidungen die Verwendung des auf Millionen Köpfe verteilten Wissens ermöglichen. Zum Wissen zählt Hayek nicht nur explizites Wissen, das in Texten oder auch mathematischen Formeln festgehalten werden kann, sondern auch implizites Wissen, das in Arbeitsweisen oder sogar Traditionen enthalten ist.

Außerdem betont Hayek, daß nicht jedes Wissen Geltung unabhängig von Zeit und Raum beanspruchen kann, sondern Wissen räumlich oder zeitlich gebunden sein kann. Das gilt etwa für das Wissen eines Bauern, was auf welchem seiner Felder besonders gut wächst, oder für das Wissen eines Unternehmers, welcher seiner Lieferanten besonders preisgünstig und zuverlässig ist.

Das Fazit der hayekianischen Überlegungen ist: Planwirtschaft muß scheitern, weil Wissen in keiner Regierung oder Behörde zentralisierbar ist. Das gilt erst recht, wenn man von der statischen zur dynamischen Betrachtung übergeht. Niemand kann vorher wissen, wo und wie sich der Erkenntnisfortschritt entwickelt. Wenn eine Instanz versucht, die Richtung des Erkenntnisfortschritts zu steuern, dann wird vieles gar nicht versucht werden.

Diese Einsicht kann man auch konkret mit dem Emissions- und Klimaproblem verbinden. Bei planwirtschaftlicher Steuerung muß die Regierung nicht nur über alles heutige Wissen verfügen, sondern auch über die in naher Zukunft zur Verfügung stehenden Kenntnisse und Technologien. Damit muß jede Regierung überfordert sein. Deshalb wird immer wieder Technologieoffenheit beim Kampf gegen den Klimawandel gefordert.

Es wird nicht leicht sein, planwirtschaftliche Irrungen zu vermeiden, denn die Grünen sind zwar die frühesten und energischsten Kämpfer gegen den Klimawandel, haben sich bisher aber oft als Kapitalismuskritiker und nicht als Verteidiger der wirtschaftlichen Freiheit profiliert. Lange haben sie die Kosten bagatellisiert. In Deutschland verglich ein grüner Politiker einmal die Kosten pro Person mit denen einer Kugel Eis. Andere verwiesen darauf, daß Sonne und Wind keine Rechnung schicken.

Inzwischen betonen die Vorkämpfer gegen den Klimawandel lieber die Alternativlosigkeit ihres Kampfes als die nun wirklich nicht niedrigen Kosten. Aber die Neigung der Grünen zur Kapitalismuskritik und deren Affinität zur Planwirtschaft ist geblieben. Nach dem dänischen Sozialwissenschaftler Björn Lomborg ist das nicht belanglos. Je nach Wahl mehr oder weniger kostengünstiger Instrumente zum Klimaschutz könnten sich die Kosten gegenüber dem Unvermeidbaren verdoppeln oder vervierfachen.

Das Ausmaß der Aufgabe hat Lomborg, der dem Weltklimarat in naturwissenschaftlichen Fragen folgt, so beschrieben: Selbst wenn die reichen Länder noch in diesem Jahr ganz mit der Emission von Treibhausgasen aufhörten, würde der Temperaturanstieg bis zum Jahre 2100 nur von 4,1 auf 3,7 Grad Celsius verlangsamt.

Ohne Mitwirkung der armen Länder und "emerging markets" kann es nicht klappen, auch nur in die Nähe des Minimalziels von höchstens zwei Grad zu kommen. Allein China ist für ungefähr genauso viele Emissionen wie die westliche oder nordatlantische Zivilisation verantwortlich. In Anbetracht der Bevölkerungszahlen ist das den Chinesen auch nicht vorzuwerfen. China hat sich bisher zumindest programmatisch wie der Westen zum Ziel von Nullemissionen bekannt.

Schwieriger noch ist der Fall eines genauso volkreichen Landes mit stark steigenden Emissionen, nämlich Indiens. Für Indien und andere arme Länder liegt es nahe, denselben Weg wie zuerst der Westen und später China einzuschlagen: Erst mal reich werden und sich danach um den Klimaschutz kümmern. Wenn man mit Lomborg eine Vervierfachung der Weltproduktion bis 2100 erwartet, könnte danach die Finanzierung des Klimaschutzes für arme Länder machbar sein.

Eine Einigung auf den Vorrang des Klimaschutzes gegenüber der Reduzierung der allergrößten Armut in den Entwicklungsländern kann nicht leicht sein. Das gilt vor allem dann, wenn

man nicht zu einer Diktatur der reichen Länder und zur Unterdrückung der armen Länder aufrufen will und kann.

Wenn nur der Westen versucht, die CO₂-Emissionen zu verringern, kann das nicht reichen. Es besteht sogar die Gefahr, daß ein großer Teil der Effekte westlicher Anstrengungen nur zur Verlagerung von emittierenden Industrien aus reichen in ärmere Länder führt, wo wahrscheinlich weniger auf Reduzierung der Emissionen geachtet wird. Um das zu verhindern, denken europäische Regierungen beziehungsweise die EU daran, künftig mit wenig Rücksicht auf CO₂-Emissionen und den Klimawandel produzierte Güter bei der Einfuhr mit einer Abgabe zu belasten und damit bloßen Emissionsverlagerungen aus reichen in arme Länder entgegenzuwirken.

Solange man ausschließlich an das Klima denkt, ist das nur folgerichtig. Aber es ist nur selten richtig, die unerwarteten und unerwünschten Nebenfolgen zu vernachlässigen, wenn man sich auf ein Ziel konzentriert.

Es ist weder leicht, eine angemessene Belastung für eine Vielzahl von mit unterschiedlich viel und unterschiedlich schmutziger fossiler Energie hergestellte Produkte zu ermitteln, noch dafür Verständnis bei den betroffenen Handelspartnern zu finden. Fast mit Sicherheit wird man dazu Bürokratien aufbauen müssen, was die eigene wirtschaftliche Freiheit und die Freiheit des Welthandels reduziert, der bekanntlich eine wesentliche Voraussetzung dafür war, in den letzten Jahrzehnten (vor der Corona-Pandemie) mindestens eine Milliarde Menschen aus bitterster Armut zu befreien.

Die Schwierigkeiten der Ermittlung angemessener Klimazölle für Importgüter werden Partikularinteressenten in reichen Ländern mit protektionistischen Interessen aktivieren, was den freien Welthandel weiter gefährden muß. Außerdem stellt sich die Frage, inwieweit Klimazölle in Übereinstimmung mit den Statuten der Welthandelsorganisation zu bringen sind. Klimazölle könnten der Einstieg in eine globale Planwirtschaft werden.

Natürlich kann man das ausklammern und nur das Ziel des Klimaschutzes durch Belastungen für "schmutzig" hergestellte Produkte an den Grenzen der westlichen Zivilisation verfolgen. Dann darf man aber nicht damit rechnen, daß es zu koordinierten Anstrengungen von Nord und Süd oder vom Westen und China beim Klimaschutz kommen kann. Mit der Behinderung des Freihandels zwecks Klimaschutz wird außerdem die friedensfördernde Wirkung des Freihandels beschädigt.

Wenn man die Richtigkeit der Aussagen und Befürchtungen des Weltklimarates unterstellt, dann folgt daraus nicht, daß ökonomische oder geopolitische Fragen zweitrangig sind, sondern daß sich die ökonomische Frage der Vermeidung unnötig hoher Kosten beim Ausstieg aus fossilen Energien stellt - und zudem das geopolitische Problem auftritt, Großmachtrivalitäten nicht durch (klimapolitisch gerechtfertigten) Protektionismus zu befeuern. Somit gilt es, ein Umfeld für international koordinierte Maßnahmen zum Klimaschutz zu schaffen. Wer will schon das Risiko eines nuklearen Winters als Folge eines Atomkrieges erhöhen wollen, um die aus CO₂-Emissionen folgenden Risiken zu verringern?

Jede rationale Auseinandersetzung mit dem Klimaproblem muß zwei Arten von Kosten gleichzeitig im Auge behalten: erstens die Kosten, die auf uns zukommen, wenn wir durch Emissionen das Klima aufheizen; zweitens die Kosten, die der Versuch impliziert, den Klimawandel zu verhindern. Letztere beinhalten nicht nur hohe und inflationär weiter steigende Energiepreise, sondern auch Gefahren für die Netzstabilität und das Risiko von zeitweiligen und vielleicht sogar großflächigen

Zusammenbrüchen der Elektrizitätsversorgung, die Förderung einer unvermeidbar ineffizienten Planwirtschaft, länger andauernde bittere Armut in Entwicklungsländern, zusätzliche internationale Spannungen und die Abschwächung des friedensfördernden Effekts des Freihandels. Grüne Einäugigkeit kann richtig gefährlich werden.

Prof. em. Dr. Erich Weede, Jahrgang 1942, Dipl.-Psychologe und Politikwissenschaftler, lehrte Soziologie an den Universitäten Köln und Bonn. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Friedrich-A.-von-Hayek-Gesellschaft. Auf dem Forum schrieb er zuletzt über die Einmischung ausländischer Mächte in Afghanistan ("Ein großes Unverständnis", JF 37/21).<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 30. Juni 2022: >>Wie müßte das Traumkraftwerk aussehen? (Teil 1)

_ von Heinz Meister

Man wird doch noch träumen dürfen! Welche Eigenschaften müßte denn ein Kraftwerk haben, daß alle Gruppen damit zufrieden wären? Unser Leser Heinz Meister hat dazu einige Ideen. Die früheren IPCC-Gutachter Sebastian Lüning und Fritz Vahrenholt räumen in ihrem Buch Unerwünschte Wahrheiten mit den Klimälügen unserer Gegenwart ab. ...

Also erstens: Es müßte ausgesprochen billigen Strom produzieren. Könnten wir billig Strom erzeugen, dann könnten wir den auch für gutes Geld exportieren. Gegenwärtig exportieren wir zwar unseren Zappel-Strom, wenn mal Wind plus Sonne es gut meinen. Aber Geld gibt's keins dafür, im Gegenteil: Da unsere Spitzen oft dann entstehen, wenn keiner Bedarf hat, müssen wir noch dafür zahlen, daß er abgenommen wird.

Atomstromimport aus unsicheren AKWs

Wenn es bei uns ungedeckten Bedarf gibt, dann importieren wir von den Nachbarn für teures Geld billig erzeugten Strom aus Kernkraftwerken. Und wo stehen zufällig die eher unsicheren Kraftwerke? An den Grenzen zur BRD! Wenn die hochgehen, sind wir alle hin. Und wenn der Wind nicht weht, müssen die hübschen Windrädchen noch mit Strom versorgt werden! Mit etwa so viel, wie zwei Kernkraftwerke leisten.

Der Verbraucher der BRD leidet ja am höchsten Strompreis weltweit. In keinem einzigen Land der Erde wird der Stromkunde derart geschröpft! Natürlich größtenteils wegen diverser Staatsauflagen, wie der EEG-Umlage, mit der die teure und unzuverlässige Windenergie (Solar-Energie dito!) auf den Börsenpreis von Strom heruntersubventioniert werden muß.

Der Verbraucher wird's schon zahlen, sonst sitzt er eben im Dunkeln. Ohnehin sitzen wir bald alle im Dunkeln, wenn es die ersten Stromsperren gibt und dann die Totalabschaltung, liebevoll "Blackout" genannt. Die brandneue, grünlich-verrückte "Regierung" hat ja beschlossen, daß die Verspargelung der Landschaft auf das Sechsfache steigen wird. Aber wenn kein Wind weht? Sechsmal null ist immer noch null. Und "Dunkelflauten" sind gar nicht selten. Jetzt soll der Unmut gedämpft werden: Einen Teil des Strompreises soll nicht mehr der Verbraucher zahlen, sondern wer?? Der Steuerzahler!! Na, das ist natürlich ganz etwas anderes!

Sackgasse Windenergie

Zweitens: Das Wunschkraftwerk darf absolut kein CO₂ abgeben! Das ist zwar nicht deshalb notwendig, weil wir "das Klima schützen" müßten. In dem Buch Unerwünschte Wahrheiten ist von 2 IPCC-Gutachtern (Sebastian Lüning und Fritz Vahrenholt) alles Notwendige zu dem Thema gesagt, auch, wer dran verdient. Die CO₂-Bedingung ist nur dazu da, daß nicht irgendwer glaubt, die "Grünen" ("grün" sind sie nicht, es sind die Pharisäer des WEF-Globalismus!) wählen zu müssen.

Windräder

Die Giga-Windräder zerstören die Wälder und andere Landschaften, killen massenhaft Großvögel, Fledermäuse, tonnenweise Insekten, trocknen den Boden aus und führen zur merklichen Erwärmung des Mikroklimas. Außerdem ist ihr Infraschall-Brummen gesundheitsschädlich. Wenn dann alle einsehen, daß die teuren Dinger (der Verbraucher zahlt es ja!) schädlich und völlig unnützlich sind, wird man zugeben müssen, daß sie ein gigantisches, bergehohes Endlager brauchen, denn verschrotten geht nicht.

High-Tech für China

Drittens: Es darf natürlich nicht (wie die konventionellen Kernkraftwerke) radioaktiver Müll anfallen, der ins (nicht existente!) Endlager muß, für die nächsten Hunderttausenden von Jahren.

Das Problem war ja schon gelöst, denn es gab ja den "heliumgekühlten Hochtemperatur-Thorium-Reaktor" (sogar schon im Betrieb!), der ohne Uran auskommt, nicht kritisch werden kann und nur wenig niedrigstrahlenden Müll erzeugt (kein Endlager nötig).

Es gab auch den "Schnellen Brüter", der anstelle von angereichertem Uran auch mit dem in Massen anfallenden Uran 238 bestückt werden kann. Aber das war vor langer, langer Zeit, als Deutschland in der Kernkraft-Technologie noch führend war. Der Reaktor mußte für teures Geld abgerissen werden, die Patente gingen billig an China, die auch gleich die Wissenschaftler und Techniker abgeworben haben. Jetzt bauen die Chinesen solche Reaktoren. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 1. Juli 2022: >>**Wie müßte das Traumkraftwerk aussehen? (Teil 2)**

_ von *Heinz Meister*

Drittens: Die Technologie muß selbstverständlich absolut sicher sein. Zwar muß man sich eigentlich damit abfinden, daß jedwede Technik auch Gefahren mit sich bringt. Es kann ja auch zum Herzstillstand führen, wenn man die Stromrechnung liest oder die Nebenkostenabrechnung. Aber ein Tschernobyl oder Fukushima will natürlich keiner. Allerdings gab es in der BRD zu keiner Zeit Reaktoren, die derart gefährlich waren wie die alten sowjetischen, und Tsunamis sind hierzulande auch recht selten. Die Japaner sind damit eher vertraut, dennoch hatten sie keinen Flutschutz vor ihren Kernkraftwerken.

Grundlastminister statt Gender-Beauftragter

Viertens: Das Kraftwerk muß unbedingt "grundlastfähig" sein. Eine vernünftige Energiepolitik muß Kraftwerke vorsehen, die mit hoher Konstanz den Sockelbedarf decken, der unabhängig von der Tageszeit durchgehend anfällt. Anstelle mancher unnützer Ministerien müßte ein Energieministerium her, ein "Grundlastministerium". Dort müßten allerdings technisch versierte Experten das Sagen haben, nicht Politclowns und Genderbevollmächtigte!

Die Politzauberer, die wir uns trotz Alternativen immer wieder als "Regierung" wählen, haben beschlossen, bei stark gesteigertem Bedarf (E-Autos, Wärmepumpen) alle grundlastfähigen, zuverlässig und billig produzierenden Kraftwerke (Kohle, konventionelle Kernkraft) bei gewaltigen Abrißkosten stillzulegen. Sie werden durch umweltschädliche, teuer produzierende Anlagen ersetzt, die ungeheuer teuer Strom dann produzieren, wenn ihn keiner braucht.

Die Wundertechnologie existiert

Speichertechnologie existiert nicht und wäre schweineteuer. Dafür werden jetzt viele Gas-kraftwerke geplant. Vielleicht sind die ja schneller fertig als der famose Bahnhof in Freiburg, die Elbharmonie und der Hauptstadt-Flughafen. Kanzler Scholz der Weise hat uns allerdings die Gaszufuhr abgedreht, kaum daß die Röhre fertig war. Jetzt sind Abnahmestellen für das Fracking-Gas aus den USA geplant. Das Flüssiggas wird allerdings erheblich teurer sein als das billige Erdgas aus Rußland.

Der "Schnelle Brüter" in Kalkar sollte einmal der modernste Nuklearreaktor der Welt werden, er wurde allerdings nie fertiggestellt. Heute befindet sich hier ein Freizeitpark.

Und jetzt der Clou: Genau die Technologie für dieses "Wunderkraftwerk" existiert! Und zwar schon seit längerer Zeit! Das ist nicht etwa einer unserer Regierungen zu verdanken. Die stammeln nur, wissen und können nichts.

Der Stein der Weisen

Einige deutsche Kernphysiker haben sich zusammengetan und völlig ohne staatliche Förderung einen revolutionären Typus von Kernkraftreaktor erfunden und entwickelt. Wären sie gefördert worden, könnte der neue Reaktortyp bereits in Serie fertiggestellt sein und in Betrieb genommen werden.

Das neue durch internationale Patente geschützte Konzept ist der Dual-Fluid-Reaktor (DFR, <https://dual-fluid.com/de/>). Er erfüllt alle oben angeführten Träume von einem Wunderkraftwerk. Die Beschreibung seiner Eigenschaften liest sich wie die Definition des Steines der Weisen:

Kosteneffizienz: Der Reaktor kann Strom zu dem sensationellen Preis von 1 Cent (in Worten: EIN Cent) produzieren!

Unabhängigkeit: Alle einsetzbaren Brennstoffe können innerhalb der Bundesrepublik gewonnen werden!

Inhärente Sicherheit: Die Naturgesetze sorgen dafür, daß ein Super-GAU unmöglich wird. Ebenso, wie ein Eimer Wasser in der Antarktis nicht plötzlich zu sieden anfangen kann, ist ein DFR unfähig, Fukushima- oder Tschernobyl-Szenarien hervorzurufen.

Der Allesbrenner

Recycling des vorhandenen Atommülls: Der DFR zerstört sowohl seine eigenen Abfälle wie die der alten Kernkraftwerke. Übrig bleiben nur Spaltprodukte, die nach maximal 300 Jahren kaum noch radioaktiv sind. Die Suche nach einem Endlager für geologische Zeitspannen wird damit gegenstandslos.

"Allesbrenner-Reaktor": Alle nur denkbaren Kernbrennstoffe sind mit maximaler Energieausbeute nutzbar! Atommüll, abgereichertes Uran (Uran 238), Natururan, Thorium, Plutonium, u.v.a. lassen sich im DFR einsetzen. Dadurch erhält man eine Energiequelle, die so lange reicht, wie die Menschheit existiert.

Minimale Kosten: Der DFR ist der kompakteste Kernreaktor mit dem geringsten Aufwand an Material, Arbeitsstunden und Geld. Wenig Platzbedarf für ein Kraftwerk.

Hohe Arbeitstemperatur: Dies macht nicht nur die Stromerzeugung sehr effizient (60 % Wirkungsgrad), sondern ermöglicht auch viele Prozeßwärmeanwendungen - z.B. Meerwasserentsalzung oder Herstellung erdölfreier Kraftstoffe.

Nicht nur Strom allein: Dadurch kann Kernenergie endlich den kompletten Primärenergiebedarf decken, einschließlich Antrieb von Autos, Flugzeugen, Heizungen, etc.

Die Energie-Effizienz ist um den Faktor 1.000 höher als bei "Erneuerbaren".

Je mehr die desaströsen Unzulänglichkeiten der "Energiewende" auf den Zappelstrom von Wind und Sonne zutage treten, desto mehr sollte auch die Offenheit kluger politischer Köpfe wachsen, sich mit einem neuen und sicheren Konzept der Kernenergie zu befassen!

"Operation geglückt, Patient tot" - das könnte am Ende das Ergebnis des ideologisch motivierten Umbaus der deutschen Wirtschaft sein. Von der einst so leistungsfähigen deutschen Energiewirtschaft - Deutschland war technisch einst weltweit führend bei der Entwicklung hochmoderner Atomkraftwerke - ist beispielsweise nichts mehr übrig geblieben. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/23084" berichtete am 17. Juli 2022 (x1.150/...): >>>**Globale Hungerkatastrophe droht! - Zufall oder Plan?**

Das Thema einer weltweiten Hungersnot wird plötzlich zum wichtigsten und alarmierendsten Thema auf der globalen Tagesordnung. Doch ist wirklich Rußland dafür verantwortlich? Oder gibt es ganz andere Hintergründe?

Seit Wochen werfen westliche Medien und Politiker Rußland vor, eine weltweite Hungersnot zu provozieren und Hunger als Waffe zu benutzen. Auch Rußland sieht eine globale Hungersnot bis Ende des Jahres kommen - führt sie allerdings auf die hohen Preise für Getreide und Lebensmittel zurück, welche für die ärmsten Länder mittlerweile unbezahlbar sind.

Bis zum Sommer 2020 lag der Weizenpreis weltweit stabil bei etwa 200 Dollar pro Tonne. Mittlerweile liegt dieser bei 450 Dollar pro Tonne. Als Hauptgrund für diese enorme Preissteigerung sieht Rußland vor allem die unüberlegten wirtschaftlichen Maßnahmen der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union - das Forcieren von grüner Energie und die Ablehnung von Nord Stream 2, die die europäischen Gaspreise in ungeahnte Höhen getrieben

haben. Dadurch wurde Düngemittelproduktion unrentabel, so daß die Fabriken den Betrieb einstellen mußten.

Das Thema einer weltweiten Hungersnot wird plötzlich zum wichtigsten und alarmierendsten Thema auf der globalen Tagesordnung. Doch wer ist jetzt wirklich dafür verantwortlich? Oder gibt es noch ganz andere Hintergründe?

Hören Sie dazu die Analyse des deutschen Autors und Finanzexperten Ernst Wolff.

Ein Kommentar von *Ernst Wolff*

Die Welt steuert zur Zeit auf eine gigantische Hungerkatastrophe zu. Wer meint, das sei auf die Unfähigkeit oder Planlosigkeit von Politikern zurückzuführen, der sei an die Worte des US-Präsidenten Roosevelt erinnert, der vor über 80 Jahren gesagt hat: "In der Politik passiert nichts zufällig, wenn etwas passiert, können Sie wetten, daß es so geplant wurde." Eine Bestätigung für Roosevelts Aussage hat das sogenannte Lockstep-Papier der Rockefeller Stiftung aus dem Jahre 2010 geliefert, das die seit 2,5 Jahren weltweite anhaltende Gesundheitskrise vorweggenommen hat.

Ob Lockdowns, Impfungen oder die Einführung digitaler Zugangsbeschränkungen, all diese Maßnahmen wurden darin bereits mehr als zehn Jahre vor ihrer Einführung beschrieben. Zudem gab es im Oktober 2019 das Event 201, eines von der Johns Hopkins Universität, zusammen mit dem World Economic Forum und der Bill & Melinda Gates Stiftung durchgeführtes Planspiel, in dem eine Pandemie simuliert und die aus der Sicht der Verantwortlichen zu ergreifenden Maßnahmen durchgespielt wurden. Nicht anders verhält es sich offenbar mit der aktuellen näherrückenden globalen Hungerkatastrophe.

Auch für sie wurde bereits ein Planspiel durchgeführt, und zwar vor 6,5 Jahren. Am 9. und 10. November 2015 nahmen 65 internationale Führungskräfte aus Politik und Privatwirtschaft in den Räumen des Washingtoner Hauptsitzes des World Wildlife Fund, WWF, an dem Event Food Chain Reaction, zu deutsch: Lebensmittelkettenreaktion teil, bei dem eine Krise im globalen Ernährungssystem simuliert wurde. Das Szenario wurde von einer Gruppe von Experten des US-Außenministeriums, der Weltbank und des Agrarkonzerns Cargill entworfen.

Durchgeführt wurde das Event von einer Unterabteilung der CMA Corporation, die im Auftrag des US-Ministeriums für Innere Sicherheit und der nationalen Koordinationsstelle für Katastrophenhilfe arbeitet. Für die Finanzierung sorgten der Konzern Cargill, der ein Viertel des US-amerikanischen Getreideexports kontrolliert, und der Süßwarenhersteller Mars.

Produziert wurde das Ganze vom World Wildlife Fund, zusammen mit dem Center for American Progress, einem 2003 von Bill Clintons Politikberater John Podesta gegründeten Think-tank. Er wird vom Lobbyisten Tom Dashley geführt, einem Spitzenpolitiker der Demokratischen Partei, der unter Barack Obama als Gesundheitsminister vorgesehen war, das Amt aber, wegen des Bekanntwerdens unsauberer Finanzgeschäfte, nicht antreten konnte.

Zwei Tage lang reagierten die Teilnehmer des Treffens auf ein Szenario, das eine globale Nahrungsmittelkrise für die Jahre von 2020 bis 2030 simulierte. Ausgelöst wurde es durch: "Schwankende Lebensmittelpreise, eine instabile Lebensmittelversorgung inmitten eines immer stärkeren Bevölkerungswachstums, eine schnelle Urbanisierung, heftige Wetterereignisse und soziale Unruhen". Der Ablauf der Krise wurde in vier Zeitabschnitte unterteilt. Runde eins erstreckt sich über die Jahre 2020 bis 2021.

Hier kommt es zu großen Dürren in Nordamerika, sozialen Unruhen in Süd-Ostasien und Afrika und einem Anstieg der Lebensmittelpreise auf 262 % der langfristigen Durchschnittswerte. In Runde zwei, von 2022 bis 2024, kommt es zu erheblichen Dürreperioden in den wichtigsten Anbaugebieten und einem dramatischen Anstieg der Ölpreise. Unruhen und Migration nehmen zu, ebenso Panikkäufe angesichts der wachsenden Unsicherheit. Die Lebensmittelpreise steigen von 262 auf 395 % der langfristigen Durchschnittswerte.

In Runde drei, von 2024 bis 2027, kommt es zu einer Erholung der Ernteproduktion in weiten Teilen der Welt, die den Druck auf die Märkte mildert. Während vereinzelt Dürren Unruhen in der Sahelzone verursachen, sinken die weltweiten Nahrungsmittelpreise von 395 auf 145 % der langfristigen Durchschnittswerte. In Runde vier kommt es zu Dürren in Brasilien, China und den Vereinigten Staaten, zu sozialen Unruhen in Indien und Protesten in westafrikanischen Städten, außerdem zu einem erneuten Anstieg der Lebensmittelpreise von 141 % auf 387 % der langfristigen Durchschnittswerte.

Skurril mutet das Ende des Planspiels an, bei dem es neben einer Einführung einer CO₂-Steuer zu unerwartet hohen Spenden aus aller Welt an das Ernährungsprogramm der Vereinten Nationen kommt. Dadurch sei: "die Welt gut gerüstet, um die Katastrophe in den Gegenden zu bewältigen, die von humanitären Organisationen erreicht werden können." So absurd das klingt, an dieser Stelle sollte einem das Lachen im Hals stecken bleiben.

Hinter dem Begriff humanitäre Organisationen verbergen sich nämlich zahlreiche NGO's und Stiftungen, wie die Open Society Stiftung von George Soros, die Bill & Melinda Gates Stiftung, das World Economic Forum oder Brot für die Welt der Katholischen Kirche.

Es sind genau diese Organisationen, die in unserer Zeit Tag für Tag an Macht und Einfluß gewinnen und die dafür sorgen, daß Krisen systematisch vorbereitet und genutzt werden, um die Herrschaft der globalen Elite zu sichern und zu festigen, indem man ihren Verlauf generalstabsmäßig plant und sie gegebenenfalls verschärft, egal ob dabei große Teile der Menschheit ins Verderben gerissen werden. Die Website der Veranstaltung Food Chain Reaction.org wurde übrigens inzwischen ohne Angabe von Gründen gelöscht. ...<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 7. September 2022 (x1.248/...): >>**Das**

Ende der Bauern

Die EU-Biodiversitätsstrategie und der Green Deal, der zum Schutz von Lebensräumen und Tieren umgesetzt werden soll, haben schwerwiegende Folgen für die Welternährung.

Von *Birgit Naujeck*

Wir brauchen Nahrung, um zu leben. Wie soll das aber funktionieren, wenn die Produzenten dieser Nahrung, also bäuerliche Betriebe, reihenweise sterben? Eine Kooperation internationaler Finanz-, Umwelt- und Unternehmensinteressen hat eine weltweite Politik zur Verringerung der Nahrungsmittelproduktion und zur Beseitigung der bäuerlichen Familienbetriebe in Gang gesetzt.

Besonders die Hyperinflation ist in diesem Zusammenhang nicht nur ein harmloser Anstoß, um Produzenten zur Sparsamkeit anzuleiten - sie ist eine Bedrohung für die Welternährung. Die Landwirte und Viehzüchter verteidigen die Nahrungsmittelproduktion, um die Menschheit zu retten. Deshalb müssen die Menschen in allen Gesellschaftsschichten aufwachen und sie unterstützen.

Wir radeln gerade von Mecklenburg-Vorpommern nach Sachsen, schauen uns um, an welchem Ort wir in Eintracht mit Mensch und Natur, als Selbstversorger, Selbstverantwortliche, in Autarkie leben wollen und können. Vieles spricht uns an, vieles wird nach Gesprächen mit Landwirten und/oder Einheimischen doch wieder verworfen.

In Mecklenburg-Vorpommern werden wir vor allen Dingen vor dem High Frequency Active Auroral Research Program (HAARP, deutsch: Forschungsprogramm zur hochfrequenten Sonnenaktivität) und seinen Auswirkungen auf Wetter, Böden, Natur und den Menschen gewarnt. Seit Inbetriebnahme hat sich das Wetter - auch in der weiteren Umgebung von Marlow - sehr stark verändert. Auf die erneuerbaren Energien in Form von Windrädern und Photovoltaik wird negativ hingewiesen, zerstören sie doch die Biodiversität der Böden in unmittelbarer Umgebung.

Photovoltaik auf dem Dach schafft nicht genug Energie für den Haushalt und führt zusammen mit dem flächendeckenden Ausbau der mittlerweile 5. Mobilfunkgeneration 5G zu erhöhten

Krankheitsfällen. Rumms ... da ist mein Déjà-vu aus den USA. Schon vor rund zwanzig Jahren habe ich all das immer wieder bei Aufenthalten in den USA gehört und leider auch selbst erlebt.

In Sachsen wird nicht über HAARP und/oder erneuerbare Energien geklagt. Hier ist es, vor allem auf dem Lande, in kleinen, abgelegenen Dörfern, zu einem Problem mit der Wasserverfügbarkeit gekommen. Nicht, daß es dort zu wenig regnet; aber die gewaltsame Übernahme der DDR durch den Westen hat auch dazu geführt, daß das Gemeinwohl sehr schnell ad acta gelegt wurde. Die Gemeindegewalter werden natürlich in Zeiten der Pandemie mehr denn je vermisst, aber auch viele Dorfbrunnen werden nicht mehr gewartet.

Das Know-how ist abgewandert, beziehungsweise die westliche Berufsausbildung hat dafür gesorgt, daß gewisse Fertigkeiten aussterben, Kenntnisse nicht weitergegeben werden, Gemeinwohl versandet - wie eben diese Brunnen. Damit entfällt oft die Möglichkeit einer kompletten Selbstversorgung. Immer mehr Grundstücke werden nicht für den Obst- und Gemüseanbau genutzt, liegen brach, geschottert, manchmal aber auch als riesige Rasenfläche genutzt. Protest tut sich auf

Die deutschen Landwirte starten in Berlin eine Demonstration, und diese wird als "365-Nonstop-Aktion" fortgesetzt, bis das Ziel erreicht ist, die Politik zu beenden, die derzeit die Landwirtschaft ruiniert und die Nahrungsmittelproduktion einschränkt.

Diese Demo unterstützt die Protestinitiativen der niederländischen Landwirte und anderer, die in Italien, Spanien, Irland, Polen, Chile, Kanada und weiteren Ländern Aktionen durchführen, einschließlich der amerikanischen Viehzüchter, die vor Gericht und in den Parlamenten kämpfen. Die indischen Landwirte haben es vorgemacht. Die Einzelheiten unterscheiden sich von Ort zu Ort, aber es ist derselbe Kampf.

Die Welt befindet sich in einer Nahrungsmittelnotlage von biblischem Ausmaß. Über 800 Millionen Menschen hungern bereits, und Millionen von ihnen stehen kurz vor dem Hungertod. Innerhalb eines Jahres könnten sich diese Zahlen verdoppeln.

Das Know-how, um diese Krise zu beenden, ist vorhanden. Wir müssen die Zahl der bäuerlichen Familienbetriebe ausbauen, anstatt sie zu schließen. Doch Landwirte und Viehzüchter sind Angriffen ausgesetzt.

Angriffe auf die Landwirtschaft

Unter dem Vorwand, damit die globale Erwärmung zu verhindern, werden drastische Kürzungen der landwirtschaftlichen Betriebsmittel und Verfahren vorgenommen.

Im Rahmen des Green Deal hat die Europäische Union im Mai 2020 die Farm-to-Fork-Strategie auf den Weg gebracht, die eine 20-prozentige Verringerung des Düngemittelsatzes, eine 10-prozentige Verringerung der landwirtschaftlich genutzten Flächen, eine 50-prozentige Verringerung von Pflanzenschutzmitteln und Mikroorganismen für die Tierhaltung und so weiter vorschreibt. Dies wird die Landwirte in den Ruin treiben und Millionen von Menschen den Lebensunterhalt kosten.

Die Umsetzung der Vorschriften wird jedoch bis 2030 angeordnet, wobei auch frühere Fristen gesetzt wurden. Die Regierungen in den Niederlanden, Deutschland und einigen anderen der 27 EU-Länder haben sogar noch stärkere Kürzungen vorgeschrieben. Die niederländischen Landwirte werden aufgefordert, 30 Prozent ihres Viehbestands abzuschaffen, um Stickstoff- und Kohlenstoffauswaschungen sowie Emissionen zu vermeiden.

In Nord- und Südamerika hat Ottawa die kanadischen Landwirte angewiesen, weniger zu düngen. In den USA sollen bis 2030 30 Prozent der Land- und Wasserflächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung herausgenommen werden.

Globale Kartelle beherrschen weiterhin die Märkte und die Preisgestaltung innerhalb der einzelnen Länder und setzen Handelsmuster zwischen den Ländern durch - zum Nachteil aller beteiligten Landwirte und Bevölkerungen. Eine Nation, eine Exportregion, ein anderes Land

wird gezwungen, importabhängig zu sein. Die Tyrannei der Kartelle wirkt über die transnationalen Lieferanten von Agrarrohstoffen bis hin zu den Verarbeitern, Spediteuren und Lebensmittelhändlern.

Diese globalistischen Interessen - der Rohstoffflügel der City of London mit ihrem Empire von loyalen Unternehmen der Wall Street, Frankfurter Börse et cetera - sind vollständig mit den Megabanken verflochten, die das grüne Finanzwesen vorantreiben, und mit dem Netzwerk des World Wildlife Fund und verwandter Kreise, die die Sorge um die Natur nutzen, um die Produktion stillzulegen und die Entvölkerung der Erde voranzutreiben.

Durch Hyperinflation und Verknappung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel steht der Zusammenbruch kurz bevor. Die künstlich herbeigeführten - dargestellt als "irgendwie außer Kontrolle geraten" - Preissteigerungen für Brennstoffe, Düngemittel, Strom, Chemikalien und andere landwirtschaftliche Betriebsmittel sowie die zunehmende Verknappung des Angebots und der Zusammenbruch der Logistik garantieren eine Hungersnot.

Doch von den Regierungs- und Finanzzentren der transatlantischen Länder und der Gruppe der G7 sind weder Abhilfemaßnahmen noch eine multinationale Zusammenarbeit für Lösungen zu erwarten. Statt dessen verhängen sie Wirtschaftssanktionen, setzen die Rettungsaktionen für Megabanken fort, erhöhen die Zinssätze und weigern sich, mit anderen Nationen und Gruppierungen zusammenzuarbeiten, die eine Ausweitung der Nahrungsmittelproduktion anstreben, zum Beispiel mit der Afrikanischen Union oder den BRICS-Staaten (Brasilien, Rußland, Indien, China, Südafrika).

Berechnungen eines deutschen Landwirts

Ich gebe diese Informationen so weiter, wie ich sie erhalten habe. Kontrollieren kann ich weder das eine noch das andere. Was allerdings den ökologischen Anbau anbelangt, das kann ich aus meinem Kleinkosmos heraus bestätigen.

Laut dem Landwirt können rund 145 Millionen Menschen in der EU weniger ernährt werden, wenn die Vorschrift umgesetzt wird, daß in den Staaten der Europäischen Union 25 Prozent der Landwirtschaft ökologisch sein muß. Konventionelle Landwirtschaft benötigt 2.000 m², ökologischer Landbau 6.000 m², um eine Person zu ernähren.

Dazu kommen weitere Vorgaben - wie bereits oben erwähnt:

10 Prozent Flächenstilllegung europaweit bedeutet, daß 17,4 Millionen Hektar Land aus der Produktion genommen werden, was wiederum bedeutet, daß weitere 87 Millionen Menschen weniger ernährt werden können. 20 Prozent weniger Düngung als erforderlich führt zu weiteren 10 Prozent geringeren Erträgen, was bedeutet, daß 56,25 Millionen Menschen keine Nahrung haben. 50 Prozent weniger Pflanzenschutzmittel (Pestizide) bedeuten weitere 20 Prozent weniger Ertrag, wodurch weitere 112,5 Millionen Menschen nicht mehr ernährt werden können.

Alle zu treffenden Maßnahmen können dazu führen, daß rund 400 Millionen Menschen weniger ernährt werden können. Wenn man bedenkt, daß das für einen Afrikaner, für den vielleicht die Hälfte dieser Nahrungsmittelmenge zum Leben reicht, bedeutet, daß Nahrungsmittel direkt für den Lebensunterhalt und nicht über die tierische Eiweißkette konsumiert, aber auch daß Nahrungsmittel nicht über Kraftstoffe verheizt werden, nehmen diese Green-Deal-Verordnungen weltweit gesehen Milliarden Menschen die Nahrung weg.

Dazu kommt, daß bereits jetzt jeden Tag mindestens 25.000 Menschen weltweit verhungern - die Auswirkungen der Lockdowns sind hier nicht eingerechnet.

Wir werden innerhalb der EU in nächster Zeit sicherlich auch weiterhin nicht in dem erwähnten Maßstab verhungern, da die reichen Länder den armen Ländern die Lebensmittel wegkaufen werden. Und auf afrikanische Hungertote wurden ja die Menschen im Westen seit den 1960er-Jahren konditioniert, da kommt es nicht einmal zu einem mitleidigen Blick. Deutsch-

land geht es gut, wie alle unreflektierten Deutschen seit Merkel weiter vor sich hinbrabbeln werden.

Sofortmaßnahmen ergreifen

Die Ursachen der heutigen Angriffe auf die Landwirtschaft haben auch den Bau von groß angelegten Infrastrukturprojekten für Wasser und Energie verhindert, die gegen vorhersehbare Wetterextreme - Dürre, Überschwemmungen, Hitzewellen, Stürme - schützen würden.

Aus all diesen Gründen sinkt die weltweite Nahrungsmittelproduktion derzeit gefährlich. Die weltweite Gesamtmenge an Getreide - Weizen, Reis, Mais und andere - geht um Millionen von Tonnen zurück. Statt einer Welternte von über 4 Milliarden Tonnen Getreide produzieren wir jetzt weniger als 3 Milliarden Tonnen pro Jahr, und die Tendenz ist fallend. Für 8 Milliarden Menschen müssen wir die weltweite Nahrungsmittelproduktion verdoppeln.

Zu den grundlegenden Schritten, die zu unternehmen sind, gehören:

Aussetzung und/oder Stornierung aller grünen Anordnungen zur Einschränkung und Kürzung der Landwirtschaft. Bereitstellung der erforderlichen Hilfe zu Erhaltung und Ausweitung des Viehbestands. Außerkraftsetzen der Praktiken der Lebensmittelkartelle, wo immer sie den nationalen Interessen schaden. Ausufernde Nahrungsmittelspekulationen an den Börsen in Chicago, London, Frankfurt und anderen Orten sind zu stoppen.

Maßnahmen sind zu ergreifen, um die von den Landwirten erhaltenen und gezahlten Preise nach dem Grundsatz der Parität zu stabilisieren. Maßnahmen zur Unterstützung junger Familien bei der Gründung einer Million neuer Familienbetriebe allein in den Vereinigten Staaten, Zehntausender in Deutschland.

Neuregulierung des Bankwesens nach dem Glass-Steagall-Prinzip, um ein solides Bankwesen wiederherzustellen, ohne weitere Rettungsaktionen für die Megabanken. Direkte Kreditvergabe für die überfälligen Infrastrukturprojekte - Wasser, Bahn, Strom - auf allen Kontinenten, um bestehende und neue Farmen zu unterstützen. Unterstützung der Zusammenarbeit bei diesen Prioritäten zwischen den großen Nationen - insbesondere mit Rußland, China und Indien - und kurzfristige Zusammenarbeit bei der Bereitstellung von Nahrungsmittelforthilfe an allen Orten, an denen sie benötigt wird.

Die Hungrigen sollen satt werden

Ernährung ist keine Bauernfrage. Die Initiative der deutschen Landwirte ist der Ausgangspunkt für Maßnahmen, die wir weltweit brauchen, um die Souveränität der Menschen in ihren jeweiligen Ländern wiederherzustellen und eine Politik zu betreiben, die im gemeinsamen Interesse aller Völker liegt, angefangen bei der Ernährung.

Arbeiten wir mit allen Nationen zusammen, um einen neuen weltwirtschaftlichen Rahmen zu schaffen, der für alle von Nutzen ist. Mehr Landwirte und Viehzüchter und mehr Lebensmittel. Der Zusammenschluß der Landwirte und Viehzüchter der Welt ist die starke moralische Kraft, die die Welt wieder auf den richtigen Weg bringen kann.

Stellen wir uns an die Seite der deutschen Landwirte. Kaufen wir unsere Lebensmittel - sofern wir sie nicht selbst anbauen können - direkt beim Bauern vor Ort, auf den in fast jeder Stadt stattfindenden Bauernmärkten. Auch das befreit den Bauern von der Willkür der globalistischen Organisationen.

Damit Deutschland sich bewegt, braucht es allerdings einer gesetzlichen Vorgabe, einer Verfassung, die von allen Deutschen getragen wird. Die Erhebung des Grundgesetzes zur Verfassung ist Voraussetzung, um sowohl dem derzeitigen sozialistisch-marxistischen Totalitarismus ein Ende zu setzen als auch zukünftige totalitäre Systeme erst gar nicht entstehen zu lassen. So läßt sich auch die Agenda 2030 mit ihrem Ziel der Deindustrialisierung und der damit einhergehenden massiven Bevölkerungsreduktion stoppen und umkehren. ...<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 13. Oktober 2022 (x1.239/...): >>Die Schlacht ums Essen

Großkonzerne wollen uns Insekten und synthetische Lebensmittel schmackhaft machen - Ziel ist die Kontrolle über die Welternährung.

Von *Simone Hörrlein*

Nichts soll mehr so sein, wie es mal war. Der Great Reset ist nichts anderes als ein Krieg gegen unsere bisherige Art zu leben, und er macht leider auch vor unserem Teller nicht halt: Insekten, Laborfleisch, Unkraut und Abwasser sind noch die appetitlicheren Leckereien, die uns demnächst serviert werden sollen.

Unter dem Vorwand eines menschengemachten Klimawandels, der schon bald sämtliche Spezies von diesem Planeten fegen soll, werden auch die Angriffe auf die konventionelle Landwirtschaft und auf natürliche Lebensmittel immer rabiater.

Wenn es nach internationalen Investoren, Großkonzernen und supranationalen Organisationen geht, ist die Abschaffung von Lebensmitteln, wie wir sie kennen, bereits beschlossene Sache. Alternative Proteine heißt das Zauberwort. Gemeint sind unter anderem Eiweiße aus dem Bioreaktor und der Verzehr von Insekten. Und im Rahmen der auf uns zurollenden Kreislaufwirtschaft könnte es sogar noch schlimmer kommen. Denn Wissenschaftler wie Magnus Söderlund und Richard Dawkins fordern, zur Reduzierung der Kohlendioxidemissionen vielleicht auch das Tabu des Kannibalismus zu überdenken.

Denken am Rande des Undenkbaren

Sie denken, letzteres seien nur krude Ideen einiger Spinner und Wichtigmacher? Mitnichten, wie ein 2022 in der New York Times veröffentlichter Essay mit dem Titel "A Taste for Cannibalism?" beweist. Die Autorin spricht davon, daß Kannibalismus "seine Zeit und seinen Ort" habe, und daß die kürzlich veröffentlichten Bücher und Medien darauf hindeuten würden, daß jetzt diese Zeit gekommen sei. Den Boden für diese abstruse wie Ekel erregende Idee bereitete der oben erwähnte Magnus Söderlund, der, wie die EpochTimes berichtete, schon 2019 vorschlug, man könnte, um den CO₂-Ausstoß zu verringern, auch das Fleisch frisch Verstorbener zu Nahrung verarbeiten.

Und auch der zweite im Bunde, der Evolutionsbiologe Richard Dawkins, forderte öffentlich diesen Tabubruch. In einem twitter-Post fragt Dawkins:

"Was wäre, wenn wir menschliches Fleisch kultivieren würden? Könnten wir unser Tabu gegen Kannibalismus überwinden?"

Verbindet man die wachsende Klimahysterie, die immer vehementer die Vernichtung der konventionellen Landwirtschaft vorantreibt, mit der totalen Kreislaufwirtschaft des Great Resets, die das Recycling von allem und jedem vorsieht, wäre das Recycling Verstorbener nur eine logische Konsequenz. Denn aus Sicht der Kreislaufwirtschaft wäre die Beerdigung von Verstorbenen eine Verschwendung von hochwertigem Protein und die Kremation einer Leiche eine gigantische Energieverschwendung.

Zelluläre Landwirtschaft, Experiment mit ungewissem Ausgang

Was Experimente mit nicht-artgerechten Lebensmitteln anrichten, können wir gegenwärtig in zahlreichen Ländern live und in Farbe bestaunen: Übergewicht, Adipositas, Typ-2-Diabetes bereits im Kindesalter, metabolisches Syndrom, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Gelenksbeschwerden sind nur einige der verheerenden Auswirkungen des Experiments Fast Food, durch und durch künstlicher Fertiglernmittel und einer Zuckerflut in fast allem, was heute in Supermarktregalen zu finden ist.

Und obwohl die fatalen Auswirkungen dieses Experiments unübersehbar sind, steht der nächste Feldversuch schon in den Startlöchern: Billigst produzierter Abklatsch natürlicher Lebensmittel, synthetisiert von Mikroorganismen in Bioreaktoren, Ungeziefer, das man uns als nahrhaft und klimafreundlich verkauft, und Gemüse aus dem Vertical Farming, das in künstli-

cher Nährlösung wächst und in seinem ganzen Leben keinen einzigen Sonnenstrahl zu Gesicht bekommt. Das sind, mit Verlaub, keine Lebensmittel, das ist Mangelernährung und eine Gefahr für die Gesundheit.

Um im Detail zu verstehen, was uns die Food Designer künftig als Lebensmittel verkaufen wollen, müssen wir uns etwas näher mit den Herstellungsprozessen solcher Produkte befassen. Der Fachbegriff für die Herstellung tierischer Produkte abseits der Natur heißt "zelluläre Landwirtschaft".

Dabei lassen sich die Produkte der zellulären Landwirtschaft in zwei Kategorien einteilen: zelluläre und azelluläre Produkte. Während zelluläre Produkte - wie der Name bereits impliziert - aus Zellen von Lebewesen gewonnen werden, entstehen die azellulären Produkte wie Milch, Käse oder Honig dadurch, daß ihre Hauptinhaltsstoffe mittels der sogenannten Präzisionsfermentation in Mikroorganismen erzeugt werden.

Bei dem "neuen" Fleisch werden die durch Biopsie vom jeweiligen Lebewesen gewonnenen Stammzellen aus Muskelgewebe in einem spezialisierten Zellkulturmedium im Bioreaktor zu Muskelzellen differenziert, vermehrt und anschließend, beispielsweise im 3D-Druck, zu etwas fleischähnlichem verarbeitet. Die auf diese Weise entstehenden Produkte, so versprechen uns die Werbeslogans, sollen identisch mit dem vom Tier stammenden Fleisch sein.

Laborfleisch ist nicht gleich Fleisch

Wer solchen Slogans glaubt, ist entweder ignorant oder verdreht absichtlich die Tatsachen. Denn Fleisch besteht nicht nur aus Muskelzellen, es besitzt eine komplexe Struktur aus Muskelfasern, Binde- und Fettgewebe, enthält die lebenswichtigen Vitamine B1, B6 und B12 sowie zahlreiche wichtige Mineralstoffe wie Eisen, Zink und Selen.

Wer fleischlos ißt, und ich weiß, wovon ich spreche, denn ich bin schon seit langer Zeit Vegetarierin, muß seine Nahrung sehr bewußt auswählen, um keinen Nährstoffmangel, besonders an Vitamin B12, zu erleiden.

Soll kultiviertes Fleisch den Nährwert von echtem Fleisch erreichen, müssen sämtliche Nährstoffe, die in Fleisch vorkommen und nicht von Muskelzellen synthetisiert werden, mit dem Kulturmedium zugeführt werden. Eine Antwort, wie diese Stoffe erzeugt werden, wie energieintensiv ihre Herstellung und Isolierung ist und in welcher Menge sie tatsächlich in kultiviertem Fleisch gefunden werden, bleiben uns die Food Designer leider schuldig. Eine Anfrage meinerseits bei mehreren Unternehmen, blieb leider bis heute unbeantwortet.

Ein typisches Medium für Muskelzellen besteht aus einer Energiequelle wie Glukose, synthetischen Aminosäuren, Antibiotika, fetalem Rinderserum, Pferdeserum und Hühnerembryoextrakt - welche Stoffe final verwendet werden, ist Betriebsgeheimnis der jeweiligen Firma.

Auch zur Zusammensetzung der Kulturmedien bekam ich von keiner der angeschriebenen Firmen eine Auskunft, ja nicht einmal eine Antwort auf meine E-Mail. Doch wie die obigen Bestandteile eines solchen Mediums zeigen, geht es auch nicht um das immer wieder beschworene Tierwohl, denn irgendwie müssen das fetale Rinderserum, das Pferdeserum und der Hühnerembryonenextrakt ja gewonnen werden. Der Prozeß zur Gewinnung von fötalem Rinderserum beispielsweise ist grausam, weshalb ich Ihnen diesen hier erspare.

Außer dem Nährwert von kultiviertem Fleisch und dem Tierwohl muß auch das Argument der Nachhaltigkeit hinterfragt werden. Denn sowohl die Reinigung des Kulturmediums und sämtlicher Zusätze vor deren Nutzung sowie die Entsorgung des verbrauchten Mediums nach der Nutzung, sind energieintensiv und teuer. Bevor also kultiviertes Fleisch als die Lösung für sämtliche Probleme propagiert wird, sollte die exakte Nährwertzusammensetzung solcher Produkte untersucht, die Herkunft der Medienbestandteile sowie der gesamte Energieverbrauch der Herstellung ermittelt werden.

Zudem bleibt die Frage offen, woher die immensen Energiemengen für den Betrieb großer Fleischzuchtfabriken kommen sollen. Denn um tatsächlich mit Nachhaltigkeit zu werben,

müßten diese Fabriken mit erneuerbaren Energien betrieben werden, welche aktuell nicht einmal für den täglichen Bedarf ausreichen und derartige Energiemengen wohl niemals liefern können. Auch wie unser seit Jahrtausenden an natürliche Lebensmittel adaptierter Stoffwechsel langfristig auf diese künstlichen und sterilen Produkte reagieren wird, hat bisher niemand wirklich untersucht.

Billiger Abklatsch aus Mikroorganismen

Aber nicht nur das sogenannte "Clean Meat" ist weit entfernt von der Natur, auch die azellulären Produkte, zu denen Milch, Käse und Honig zählen, sind nur ein billiger Abklatsch der natürlichen Originale. Um azelluläre Produkte im Bioreaktor herzustellen, werden nämlich lediglich die Gene ihrer Hauptinhaltsstoffe in Mikroorganismen wie Bakterien, Hefen oder Pilzen eingebaut und diese massenhaft vermehrt.

Die von den Mikroorganismen vermehrten Inhaltsstoffe werden anschließend isoliert, gereinigt und mit ein paar anderen Stoffen angereichert. Und genau hier liegt der Knackpunkt, denn natürliche Lebensmittel versorgen den Körper nicht nur mit ein paar Makronährstoffen, viel wichtiger für die zahlreichen Stoffwechselfvorgänge im Organismus sind die in natürlichen Lebensmitteln vorkommenden Mikronährstoffe und diese fehlen in solchen Produkten weitgehend.

Großinvestoren forcieren die Abschaffung der Landwirtschaft

Obwohl diese künstlichen Produkte weder ernährungsphysiologisch von Vorteil, noch nachweislich umweltfreundlicher sind und auch der Verweis auf das Tierwohl nicht mehr als eine plumpe Irreführung darstellt, fließen seit Jahren hohe Investitionssummen in Startups wie Upside Foods, Perfect Day, Remilk, Impossible Foods, Beyond Meat, Change Foods und MeiliBio.

Und weil Risikokapitalgeber keine Wohlfahrtsvereine sind, sondern Rendite sehen wollen, müssen sich die jahrelangen Investitionen irgendwann einmal auszahlen. Dies dürfte mit ein Grund sein, weshalb man diese Produkte nun, unter dem Vorwand von Klimaschutz, Tierwohl und der Abschaffung des Welthungers, so schnell wie möglich in den Markt drücken will.

So flossen beispielsweise in Upside Foods, einem Hersteller von kultiviertem Fleisch, bis 2020 über 700 Millionen US-Dollar an Risikokapital. Bis 2015 sammelte das Unternehmen rund 180 Millionen US-Dollar ein. Im Januar 2020 kamen laut CNN weitere 161 Millionen US-Dollar hinzu. Und nur drei Monate später, im April 2020, erhielt die Firma in einer Serie C Finanzierungsrunde erneut stattliche 400 Millionen US-Dollar.

Investoren waren die japanische SoftBank Group, die in Kalifornien ansässige Investmentfirma Nordwest, die singhalesische Investmentfirma Temasek, die größten Agrarunternehmen Tyson Foods und Cargill, der Abu Dhabi Growth Fund (ADG), die Milliardäre Bill Gates und Richard Branson, John Doerr sowie Kimbal und Christiana Musk.

Auch in Firmen, die sogenanntes Fake Meat aus pflanzlichen Proteinen herstellen, fließen schon seit Jahren große Geldsummen.

Zu den Profiteuren dieser Investitionen zählen unter anderem die US-Firmen Impossible Foods und Beyond Meat, die für ihre pflanzlichen Burger bekannt sind und in die auch Bill Gates investiert hat. Der Fleischersatz sieht, aufgrund von lebensmitteltechnologischen Tricks, zwar ähnlich aus wie Fleisch, schmeckt aber nicht im Ansatz danach, was ich aus eigener Erfahrung bestätigen kann. Dabei ist der künstliche Geschmack nicht einmal das Schlimmste, viel schlimmer ist die technologische Bearbeitung, welche nötig ist, um Pflanzeneiweiß eine fleischähnliche Textur zu verleihen.

Durch welche Röhren das Eiweiß gepreßt werden muß und welche Temperaturen nötig sind, um Pflanzenprotein eine fleischähnliche Konsistenz zu verpassen, ist selbstverständlich Betriebsgeheimnis, wie mir auf Anfrage mitgeteilt wurde. Hinzu kommen die zahlreichen Zusät-

ze, die nötig sind, um dem Fleischklops zumindest ansatzweise einen fleischähnlichen Geschmack zu verleihen.

Diese durch hochkomplizierte Prozesse erzeugte künstliche Ernährung soll schon bald auf unseren Tellern landen, ohne daß wir uns dagegen wehren können. Denn die Big Player aus Großindustrie und Finanzwirtschaft ziehen wie immer an einem Strang und ihre Handlanger in Politik, Wissenschaft und Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) sorgen gerade dafür, daß Landwirtschaft, der einzige Garant für natürliche Lebensmittel, mit fadenscheinigen Argumenten für immer zerstört wird.

Tyler Clifford, Geschäftsführer von Impossible Foods, sagte 2020 in einem Artikel bei CNBC, die Fleischindustrie werde bereits in 15 Jahren obsolet sein. Eine Prognose, die, angesichts der aktuellen Entwicklungen, immer realistischer zu werden scheint.

Milch ohne Kuh und Honig ohne Bienen

Doch bei künstlichem Fleisch und Fleischersatz soll es selbstverständlich nicht bleiben, auch Milch, Käse und Honig sollen ganz aus unserer Ernährung verbannt werden und in naher Zukunft ausschließlich aus dem Bioreaktor kommen.

Die US-Firma Perfect Day vermarktet bereits aktuell zahlreiche Produkte aus ihren in Mikroorganismen hergestellten Milchproteinen. Das Unternehmen wurde 2016 von den Bioingenieuren Ryan Pandya und Perumal Gandhi zusammen mit ihrem größten Unterstützer, der Investmentfirma Horizon Ventures, gegründet.

Um die für ihre Produkte notwendigen Milchproteine zu gewinnen, werden die Gene bestimmter Proteine in gentechnisch modifizierte Hefen eingebaut, diese in einer speziellen Nährlösung kultiviert und die von den Mikroorganismen synthetisierten Eiweiße anschließend isoliert. Die Milchproteine werden mit Wasser, Mineralstoffen, Zucker und modifizierten Pflanzenfetten versetzt. Das milchtypische Aroma soll durch ein Gemisch spezieller Fettsäuren zustande kommen.

Ein paar Milchproteine und einige Zusätze machen aber noch lange keine Milch und schon gar keinen Käse. Denn Milch enthält neben wichtigen Mineralstoffen wie Calcium, Kalium und Phosphor zudem die Vitamine B2 und B12. Hinzu kommen die besonderen Eigenschaften des komplexen Milchfettes, das mit zahlreichen spezifischen Fettsäuren und einem Reservoir an flüchtigen milchtypischen Geruchs- und Geschmacksstoffen aufwarten kann. Und bei Käse entstehen die eigentlichen Geruchs- und Geschmacksstoffe, die die jeweilige Sorte so einzigartig machen, erst während der oftmals langen Reifephase.

Und auch bei den azellulären Produkten muß die Frage nach der Nachhaltigkeit gestellt werden. Woher kommen beispielsweise alle notwendigen Zusätze? Woher stammen die zugesetzten Mineralstoffe, woher der Zucker und wie werden die "modifizierten" Pflanzenfette und Aromen hergestellt und isoliert? Welche Energiebilanz haben diese Produkte insgesamt?

Die in San Francisco ansässigen Firma MeliBio, die im Oktober 2021 ankündigte, bald den ersten bienenfreien Honig auf Fermentationsbasis auf den Markt zu bringen, erhielt im März 2021 850.000 US-Dollar Pre-Seed Funding. Investoren waren Big Idea Ventures, Joyance Partners, 18.ventures, Sparklabs Cultiv8, Sustainable Food Ventures, Capital V, angel investor Courtney Reum und zwei von dieser Mission begeisterte Family Offices von GlassWall Syndicate.

Wer MeliBios Versprechen glaubt, daß sein Honigersatz aus Präzisionsfermentation identisch mit echtem Honig sei, der hat sich noch nie mit der Zusammensetzung von Honig befaßt. Zwar besteht Honig zu einem großen Teil aus Kohlenhydraten, genauer gesagt einer Zusammensetzung verschiedener Zuckerarten, welche die Mikroorganismen im Bioreaktor herstellen, doch die wertvollen Inhaltsstoffe stammen nicht aus dem Nektar, sondern von den Bienen.

Honig ist weit mehr als ein Zuckeraufstrich, er enthält Enzyme wie Phosphatase, Diastase und Amylase, welche antibakteriell und verdauungsfördernd wirken. Die Inhibine im Honig besitzen entzündungshemmende Wirkung und lindern Erkältungskrankheiten. Hinzu kommen Antioxidantien, die im Körper als Radikalfänger fungieren.

Darüber hinaus finden sich lebensnotwendige Vitamine wie Vitamin C, Vitamin B1, Vitamin B2-Komplex, Vitamin B6, Biotin, Pantothensäure und Folsäure sowie wichtige Mineralstoffe wie Magnesium, Calcium, Natrium, Kalium und Phosphor im Honig. Nicht zu vergessen, die unzähligen Duft- und Aromastoffe. Daß Mikroorganismen im Fermenter ein mit dem Naturprodukt Honig identisches Produkt herstellen können, ist leider nichts anderes als eine schöne Illusion.

Insekten, alternative Proteinquelle oder Gesundheitsgefahr?

Und wer sich mit Kunstfleisch und pflanzlichem Fleischersatz nicht so recht anfreunden mag, für den gibt es noch eine Alternative zum "gesundheitsschädlichen" Fleisch: Insekten. Daß Insekten, trotz möglicher Gesundheitsgefahren, bereits als Lebensmittel vermarktet werden dürfen, haben wir einem Positionspapier der Lobby-Vereinigung IPIFF (International Platform of Insects for Food and Feed) zu verdanken. Dank dieses Papiers gelten Insekten seit dem 1. Januar 2018 als Lebensmittel im Sinne der Novel Food-Verordnung.

Und seitdem läuft auch die Insektenpropaganda auf Hochtouren, wobei die möglichen Gefahren für die menschliche Gesundheit völlig außer Acht gelassen werden.

Obwohl bereits zahlreiche Wissenschaftler in Aufsätzen auf mögliche Gefahren hinweisen, wollen auch supranationale Organisationen wie die Food and Agriculture Organization (FAO) und die Vereinten Nationen (UNO) den Verzehr von Insekten, unter Bezugnahme auf ihre günstigere CO₂-Bilanz, in westlichen Nationen salonfähig machen.

Doch ist die CO₂-Bilanz von Insekten tatsächlich so viel günstiger als die konventioneller Fleischerzeugnisse? Richtig ist, Insekten benötigen aufgrund der Tatsache, daß sie wechselwarme Tiere sind, weniger Energie als klassische Nutztiere und besitzen eine höhere Futterverwertungseffizienz.

Dennoch hinkt das Nachhaltigkeitsargument, wie die detaillierten Ausführungen der IPIFF zur industriellen Produktion von Insekten zeigen: So müssen für die industrielle Produktion große Mengen an Wasser, unter Druck und in der passenden Temperatur, vorgehalten werden. Während der Aufzucht müssen zudem, je nach Insekt, Temperatur und Luftfeuchte kontrolliert werden und die Tötung erfolgt ebenfalls durch energieintensive Verfahren wie einfrieren, heißes Wasser oder kochenden Dampf.

Hinzu kommen außerdem die energieintensiven Großgeräte für den Verarbeitungsprozeß. Um dem Insektenverzehr tatsächlich mehr Nachhaltigkeit zu attestieren, müßten also erst einmal sämtliche Wasser- und Energieverbräuche bei der Massenproduktion von Insekten mit der von Nutztieren verglichen werden.

Besonders kritisch sehe ich das Argument, Insekten seien ernährungsphysiologisch wertvoll und besser für die Gesundheit als Fleisch. Dabei wird leider unterschlagen, daß der Fett- und Cholesteringehalt von Insekten relativ hoch ist. Der Fettgehalt liegt in Abhängigkeit vom Insekt zwischen 13 und 33 Prozent.

So enthalten beispielsweise 100 g Grillen etwa 24 Prozent Fett und 228 mg Cholesterin, unser Tagesbedarf beträgt maximal 300 mg. Das Muskelfleisch von Rind, Kalb und Schwein schneidet beim Fett- und auch beim Cholesteringehalt deutlich günstiger ab: 100 g Rind enthalten circa 2 Prozent Fett und etwa 60 mg Cholesterin; 100 g Schwein circa 3,0 Prozent Fett und etwa 65 mg Cholesterin; 100 g Kalb circa 0,8 Prozent Fett und etwa 70 mg Cholesterin. Insekten sind also, selbst wenn sie gesundheitlich unbedenklich wären, für unsere von Übergewicht und Fettleibigkeit geplagten Gesellschaft eher kontraproduktiv.

Gesundheitsgefahr durch Insekten?

Daß sie allerdings nicht unbedenklich sind, weiß sogar das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) Bayern, das auf seiner Website vor den möglichen Gefahren des Insektenverzehr warnt. Laut LGL zeigen bis heute noch keine verlässlichen Daten auf, daß die derzeit zum Verzehr angebotenen Insekten keine giftigen Substanzen enthalten, die bei einem erhöhten Konsum oder bei längerfristiger Aufnahme die Gesundheit schädigen können. Bestimmte Insektenarten enthalten zudem von Natur aus toxische Substanzen wie zum Beispiel metabolische Steroide, die ein Risiko darstellen können.

Außerdem ist der hohe Chitingehalt vieler Insekten ein nicht zu vernachlässigendes Gesundheitsrisiko. Gemäß der Studie "Go fly a chitin: the mystery of chitin and chitinases in vertebrate tissues" sammelt sich das hochbeständige und unlösliche Polysaccharid in vielen Geweben an, kann aber vor allem für Neuronen besonders toxisch sein. Die Ansammlung von Chitin soll laut den Autoren auch beim kognitiven Verfall bei der Alzheimer-Krankheit eine Rolle spielen.

Unser natürlicher Ekel vor Insekten ist also nicht unbegründet. Doch das sind nicht die einzigen Gefahren des Insektenverzehr: Insekten können auch Bakterien, Viren oder Parasiten übertragen und ähnlich wie Schalen- und Krustentieren heftige Allergien auslösen.

Eine Studie aus 2019 bestätigt, daß Insekten mit zahlreichen, auch humanpathogenen, Parasiten belastet sein können und deshalb eine erhebliche Gefahr für die Gesundheit darstellen. Im Abstract dieser Studie heißt es:

"Eßbare Insekten sind ein unterschätztes Reservoir für menschliche und tierische Parasiten. Unsere Forschung zeigt die wichtige Rolle dieser Insekten in der Epidemiologie von Parasiten, die für Wirbeltiere pathogen sind."

Hinzu kommt, daß bei einer industriellen Massenproduktion von Insekten auch Medikamente und Schädlingsbekämpfungsmittel zum Einsatz kommen müßten, deren Reste dann ebenfalls im Produkt landen könnten. Massenproduktion bleibt eben Massenproduktion, egal ob es sich dabei um Insekten oder um konventionelle Nutztiere handelt.

Das sieht auch eine schwedische Studie der Autoren um Berggren so, die eindringlich vor der Massenzucht von Insekten für die menschliche Ernährung warnt. Eine solche könnte enorme ökologische Folgen nach sich ziehen, da es gegenwärtig einen gewaltigen Mangel an Wissen bezüglich der passenden Spezies, ihrer Haltung und ihres korrekten Futterbedarfs gebe.

Hinzu kämen die Entsorgung der von den Insekten verursachten Ausscheidungsprodukte und die verheerenden Auswirkungen auf das Ökosystem, sollten Insekten, vor allem nicht heimische, den Fabriken entkommen. Auch die Schweden prangern den Energiebedarf und das Risiko der Übertragung von Krankheiten auf den Menschen an und schlußfolgern, es bestünde die Gefahr, daß wir ein Umweltproblem durch ein anderes ersetzen.

Insektenfabriken weltweit auf dem Vormarsch

Trotz dieser Warnungen werden gerade mehr und mehr Fabriken gebaut, in denen "eßbare" Insekten gezüchtet werden sollen. Die Lebensmittelunternehmen Archer Daniels Midland (ADM) und InnoVaFeed wollen in einer Anlage in Illinois Black Flies züchten und deren Larven in Protein umwandeln. In Frankreich will die Firma Ynsect laut einem Artikel in EuroNews die weltgrößte Insektenfarm bauen und in Ontario, Kanada, wird eine gigantische Fabrik zur Züchtung von eßbaren Grillen hochgezogen.

Weshalb werden derartige Fabriken gebaut, wenn doch die Akzeptanz für Insekten in der Bevölkerung, zumindest in Deutschland, nicht besonders hoch ist, wie eine Studie des Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) zeigt?

Auch die Studie von Lukas Kornher und weiteren Autoren kommt bezüglich der Akzeptanz für Insekten zu einem ähnlichen Ergebnis. Allerdings klingt die Schlußfolgerung der Autoren eher nach einer Werbebroschüre als nach einer wissenschaftlichen Studie: Man solle sich bei

der Werbung eher auf die negativen Konsequenzen des Fleischverzehr wie beispielsweise das Klima fokussieren, um die Akzeptanz für Insektenprodukte zu erhöhen.

Selbstverständlich genießt die Insekten-Agenda auch beim Weltwirtschaftsforum (WEF) höchste Priorität. Der Psychologe und Unterstützer des WEF Nathan S. Consedine will uns deshalb schnellstmöglich unseren natürlichen Ekel abgewöhnen. Wie er das machen will, erklärt uns der Professor of Health Psychology der University of Auckland auf der Website des WEF folgendermaßen:

Weil uns der Ekel daran hindern würde, einen nachhaltigeren Lebensstil anzunehmen - vom Essen alternativer Proteinquellen - wie Insekten - bis zum Trinken von recyceltem Abwasser, plädiert er, übrigens ganz ähnlich wie die Autoren obiger Studie, für wiederholte Exposition mittels intelligenter Werbung.

Nachhaltigkeit oder ein lukratives Geschäftsmodell?

Daß die Zerstörung der Landwirtschaft viele Gründe hat, nur nicht die, die man uns tagtäglich vorsetzt, zeigen auch die Aussagen einiger Verfechter dieser Zerstörungsagenda, die sich allesamt Vorteile von dieser Transformation erhoffen. Bill Gates, der sein Geld in viele dieser Innovationen gesteckt hat, forderte schon 2021 im MIT Technology Review, die reicheren Nationen sollten vollständig auf synthetisches Rindfleisch umsteigen - selbstverständlich nur um die Welt zu retten.

Und der ehemalige israelische Premierminister Benjamin Netanjahu sprach schon 2020 davon, Israel zum "Powerhouse" für alternative Proteine machen zu wollen. Das 2016 gegründete The Good Food Institute (GFI) <https://gfi.org/>, eine NGO mit über 100 Mitarbeitern und Büros in den USA, Indien, Israel, Brasilien, Asien und Europa, welches von wichtigen Investoren und anderen die Mission unterstützende Akteuren finanziert wird, forderte die EU, China, die USA und andere Regierungen dazu auf, sich Israel anzuschließen, denn nichts sei wichtiger für das Klima als ein Wandel in der Proteinproduktion.

Die USA reagierten erst kürzlich auf diese Forderung des GFI. Präsident Joe Biden unterschrieb am 12. September 2022 eine "Biotech Executive Order", die auch eine wichtige Rolle beim Ersatz landwirtschaftlicher Produkte durch genetisch-modifizierte Lebensmittel und Präzisionsfermentation spielen wird.

Daß es sich bei der Transformation der Landwirtschaft vor allem um ein lukratives neues Geschäftsmodell handeln dürfte, zeigen die Prognosen des Marktforschungsinstituts Meticulous Research. Bis 2023 geht das Institut von einem globalen Marktvolumen für eßbare Insekten von 1,2 Milliarden US-Dollar aus. Neuere Daten, so die Investmentbank Barclays, unter Berufung auf Meticulous Research, sprechen von einem weltweiten Umsatzvolumen bis 2030 von 6,7 Milliarden Euro.

Die prognostizierten Wachstumsraten im Geschäft mit alternativen Proteinen insgesamt sind ebenfalls nicht zu verachten: Laut GFI-Analyse der PitchBook-Daten sind in den letzten Jahren die privaten Investitionen in alternative Proteine bis 2021 um eine durchschnittliche Fünfjahreswachstumsrate von 91 Prozent gestiegen. Es wird geschätzt, daß der Umsatz bis 2040 um bis zu 1,1 Billionen US-Dollar steigen wird.

Die Drahtzieher hinter der Umgestaltung

Es verwundert also nicht, daß ein wichtiger Drahtzieher hinter diesem Food Reset eine Investmentfirma ist. Coller Capital, die sich selbst als führenden Investor im Sekundärmarkt von Privatvermögen bezeichnet, gründete 2016 die FAIRR-Initiative, deren Mitgliederliste sich wie das Who is Who der Investmentbranche liest. Das Netzwerk besteht fast ausschließlich aus Private Equity Gesellschaften, Banken, riesigen Pensionsfonds und vielen bekannten Großkonzernen.

Die bekanntesten dort aufgelisteten Fonds sind die von BlackRock, Edmond de Rothschild und Rockefeller. Auch das Unternehmensuniversum ist ansehnlich: 114 Firmen, darunter

Fleischproduzenten, Lebensmittelhersteller und Einzelhändler, sind bereits an der Umgestaltung des globalen Ernährungssystems beteiligt.

Im Juni 2022 haben die billionenschweren "Menschenfreunde" der Initiative, die sich rühmen 68 Billionen US-Dollar zu verwalten, einen Investorenbrief an die FAO verfaßt, im englischen Original hier zu lesen. In diesem Brief fordern sie Qu Dongyu, Generaldirektor der FAO, unter anderem dazu auf, einen "Globalen Fahrplan" zu erstellen, um das 1,5 Grad Klimaziel sowie die Natur- und Nahrungssicherheitsziele zu erreichen.

Im Brief heißt es:

"Auf der COP26 (26. UN Climate Change Conference, abgehalten in Glasgow vom 31. Oktober bis 13. November 2021) forderten Investoren mit einem kollektiven Vermögen von mehr als 12 Billionen US-Dollar die G20-Staaten auf, die Ziele zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft innerhalb oder neben ihren National Determined Contributions (NDCs sind die Bemühungen jedes Landes im Rahmen des Pariser Klimaabkommens, die nationalen Emissionen zu reduzieren) offenzulegen.

Dabei zeigte sich, daß die Menge der von der globalen landwirtschaftlichen Lieferkette emittierten Treibhausgase dringend reduziert werden müsse. Außerdem wurde offensichtlich, daß es keinen klaren globalen Fahrplan zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels im Agrar- und Landnutzungssektor gibt, was die Festlegung nationaler und subnationaler Ziele erschwert."

Könnte dieser Brief möglicherweise ein Grund dafür sein, daß immer mehr landwirtschaftliche Flächen, unter dem Vorwand von Nitratreinträgen, stillgelegt werden sollen, mit verheerenden Auswirkungen für die Landwirte und die Lebensmittelversorgung. Daß es FAIRR um irgendwelche Klimaziele und die Rettung des Planeten geht, wird durch die eigentlichen Ziele der Initiative ad absurdum geführt. Laut Website arbeitet FAIRR in enger Zusammenarbeit mit Investoren daran, Daten zu den weltweit größten Proteinproduzenten zu erstellen und zu analysieren.

Ziele: Risiken zu minimieren, Gewinne zu maximieren sowie die Zukunft des Finanzwesens und des globalen Ernährungssystems zu gestalten.

Im September 2022 haben die FAIRR-Initiative und die GFI sogar ihre eigenen Rahmenbedingungen für die Herstellung von alternativen Proteinen erstellt. Sämtliche Hersteller von alternativen Fleisch-, Meeresfrüchten-, Ei- und Molkereiprodukten werden dazu angehalten, sich an das primär von Investoren erstellte Rahmenwerk zu halten, um die Auswirkungen ihrer Unternehmen auf Klima, Biodiversität, Ernährung, Umwelt, Soziales und Governance (ESG) aufzudecken.

Damit bestätigt sich mein Anfangsverdacht, daß die Auswirkungen dieser landwirtschaftlichen Transformation bisher weitgehend im Dunkeln liegen und, wie im Falle von Gen-Food oder der als Impfungen getarnten Gentherapien, erst durch das Sammeln von Daten im globalen Feldversuch evaluiert werden sollen.

Wer die Nahrung kontrolliert, kontrolliert die Menschen

Schon Henry Kissinger wußte: Wer die Nahrungsmittelversorgung kontrolliert, kontrolliert die Menschen. Hat diese Transformation, weg von privater Landwirtschaft und hin zu zentralisierter Industrienahrung, also noch einen ganz anderen, weit weniger offensichtlichen Grund?

Will ein Netzwerk aus Finanzoligarchen und Großkonzernen die Kontrolle über die globalen Ernährungssysteme, um die Weltbevölkerung zu kontrollieren, wie dies der Club of Rome schon seit Jahrzehnten propagiert? Schließlich wäre es ohne private Landwirtschaft ein Leichtes, sich, bei Bedarf, die Idee des Schwab-Jüngers Yuval Noah Harari zu eigen machen:

"Im Falle einer Krise - etwa einer Klimakatastrophe - wäre es ziemlich verführerisch und nicht besonders schwer, die überflüssigen Menschen einfach über Bord zu werfen."

Simone Hörrlein ist Lebensmittelchemikerin und Wissenschaftsjournalistin. Nach ihrem Studium an der TU München war sie mehrere Jahre in der medizinischen Forschung tätig und arbeitete zuletzt in der Wissenschaftskommunikation des Kompetenzzentrums für Ernährung. Neben den Naturwissenschaften interessiert sie sich für Finanz- und Geopolitik. Aktuell lebt sie in Kanada.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 45/22" berichtete am 4. November 2022 (x1.387/...): >>**Klimamodelle sind verführerisch, basieren aber auf unbewiesenen Annahmen**

Falsch gerechnet

Von *Michael Limburg*

Viele hochintelligente, kluge Leute in Wissenschaft, Wirtschaft, wie auch und insbesondere in der Politik, glauben wirklich, daß sich das Klima "schützen" ließe. Für "eine bessere Klimaschutzpolitik" warb zum Beispiel auch der Wirtschaftsprofessor Ulrich van Suntum in dieser Zeitung (JF 35/22). Damit steht er bei weitem nicht allein.

Viele nehmen landauf, landab diese Begriffe an, weil man wohl meint, damit würde es für den vielgelobten Mann auf der Straße leichter verständlich und vor allem erträglich, die schweren Eingriffe in sein Leben und seine Freiheit zu akzeptieren, wenn man diesen falschen aber positiv besetzten Begriff verwendet. Doch CO₂ ist kein Gift. Und dessen "Treibhauswirkung" existiert nur in dafür konstruierten Klimamodellen.

All jene, welche es auf diese Weise versuchen, lassen sich von den gebetsmühlenartig wiederholten, aber trotzdem falschen Argumenten, warum von Menschen freigesetztes (anthropogenes) Kohlenstoffdioxid das Weltklima erwärmen sollte, leider täuschen. Daher kommen sie wegen falscher, aber akzeptierter Voraussetzungen zu ebenso falschen Schlußfolgerungen. Obwohl sie durchaus plausibel argumentieren und dann denklogisch nach dem Wenn-dann-Verfahren vorgehen.

Und es wird auch nicht besser, wenn zwar gewisse Zweifel an der vermuteten Klima-Wirkung des CO₂ benannt werden, etwa wenn man auf die extrem geringe Menge des CO₂ in der Atmosphäre von derzeit 420 ppm hinweist, - es sind heute nur etwa vier Moleküle CO₂ auf 10.000 Moleküle in der Luft vorhanden, und vor 150 Jahren waren es vielleicht nur drei Moleküle, das heißt heute ist es ein Molekül mehr, und davon wiederum ist nur ein Bruchteil dem Menschen zuzuordnen - dann aber gleichzeitig auf "die Chemie" verweist, bei der kleine "Veränderungen große Wirkungen, oder sogar verhängnisvolle Kettenreaktionen auslösen" könnten. Viele meinen in diesem Zusammenhang die Wirkung von Gift.

Das klingt sehr plausibel, ist aber falsch. Denn während Gifte fast immer über eine Verstärkerfunktion wirken und etwa zu einer Lähmung der Herzmuskeln führen, ist Kohlenstoffdioxid nicht nur ungiftig, jedenfalls weit über die Konzentrationen von 8.000 ppm (das war übrigens der zulässige Grenzwert in den Raumfähren des Mondprogrammes) hinaus, sondern ist auch noch chemisch sehr inaktiv - fast so wie ein Edelmetall.

Es kann also in keiner Weise chemisch wie ein Gift reagieren, wohl aber wirkt es extrem segensreich als Pflanzennahrung. Dabei nutzen alle Bäume, sämtliche Sträucher und jedes Kraut, sowie Moose die Energie der Sonne, um das CO₂ der Atmosphäre aufzubrechen und daraus den Kohlenstoff für die Bildung ihrer Körpermasse zu verwenden. Wir kennen diesen segensreichen Prozeß, bei dem die Pflanzen den viel reaktiveren Sauerstoff abatmen, als Photosynthese.

Und es ist auch unbestreitbar nachgewiesen, daß dank des CO₂-Anstiegs in den letzten 50 Jahren die Erde um mehr als die Fläche der USA nicht nur grüner wurde, sondern auch die Ernteerträge kräftig stiegen. Es konnte viel mehr Land als davor landwirtschaftlich genutzt werden. Sogar Wüstengebiete am Rande der Südsahara ergrünten.

Das ist allein dem CO₂-Anstieg zu verdanken, dessen Ursache nach wie vor ziemlich unge-

klärt ist, da der CO₂-Kreislauf, aus dem sich letztlich sowohl die atmosphärische Konzentration als auch sämtliche Pflanzen - und damit unsere Ernährungsgrundlage - speisen, nur mit einer statistischen Unsicherheit von bestenfalls plus/minus zehn Prozent bekannt ist.

Dieses große Unwissen wurde wieder einmal schlagartig bewußt gemacht, als die weltweite Corona-Lockdown-Politik zu einem bisher noch nicht dagewesenen Emissionseinbruch führte, dieser aber im Anstieg der CO₂-Konzentration, auf jetzt etwa 420 ppm, nicht die geringste Delle hinterließ. So sind die Fakten, das CO₂ in der Atmosphäre betreffend.

Aber es wird noch unangenehmer für die etablierte Klimawissenschaft. Auch die Angaben früherer CO₂-Konzentrationen sind unbestimmt, weil unbestimmbar. Da niemand - entgegen allen Beteuerungen - vor 1960 die weltweiten CO₂-Konzentrationen in genügender Auflösung, zeitlich wie räumlich, messen konnte, sind nur sehr grobe Vergleiche mit den früheren Konzentrationen möglich. Viel zu ungenau, um auch nur ungefähre Korrelationen zu entdecken.

Trotzdem werden, und das oft ganz bewußt, Äpfel mit Birnen verglichen. Denn die überwiegend aus Eisbohrkernen im pflanzenleeren Grönland oder der trockensten Wüste der Welt, der Antarktis, gewonnenen CO₂-Daten sind in ihrem zeitlichen Verlauf extrem stark geglättet. Auflösungen von einem Jahr oder auch nur wenigen Jahren sind damit nicht darstellbar, obwohl das immer wieder - weil man "Modelle" laufen läßt - behauptet wird. Denn die Luftbläschen im Eis sind um viele Jahre bis Jahrzehnte jünger als das sie umgebende Eis.

Und zusätzlich nagen diverse Prozesse sowohl an ihnen als auch am Wasser, wie unter anderem der polnische Alpinist Zbigniew Jaworowsky überzeugend nachgewiesen hat. Proxymessungen an Blattstomatae, das sind die Spaltöffnungen an der Unterseite der Blätter, die auch den CO₂-Gehalt indirekt anzeigen, deuten auf ähnlich steile Anstiege und Abfälle wie heute, aber auch höhere Spitzenwerte als die aktuellen Eisbohrkernmessungen hin.

Wenn man dann noch weiß, oder wissen könnte, daß die vom Weltklimarat (IPCC) gesammelte Klimawissenschaft es bis heute nicht geschafft hat, auch nur einen einzigen Beweis, eine einzige nachprüfbare Beobachtung für die Behauptung, daß CO₂ das Klima also unsere Atmosphäre erwärmt, präsentieren konnte, sondern sich allein auf modifizierte Wetter-Computermodelle verläßt, dann wird klar, daß es keinen vernünftigen Grund für den Menschen gibt, für das Klima CO₂ "einzusparen" beziehungsweise die Emissionen zu senken.

Das geben die führenden Klimawissenschaftler - wenn auch vermutlich ungern - zu. So meinte der ehemalige Leiter des britischen Wetterdienstes und einer der ehemaligen IPCC-Leitautoren John Mitchell:

"Es ist nur möglich, die Erwärmung im 20. Jahrhundert auf menschliche Eingriffe zurückzuführen, wenn man numerische Modelle des Klimasystems verwendet."

Zumal die Wetter-/Klimamodelle alle nach demselben Prinzip funktionieren, welches der Klimatologe Christian-Dietrich Schönwiese so klar und schonungslos darlegte: "Wir machen keine Vorhersagen, sondern bedingte, szenariengestützte Projektionen ... Und Projektion heißt Wenn-dann-Aussagen; wenn ich in das Modell hinein stecke, der Mensch macht das und das und die Natur macht quasi nichts, sie wird also weitgehend vergessen, bei diesem Blick in die Zukunft, dann wird die Temperatur so und so ansteigen."

Hinzu kommt noch, daß die Modelle zwar die - nur hypothetische - Wirkung des CO₂ stark übertreiben, aber trotzdem selbst für die starken Emissionsabsenkungen um 55 Prozent bis 2030, welche die EU im "Fit for 55" Plan erzwingen will, nur eine winzige Temperaturabsenkung von sage und schreibe vier Tausendstel Kelvin bis zum Ende des Jahrhunderts berechnen. Das hat der Wirtschaftsstatistiker Björn Lomborg kürzlich berichtet.

Aber er hat noch mehr berechnet. Die EU-Pläne werden die Volkswirtschaften in der EU bis 2030 bis zu fünf Billionen Euro kosten. Daß das keine bloße Theorie ist, erfahren wir aktuell auf brutalste mögliche Art. Das wären 10.000 Euro pro Kopf. Also auch von der Seite der

gläubigen Klimajünger kommt nur nutzlose, extrem teure Verschwendung heraus. Mit Geld, das wir nicht haben, und wenn wir es uns noch leihen können, lieber in unsere Energieversorgung stecken müssen.

Das würde bedeuten, daß wir zurück zur Kohleförderung und -verstromung müssen, zurück zur Kernenergie, durch Weiterbetrieb und Wiederinbetriebnahme auch der bisher stillgelegten Kern- und Kohlekraftwerke, Aufhebung des Verbotes der Schiefergasförderung in diesem Lande, und, und, und.

Aber vor allem würde es das Beenden aller Maßnahmen bedeuten, die unter den irreführenden Titeln "Klimaschutz" und "Energiewende" laufen. Inklusiv des Rückbaues von Wind- und Solarparks sowie der Beendigung der "Vermaisung" von landwirtschaftlich nutzbaren Flächen, und Wiederzuführung dieser Flächen und weiterer für die Erzeugung von Ernährungspflanzen.

Da aber die segensreiche Wirkung des CO₂ auf den Pflanzenwuchs, insbesondere bei verschiedenen Getreidearten, völlig unbestreitbar ist, wünsche ich mir, daß Wirtschaftsexperten ein praktikables, überprüfbares internationales Bonussystem entwickeln würden, statt des jetzigen, nur Wohlstand vernichtenden, Malus-Systems, bei dem die Produktion von CO₂ bei gleichzeitig optimaler Ressourcenschonung belohnt würde.

Denn da das CO₂ eine unverzichtbare Pflanzennahrung ist, sollte es das Bestreben sein, dieses in der Atmosphäre zum Wohle der gesamten Flora und damit auch der Fauna anzureichern. Jedes ppm mehr ist gut. Fiele nämlich die CO₂ Konzentration unter 200 ppm, begännen die Pflanzen zu verhungern. Und wir mit ihnen. Das kann keiner wollen.

Michael Limburg, Jahrgang 1949, ist Diplomingenieur für Elektrotechnik. Er ist Vizepräsident des Europäischen Instituts für Klima und Energie (EIKE). <<

Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtete am 10. November 2022 (x1.195/...):
>>Demnächst auch Milliarden für zahlreiche Staaten: "Warum Deutschland Klimareparaturen zahlen soll"

Wer Zerstörung verursacht, muß zahlen - dieses Prinzip wollen viele Staaten auch auf die Klimakrise anwenden. Für Deutschland geht es um Milliardensummen, schreibt das Nachrichtenmagazin t-online in einem langen Artikel über die Schwierigkeiten von Ländern mit Überflutungen.

Neben den sattsam bekannten Berichten über die weltweiten Naturkatastrophen, auf die wir hier nicht eingehen wollen, steht das Thema "Entschädigungen" für Drittwelt-Länder im Mittelpunkt der Berichterstattung des Artikels. Und natürlich auch, wie man diese Länder "entschädigen" könne. Lassen wir auch außer Acht, inwieweit Länder wie Deutschland "schuld" seien, beispielsweise am Hochwasser in Pakistan mit unzähligen Toten und die "acht Millionen" Vertriebenen dort, wie es heißt.

Die Botschaft des Aufzeigens derartiger Zustände ist jedoch die: Wir sind schuld, und deshalb ist es unsere moralische Verpflichtung wieder ein paar Milliarden locker zu machen. Und welche Adresse bietet sich da besser an als Deutschland? Denn dort sind Moralapostel am Ruder, die nichts lieber machen, als sich als Retter der ganzen Welt aufzublasen.

Als Weltsozialamt, Weltgesundheitsamt oder Weltluftkurort (für den Klimaflüchtling) freut man sich förmlich darauf, sich auf Kosten des Steuerzahlers auch als Weltklimaretter einen Namen zu machen. Das wissen auch die betroffenen Staaten und richten logischerweise ihre Forderungen an das Land, welches bald unter der Zahllast für Habenichtse und unter der kommenden De-Industrialisierung zusammenbrechen wird.

Deshalb wollen wir die entsprechende Teststelle im t-online-Artikel hier wörtlich wiedergeben:

Deutschland in Ägypten im Fokus

Und auch die diesjährige Klimakonferenz begann mit einem Teilsieg für die Entwicklungs-

länder: Entgegen der ursprünglichen Planung wurde "Loss and Damage" erstmals mit förmlichen Verhandlungen auf die Agenda gesetzt. Von einem "historischen Schritt" sprach die ägyptische Präsidentschaft. Und das Augenmerk liegt nun auch auf Deutschland: Zusammen mit der chilenischen Umweltministerin Maisa Roja ist Jennifer Morgan, Staatssekretärin im Außenministerium, offizielle Vermittlerin für das Thema.

Bereits im Oktober sendete Morgan das Signal, Deutschland würde nun mehr Verantwortung übernehmen: 'Die Industrieländer müssen wirklich mehr tun, um die vulnerabelsten Länder zu unterstützen', sagte sie der Nachrichtenagentur Reuters. "Wir sind lösungsorientiert, aber es braucht Zeit." Konkreter wollte das Auswärtige Amt, welches die deutsche Delegation in Scharm el-Scheich leitet, trotz mehrerer t-online-Anfragen nicht werden.

Muster-Wiedergutmacher und Zahlmeister Deutschland prescht vor

Daß, wenn es ums Zahlen geht, Deutschland da wieder einen Spitzenplatz einnehmen will, versteht sich von selbst. Ganz in diesem Sinn verspricht Kanzler Scholz eine deutsche Beteiligung von 170 Millionen Euro - deutlich mehr als der erwartete zweistellige Millionenbetrag. Diese Mittel sollen zusätzlich zu bereits geplanten Mitteln für den Kampf gegen die Klimakrise bereitgestellt werden, bestätigte das Entwicklungsministerium t-online. "Wir arbeiten daran, daß sich weitere Staaten an der Finanzierung beteiligen", sagte eine Sprecherin. Gerade so, als ob Deutschland jetzt um Hilfe von anderen erbetteln muß.

Derartige Projekte bedürfen einer internationalen Lösung. Die Herrschaften, die jetzt wie bei vergangenen Klimakonferenzen, wieder mit über 400 Privat-Jets und Regierungsflugzeugen in Ägypten eingetrudelt sind, haben nach unserem Dafürhalten nicht das Zeug dazu, die Welt zu retten und Deutschland alleine wird es auch nicht schaffen.

Regierungsflugzeug in Zypern "diskret" geparkt - unverschämte Ausrede

Dazu eine kleine Pikanterie am Rande: Der Regierungs-Airbus mit der Scholz in Ägypten eintrudelte, hob gleich nach Verlassen der Deutschen Delegation wieder ab. Man flog zum Parken des Flugzeuges 800 Kilometer weiter nach Zypern und dann zum Abholen der Herrschaften die gleiche Strecke wieder zurück. Es hätte wohl keine gute Optik gemacht, wenn inmitten der vielen Privatjets der "Klimaretter" das große Regierungsflugzeug wie eine fette Pute zu sehen wäre.

Die offizielle Ausrede für dieses kostenintensive und klimaschädliche Versteckspiel: es gab "Visa-Probleme der Crew". Selbst wenn das stimmen würde, erhebt sich die Frage, hat eine Regierung, die nicht einmal Visa für die Besatzung eines Regierungsflugzeuges organisieren kann, das Zeug dazu die ganze Welt zu retten?<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/22" berichtete am 18. November 2022 (x1.387/...): >>"Die Erderwärmung anhalten"

Bundesverfassungsgericht kippt das Verbot von Windenergieanlagen in Waldgebieten

Christian Schreiber

Thüringen ist - wie Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland - nur mittelmäßig für den effizienten Betrieb von Windkraftanlagen (WKA) geeignet. Nur in den höheren und oft waldreichen Lagen ist es in der Regel so windig wie in den nördlichen Bundesländern. Und regional gibt es immer mehr Widerstand gegen den Bau neuer und immer größerer WKA. Die Bundesregierung will dennoch, daß "auch in weniger windhöffigen Regionen der Windenergieausbau deutlich vorankommt, damit in ganz Deutschland auch verbrauchsnahe Onshore-Windenergie zur Verfügung steht", wie es im Ampel-Koalitionsvertrag heißt. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat nun ganz im Sinne der drei Koalitionäre entschieden und so den Weg zum Bau von Windkraftanlagen in Wäldern freigemacht.

Eine nur zwei Jahre alte Gesetzesänderung in Thüringen, die das verhinderte, wurde damit vom Ersten Senat unter Stephan Harbarth (CDU) formal gekippt: Dem "Freistaat Thüringen fehlt es hierfür an der Gesetzgebungszuständigkeit".

Die weitere BVerfG-Argumentation hat es aber in sich: Der Ausbau der Windkraft leiste einen "unverzichtbaren Beitrag" zur "verfassungsrechtlich durch Artikel 20a" (Staat schützt die natürlichen Lebensgrundlagen) gebotenen Begrenzung des Klimawandels. Um die "Erderwärmung bei deutlich unter 2,0 °C, möglichst 1,5 °C anzuhalten, müssen erhebliche weitere Anstrengungen der Treibhausgasreduktion unternommen werden, wozu insbesondere der Ausbau der Windkraftnutzung beitragen soll".

"Uns bei der Energiewende zu lange unnötig aufgehalten"

Wer in Thüringen Wald besitzt und dieses Grundstück anders nutzen will - etwa als Ackerfläche oder als Bauland - braucht eine Genehmigung der Landesbehörde Thüringenforst. Seit Dezember 2020 enthält das Landeswaldgesetz in Paragraph 10, Absatz 1 die Regelung: "Eine Änderung der Nutzungsart zur Errichtung von Windenergieanlagen ist nicht zulässig." Das störte einige Waldbesitzer, die durch Sturmschäden oder Borkenbefall beeinträchtigte Waldflächen gerne gewinnträchtig veräußern würden. Unter Druck geriet die Landesregierung unter Bodo Ramelow (Linke) zudem durch ein Bundesgesetz, das im Februar 2023 in Kraft tritt: 1,8 Prozent der Landesfläche müssen bis 2028 und weitere 0,4 Prozent bis 2032 für WKA genutzt werden.

Doch Ramelows rot-rot-grüne Koalition hat keine Mehrheit im Landtag - er muß CDU oder FDP und manchmal auch indirekt der AfD Zugeständnisse machen. So kam das "pauschale Umwandlungsverbot von Waldflächen für Windenergieanlagen" (BVerfG) zustande. Doch nun kann die thüringische Umweltministerin Anja Siegesmund von den Grünen jubeln: Die Karlsruher Entscheidung "löst endlich eine Blockade in Thüringen, die uns bei der Energiewende zu lange unnötig aufgehalten hat".

Eine weitere "Blockade" wurde ganz ohne BVerfG aufgehoben: Ursprünglich sollte im November eine 1.000-Meter-Abstandsregel von Windrädern zu Wohngebäuden verabschiedet werden - mit den Stimmen von CDU, AfD und FDP.

Das hatte massive Kritik ausgelöst. SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert warnte in Anspielung auf den AfD-Landeschef vor einer "Gesetzesmehrheit von Höckes Gnaden", die "die Autorität von CDU-Chef Friedrich Merz" in Frage stelle. Dieser hatte "eine Brandmauer zur AfD" dekretiert, mit Blick auf die Lage in Erfurt aber auch erklärt: "Wir können nicht jeden Antrag, den wir in der Sache für richtig halten, davon abhängig machen, ob die AfD dem zustimmt oder nicht".

Schließlich hatten sich CDU-Fraktionschef Mario Voigt und Ramelow auf einen Kompromiß verständigt. Nun will man sich am rot-schwarz-grünen Brandenburg orientieren: Die 1.000-Meter-Regel bleibt im Gesetzentwurf, wird aber um eine Öffnungsklausel ergänzt.

Der WKA-Streit entzweit auch die Umweltbewegung. Auf der einen stehen die Grünen, die die Energiewende - wie das BVerfG - für sakrosankt halten. Andererseits gibt es regionalen Widerstand und die "Altökologen": "Allein durch den Bau der Zuwegung und die Standfläche der Anlagen büßen unsere Wälder einen erheblichen Teil ihrer ökologischen Funktion ein. Ferner stellen die Anlagen eine tödliche Gefahr, insbesondere für Vögel und Fledermäuse dar", heißt es in einem Positionspapier der Umweltverbände BUND und Nabu.

Die Deutsche Wildtier Stiftung gibt zu bedenken: "Windkraftanlagen auf die Höhenzüge zu bauen, bedeutet nicht nur Rodung von Bäumen. Intakte Ökosysteme werden zerschnitten, Böden versiegelt und Fundamente errichtet, um Windfabriken von der Höhe des Kölner Doms in den Wald zu stellen".

Selbst Greenpeace, deren internationale Direktorin Jennifer Morgan nun Staatssekretärin im grün geführten Auswärtigem Amt ist, sorgt sich zumindest um die ökologisch wertvollen Forste: Es sei nicht vertretbar, "wenn großflächig Waldgebiete abgeholzt oder zerstört werden, die für den Schutz von Natur- und Artenvielfalt, Wasserspeicherung und Bodenschutz von größter Bedeutung sind".

Wie erbittert die Diskussion geführt wird, zeigen Diskussionen aus ländlichen Regionen in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Diese drei Bundesländer haben sich zu den Vorreitern in Sachen Windkraft in "weniger windhöffigen" Gebieten erklärt.

Waldbewirtschaftung, von der die gesamte Gesellschaft profitiert?

Dort geht der Riß seit Jahren quer durch die grünen Kreisverbände. Im Saarland pochte die Landespartei auf eine stärkere Windkraftnutzung. Dagegen regte sich der Widerstand von regionalen Öko-Initiativen. Dabei geht es nicht nur um Anlagen im Wald. Kritiker monieren Schattenwurf, Gefahr für Vögel und eine kaum zumutbare Lärmbelästigung. Doch es sind nicht nur ökologische Aspekte, die eine Rolle spielen. Und damit wären wir wieder in Thüringen. Denn viele Waldbesitzer sehen im möglichen Verkauf ihrer Flächen eine gute Einnahmequelle. Niedersachsen hat vor einiger Zeit die Bedingungen für den Bau neuer Anlagen gelockert.

Einflußreiche Waldbesitzer hatten zuvor ihre Forderung nach einer Nutzung für WKA untermauert: "Allein in Niedersachsen haben wir über 60.000 Hektar Schadflächen, die wiederaufgeforstet werden müssen", erklärte Philip Freiherr von Oldershausen, Präsident des Waldbesitzerverbandes Niedersachsen (WBV). Die vermehrten Waldschäden setzten die Forsteigentümer finanziell unter hohen Druck: Fördertöpfe seien ausgeschöpft, der Waldschutz allein aber nicht zu stemmen. Die Waldbesitzer müßten "umfassend in die Lage versetzt werden, eine zukunftsorientierte Waldbewirtschaftung, von der die gesamte Gesellschaft profitiert, umzusetzen", forderte Petra Sorgenfrei, Geschäftsführerin des WBV.

Die konservativere Schutzgemeinschaft Deutscher Wald ist ob dieser Argumentation entsetzt. Die vom Klimawandel geschwächten Wälder zusätzlich durch den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen zu destabilisieren, sei unverantwortlich.

BVerfG-Beschluß zu Windenergieanlagen im Wald (1 BvR 2661/21): bundesverfassungsgericht.de<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 25. November 2022:

>>Wahnsinn: Klima-Chaoten stürmen Flughafen BER

Von *Sven Reuth*

Fast problemlos drangen Klima-Extremisten gestern auf das Gelände des Berliner Flughafens BER vor und blockierten dort für Stunden den Flugverkehr. Lesen Sie mehr über die geheimen Verbindungen und die Finanzierung der Öko-Terroristen durch die großen US-Ölmagnaten in der COMPACT-Ausgabe Wagenknecht: Die beste Kanzlerin ...

In der deutschen Chaos-Hauptstadt Berlin stehen offenbar alle Räder still, wenn die Klima-Extremisten dies wünschen. So verbreiteten Klima-Kriminelle der "Letzten Generation" gestern ein Video, auf dem zu sehen ist, wie der Maschendrahtzaun, der den Flughafen umgibt, von einem Klima-Straftäter aufgeschnitten wird. Anschließend blockierten "Aktivisten" das Rollfeld, einer fuhr mit einem Fahrrad durch den Rangierbereich des BER.

"Millionen Menschenleben werden geopfert"

Der gesamte Flugverkehr mußte daraufhin für mehr als zwei Stunden eingestellt werden. Anschließend veröffentlichten die "Klima-Aktivisten" eine Stellungnahme, in der sie ihren üblichen Unsinn verkündeten:

"Die Regierung bringt uns fahrlässig auf Kollisionskurs mit Klimakipppunkten. Durch fossile Subventionen, unter anderem auch für den Flugverkehr, werden in diesem Moment Millionen Menschenleben für den Profit und Luxus einiger weniger geopfert."

Viele Beobachter zeigten sich darüber erschüttert, wie leicht den Klima-Chaoten die Umsetzung ihres Plans fiel. Selbst eine mit einer Metallschere ausgerüstete Schülergruppe hätte am gestrigen Tag wohl den Berliner Flughafen ohne größere Probleme lahmlegen können. War im Nachgang der Attentate vom 11. September 2001 nicht noch behauptet worden, daß man die deutschen Flughäfen in regelrechte Sicherheitshochburgen verwandelt hätte?

"Untersuchungshaft anordnen"

Klar ist nur, daß die durch die "Letzte Generation" verübten Straftaten immer schwerer ausfallen. Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, äußerte beispielsweise gegenüber der Welt:

"Die Sachbeschädigung und der Hausfriedensbruch sind das eine, wegen der Gefährdung des Luftverkehrs ließe sich auch Untersuchungshaft anordnen. Mit richtiger Rechtslage wie in Bayern könnte man Unterbindungsgewahrsam anordnen."

Was aber vermutlich nie passieren wird, denn die "Aktivisten" werden bislang nicht nur von Politik und Gesellschaft, sondern auch von der Justiz verhätschelt. Bemerkenswert ist aber, daß nun der Klimaforscher Mojib Latif deutliche Worte der Kritik zum immer aggressiveren Verhalten der "Aktivisten" fand. Er äußerte in dem Podcast Die Wochentester:

"Stellen Sie sich mal vor, jeder, der ein berechtigtes Anliegen hat, würde sich festkleben oder irgendwelche Kunstwerke beschädigen oder bewerfen. Wir würden im Chaos enden und das geht überhaupt nicht. Deswegen habe ich kein Verständnis dafür."

Latif verteidigt Deutschland

Außerdem sagte Latif:

"Ich möchte daran erinnern, daß Deutschland einseitig die Erneuerbaren Energien nach vorn gebracht und bezahlbar gemacht hat. Wäre das nicht der Fall gewesen, würden die Erneuerbaren Energien nicht in einem Land wie China boomen. Das ist ein historisches Verdienst Deutschlands, was vielleicht retrospektiv als ein Meilenstein betrachtet werden wird, wenn wir denn wirklich das Pariser Klimaschutzabkommen einhalten sollten."

Latif betonte weiter, daß Deutschland seit 1990 seinen CO₂-Ausstoß um 40 Prozent gesenkt habe, während er weltweit um 60 Prozent gestiegen sei. Auch diese Zahlen zeigen, daß die Klima-Chaoten auf dem völlig falschen Dampfer sind, wenn sie ihren "Aktivismus" stur auf Deutschland konzentrieren, obwohl hier im Grunde genommen doch ohnehin schon alles in die von ihnen gewünschte Richtung läuft. ...<<

Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtete am 5. Dezember 2022 (x1.181/...): >>**Niederlande im "Great Reset-Modus": Zwangsent eignung von 3.000 Farmen, um "Klimaziele" zu erreichen**

Die Niederlande dürften in den Plänen des "Great Reset" sowie den von der UNO vorgegebenen "Social Development Goals 2030" eine gewichtige Rolle spielen. Denn die Regierung unter Ministerpräsident Mark Rutte setzt wie kaum eine andere europäische Zwangsmaßnahmen ohne Wenn und Aber um - man erinnere sich an die größten Bauernproteste seit hundert Jahren, die keinerlei Abweichen von einer völlig destruktiven Politik bewirken konnten. Farmer, Bauern und Landwirte gelten überhaupt als erklärtes Ziel der Globalisten, will man doch die "umweltschädlichen" Nahrungsmittelproduzenten und ihre Betriebe im Sinne von globalen Gentechnik-Industrien ausmerzen.

3.000 geschlossene Bauernhöfe für die Klimaziele

Nun ist man in den Niederlanden bereits einen Schritt weiter. Die ohnehin bis zum Existenzminimum dezimierten Bauern werden dabei erneut ins Visier genommen. Bis zu 3.000 landwirtschaftliche Betriebe, die von der Regierung als "Spitzenverschmutzer" gebrandmarkt wurden, sollen bald zwangsenteignet und verkauft werden. Noch bietet man an, die Höfe aufzukaufen, um die nach EU-Recht (!) illegalen Ammoniak- und Stickoxidemissionen zu reduzieren.

Die für Stickstoff zuständige Ministerin Christianne van der Wal erklärte, den Landwirten würden mehr als 100 % des Wertes ihrer Betriebe angeboten, wenn sie aufgeben. Zum ersten Mal hat die Regierung erklärt, daß im nächsten Jahr Zwangsaufkäufe folgen werden, wenn die freiwilligen Maßnahmen scheitern.

Regierung drängt Landwirte zur Aufgabe

Die Landwirte werden nun vor die Wahl gestellt, im Sinne der Technologisierung und des "Great Reset": Innovation zur drastischen Verringerung der Emissionen, Umstellung auf eine neue Art von Unternehmen, Erweiterung in einer Weise, die ihre Auswirkungen verringert, Umsiedlung oder "freiwilliger Ausstieg".

"Für landwirtschaftliche Unternehmer wird es ein möglichst attraktives Ausstiegsprogramm geben", sagte Van der Wal in einer Reihe von parlamentarischen Briefings. "Für industrielle Spitzenverschmutzer werden wir mit einem maßgeschneiderten Ansatz und einer Verschärfung der Genehmigungen an die Arbeit gehen. Nach einem Jahr werden wir sehen, ob wir damit genug erreicht haben". Zwar betreffen die Maßnahmen auch multinationale Konzerne und ihre Dependancen, wie Shell und BP, jedoch werden die einfachen Landwirte die Hauptleidtragenden sein.

Auch eine 30-prozentige (!) Verringerung des Viehbestandes will die niederländische Regierung bis zum Jahr 2030 anstreben. Denn: Der Agrarsektor ist für 45 % der "bösen" Treibhausgase verantwortlich.

Bauern wütend - Klimafanatiker jubeln

"Die Reduzierung wird kommen", sagte Tjeerd de Groot, der agrarpolitische Sprecher der Partei D66, der glaubt, daß das Land die Zahl der Schweine und Hühner um 50 % reduzieren und die Kühe auf Gras weiden lassen muß. "Ich bin jetzt sehr hoffnungsvoll, denn es ist nicht mehr nur freiwillig. Die ganze Wirtschaft ist wegen dieser Stickstofffrage zum Stillstand gekommen.

"Das macht den politischen Druck, auch in konservativen, bäuerlich orientierten Gesellschaften, groß. Ein relativ kleiner Teil der Wirtschaft blockiert den Rest der Gesellschaft, ganz abgesehen von den Problemen mit der biologischen Vielfalt und der Degradation. Jetzt wird es passieren, weil wir mit dem Rücken zur Wand stehen.

Trotz früherer freiwilliger Aufkaufprogramme haben nach Angaben der Volkskrant nur etwa 30 Landwirte aufgehört. Neue Zahlen zeigen, daß die Zahl der Tiere in den letzten zehn Jahren mehr oder weniger gleich geblieben ist, wobei in den Niederlanden mehr als fünfmal so viele Nutztiere gehalten werden wie 17,8 Millionen Menschen leben.

Die Landwirte sind wütend. Die BoerBurgerBeweging (Bauern-Bürger-Bewegung) erklärte, sie sei "erstaunt, daß die Landwirte und ihre Familien noch ein weiteres Jahr in Ungewißheit leben müssen".

Umweltschützer sind vorsichtig optimistisch. Natasja Oerlemans, Leiterin des Lebensmittelteams beim WWF Niederlande, sagte, die Landwirte seien zwar nicht schuld daran, daß sie sich an das System hielten, aber eine Reform sei schon seit Jahren notwendig.

"Alles in allem glauben wir, daß dies zu einem vielversprechenden Weg für die dringend benötigte Agrarwende in den Niederlanden führen könnte", sagte sie, fügte aber hinzu, daß es noch ungewiß sei, wie die Regierung die Abschaltungen durchsetzen würde, wenn ihr freiwilliger Ansatz scheitert. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/24673" berichtete am 5. Januar 2023 (x1.251/...): >>"Klimaaktivismus" - eine Massenmanipulation der Milliardäre

Von Actuarium

Zunehmend terrorisieren Klimaaktivisten die öffentliche Infrastruktur mit Protestaktionen. Graswurzelbewegung von Jugendlichen oder wohlfinanzierte, professionelle Aktivitätsgruppen? Der Kommentator Actuarium kennt die Antwort. Er folgt der Spur des Geldes und eröffnet eine interessante Sichtweise. ...

Um die Welt vor dem Klima-Kollaps zu bewahren und sich Gehör zu verschaffen, terrorisieren Klimaaktivisten zunehmend die öffentliche Infrastruktur mit fragwürdigen Protestaktionen: Sie sorgen für Chaos, indem sie Straßen, Flughäfen oder Häfen blockieren. Sie planen

die Störung der Gas- und Ölversorgung, beschädigen Kunstgemälde und vielerlei mehr. Dem Einfallsreichtum an möglichen Störaktionen scheinen dabei keine Grenzen gesetzt zu sein. Auch dann nicht, wenn der engagierte Einsatz der überwiegend jungen Aktivisten eine Straftat darstellt. Folglich muß hinterfragt werden, ob es sich tatsächlich um eine spontan entstandene Graswurzelbewegung von Jugendlichen handelt oder nicht vielmehr um wohlfinanzierte, professionelle Aktivitätsgruppen.

Der junge Kommentator Actuarium ist dieser spannenden Frage nachgegangen.

In seinem Beitrag: "Wer finanziert die Klimaaktivisten", verfolgt er die Spur des Geldes und eröffnet damit eine interessante Sichtweise auf die Geldgeber und deren Motivation.

Video von Actuarium "Wer finanziert die Klimaaktivisten"

Hallo zusammen!

Die Klimaaktivisten von der "Letzten Generation" werden uns als Graswurzelbewegung präsentiert. Man kriegt den Eindruck, es handelt sich einfach um Jugendliche, die selbst die Initiative ergreifen, die sich auf die Straße kleben, die Straßenblockaden verursachen, in Museen gehen, dort Gemälde mit Essen beschmieren, um auf die drohende Klimakatastrophe aufmerksam zu machen. Eine Bewegung aus unserer Jugend für die nächste Generation oder, wie sie befürchtet, Daß sie die letzte Generation sei. Dies ist nicht korrekt.

Es handelt sich nicht um eine Graswurzelbewegung von lauter Aktivisten, die ihre Zeit und ihr Geld und vielleicht sogar ihre Karriere, ihr Studium dafür opfern würden. Es ist vielmehr eine wohlorganisierte, professionelle Aktivismus-Kampagne von globalen Milliardären, die ihre Interessen dadurch vertreten. Das werden wir in diesem Video ausführlich zeigen. Also, fangen wir an mit der letzten Generation. Einer dieser Aktivismus-Gruppen aus Deutschland; von denen gibt es ganz viele in verschiedenen Ländern, vor allem des Westens.

"Wer wir sind: Die Regierung ignoriert alle Warnungen. Immer noch befeuert sie die Klimakrise und hat uns damit an den Rand eines Abgrunds gebracht. Wir sind aber nicht bereit, diese Verbrechen an der Menschheit widerstandslos hinzunehmen. Wir werden nicht abwarten, während ein Staat nach dem anderen kollabiert. Am Ende sind wir alle in Gefahr. Wir sind der Überlebenswille dieser Gesellschaft." Und deswegen kleben wir uns an Autobahnen, beschmeißen Bilder mit Essen etc.

Von wem sind wir denn finanziert? "Die letzte Generation" - so schreiben sie selbst - "Die Letzte Generation erhält einen Großteil der Mittel für Rekrutierung, Training und Weiterbildung aus dem Climate Emergency Fund. Seit April 2022 ist sie Teil eines internationalen Netzwerks ziviler Widerstandsprojekte. Es nennt sich das A22 Network. Climate Emergency Fund." Das hier ist die Seite "letztegeneration.de", das ist offiziell von denen. Also: Sie kriegen ihr Geld für Training, Weiterbildung, Rekrutierung etc. von diesem "Climate Emergency Fund", also dem "Klimanotstands-Fonds".

Den schauen wir uns jetzt mal genauer an. Das ist die Seite - "climateemergencyfund". Sie brüsten sich damit, Daß sie eben alle möglichen von diesen Aktivitätsgruppen wie "Letzte Generation" finanzieren. Was haben sie hier geschrieben? Seit unserer Gründung 2019 - das ist also noch ein ganz frisches Projekt - haben wir 94 Organisationen weltweit finanziert, 22.000 Klimaaktivisten ausgebildet und über eine Million Aktivisten (die sich also angeschlossen haben) mobilisiert. 2022 haben wir bisher 43 Organisationen finanziert, 4,5 Millionen Dollar ausgeschüttet und über 10.000 Zeitungsartikel dadurch generiert.

Also die vielen Zeitungsartikel, die ihr über die "Letzte Generation", über "Klimakleber" etc. lest - die rechnen sie sich eben ihrer Aktivität zu. Das hier sind die Organisationen, die sie unterstützen, alles noch von ihrer Seite. "New York Communities for Change", "Extinction Rebellion", das sind die, die das Essen auf die Gemälde geschüttet haben. Und eben auch das "A22 Network", unter anderem mit "Just Stop Oil UK" und "Letzte Generation in Germany". Sie werden also finanziert von solchen großen Organisationen oder Stiftungen.

Diese Stiftungen sind selber gegründet, natürlich, von Milliardären und Milliardärs-Kindern. Hier seht ihr von der "Climate Emergency Fund", also die die "Letzte Generation" finanzieren, das Gründungsschreiben "Aileen Getty and Rory Kennedy Lead New Climate Fund to Support Activists and Protesters". "Aileen Getty" und "Rory Kennedy", das sind also die beiden. Wir werden uns gleich nochmal Aileen Getty genauer anschauen, damit ihr eine Vorstellung habt, welche Leute das sind.

Hier haben wir nur ein kleines Beispiel: "Dieser Fonds wurde inspiriert von Greta Thunberg und wir möchten damit Aktivisten Aktivisten-Starter-Kits zur Verfügung stellen. Dazu gehören Megaphone und ausgedrucktes Material."

"If you're a kid who wants to start something, we'll support you," Neilson said, adding that "adults have failed you" in confronting climate change. The fund will also help pay for activist groups rent - also für die Miete, die sie bezahlen müssen, für ihre Aktivitäts-Gruppen - staff salaries - also Gehälter für Angestellte - and legal expenses - also die Rechtskosten, die natürlich damit verbunden sind. Man braucht gute Anwälte, damit man diesen zivilen Ungehorsam, Daß man da schnell wieder rauskommt.

Normalerweise gibt es ja Strafen dafür, wenn man tausende oder zehntausende Leute auf der Autobahn aufhält oder irgendwelche Gemälde beschmeißt. So, das ist also diese Stiftung. Diese Stiftung selber ist finanziert von eben dieser Frau Aileen Getty. "Getty Images", gibt es da vielleicht einen Zusammenhang? Kennt ihr vielleicht, "Getty Images", ist ein Riesenkonzern, der dieses Stock-Images zur Verfügung stellt. Die seht ihr fast überall - "Getty Images" - Ja, es gibt einen Zusammenhang.

Ihr jüngerer Bruder ist der Gründer und Inhaber von "Getty Images". Sie selber, Aileen Getty, die Getty-Familie, ist eine ins neunzehnte Jahrhundert reichende Ölmogul-Familie, eine der reichsten oder sogar die reichste Öl-Familie aus den USA. Haben viele, viele Milliarden, eine Riesenkonzern-Familie und sie ist eben ein Sprößling, eine Enkelin von dieser Familie, die gesagt hat: "Ich möchte mich gegen mein Familienerbe wenden - sowie übrigens die gesamte Familie sich inzwischen von Öl verabschiedet hat - und setze mich ein für Klima, Klimaaktivismus, Philanthropie, etc." - Sie genauso, wie ihre Brüder das tun.

Das Ganze ist letztlich eine noch relativ überschaubare Organisation, ihr Fund. Es handelt sich nicht um Riesensummen. 2022 nur 4,5 Millionen Dollar. Aber natürlich reicht das schon locker, um so etwas wie "Letzte Generation" und ihre Ableger und Verwandte in Europa, zu finanzieren. Und die sind eben gut finanziert, die sind ausgebildet, mit Material ausgestattet und die Rechtsanwaltskosten werden übernommen. Es handelt sich also nicht um Graswurzelbewegung.

Das ist auch nur eine von ihren vielen Aktivitäten von der Aileen Getty. Sie hat selber noch eine Stiftung und finanziert viele solcher Gruppen. Eine Gruppe, die erheblich höher steht in der Hierarchie von diesen Klimaaktivismus-Gruppen, is the "Equation Campaign".

The "Equation Campaign" ist eine doch sehr viel übergeordnetere Organisation, die, wie sie selbst schreibt ... Wir möchten also die fossilen Energieträger im Boden lassen - während wir die Graswurzelbewegung - also die Organisation vom Boden - finanzieren. ... Also sie wollen sogenannte Graswurzelbewegungen massiv finanzieren - womit es natürlich keine Graswurzelbewegungen mehr sind. Was machen die? Die schütten große Gelder, ganz andere Summen noch aus, an Firmen aus der Finanzindustrie, Medien, Rechtsanwälte und Rechtsanwaltskanzleien sowie politischer Lobbyismus.

Das, was ihr also hier im kleinen Format gesehen habt, bei diesem "Climate Emergency Fund" - die nur dafür zuständig sind, diese einzelnen Teenager und jungen Leute, die sich irgendwo festkleben, zu finanzieren und ihnen in ihrem Leben zu helfen und mit Rechtsanwälten zu helfen... - das macht dieser "Equation Fund" im großen Maßstab, indem er nicht nur einzelne kleine Aktivistengruppen, sondern lauter Lobbyorganisationen weltweit finanziert, die sich

selber dann für Klimaaktivisten anwenden.

Wir sind also eine Stufe höher. Nur ein Beispiel: "theguardian.org", eine der berühmtesten britischen Medienoutlets, ist hier mit bei der Finanzierung von "Equation Campaign" und auch Greenpeace-Abteilung für "Fridays for Future". Greenpeace hat eine eigene Abteilung zur Unterstützung von "Fridays for Future", ebenfalls finanziert von diesem "Equation Campaign", sowie zahlloser weiterer Klimaaktivismus-Oberorganisationen.

Jetzt kommt der interessante Punkt: Von wem ist denn diese "Equation Campaign" finanziert? Sie ist finanziert, u.a., hier alles hier auf ihrer offiziellen Seite, von: "Open Society Foundations.", die Stiftung von George Soros, von "David Rockefeller Fund". Steht ja selber drin, wer der Inhaber ist oder welche Familie Inhaber ist. Von der "Brothers Rockefeller Fund".

Und als eine Partner-Partner-Organisation und Partner-Stiftungen steht hier beispielsweise die "Aileen Getty Stiftung" "Die Aileen Getty Stiftung" ist eben die, die diese Klimakleber bzw. "Letzte Generation" finanziert. Wieder "David Rockefeller Fund", wieder die "Familie Rockefeller Fund" und noch weitere Milliardärs-Stiftungen.

Wenn vorher zu Euch jemand gekommen wäre und gesagt hätte, die Klimaaktivisten werden u.a. finanziert von George Soros und von der Familie Rockefeller, dann würde man doch sagen: "Ok, das ist doch ein Rechter Verschwörungstheoretiker. Er übertreibt." Aber das ist die Wahrheit. Sie schreiben es selbst auf ihrer eigenen Seite, was sie tun, Daß sie die Oberorganisation von Klimaaktivismus sind und hier stehen auch ihre Finanziere George Soros, Rockefeller und eben auch diese "Aileen Getty Stiftung", die eben diese Klimaaktivisten in Deutschland genau finanziert.

Hier reden wir allerdings von ganz anderen Geldern, da wir hier eine Oberorganisation haben, die lauter Unterorganisationen finanziert und nicht nur kleine Aktivismus-Gruppen. Hier seht ihr beispielsweise, wie die Rockefeller-Familie versprochen hat, Daß sie 100 Millionen Dollar alleine in diese "Equation Campaign" investieren werden.

Jetzt lautet doch die offensichtliche Frage, nachdem wir also wissen, Daß die Klimaaktivisten von diesen US-Milliardärs-Stiftungen und US-Milliardären finanziert werden: "Warum tun die das?" "Was ist ihr Beweggrund dafür, so viel Geld in das Thema Klima, Klimawandel, Klimarettung, zu investieren?"

Warum wollen sie durch Klimaaktivismus, Klimakleber ständig Schlagzeilen, auch in Deutschland, generieren?" Ihre Aussage ist: Sie sind Philanthropen, wir wollen die Erde erhalten, wir wollen, Daß die Erde nicht zerstört wird und für die nächste Generation soll sie erhalten bleiben. Wir sind Milliardäre, wir brauchen unser Geld gar nicht mehr, wir wollen es nur ausgeben für das Wohl der Menschheit.

Es gibt aber auch noch alternative Möglichkeiten für ihre Beweggründe; eine offensichtliche ist, Daß diese Leute, wie z.B. George Soros, massiv investiert sind in alternative Energien. Hier seht ihr es schon vor zwölf, nee vor dreizehn Jahren, 2009, George Soros to Invest 1 Billion 1 Milliarde Dollar in Clean-Energy Technology. Also er ist ordentlich investiert in alternative Energien. Genauso die "Rockefeller Foundation" - hier auf ihrer eigenen Seite - hat eine eigene Investmentseite für Clean Energy, ist mit hunderten Millionen Dollar, nee mit Milliarden Dollar ist sie investiert in alternative Energien.

Das heißt, sie haben ein ganz klares finanzielles Interesse, Daß das Thema alternative Energien und die staatlichen Investitionen - letztlich geht es immer um das Geld der Völker - darin verstärkt werden. Das ist aber meiner Ansicht nach, nur der sekundäre Grund. Der primäre Grund - hier seht ihr Klimaaktivisten von der Letzten Generation in Deutschland - in diesem Jahr. Der primäre Grund ist meiner Analyse nach, ein anderer. Der Klimaaktivismus in der jungen Generation ist ein wesentlicher Teil inzwischen ihrer Identität geworden. Das ist eines der größten Themen.

Ihr seht das an Schulen, ihr seht das in verschiedenen Jugendorganisationen an Universitäten.

Der Aktivismus für die Klimarettung ist ein Teil ihres eigenen Ich-Verständnisses geworden, ihrer eigenen Identität. Wenn nun US-Milliardäre einen Teil Eurer Identität finanzieren und dadurch, ob Ihr es nun wißt oder in den meisten Fällen wahrscheinlich nicht wißt, ein Teil Eurer Identität, die Narrative und wie sich diese Identität in Zukunft entwickeln wird, kontrollieren, dann kontrollieren sie in Wirklichkeit Euch.

Dann kontrollieren sie Generationen, dann kontrollieren sie dadurch Völker und haben eine Macht über Völker und ihr Selbstverständnis und ihre Identität und was ihnen wichtig ist, was weit über finanzielles Investment in alternative Energien, hinausgeht.

Nur ein kleines Beispiel außerhalb der westlichen Sphäre: Es gibt ein berühmtes Lied der aktuellen iranischen Oppositionsbewegung der Protestler im Iran, die dort protestieren gegen Kopftuch, gegen Islam, etc., aber die in ihrem berühmten Lied auch Klimawandel und Klimaaktivismus als einen großen Teil ihrer iranischen oppositionellen Identität erwähnen. D.h., ohne, daß sie es wissen, sind sie Teil geworden einer Identität, die von globalen Milliardären geprägt wird und deren weiterer Verlauf von ihnen bestimmt wird.

Das ist aus meiner Sicht, der primäre Grund für den massiven Einsatz von Leuten, die Macht und Kontrolle ersuchen.

Freu mich auf eure Kommentare ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 7. Januar 2023: >>**Klima-Irre: Gehalt fürs Kleben**

Die Klima-Kleber der Letzten Generation präsentieren sich gern als glühende Kämpfer gegen das Großkapital. Dabei werden sie von ebendiesem finanzkräftig unterstützt. Für ihre Sabotage-Aktionen können sie sogar ein regelmäßiges Gehalt einstreichen.

Schon lange ist bekannt, daß die Klima-Chaoten von massiven finanziellen Zuwendungen aus den USA profitieren. Zu den Hauptsponsoren zählt beispielsweise der 2019 gegründete und im kalifornischen Beverly Hills ansässige Climate Emergency Fund, der sich einem weltweiten "disruptiven Klimaaktivismus" verschrieben hat. Bis Ende September vergangenen Jahres hat diese obskure Organisation nach eigenen Angaben 3,5 Millionen Dollar an elf Gruppen aus verschiedenen Ländern überwiesen, um mit dem Geld einen globalen "Herbstaufstand" anzuzetteln.

Linksextremisten willkommen!

Ein großer Teil der Dotationen stammt von Aileen Getty, einer Erbin des milliarden schweren Vermögens von Getty Oil. Das Unternehmen war über Jahrzehnte hinweg einer der größten Konzerne in der US-Petrobranche. Aber damit nicht genug: Auch die Rockefeller-Familie hängt ganz tief drin im Sponsoring-Geschäft mit den Klimaextremisten. Die Gelder fließen hier über die Equation Campaign, die ganz ähnliche Ziele verfolgt wie der CEF. Peter Gill Case, der für sieben Jahre als Vorsitzender des Rockefeller Family Fund diente, sowie Rebecca Rockefeller Lambert haben versprochen, dieser Organisation 30 Millionen Dollar ihres persönlichen Vermögens zu spenden.

Die Konzerne der einstigen Ölbarone setzen zum Teil mittlerweile auf Grünstrom, entsprechend hält man sich nun die "Klimaaktivisten" als Prätorianergarde, die mittels der Begehung von Straftaten die eigene Agenda umsetzen sollen. Politische Abgrenzungen hin zum linksextremistischen Rand existieren dabei natürlich nicht. So berichtet die Welt, daß im Protokoll eines Treffens der AG "Privilegiencheck und Awareness" die Teilnehmer als Ziel vermerkten: "Wir versuchen das Spektrum des Aktivismus zu erweitern! Nicht Linksextrem werden! (also in der Außenwirkung - intern gerne)."

Trotz solcher Anweisungen fällt es den Klimaklebern allerdings zunehmend schwerer, nach außen hin den von ihrer Führungsspitze erwünschten bürgerlichen Anstrich aufrechtzuerhalten. Nach Angaben der Berliner Innensenatorin Iris Spranger (SPD) umfaßt der "harte Kern" der Gruppe in Berlin ungefähr 500 Personen, von denen etwa die Hälfte mehrfach poli-

zeitlich in Erscheinung getreten sei. Die SPD-Politikerin äußerte dazu:

"Es geht hier also um einen umfassend organisierten Zusammenschluß von Personen, die Straftaten begehen, um ihre politischen Ziele durchzusetzen."

Zweierlei Maß

Keine Frage, wenn sich die Identitäre Bewegung oder irgendwelche Kameradschaften unter anderen politischen Vorzeichen etwas auch nur annähernd Ähnliches erlauben würde, wären diese schon tausendfach als rechtsterroristische Vereinigung verboten worden und der halbe Staatsapparat würde Jagd auf sie machen. Noch allerdings haben die Klima-Chaoten leider Narrenfreiheit - wie unberechtigt diese ist, zeigen auch die neuen Recherchen der Welt.

Unsere Januar-Ausgabe mit dem Titelthema "1923/2023 - Aufstand gegen die Inflation" und dem Dossier "Die Klima-Psychotiker" zeigt ungeschminkt, auf welchen Irrsinn wir uns jetzt gefaßt machen müssen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 11. Januar 2023: >>**Klima-Terroristen: Mollis und Steine in Lützerath**

Von *Daniell Pföhringer*

Im Rheinischen Braunkohlerevier spitzt sich die Lage zu. Öko-Extremisten wollen die Räumung verhindern. Wer steckt dahinter? ...

Heute rückten in Lützerath von verschiedenen Seiten etwa 1.500 auf alles vorbereitete Polizisten an. Sie wurden von den dort versammelten Extremisten erwartet. Die Bezeichnung Klimaterroristen ist hier durchaus passend, wenn auch gerade erst zum Unwort des Jahres erklärt. Schon am Morgen flogen erste Molotow-Cocktails auf eintreffende Beamte. Der Live-Ticker der Bild vermeldete um 10:22 Uhr:

"Am Dorfeingang kommt es gerade wieder zu Flaschen- und Steinwürfen aus den Fenstern der besetzten Häuser auf Polizisten. Vermummte Autonome sitzen dort an den Fenstern und auf den Dächern."

In den nächsten brenzligen Stunden aber sollte die Polizeitaktik vorerst aufgehen. In Windeseile wurde ein 1,7 Kilometer langer Zaun errichtet, der nachtströmende Öko-Autonome fernhielt. Dadurch konnten sich die Beamten auf etwa 300 Klimakämpfer im Ort selbst konzentrieren, die teilweise weggetragen wurden. Auch ein massiver Dauerregen kam den Beamten entgegen.

Grüne solidarisch mit Gewalttätern

Bundestags-Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt setzte unterdessen folgenden Tweet ab:

"Ich teile die Hartnäckigkeit, mit der die Demonstrierenden mehr Klimaschutz fordern."

Zu diesem Zeitpunkt waren bereits Steine geflogen.

Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang hatte "beide Seiten ermahnt", zur Deeskalation in Lützerath beizutragen. Dies rief Polizeigewerkschaftschef Rainer Wendt auf den Plan: "Wenn die Grünen-Vorsitzende beide Seiten ermahnt, zur Deeskalation beizutragen, verkennt dies in inakzeptabler Weise die Ausgangslage."

Die Lage ist in jedem Falle hochgefährlich, was Verfassungsschutz-Chef Thomas Haldenwang nicht wahrhaben will. Er hatte sich ja vor einigen Wochen im Rahmen einer Podiumsdiskussion beinahe freundschaftlich an die Seite der Klimaextremisten gestellt.

Wie der Herr, so's Gescherr

... Sabotage-Fan Andreas Malm ist nur einer davon. Ein Auszug:

"Andreas Malm ist ein Klima-Ideologe, wie er im Buche steht - und zwar im Strafgesetzbuch. Der Schwede ist einer der wichtigsten Stichwortgeber von Gruppen wie der Letzten Generation - und an seinen Wortmeldungen läßt sich erahnen, wohin die Reise geht.

Sachbeschädigung ist für den 1977 geborenen Humanökologen mit Lehrauftrag an der Universität Lund nicht nur läßliche Sünde, sondern geradezu Pflicht. Seine 2020 veröffentlichte Kampfschrift mit dem bezeichnenden Titel *How to Blow Up a Pipeline* (Wie man eine Pipeli-

ne in die Luft jagt. Kämpfen lernen in einer Welt in Flammen) gefällt nicht nur Luisa Neubauer, sondern ist eine Art Bibel für die sich zunehmend radikalisierende Internationale der Klima-Psychos."

In seinem Machwerk fordert Malm unverblümt: "Zerstört neue CO2-emittierende Geräte. Setzt sie außer Betrieb. Nehmt sie auseinander. Verbrennt sie, jagt sie in die Luft." Daran haben sich die Molotow-Cocktail schmeißenden Klimaterroristen von Lützerath offenbar ein Beispiel genommen.

Auf dem Weg zur Klima-RAF

Um Sabotageakte zu legitimieren, greift der Schwede zu einem beliebten Stilmittel von Terroristen - der Diabolisierung und damit Entmenschlichung des Gegners. So formulierte er in einem Gastbeitrag für den Spiegel: "Die herrschenden Klassen auf diesem Planeten sind entschlossen, das, was von ihm übrig ist, so schnell wie möglich zu verbrennen, und nichts - gar nichts - hat sie bisher davon abgehalten. Sie sind vollständig und auf eine infernalische und dämonische Art und Weise außer Kontrolle."

Er ist deswegen überzeugt:

"Wir brauchen keine großen Konzepte, um zu erkennen, daß jetzt nur Sabotage und Sachbeschädigung helfen."

Die dürfe sich allerdings nur gegen Sachen, nicht gegen Menschen richten. Hat Malm am Ende doch moralische Skrupel? Mitnichten! Es geht ihm lediglich ums Image. "Gewalt gegen Personen wäre desaströs, sie würde auch der Bewegung immens schaden", bemerkt er im Zeit-Interview.

Zur Erinnerung: Auch Andreas Baader und Gudrun Ensslin haben mit Kaufhausbrandstiftungen begonnen. Rückblickend betrachtet war das aber nur die Ouvertüre für das große Morden. Lützerath könnte die Initialzündung dafür geben.

Ausführliche Hintergrundinformationen über den Irrsinn der Klima-Terroristen, ihre ideologischen Stichwortgeber und ihre Finanziers finden Sie in dem großen Dossier "Die Klima-Psychotiker" in der Januar-Ausgabe von COMPACT. ... <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 21. Januar 2023: >>**Davos: Siemens-Chef will Fleisch-Konsum verbieten**

Im Schweizer Nobelort Davos sinnieren die globalen Eliten weiter über ihre Pläne für die künftige Weltgestaltung. Dabei werden gleichermaßen skurrile wie gefährliche Ideen verbreitet. ...

Während Klima-Apologet und Multi-Millionär Al Gore sein weltweit aktives KI-Überwachungssystem von CO2-Emissionen propagierte und UNO-Chef Antonio Guterres radikale Klima-Maßnahmen sowie Zensur von Kritik einforderte, wünschten sich Siemens-Aufsichtsrats-Chef Jim Hagemann Snabe, daß (zusätzlich) mindestens eine Milliarde Menschen künftig auf Fleisch verzichten sollen.

Kein Fleisch und digitale Überwachung

Dies würde laut Snabe einen massiven Einfluß auf den Klimawandel bewirken, der dadurch angeblich abgebremst wird. Ganz im Zeichen der "Klimakrise" standen auch andere Ideen und Forderungen beim WEF-Gipfel in Davos. So etwa die Propagierung der "15-Minuten-Stadt" und dem Ende der individuellen, freien Mobilität. In solchen Städten soll durch Verbote, Strafen und Zwänge möglichst alles in nur 15 Minuten ohne Pkw und Co. erreichbar gemacht werden.

Auch Ex-Präsidentschaftskandidat und Klima-Jakobiner Al Gore zählt zu den geschätzten Dauergästen in Davos.

Doch dem nicht genug. Der britische Ex-Premierminister Tony Blair forderte den Ausbau von digitalen Überwachungslösungen, um besser zwischen "Geimpften" und "Ungeimpften" unterscheiden zu können. Besonders in Hinblick auf "künftige Pandemien".

Habeck forderte Schweiz zu Waffenlieferungen an Ukraine auf

Der deutsche Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck nutzte den Gipfel der Reichen und Mächtigen sogleich, um seine Anti-Rußland-Agenda weiter voranzutreiben. Hier übte der Flensburger Grünen-Politiker massiven Druck auf seinen Schweizer Kollegen Guy Parmelin aus, sich für Waffenlieferungen der Eidgenossen an die Ukraine einzusetzen. Dazu äußerte Habeck: "Es wäre gerecht und hilfreich, wenn die Schweiz Munition zur Verfügung stellen würde."

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) kündigte in ihrer Rede neue Schuldenexzesse an. Zu dem fast eine Billion Euro schweren Fonds NextGen EU, der den Bürger als angeblicher "Corona-Rettungsfonds" verkauft wurde, wovon mittlerweile keine Rede mehr sein kann, sollen nun ein Europäischer Souveränitätsfonds sowie weitere Vehikel treten. Der einzige Zweck der Schaffung dieser neuen Instrumente dürfte in ungebremster Schuldenmacherei sowie dem weiteren Abzug von Souveränitätsrechten der einzelnen Mitgliedsstaaten hin zur Brüsseler Zentrale bestehen.

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von Unser Mitteleuropa übernommen. Überschrift und Illustrationen wurden von unserer Redaktion eingefügt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 26. Januar 2023: >>**Klimawandel? Bis zu einem Meter Schnee auf Malle**

Von *Sven Reuth*

Mallorca wird zum Winter-Wunderland, unfaßbare Rekordkälte in China sowie Schneestürme und Kältetote in Japan. Das Wetter spielt verrückt - aber nicht so, wie die Grünen das behaupten. ...

Die Volksrepublik China meldet einen neuen Temperatur-Negativrekord. Aus Mohe, der an der Grenze zu Rußland gelegenen nördlichsten Stadt des Landes, wurde ein Temperaturrekord von minus 53 Grad gemeldet. Der bisherige Temperatur-Negativrekord des Landes aus dem Jahr 1969, der bei minus 52,3 Grad lag, wurde gebrochen.

Unfaßbare Kälte in China

Im Internet kursieren Bilder, die zeigen, wie ein rohes Ei in Sekundenschnelle auf einer Schaufel gefriert oder in die Luft gekipptes Wasser sofort zu Eis erstarrt. Schon seit dem Herbst 2022 ist es in Sibirien deutlich kälter als im langjährigen Durchschnitt. Auch in Mohe herrscht ein subpolares Klima mit einer Jahresdurchschnittstemperatur von minus drei Grad, allerdings wurden dort so extreme Temperaturen wie derzeit noch nie gemessen.

Auch Mallorca bietet in höheren Lagen das Bild eines Winter-Märchenlandes. Auf dem Puig Major, dem mit 1.445 Metern höchsten Berg des Landes, liegen stellenweise bis zu einem Meter Schnee. Noch heftiger hat es andere südeuropäische Ferienorte getroffen. In der Provinz Rimini an der Adria fielen bis zu zwei Meter Schnee. Selbst von der süditalienischen Insel Sizilien wurde Schneefall gemeldet. In der algerischen Küstenstadt Annaba wiederum schneite es erstmals wieder seit 15 Jahren.

Kältetote in Japan und Afghanistan

Klirrende Kälte und Schneestürme forderten in Japan derweil fünf Tote. Hunderte Flüge mußten gestrichen werden, zahlreiche Straßen sind derzeit nicht befahrbar. Besonders schlimm ist die Situation derzeit in Afghanistan. Die extreme Kälte von bis zu minus 34 Grad hat hier mindestens 120 Menschenleben gefordert. Außerdem sollen 70.000 Nutztiere durch die Kälte verendet sein.

Angesichts des derzeitigen bitterkalten Winters in vielen Teilen der Welt würden sich viele Menschen wohl sogar über eine Erderwärmung. Doch die politischen Profiteure des Erderwärmungs-Narrativs bereiten schon die nächste argumentative Pirouette vor. Demnach ist Kalt jetzt das neue Heiß, wie Johann Leonhard in der brandaktuellen Februar-Ausgabe des COMPACT-Magazins erklärt, die unter dem Titel "Berlin ist überall" erschienen ist. Soll hei-

Ben: Auch die derzeit herrschende Horror-Kälte in Nordamerika soll ein Ergebnis der Erderwärmung sein. ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 05/23" berichtete am 27. Januar 2023 (x1.387/...): >>**Das Netzwerk der Klima-Kleber**

Personalnot bei der Letzten Generation: Unter den Spendern für die Gehälter finden sich auch US-Milliardäre

Hinrich Rohbohm

Das Angebot klingt verlockend: "Laß uns das mal in Ruhe besprechen. Wenn alles paßt, können wir dir eine Vollzeitstelle und sogar eine Wohnung besorgen", frohlockt ein Aktivist der radikalen Klimagruppe Letzte Generation (LG), als die JF sich inkognito für eine hauptberufliche Stelle bei den Klimaklebern interessiert. Die Gruppe wirbt derzeit offensiv um Mitarbeiter für ihre Aktionen. Nachdem die anfängliche Rekrutierung neuer potentieller Saboteure verhalten angelaufen war, versuchen es die selbsternannten Klimaretter nun mit Geld. Das beschert ihnen mehr Zulauf.

Nahezu täglich finden mittlerweile bundesweit Vorträge der LG statt. Die Öko-Endzeitsekte erfreut sich zudem einer hohen medialen Aufmerksamkeit. "Das ist alles schön und gut, aber wir brauchen Leute", meint einer der Aktivisten am Rande eines Vortrags in Lüneburg, für den die Universität trotz der Fülle an Straftaten, die die Gruppierung bereits begangen hat, einen Raum zur Verfügung stellt.

Das Problem der Radikalen: Schon seit gut einem Jahr gelingt es ihnen kaum, Massen für ihren Klimakampf gegen Staat, Regierung und Kapitalismus auf die Straße zu bekommen. Jetzt soll ein fester Lohn für Aktivisten Abhilfe schaffen. Und so wirbt die kapitalismuskritische Letzte Generation mit Kapital um neue Klima-Jünger. In Lüneburg. In Göttingen. In Halle. In zahlreichen weiteren Städten. Auch in Online-Vorträgen. Stets mit dem Versprechen, für den Einsatz bezahlt werden zu können.

Das wirft Fragen auf. Etwa die, wer die finanziellen Unterstützer der Gruppe sind. Wer sorgt für die nötige Logistik, die die jungen Leute für ihre Sabotageaktionen benötigen? Und vor allem: Wer bietet ihr den dringend nötigen rechtlichen Schutz, um die Folgen vorsätzlich begangener Straftaten abzufedern?

Einige der Antworten finden sich im sonnigen Kalifornien, dort, wo 2019 der Climate Emergency Fund (CEF) gegründet wurde, der maßgeblich zur Finanzierung der LG beiträgt. Die NGO verdankt ihre millionenschweren Mittel vor allem der flippigen Öl-Erbin Aileen Getty. Die 65jährige ist die Enkeltochter des einstmals reichsten Mannes der Welt, des ehemaligen Öl-Tycoons Jean Paul Getty, sowie Tochter von John Paul Getty II, der einst die Unternehmensleitung hingeschmissen und sich einem exzessiven Partyleben mit zahlreichen Drogen verschrieben hatte.

Auch Aileen Getty hatte mit Drogenkonsum ihre Erfahrungen. Ihren zweiten Mann lernte sie in einer Entzugsklinik kennen. Die Ehe endete noch in den Flitterwochen, in denen sie mit einer Überdosis bewußtlos aufgefunden worden war.

Öl-Erbin verteilt Millionen an verschiedene "Klimaretter"

Einen Großteil ihres Erbes hat sie in den Klimaschutz gesteckt, allein 4,5 Millionen Dollar davon in den von ihr mitbegründeten Climate Emergency Fund. Der zahlt Zuschüsse an das sogenannte A22-Netzwerk, einen Verbund von Ökofanatikern, der in elf westlichen Industriestaaten Sabotageaktionen gegen staatliche Infrastruktur durchführt. Besonders die Organisation "Just Stop Oil" in Großbritannien ist mit Mitteln reichlich ausgestattet. Sie wurde von Aileen Getty bereits mit 1,1 Millionen Dollar bedacht.

Auch die Letzte Generation gehört zu A22, das sich nach ihrem Gründungsdatum im April 2022 benannt hat. Eigenen Angaben zufolge erhielt die Gruppe im vergangenen Jahr lediglich 50.000 Euro vom CEF. Doch angesichts von Spendeneinnahmen in Höhe von fast einer Mil-

lion Euro im Jahr 2022 stellt sich die Frage, ob das wirklich alles ist.

Auffällig: Obwohl das Netzwerk vorgibt, gegen die weltweite Nutzung fossiler Energien zu Felde zu ziehen, hält es sich mit Aktionen gerade in Ländern mit besonders hoher fossiler Energienutzung wie etwa China oder Rußland stark zurück. So beschränken sich ihre Kampagnen ausschließlich auf westliche Industriestaaten. Um so deutlicher tönen die Parolen, daß die Demokratie für die Bekämpfung des Klimawandels nicht mehr zeitgemäß sei.

Etwa von dem Briten Roger Hallam und der von ihm ins Leben gerufenen radikalen Klima-Gruppe Extinction Rebellion (XR), aus deren Reihen sich die Führungsgruppe der Letzten Generation maßgeblich zusammensetzt. Auch Extinction Rebellion wird vom CEF bezuschußt. Mehr noch: Mit der Schauspielerin Rowena Koenig als "Development Director" gehört eine ehemalige XR-Aktivistin zur Führungsgruppe des Funds. Aileen Getty bedachte die britische Organisation XR mit einer Spende von 500.000 Dollar.

Der CEF zahlte im vergangenen Jahr insgesamt 4,5 Millionen Dollar an 43 Klima-Gruppen. Und finanzierte das Training von weltweit 22.000 selbsternannten Aktivisten. Und damit die von ihnen verübten Straftaten.

Im Beirat des Funds vertreten ist auch Bill

McKibben, ebenfalls Unterstützer von XR und Gründer der Organisation 350.org. Während sich der CEF um die Finanzierung der radikalen Klima-Gruppen kümmert, sorgt McKibbens bereits 2008 ins Leben gerufene NGO in Funktion einer weltweit agierenden Graswurzelbewegung für die Rekrutierung neuer "Aktivisten" sowie den organisatorischen Aufbau dieser Gruppen.

McKibbens Gruppe wird unter anderem vom ehemaligen Greenpeace-Chef Kumi Naidoo unterstützt, ebenso vom einstigen IPCC-Vorsitzenden Rajendra Pachauri. Über 350.org hatte der US-Amerikaner unter anderem die Desinvestitions-Kampagne Fossil Free ins Leben gerufen, über die später die heutige Fridays-for-Future-Frontfrau Luisa Neubauer erstmals zur Klimabewegung gestoßen war. Sie hatte McKibben während eines Praktikums kennengelernt, und sei damals "schwer beeindruckt" von ihm gewesen, erzählte sie 2018 in einem Interview mit der Zeit.

Vordenker Bill McKibben beeinflusste auch Neubauer

Dem Vorstand von Fossil Free gehörte 2018 auch der schwedische XR-Aktivist Bo Thorén an. Thorén gilt als der eigentliche Erfinder der Fridays for Future-Schulstreiks, hatte Kontakt zu Greta Thunberg aufgenommen, nachdem die damals 15jährige einen Schreibwettbewerb zum Thema Umwelt der Zeitung Svenska Dagbladet gewonnen hatte.

McKibben hingegen gilt als das Hirn der radikalen Klimagruppen.

Schon 2007 publizierte er das Handbuch "Fight Global Warming Now", in dem er beschreibt, wie lokale Gruppen politischen Druck erzeugen, Aufmerksamkeit in den Medien erlangen und Veranstaltungen planen.

Ein Handbuch hat neuerdings auch die Letzte Generation parat. Mit Anleitungen und rechtlichen Tips dazu, wie ihre Aktivisten Geldstrafen, Pfändungen und Schadenersatzforderungen umgehen oder verzögern können. Ein praktischer Leitfaden zum Vereiteln von Zwangsvollstreckungen. Geschrieben wurde das Handbuch von einem anonymen Kollektiv.

Auffällig daran: Der Leitfaden basiert auf der Gesetzeslage des Jahres 2019. Da war die Letzte Generation noch gar nicht gegründet, Extinction Rebellion hingegen schon. Die Spur ihrer damaligen anonym verfaßten "Bezugsgruppenreader" führte zum Mehringhof in Berlin-Kreuzberg, einem Zentrum der linksextremen Szene.

Rechtsberatung durch die einschlägig bekannte linke Szene

Auch die letzte Seite des Handbuchs ist aufschlußreich. Dort ist ein großes A in einem Kreis eingezeichnet, das Symbol des Anarchismus. Auch auf der Internetseite black-mosquito.org wird der angebliche Leitfaden der Letzten Generation zum Herunterladen angeboten. Bei

Black Mosquito handelt es sich um einen Internetversand für linksradikales Propagandamaterial, gegen den der Staatsschutz bereits 2017 wegen Plakaten mit der Aufschrift "Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf - Weg mit dem Verbot der PKK" ermittelte.

Unter anderem bewirbt Black Mosquito regelmäßig die Aktivitäten der vom Verfassungsschutz beobachteten Roten Hilfe, die wiederum als sogenanntes Legal-Team Rechtsberatung für die Letzte Generation stellt. In Berlin-Kreuzberg verfügt die Rote Hilfe über ein Büro im besagten Mehringhof. Klar ist auch: Wer das Handbuch geschrieben hat, besitzt juristische Kenntnisse. Mit großer Wahrscheinlichkeit hat also die Rote Hilfe der Letzten Generation das Handbuch aufbereitet.

Auch die Bezahlung der LG-Mitarbeiter verläuft undurchsichtig. Die Gruppe selbst verfügt bis heute über keine Rechtsform. Statt dessen stellt ein Verein mit dem sperrigen Namen Wandelbündnis - Gesamtverband für den sozial-ökologischen Wandel e.V. mit Sitz in Berlin-Tempelhof die Arbeitsverträge für die LG-Aktivisten aus, sowohl als Minijob als auch in Teil- oder Vollzeit.

Inhaltlich verantwortlich für die Internetseiten des Vereins ist Rudolf Langer aus Würzburg, hinter dessen Postadresse sich gleich ein ganzes Netzwerk an verschiedenen Impressums-Anschriften aus der Klima-Aktivisten-Szene verbirgt. Er war bis Februar 2022 auch einer von drei Vorsitzenden des Vereins, wurde aber von der chinesisch-stämmigen Friederike Lilien Lan Abitz abgelöst.

Doch es ist die Letzte Generation, die in den sozialen Medien um Mitarbeiter wirbt. "Wir können dich bei der Deckung deiner Lebenshaltungskosten unterstützen. Du bekommst BA-FöG und brauchst nur noch etwas mehr Geld monatlich zusätzlich? Du willst in Vollzeit für die Letzte Generation arbeiten und hast keinerlei andere Einnahmequelle?

Für alles gibt es Möglichkeiten", verspricht die LG. Und weiter: "Komm zum Einstiegsabend 'Bezahlung'. Hier stellen wir vor, welche Möglichkeiten es gibt. Wenn du nach dem Abend weiterhin Interesse hast, tauschen wir uns persönlich mit dir dazu aus, was du vorhast und von uns gebrauchen kannst. Gemeinsam finden wir eine Lösung!"

Wer aber ist mit "Wir" gemeint? Die Letzte Generation kann es nicht sein, sie ist nicht rechtsfähig. Und der Wandelbündnis-Verein will offenbar nicht gemeint sein, bestreitet jeglichen Erhalt von Geldern. Womit die "Initiative gemeinnützige Bildungsarbeit zur Unterstützung der Letzten Generation" ins Spiel kommt, die wiederum dem Wandelbündnis angehört. Die Initiative erhalte einem "Transparenzbericht" der LG zufolge die Zuschüsse vom CEF und investiere das Geld "in Kooperation mit der Letzten Generation in Bildungsarbeit".

Der Transparenzbericht war für die LG offenbar notwendig, nachdem Fragen über die Finanzierung der Gruppe immer lauter erklingen waren. Insgesamt hatte der Verein vergangenes Jahr über 901.000 Euro an Spenden gesammelt. 534.000 Euro wurden für Zimmer, Material und Rechtsberatung ausgegeben. Doch wer die Spender für den größten Ausgabeposten, nämlich die Bezahlung der Unterkünfte für die Aktivist:innen in Höhe von mehr als 250.000 Euro, sind, das bleibt im Dunkeln.<<

Dr.-Ing. Bernd Fleischmann berichtete am 2. Februar 2023 über die "Treibhaustheorie" (x1.312/...): >>**Physik des Klimas - Was stimmt an der Treibhaustheorie und was nicht?**

1. Zunächst eine Liste aller Punkte, die bei der Treibhaustheorie stimmen:

Mehratomige Gasmoleküle wie Wasserdampf, Kohlendioxid (CO₂), Ozon, Methan und andere absorbieren Infrarotstrahlung und emittieren sie entsprechend ihrer Temperatur. So, das war die komplette Liste, denn alle davon abgeleiteten angeblichen Berechnungen, Projektionen und Horrorszenarien sind falsch, jedenfalls was die Interpretation durch Agendawissenschaftler und Profiteure in den Medien, der Politik und der Wirtschaft betrifft.

2. Warum die Treibhaustheorie falsch ist - Beispiel Gewächshaus

Svante Arrhenius, der "Erfinder" der Treibhaustheorie, beschrieb die Erwärmung im Gewächshaus als Folge der vom Glas der Bedachung eingefangenen und zum Boden zurückgestrahlten Infrarotstrahlung. Das ist falsch, denn ein gekipptes Fenster am Boden und eines am Dach lassen die gesamte Wärme entweichen. Der Effekt des Gewächshauses beruht darauf, daß der Luftaustausch (die Konvektion) unterbunden ist. Das Gewächshaus funktioniert auch mit Plastikfolie, wie jeder Landwirt weiß. Diese ist transparent für Infrarotstrahlung, kann also keine Infrarotstrahlung einfangen oder zurückstrahlen.

3. Warum die Treibhaustheorie falsch ist und die konvektiv-adiabatische Theorie stimmt - Beispiel Venus Die Venusatmosphäre besteht zu 97 % aus Kohlendioxid und die Temperatur am Boden beträgt 464 °C. Daraus leiten manche einen "galoppierenden Treibhauseffekt" ab, angefangen beim NASA-Wissenschaftler Carl Sagan 1960. Er hatte versucht, die Temperatur der Venus mit dem konvektiv-adiabatischen Modell zu berechnen, das Lord Kelvin und James Clerk Maxwell 100 Jahre vorher beschrieben und quantifiziert haben.

Sagan ist gescheitert, weil zu seiner Zeit die Temperatur der Atmosphäre und der Druck am Boden (92 mal so hoch wie auf der Erde) falsch geschätzt wurden. Es gab noch keine Venussonden mit genauen Messungen. Mit den richtigen Werten für die Atmosphäre ergibt sich die richtige Temperatur! Wenn das CO₂ der Venus durch eine Mischung aus Stickstoff und Sauerstoff (wie auf der Erde) ausgetauscht würde, ergäbe sich sogar eine Temperatur von über 600 °C.

Die Mär vom "galoppierenden Treibhauseffekt der Venus" beruht also auf Meßfehlern. Hätte Sagan damals Kenntnisse über die tatsächlichen Temperatur- und Druckverhältnisse der Venus gehabt, gäbe es das Postulat des "galoppierenden Treibhauseffekts" nicht, woran viele "Klimawissenschaftler" bis heute glauben.

4. Warum die Treibhaustheorie falsch ist - Beispiel Erdatmosphäre

Der Kohlendioxidanteil der Erdatmosphäre beträgt 0,04 %. Weil durch einen steigenden Kohlendioxidgehalt alleine kein großer Temperaturanstieg erfolgen kann, selbst nach den Berechnungen der Treibhaustheoretiker, werden verschiedene positive Rückkopplungen postuliert, vor allem durch Wasserdampf. Die NASA schreibt dazu (https://www.nasa.gov/topics/earth/features/vapor_warming.html):

"Zunehmender Wasserdampf führt zu wärmeren Temperaturen, wodurch mehr Wasserdampf in die Luft aufgenommen wird. Erwärmung und Wasseraufnahme nehmen in einem ständigen Kreislauf zu." Das ist falsch, denn diese Wasserdampf-Todesspirale würde bei jeder Art der Erwärmung loslaufen und nicht auf eine Temperaturzunahme durch Kohlendioxid warten. Jedes System mit insgesamt positiver Rückkopplung ist instabil, wie jeder Ingenieur weiß. Weil das Klima über lange Zeiträume stabil ist, müssen die Rückkopplungen, z.B. durch Wolkenbildung, insgesamt negativ sein.

Die unrealistischen Annahmen über positive Rückkopplungen führen dazu, daß die Wissenschaftler vom "Weltklimarat" IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) in ihrem Bericht von 2013 (AR5) vorhersagen, daß bei einer Verdoppelung des CO₂-Gehalts der Atmosphäre die globale Temperatur mit fünfundachtzigprozentiger Wahrscheinlichkeit um 1 bis 6 °C ansteigen wird. Die Bandbreite von 1 bis 6 °C ist eindeutig ein Zeichen von Nichtwissen.

5. Warum sich das Klima ändert: durch Ozeanzyklen

Kurzfristige Auswirkungen auf die globale Temperatur haben El Nino - und sein Gegenstück La Nina - und der Indische Ozean-Dipol (IOD). Starke El Ninos wie 1998 und 2016 oder der IOD von 2019 heben die Temperatur global um mehr als ein halbes Grad an. Längerfristige Auswirkungen haben die Atlantische Multidekaden-Oszillation ... und die Pazifische Dekaden-Oszillation. Beide verursachen Temperaturänderungen mit einer Periodizität von 60 bis 80 Jahren.

30 bis 40 Jahre lang wird es wärmer, so wie 1910 bis 1945 oder 1980 bis 2015, dann wird es wieder kälter, wie von 1945 bis 1980 oder die nächsten 30 Jahre. Die von der Weltwetterorganisation definierte Mittelungsperiode von 30 Jahren für das Klima ist deshalb zu kurz. Es sollten mindestens 70 Jahre sein.

6. Warum sich das Klima ändert: durch die Veränderung der Sonneneinstrahlung

Die Sonneneinstrahlung kann sich kurzfristig im Bereich von Jahrzehnten ändern. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war sie stärker als in den 8.000 Jahren zuvor (lt. Max-Planck-Institut für Sonnensystemforschung, <https://www.mpg.de/forschung/sonnenaktivitaet?c=2191>). Durch die Veränderung der Erdachsenneigung und der Erdumlaufbahn ändert sich die Bestrahlungsstärke der nördlichen Breiten. Das sind die berühmten Milanković-Zyklen (<https://de.wikipedia.org/wiki/Milankovi%C4%87-Zyklen>), die für die Abfolge von Eiszeiten und Warmphasen verantwortlich sind. Und durch Veränderungen des Sonnenmagnetfeldes ändert sich die kosmische Strahlung und damit die Wolkenbedeckung der Erde, was ebenfalls zu Temperaturänderungen führt.

7. Wo sich das Klima nicht ändert: Antarktis und andere Wüsten

In der südlichen Hemisphäre wirken sich die Ozeanzyklen weniger stark aus. Wo die Wolkenbedeckung konstant niedrig ist - also in den Wüsten - ist keine signifikante Temperaturveränderung festzustellen. Im Gegenteil, der Winter 2021 war in der Antarktis der kälteste, seit es dort Temperaturmessungen gibt. Das liegt auch an der starken Temperaturinversion über der Antarktis, was dazu führt, daß ein Anstieg des CO₂-Gehalts zu einer Abkühlung führt. Das "Schmelzen der Polkappen" ist deshalb Fake News. Tatsächlich wurde von der NASA für die Antarktis eine Zunahme der Eismasse von 100 Gigatonnen pro Jahr gemessen (<https://www.nasa.gov/feature/goddard/nasa-study-mass-gains-of-antarctic-ice-sheet-greater-than-losses>), was den mittleren Eisverlust Grönlands über die letzten Jahre fast kompensiert.

8. Anzeichen für die globale Abkühlung

Die kleinste Sommereisausdehnung in der Arktis war 2012 - vor 10 Jahren. Die Meerestemperaturen um Grönland sinken seit 2008 (<https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/33523831/>). 2021 und 2022 gab es mehr Sommereis als 2007. Die Eismasse auf Grönland wuchs in den Jahren 2017 und 2018. Die globale Temperatur hatte ihren Höchststand 2016.

9. Die Klimageschichte zeigt: Die angeblichen Kippunkte sind widerlegt und wärmer ist besser!

Wenn es auf Island 5 °C wärmer wird, dann wachsen dort Bäume statt Gletscher - so wie vor 5.000 bis 7.000 Jahren im Atlantikum, der wärmsten Phase des Holozäns (<https://tinyurl.com/veegls2>). Zu der Zeit trieben Nomaden ihre Viehherden durch die grüne Sahara (<https://de.wikipedia.org/wiki/Rinderzeit>). Höhere Temperaturen bedeuten mehr verdunstendes Wasser über den Ozeanen und in Folge dessen mehr Niederschläge. Im Atlantikum und in der Eem-Warmzeit vor 130 Tausend Jahren war es global um mehr als 2 °C wärmer als heute, ohne daß das Klima "gekippt" wäre. Die Kippunkte sind deshalb eine längst widerlegte Hypothese.

Die zu erwartende Abkühlung wird wegen der Niederschlagsreduktion katastrophale Folgen für den Sahel haben, dessen Bevölkerungszahl sich in den letzten vier Jahrzehnten in Folge der Erwärmung und Ergrünung durch die CO₂-Düngung verdreifacht hat. Dort fand Anfang der 1980er Jahre - am Ende der AMO-Abkühlungsperiode - die letzte große Klimakatastrophe statt, als eine halbe Million Menschen in Folge einer Dürre verhungerten. In jedem Winter sterben in Gegenden mit ausgeprägten Jahreszeiten wesentlich mehr Menschen als im Sommer.

10. Die mediale und politische Panikmache ist unsachlich: es gibt keine Klimakrise

Der angebliche dramatische Meeresspiegelanstieg findet nicht statt. An der deutschen Nord- und Ostseeküste steigen die Pegel mit 1 bis 2 mm pro Jahr. In der Karibik, in Australien und

vielen anderen Gebieten ebenfalls (<https://tidesandcurrents.noaa.gov/sltrends/>). Koralleninseln wachsen mit dem Meeresspiegel mit. Die meisten Inselgruppen haben in den letzten Jahrzehnten an Fläche hinzugewonnen, ebenso Bangladesch. Waldbrände haben global seit 2003 abgenommen. Tropische Wirbelstürme haben global an Energie nicht zugenommen. "Jahrhunderthochwasser" wie im Ahrtal sind Wetterphänomene, die in etwa alle hundert Jahre auftreten, zuletzt 1910 und 1804.

Die Punkte 1. bis 10. sind im Klimabuch des Autors und in der Kurzfassung detailliert beschrieben und belegt. Die Klimahysterie "ist der größte und erfolgreichste pseudowissenschaftliche Betrug" der Neuzeit (Prof. Harold Lewis)!

Dr.-Ing. Bernd Fleischmann, info@klima-wahrheiten.de, www.klima-wahrheiten.de, Stand: 2.2.2023

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 22. Februar 2023:

>>**Krank: Klima-Irre säbeln Ahorn in Berlin um**

Von *Sven Reuth*

Wer noch einen Zweifel daran gehegt haben sollte, daß die Klima-Chaoten schlicht nicht zurechnungsfähig sind, wurde nun eines Besseren belehrt: Die "Aktivisten" fällten nun einen Rotahorn vor dem Kanzleramt in Berlin. Im Dossier ...

Nicht nur Menschen werden Opfer der Öko-Terroristen der "Letzten Generation", sondern neuerdings auch Pflanzen. Vor dem Kanzleramt in Berlin sägten die Klima-Terroristen nun einen jungen Rotahorn ab; also ausgerechnet ein Lebewesen, das CO₂ absorbiert. Noch absurder geht es wirklich nicht mehr.

Größenwahn und Narzißmus

Natürlich haben sich die Klima-Chaoten auch eine pseudoschlaue Begründung für ihr kriminelles Handeln überlegt. Mit der Attacke auf den unschuldigen jungen Rotahorn wollte man zeigen, wie bedroht "wichtige Kohlenstoffspeicher für unsere Zukunft" sind. An dieser Stelle braucht man wohl niemandem mehr zu erklären, wie widersprüchlich und geradezu irre die Positionierungen der "Letzten Generation" sind.

Bewiesen haben die "Aktivisten" der Letzten Generation mit dieser Aktion wieder einmal vor allem eines: Es handelt sich um eitle Narzißten, die in ihrem Selbstermächtigungsdenken glauben, sich alles erlauben zu können. Sowohl Menschen als auch andere Lebewesen werden bewußt ins Visier genommen, um das totalitäre Ziel der Verwirklichung einer umfassenden Öko-Diktatur Realität werden zu lassen. Das man gleichzeitig selbst dazu bereit ist, in frevelhafter Weise Hand an die Natur anzulegen, macht deutlich, wie unterirdisch auch das intellektuelle Niveau dieser Truppe ist.

Einfach hängen lassen!

Es ist erkennbar notwendig, diesen Wirtköpfen in Zukunft energischer entgegenzutreten. Dabei kann man durchaus auch seitens der Ordnungsbehörden Originalität walten lassen. In der österreichischen Hauptstadt Wien beispielsweise ließ man die Klimakleber einfach ein paar Stunden mehr als nötig an einer Praterbrücke kleben. Eigentlich schade, daß sie dann doch irgendwann abgehobelt wurden, gaben sie doch durchaus ein gutes Beispiel dafür ab, wohin die linksgrüne Verblendung am Ende führt. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 27. Februar 2023: >>**Neue**

Zahlen: Wer plünderte im Ahrtal?

Von *Sven Eggers*

Während der Flutkatastrophe im Sommer 2021 kam es zu würdelosen Plünderungen im Ahrtal. Jetzt ist klar: Die Täter waren zumeist Ausländer. ...

Wer könnte die Bilder aus dem Ahrtal je vergessen?! Eine von Politik und Medien sträflich unterschätzte Hochwasser-Katastrophe verwüstete 2021 ganze Landstriche in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Die Ahr überschwemmte die Ufergebiete, der Starkregen führte zu

verheerenden Verwüstungen und Sturzfluten, die 180 Menschen in den Tod rissen.

Hunderte Fälle aktenkundig

Während Verzweifelte trauerten und dennoch einander halfen sowie bis zur Erschöpfung anpackten, kam es in diesen fürchterlichen Stunden und Tagen auch zu Plünderungen und Einbrüchen. Hunderte solcher Fälle sind aktenkundig, die Dunkelziffer enorm.

Die AfD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag hatte bereits im August des vorigen Jahres von der Landesregierung wissen wollen, wer für diese unverschämten Plünderungen und Diebstähle verantwortlich ist. Wer also sind die Täter? Erst jetzt hat der grüne Justizminister Benjamin Limbach eine Antwort vorgelegt. Und siehe da - es handelt sich zu einem Großteil um nichtdeutsche Tatverdächtige.

Der nordrhein-westfälische CDU-Fraktionsvize Gregor Golland kritisierte nach Bekanntwerden der Zahlen, es sei "schlimm, daß so viele, insbesondere offenbar ausländische Straftäter die Flutkatastrophe zur persönlichen Bereicherung genutzt haben". Er läßt sich wie folgt zitieren: "Wer so handelt, gehört hart bestraft und hat sein Gastrecht verwirkt."

Zu den Zahlen: Die Polizei registrierte insgesamt 1.057 solcher Fälle, weniger als die Hälfte konnte aufgeklärt werden. Schwerpunkt waren demnach Eigentumsdelikte, also Straftaten, die geeignet waren, die Notsituation der Bevölkerung schamlos auszunutzen. Erfasst sind zudem Unterschlagungen, Raubüberfälle und Plünderungen von Auslagen in Geschäften. Teilweise geht es auch um schwere Diebstähle in Hotels, Geldinstituten oder rund um Baustellen.

Aus der Antwort auf die AfD-Anfrage geht hervor: 632 Eigentumsdelikte sind verzeichnet. Von den 275 identifizierten Tatverdächtigen besaßen 196 keinen deutschen Paß, darunter 92 rumänische Staatsbürger, 13 Türken, zwölf Bulgaren, zwölf Serben und acht Syrer. In zwei Fällen wurden die Beschuldigten kurdisch-libanesischen Clans zugeordnet.

Abschiebungen: Keine

Bei den weiteren 425 Straftaten und 350 Tatverdächtigen geht es zumeist um Brandstiftung, Körperverletzung, Subventions- und Sozialleistungsbetrug sowie um Veruntreuungen und Umweltdelikte. Bisher wurden insgesamt 48 Personen wegen Untaten in diesem Zusammenhang verurteilt und einige Strafbefehle erteilt. Abgeschoben wurde niemand.

Auch hier zeigt sich: Deutschland versinkt im Multikulti-Chaos. ...

"Nahezu sämtliche Probleme sind hausgemacht, allen voran die Masseneinwanderung und die Überfremdung ganzer Straßenzüge, Viertel, Stadtteile. Parallelgesellschaften entwickeln sich zu Brutstätten der Kriminalität. Folgen sind Gewaltorgien wie zum Jahreswechsel, aber auch alltäglich präsenste organisierte Kriminalität und das Treiben der berüchtigten Clans."

Die Zahl der Plünderungs-Opfer im Ahrtal beziffert die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen übrigens auf 670 Personen, darüber hinaus wurden 376 Institutionen und Unternehmen geschädigt. "Der Schaden mit Bezug auf die Flutkatastrophe beträgt 1,814 Millionen Euro", heißt es in der Antwort auf die AfD-Anfrage. Die Not der Menschen für Plünderungen und Diebstähle zu mißbrauchen, sei "mit das Schädigste und Niederträchtigste, was ich mir vorstellen kann"; gibt sich SPD-Landrat Markus Ramers aus dem Kreis Euskirchen denn auch empört.

Andreas Keith von der AfD-Fraktion NRW kann es nicht fassen:

"Nicht nur schaffen die Ausländerbehörden, aufgrund fehlenden politischen Willens oder der gesetzlichen Möglichkeiten, die Diebe nach Verurteilung nicht außer Landes, sondern es gibt auch keine Bemühungen seitens der Regierung, die Schäden durch Sonderzahlungen auszugleichen."

Angeblich sei in 45 Fällen die jeweilige Abschiebung der Straftäter geprüft worden, rechtfertigt sich das zuständige NRW-Ministerium. Die rechtlichen Hürden aber seien letztlich dann doch zu hoch gewesen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 27. Februar 2023: >>>**Grüner OB Belit Onay dealt mit Klima-Terroristen**

Von *Sven Eggers*

In Hannover arbeitet der grüne Oberbürgermeister ganz ungeniert mit Durchgeknallten von Letzter Generation & Co. zusammen. Ein Tabu-Bruch? Oder ist das bereits Normalität? ...

Helfe ich euch, dann helft ihr mir...

Belit Onay, Oberbürgermeister in Hannover, geht vor Klima-Kriminellen in die Knie, setzt ihre Forderungen um - und wird dafür belohnt. Proteste der Letzten Generation werden in Hannover eingestellt. Was für ein schmutziger Deal!

Kritik an Onay

Neun-Euro-Ticket und ein Tempolimit auf Autobahnen gegen Klebe- und Schmieraktionen. So etwa läßt sich ein Polit-Deal der besonderen Art umschreiben, den der Oberbürgermeister in einem Brief den Fraktionen im Bundestag (mit Ausnahme der AfD) vorstellte. Allerdings erntet der grüne Politiker recht deutliche Kritik.

CSU-Politikerin Andrea Lindholz, Mitglied der Unionsfraktion im Bundestag, gegenüber der Welt: "Herr Onay und Bündnis 90/Die Grünen unterstützen damit eine Bewegung, die fortlaufend und bewußt Straftaten begeht, um ihre Anliegen durchzusetzen, und die in Teilen von Berufsdemonstranten getragen wird."

Friedliche Proteste seien natürlich in Ordnung, so Lindholz weiter. Aber: "Straftaten zu begehen, um ein Ziel zu erreichen, gehört ebenso wenig dazu wie Ultimaten oder Erpressungen. Dafür fehlt mir jedes Verständnis."

Manuel Höferlin, innenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion: "Erpressung ist keine Ausdrucksform legitimen Protests."

Deshalb halte er es "für naiv und gefährlich, wenn einzelne Kommunen dieser Erpressung jetzt nachgeben. Denn die nächste Eskalation folgt bestimmt."

Bildung könnte helfen!

Für die AfD-Fraktion wurde der Abgeordnete Stephan Brandner deutlich: Für ihn sei "ein schnelles Ende dieses kriminellen Unfugs vonnöten: Gute Bildung, robustes Durchgreifen und schnelle, harte Strafen sind erforderlich". Politik dürfe sich nicht erpressen oder nötigen lassen.

Belit Onay ist seit 2019 im Amt. Er wirbt offen für das Zukunftsziel einer "autofreien City". Dennoch nerven Klima-Nötiger der Letzten Generation auch in Hannover. Zuletzt bewarfen sie das Reiterstandbild von König Ernst August vor dem Hauptbahnhof mit Farbbeuteln.

Statt solche Sachbeschädigungen strafrechtlich zu verfolgen, traf sich Onay mit den Klima-Gestalten und schloß mit ihnen weitreichende Vereinbarungen. Neben Neun-Euro-Ticket und Tempolimit will er auch die Einführung eines für Klimaschutz zuständigen "Gesellschaftsrats" wohlwollend prüfen lassen. Im Gegenzug versprachen die Klebe-Fanatiker, in Hannover nicht länger Straßen zu blockieren und Denkmäler zu beschmieren.

Pikant: Zuvor hatten die Klima-Chaoten dem Oberbürgermeister ein Ultimatum gestellt. Bis zum 6. Februar habe er ihre Forderungen umzusetzen. Zunächst hatte Onay noch abgewunken: "Ultimaten und Drohungen akzeptieren wird nicht." Zwei Wochen später kam es dann ganz anders ...

Fast vollständig gebeugt

Jetzt sagt der grüne Politiker: "Mir ist es wichtig, den Protest und die Blockaden von der Straße zu holen." Selbst die Süddeutsche Zeitung staunt: "Als Konsequenz beugt sich Onay nun also fast vollständig den Forderungen der Klimaaktivisten, die seinen Brief an den Bundestag stolz einer Pressemitteilung anhängten."

Im neuen COMPACT-Spezial über Klima-Terroristen findet sich eine hochspannende Stellungnahme vom vormaligen Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maaßen, der schon im

Herbst letzten Jahres ausdrücklich vor grüner Ideologie und den Folgen warnte:

"Wenn der Mittelstand sich jetzt nicht dagegen zur Wehr setzt, wird in fünf bis zehn Jahren kaum mehr etwas davon übrig bleiben. Die Mittelständler, die werden vielleicht etwas mehr als das Bürgergeld verdienen, aber sie werden ihre Unabhängigkeit verlieren und in irgendeiner Weise vom Staat abhängig sein. Und durch die Abhängigkeiten werden sie dann gezwungen sein, sich so zu verhalten, wie die Ideologie das gerne möchte."

Klar, daß die Klima-Kriminellen nun auch anderswo ihr Glück versuchen werden und eine Einstellung ihrer Aktionen jeweiligen Regierungen oder Kommunen gegen Umsetzung diverser Forderungen aufzwingen wollen.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Christoph Ploß kritisierte den Deal von Hannover via Twitter: "Das Signal des Grünen-Politikers lautet: Wer Regeln bricht und Straftaten verübt, wird belohnt. So etwas beschädigt unsere Demokratie!"<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 1. März 2023: >>**Geo-Engineering: Klima-Schlacht über den Wolken**

Die technische Modifikation des Wetters galt noch vor wenigen Jahren als Verschwörungstheorie. Heute sind Militärs, Ministerien und sogar Privatunternehmen an den Experimenten beteiligt - und zwar hochoffiziell. ...

_ Von *Johann Leonhard*

"Wir lachen nicht mehr darüber, daß das hier teils ein Unternehmen und teils ein Kult ist", sagt Luke Iseman, Geschäftsführer der im Oktober 2022 gegründeten US-Firma Make Sunsets - auf Deutsch: Mach Sonnenuntergänge. Der Mann sieht nicht aus wie ein Wissenschaftler. Mit Irokesenschnitt und Flip-Flops erinnert er optisch eher an einen typischen Woke-Linken oder Antifa.

Im Gespräch mit der Redaktion von Technology Review, dem Medium des Massachusetts Institute of Technology (MIT), gibt Iseman zu, daß er und sein Team seit einiger Zeit "Geo-Engineering-Aktivismus" betreiben und damit gutes Geld verdienen - und zwar ohne "öffentliche Beteiligung oder wissenschaftliche Prüfung". Durch sogenannte Cooling Credits können sich Privatpersonen in das Projekt einkaufen und dabei helfen, die Erde angeblich abzukühlen.

...

Verschwörungstheorie wird Realität

Die Bundeswehr warnte schon 2012 vor solchen Aktivisten mit Gottkomplex - und zwar zu einer Zeit, als groß angelegte Operationen zur Wetterbeeinflussung im Mainstream noch als Science-Fiction abgetan wurden. In einem Dokument des Bundeswehr-Planungsbüros aus besagtem Jahr mit dem Titel "Streitkräfte, Fähigkeiten und Technologien im 21. Jahrhundert - Future Topic: Geo-Engineering" äußerten die deutschen Militärs Befürchtungen, daß Techniken des Geoengineerings "durch irrationale nicht staatliche Kräfte" eingesetzt werden könnten. Den Grund für die Proliferation sah man seinerzeit auch darin, daß solche Akteure "freien Zugang zu Informationen und Patenten" erhalten und sich dadurch selbstständig machen könnten. Genau das ist nun geschehen.

Einer dieser wild gewordenen Akteure ist ein Privatier mit besonders dickem Scheckbuch: Bill Gates. Seit vielen Jahren finanziert er zahlreiche Projekte zur vermeintlichen Bekämpfung des Klimawandels. Ende 2019 machte er ernst - der US-Sender CNBC meldete:

"Bill Gates unterstützt das erste Höhen-Experiment eines radikalen Ansatzes mit dem Namen Solar Engineering."

Der Plan: "Tausende von Flugzeugen würden in großer Höhe fliegen und Millionen Tonnen von Partikeln rund um den Planeten versprühen, um eine massive Chemiewolke zu erzeugen, die die Erdoberfläche kühlen würde." Unbeabsichtigte Auswirkungen des Experiments könnten "massive Veränderungen in regionalen Wetterereignissen und die Auslöschung des blauen Himmels" sein, wie der Sender unter Verweis auf Kritiker wie Stephen Gardiner, Moralphiloso-

soph an der Universität Washington, zu Bedenken gibt. "Die Folgen könnten schrecklich sein und massenhafte Hungersnöte, massive Fluten und Dürren einschließen, die sehr große Bevölkerungsteile betreffen." ...

Mitte Oktober 2022 berichtete CNBC: "Das Büro des Weißen Hauses für Wissenschaft und Technologie koordiniert einen auf fünf Jahre angelegten Forschungsauftrag zum Studium verschiedener Wege, wie die Menge an Sonnenlicht, die auf die Erde trifft, modifiziert werden könnte."

Zur Erprobung freigegeben seien "mehrere Arten sonnenlichtreflektierender Technologien", darunter auch die "Ausbringung von Aerosolen in der Stratosphäre, maritime Wolkenaufhellung und die Ausdünnung von Zirrus-Wolken". Es sind genau solche Wetterexperimente, die - glaubt man den sogenannten Verschwörungstheoretikern - schon seit Jahrzehnten über unseren Köpfen stattfinden, allerdings immer vehement geleugnet wurden und nun als vermeintliche Methoden im Kampf gegen den Klimawandel erneut Popularität gewinnen. ...

Den vollständigen Beitrag lesen Sie in unserer Mitte März erscheinenden Spezial-Ausgabe "Klima-Terroristen. Was sie denken - und wer sie bezahlt". Darin widerlegen wir nicht nur die Lügen der Klima-Ideologen, sondern zeigen auch, welchem Zweck der Klima-Schwindel wirklich dient, wer davon profitiert - und welche Finanziere hinter den Klima-Chaoten stecken. Eine wichtige Aufklärungsschrift genau zur rechten Zeit! ...<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 10/23" berichtete am 3. März 2023 (x1.387/...):

>>"**Ich werde die Käfer nicht essen!**"

Björn Harms

Als das Weltwirtschaftsforum vor ein paar Jahren den Verzehr von Insekten empfahl, um den Fleischkonsum der Welt zu verringern, entstand im Internet sofort eine Gegenbewegung in Meme-Format: "I will not eat the bugs!" ("Ich werde die Käfer nicht essen!"), hieß es in diversen Foren.

Mittlerweile ist das Thema auch im Mainstream angekommen, wird ganz offen propagiert. Im vergangenen Jahr verschlang etwa Hollywood-Größe Nicole Kidman vor laufender Kamera Mehlwürmer, Grillen und gebratene Heuschrecken, um dafür zu werben: "Zwei Milliarden Menschen auf der Welt essen Insekten", lächelte sie strahlend. "Und ich bin eine von ihnen!" Nachdem im Januar die Europäische Union den Verkauf von Insekten für den menschlichen Verzehr in Form von Pulver genehmigt hat, wollte nun offenbar auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk nachziehen.

Am Montag stellte Anja Reschke das "Kochstudio der Zukunft" vor, ein knapp ein Meter großes Gerät: Wer umweltbewußt leben, aber trotzdem nicht auf Fleisch verzichten wolle, dem empfahl die ARD-Moderatorin die "Insekten-Aufzuchtstation für zu Hause", um aus Mehlwürmern Eiweiß zu produzieren. Danke Frau Reschke, aber "ich werde die Käfer nicht essen!"<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 10/23" berichtete am 3. März 2023 (x1.387/...):

>>**Verfehlte Klima-Politik**

Ein Bankrott mit Ansage

Dieter Stein

Es ist das bislang namhafteste Beispiel für eine weitgehend unter dem Radar der Öffentlichkeit laufende ökonomische Katastrophe: Der deutsche Chemiegigant BASF schließt in Ludwigshafen besonders energieintensive Bereiche, darunter eine von zwei Ammoniak-Anlagen. 700 Stellen werden hierfür gestrichen. Die Produktion wird in Staaten verlagert, wo die Energie günstiger ist. Die Chemieindustrie ist neben Automobilindustrie, Maschinenbau und Elektrotechnik der Kern dessen, was Ruf, Rang und Reichtum Deutschlands als Exportnation ausmacht.

In einer neuen JF-TV-Dokumentation ("Die grüne Energiekrise) zeigen wir, daß für die Ex-

plosion der Kosten nicht der Krieg in der Ukraine, Sanktionen und die gesprengte Nordstream-Pipeline verantwortlich ist, sondern im wesentlichen eine seit Jahren systematisch fehlgeleitete Energiepolitik.

Unter der ideologisch größtenwahnsinnigen Vorgabe "klimaneutralen" Wirtschaftens in Deutschland und Europa bis 2045 werden die Energiepreise nämlich durch "CO2-Bepreisung" künstlich massiv verteuert. Gleichzeitig funktioniert das Ersetzen herkömmlicher durch erneuerbare Energieträger kaum, muß die Grundlast sogar aktuell noch stärker durch fossile Energieträger abgedeckt werden - weil gleichzeitig der Ausstieg aus der günstigen und klimaneutralen Kernenergie aus ideologischen Gründen in Deutschland erzwungen wird.

Dank "CO2-Bepreisung" gehen die Energiepreise durch die Decke. Jetzt kommt für uns das böse Erwachen.

Unsere Dokumentation zeigt, wie viele technische Neuerungen, die uns helfen würden, in Deutschland ersonnen, unter dem Diktat einer irrationalen Öko-Lobby verhindert werden: Seien es moderne Kernreaktoren (Dual Fluid), die CCS-Verpressung von CO2 im Boden, was den Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken ermöglichen würde oder das Gas-Fracking, das in Deutschland riesige Vorkommen erschließen und uns von Importen unabhängig machen würde.

Jüngste Stilblüte der absurden Energiepolitik ist das EU-Verbot von Neuwagen mit Verbrennungsmotor ab 2035 und Habecks Plan, den Neueinbau von Öl- und Gasheizungen schon ab 2024 zu verbieten. Wo soll der immer teurere Strom für Millionen neuer E-Autos und Wärmepumpen herkommen und wer soll ihn bezahlen?

Wie viele Werke müssen noch schließen, wie viele Industriezweige aus Deutschland abwandern, wie viele Leute auf der Straße stehen, bis dieser Irrweg gestoppt wird? Deutschland ist keine ökologische Avantgarde, sondern befindet sich auf einer politisch-ökonomischen Geisterfahrt. Mit Bürokratismus, Wirtschaftsfeindlichkeit und einer ideologisch verblendeten Energiepolitik verabschieden wir uns von der Weltspitze.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 10/23" berichtete am 3. März 2023 (x1.387/...):

>>**Der schlafwandlerische Gang in die Katastrophe**

Klimapolitik: Mit Milliardenschulden und EU-Importschutz gegen die industrielle Selbstzerstörung / Mit grünem Staatssozialismus die Welt retten?

Albrecht Rothacher

Die Studie "Ökonomische Evaluation klimapolitischer Instrumente am Beispiel der Chemie-, Zement- und Stahlindustrie" der Bertelsmann-Stiftung nimmt sich eines Alptraum-Themas an: Wie kann die deutsche Grundstoffindustrie überleben, wenn Deutschland und die EU bis 2045 "klimaneutral" werden sollen? Zuletzt war dies vor gut 1.800 Jahren so - mit germanischen Strohhütten rechts des Limes und römischen Landgütern (Villae rusticae) links davon. Danach brach das Frühmittelalter mit Ochsengespannen und den Köhlern als Klimasündern an.

Die Bertelsmänner nahmen sich die drei Branchen vor, die angeblich für 71 Prozent der Industrieemissionen verantwortlich sind. Klar ist, die Industrie kann den "Technikwechsel" zu wasserstoffbasierten Verfahren, wo ein Drittel der intakten Anlagen mit verschrottet werden sollen (oder nach China oder Indien verkauft werden), nicht alleine stemmen. Zudem werden die Kosten für den Emissionshandel pro Tonne CO2-Ausstoß (EU-ETS) politisch gewollt immer mehr verteuert.

So fordern die Studienautoren für die Chemie-, Zement- und Stahlbranche bis 2040 68 Milliarden als "Verpflichtigungsermächtigungen" vulgo: Staatssubventionen, die im Rahmen von Klimaschutzverträgen (CCfD) der Industrie detailliert vorschreiben, was sie zu tun und zu lassen hat. Sprich: ein grüner Staatssozialismus.

Woher das Geld für den CO2-Nullausstoß kommen soll, außer von der inflationären Druckerpresse der EZB, wenn Deutschlands industrieller Kern vom Steuerzahler zum Subventions-

empfänger mutiert, darüber schweigen sich die Studienautoren aus. Der britische Spectator nennt dies "magisches Denken": EU-Schulden auf nationale Schulden draufzusatteln sei keine Politik für geopolitische Relevanz. Es sei der Weg in den Ruin.

Der Auftakt eines Handelskriegs der EU gegen den Rest der Welt?

Ein Teil der phantastischen Milliardenausgaben soll vom geplanten CO₂-Grenzausgleich (CBAM) eingespielt werden, mit dem die EU-Industrie vor Importen aus dem Rest der Welt, der sich an die Vorgaben des rechtlich unverbindlichen Pariser Klimaabkommens nicht hält, schützen soll. Denn von Brasilien, über China, Japan, Südkorea und Indien bis zur Türkei freut man sich sehr, daß das klimahysterische Europa mit seiner Dekarbonisierung auf Öl, Gas und Kohle verzichten will:

Das verbilligt Energieimporte, ihre Produktionskosten sinken. Doch die inflationstreibenden und protektionistischen CBAM-Importzölle haben den Schönheitsfehler, daß sie den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) widersprechen, weil sie legitime Importe diskriminieren, völlig intransparent berechnet werden und damit Gegenzölle provozieren. Das wäre der Auftakt eines Handelskriegs der EU gegen den Rest der Welt. Nun hat die deutsche Chemie- und Keramikbranche Exportquoten von 65 Prozent. Bei Stahl, Papier, Nichteisenmetallen und Glas sind es 35 bis 47 Prozent, von den Endprodukten gar nicht zu reden. Zu erhöhten Produktionskosten kommen Strafzölle hinzu. Dann ist Schicht im Schacht, mit EZB-Schuldscheinen ist dem nicht beizukommen.

Jener schlafwandlerische Gang in die Katastrophe ist leider keine Fiktion. Den EU-Kandidaten auf dem Balkan, die sich nicht wehren können, werden von der EU-Kommission bereits für 2026 massive CO₂-Einfuhrzölle angedroht, weil sie ihre Stromexporte in die EU mangels Alternativen in Kohlekraftwerken erzeugen. Und wie reagiert die Industrie, die ihre Fertigungen und Aktionäre schützen muß, auf den Berlin-Brüsseler Karriere Traum vom "Tellerwäscher zum Tellerwaschenden" (Christian Ortner)?

Vorhersehbar bereitet sie ihre graduelle Auswanderung vor, indem sie neue Werke in den USA, China oder Südostasien baut, Länder mit sicherer Energieversorgung, weniger Steuern und ohne CO₂-Schikanen. So findet die groß angekündigte Batteriefertigung von Tesla nicht im brandenburgischen Grünheide statt. Ford verschwindet nach hundert Jahren aus Deutschland. Bayer verlegt seine Pharmaziesparte in die USA, BASF seine größte Zehn-Milliarden-Investition nach China.

Der Abgang der Aluminiumindustrie ("Energie in Dosen") ist nur noch eine Frage der Zeit. Und es erwischt schon ganze Zulieferstandorte: Das Werk im oberösterreichischen Steyr, das jahrzehntelang Motoren für die süddeutsche Automobilindustrie fertigte, steht nun vor der Schließung.

Insofern braucht die Ukraine, so sie denn wirklich nach einem Frieden noch in die EU will, ihre gefluteten Kohlegruben im Donbass und das verwüstete Stahlwerk von Mariupol nicht mehr aufzubauen, denn mit Solarpanelen und Windradparks ist auch dort der Industriestandort in der CO₂-neutralen EU nicht zu retten.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. März 2023: >>**Frankfurt/Main: Roter Teppich für Klima-Chaoten**

Von *Daniell Pföhringer*

Verdi-Streiks und Klima-Demos haben heute schon in vielen Städten der Republik für Verkehrschaos gesorgt. Doch was jetzt in der Mainmetropole Frankfurt genehmigt wurde, schlägt dem Faß den Boden aus. Was die Öko-Chaoten wirklich wollen, welche falschen Thesen sie verbreiten, wer ihre Vordenker sind und wer sie finanziert, haben wir in unserer neuen Spezial-Ausgabe "Klima-Terroristen" zusammengetragen. ...

Erst heute kam es zu Warnstreiks im ÖPNV und Demos der Klima-Kids von Fridays for Future in mehreren Städten, auch in Frankfurt am Main. Doch in der hessischen Großstadt dürfte

auch der morgige Samstag für Auto- und Busfahrer in Frankfurt am Main nicht gerade vergnügungssteuerpflichtig werden: Sogenannte Aktivisten des Bündnisses Wald statt Asphalt haben eine Demo der besonderen Art angekündigt. Sie wollen sich von einer Brücke über die A 648 im Frankfurter Stadtteil Bockenheim abseilen, um gegen den dortigen Autobahnausbau zu protestieren.

Komplett irre: Obwohl die Aktion der Klimaterroristen nicht gerade ungefährlich ist, die Autobahn für den Zeitraum extra gesperrt und der Samstagmittag-Verkehr umgeleitet werden muß, kann die Stadt das Treiben nicht untersagen. "Uns sind die Hände gebunden. Das Verwaltungsgericht Frankfurt hat im vergangenen Jahr entschieden, daß eine derartige Abseil-Aktion rechtmäßig ist und im Rahmen einer angemeldeten Demonstration erlaubt ist", zitiert die Bild-Zeitung die zuständige Sicherheitsdezernentin Annette Rinn (FDP).

Das Verwaltungsgericht rechtfertigte seine Entscheidung 2022 mit der Begründung, daß Abseilen von Autobahnbrücken als politische Demonstration erlaubt sei, wenn dadurch keine "unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit entsteht". Eine, gelinde gesagt, erstaunliche Einschätzung der Lage ...

Ursprünglich hatten die Klima-Chaoten geplant, sich von einer Brücke über der A5 abzuseilen. Nach einem Kooperationsgespräch mit dem Ordnungsamt, hätten die Mitglieder von Wald statt Asphalt jedoch umdisponiert, berichtet die Frankfurter Neue Presse. Die Aktion steht unter dem Motto "Ausbaubeschleunigung stoppen, Moratorium des Bundesverkehrswegeplans, Autobahnbau in FFM stoppen". Darüber hinaus plant das Bündnis einen Demonstrationzug vom S-Bahnhof in Frankfurt-Rödelheim ... (bis nach) Bockenheim.

Zum Selbstverständnis schreibt die Gruppe Wald statt Asphalt auf ihrer Website: "Unser Bündnis hat sich ursprünglich gegründet, um die Proteste gegen die A49 und für den Erhalt des Dannenröder Waldes zu unterstützen. Heute fördern wir Austausch und Vernetzung der vielfältigen Akteure der Klimagerechtigkeitsbewegung, die sich gemeinsam mit uns entschlossen gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen durch die fortschreitende Versiegelung natürlicher Flächen einsetzen."

Neben Abseilaktionen und Baumbesetzungen führt das Bündnis immer wieder Straßenblockaden durch. Zu den Unterstützern der Gruppe zählen Organisationen aus dem gesamten Spektrum der Klimaterroristen, unter anderem Extinction Rebellion Dresden, Extinction Rebellion Mannheim, Fridays for Future Stuttgart, Robin Wood Hamburg/Lüneburg, Ende Gelände Hannover, Ende Gelände FFM, Students for Climate Justice oder Aktionstreffen Klimakampf Regensburg.

Straßen blockieren, Gemälde beschmieren, Polizisten mit Mollis und Steinen traktieren - sind die Klima-Chaoten völlig durchgeknallt? Ja! Und es wird noch alles viel schlimmer ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. März 2023: >>**Windkraft: Eine Lizenz zum Töten der Wildtiere**

Von *Sven Reuth*

Heute vor 50 Jahren wurde das Washingtoner Artenschutzabkommen unterzeichnet, mit dem große Hoffnungen für die Erhaltung der Tier- und Pflanzenwelt verbunden waren. Heute wird die Klima-Religion zur Bedrohung für immer mehr Arten. ...

Der Ausbau der Windenergie soll in Deutschland künftig ohne Rücksicht auf Verluste vorangetrieben werden, obwohl gerade diese Stromerzeugungsart viele Schattenseiten aufweist. Das fängt mit der Landschaftsverhandlung durch immer höhere und größere Windräder an, deren Bau zu einem enormen Flächenfraß führt, und hört mit dem schlimmen Aderlaß auf, den die Tierwelt zu tragen hat.

Dennoch hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) im April vergangenen Jahres sein "Osterpaket" durchgebracht, daß auch zahlreiche Verfahrensvereinfachungen für die Errichtung von Windrädern an Land vorsieht, durch die besonders viele Vögel und Insekten ge-

fährdet werden. Doch der Artenschutz soll in Deutschland solche Projekte künftig nicht mehr stoppen können.

Schon jetzt jährlich mehr als 12.000 tote Greifvögel

Die Folgen sind verheerend: So fallen den Windrädern nach Angaben der Deutschen Wildtierstiftung pro Jahr mehr als 12.000 Greifvögel zum Opfer, Arten wie der Rote Milan und der Schreiadler könnten deshalb in Deutschland bald ausgestorben sein. Schlimm steht es auch um die Fledermäuse. Hier liegen Schätzungen bei 240.000 pro Jahr getöteten Exemplaren, denn der Luftdruck, den die Anlagen erzeugen, bringt die Lungen der Tiere zum Platzen.

Eine Analyse des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) aus dem Jahr 2019 begründet den Verdacht, daß auch das Insektensterben etwas mit der Windstromerzeugung zu tun haben könnte, der jährliche Aderlaß soll hier bei rund einer Billion Fluginsekten liegen. Diese erhalten bekanntlich auch einen Großteil der Pflanzenwelt und sind deshalb unerlässlich zur Sicherung unserer natürlichen Grundlagen. Wenn es um die heilige Kuh Windenergie steht, dann wollen die grünen Jakobiner aber plötzlich weder etwas von Technikfolgenabschätzung noch von Artenschutz wissen.

Die Demontage des Artenschutzes und seine Opferung auf dem Altar der Klima-Religion begann schon zu Zeiten der GroKo unter dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU). Er legte schon vor drei Jahren einen 18 Punkte umfassenden Arbeitsplan vor, der insbesondere die Streichung artenschutzrechtlicher Vorgaben vorsah, um so die Rechtssicherheit der Windenergiebetreiber beim Bau neuer Anlagen zu erhöhen.

Die 2020 verabschiedete Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) machte den Weg frei für den Bau energiepolitischer Großprojekte, bei denen auf den Artenschutz keine Rücksicht genommen werden muß. Laut Gernot Engel, einem Energierecht-Experten der Kanzlei Luther, handelte es sich sogar "um einen energiepolitischen Wendepunkt". Bei künftigen Ermessensentscheidungen über den Ausbau großer Ökostrom-Projekte könnte den Richtern künftig nämlich mit dem Verweis auf die "öffentliche Sicherheit" jeder Handlungsspielraum fehlen.

Die Lizenz zum Töten

Und Harry Neumann, Bundesvorsitzender der Naturschutz Initiative (NI), äußerte damals mit Blick auf die Gesetzesänderung: "Offensichtlich will die Bundesregierung der Windindustrie eine Art 'Lizenz zum Töten' verschaffen, wenn es darum geht, den Schutz streng geschützter Wildtiere auszuhebeln, die den Profitinteressen der Windlobby entgegen stehen. Eine Lex Windenergie lehnen wir daher entschieden ab. Wir würden diese Gesetzesänderung auch nicht klaglos hinnehmen."

Zu den Leidtragenden der diversen Gesetzesänderung, in denen die Bedeutung des Artenschutzes permanent herabgestuft wurde, gehören aber nicht nur Tiere, die an Land leben, sondern auch die Tierwelt der Nord- und Ostsee zählen. Deutschland plant in der Ausschließlichen Wirtschaftszone der Nord- und Ostsee den Bau von 2.000 bis 3.000 weiteren Windkraftanlagen. Damit soll die Offshore-Windenergiekapazität in dem deutschen Seegebiet bis 2030 fast verdreifacht und von diesem Stand aus bis 2040 nochmals verdoppelt werden.

Weißer Flecken, die nicht genutzt werden, gibt es in der deutschen Nord- und Ostsee damit praktisch nicht mehr. Seevögel wie die Trottellumme, die Dreizehenmöve, der Stern- und der Prachtttaucher dürften damit sehenden Auges dem Aussterben ausgeliefert werden, denn gegen die geplanten Monster-Windräder mit Rotorblättern von 85 Metern Länge haben sie schlicht keine Chance.

Wenn alle Ausbaupläne für die Windkraft tatsächlich umgesetzt werden, dann dürfte die nächste Generation an Kindern in Deutschland wohl aufwachsen, ohne je einen Greifvogel in der freien Natur beobachtet zu haben. Eine weitere Zerstörung ihrer knappen Lebensräume insbesondere in den auch von den Windkraftanlagenbetreibern besonders begehrten Mittelge-

birgslagen werden diese Tiere nämlich wohl nicht mehr überleben.

Die dystopische Vision einer Welt ohne Vögel, die die Biologin Rachel Carson in ihrem 1962 erschienenen Buch *Silent Spring* ausmalte, droht nun zumindest in Teilen Wirklichkeit zu werden - aber ausgerechnet im Namen einer neuen Öko-Diktatur, die in den sechziger Jahren noch unvorstellbar war.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 4. März 2023: >>**Klima-Terroristen beschmieren Grundgesetz-Skulptur**

Von *Daniell Pföhringer*

Die Letzte Generation hat wieder zugeschlagen: Diesmal hat es die Glasskulptur "Grundgesetz 49" nahe dem Bundestagsgebäude erwischt. Die Polizei bestätigte inzwischen, daß "sechs Personen die Gedenkstätte mit einer Flüssigkeit beschmiert oder übergossen und auch beklebt" hätten. In einer Art Bekennervideo auf Twitter ist zu sehen, wie die Klimaterroristen aus 10-Liter-Eimern eine dunkle Flüssigkeit auf die Glaswände des Denkmals kippen. Auf einem der Plakate steht: "Erdöl oder Grundrechte". Begleitet wurde die Aktion von einem erstaunlichen Medieninteresse.

Straßen blockieren, Gemälde beschmieren, Polizisten mit Mollis und Steinen traktieren - sind die Klima-Chaoten völlig durchgeknallt? Ja! Und es wird noch alles viel schlimmer... Was die sogenannten Aktivisten von Letzte Generation & Co. im Schilde führen, mit welchen Lügen sie hausieren gehen - und woher die Kohle dafür kommt, haben wir in unserer neuen Spezial-Ausgabe "Klima-Terroristen. Was sie denken - und wer sie bezahlt" ausführlich dokumentiert. Die ultimative Abrechnung mit der Klima-Ideologie und ihren Sturmtruppen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 6. März 2023: >>**Kinderarbeit: Kein Thema für die Klima-Terroristen**

Wohlhabende Länder, die Ökostrom vorschreiben, fördern die Grausamkeiten an den Menschen in den Entwicklungsländern! Doch das ist den deutschen Klima-Terroristen egal. In unserem Spezial Klima-Terroristen: Was Sie denken, wer sie bezahlt zeigen wir Ihnen, die Hintermänner des Klima-Terrors und das, was sie wirklich denken und wollen. ...

_ Von *Ronald Stein*

Der herrschenden Klasse, der Machtelite und den Medien mangelt es an Energiekompetenz, was der Grund dafür sein könnte, daß sie Gespräche über die häßliche Seite der "grünen" Mandate und Subventionen vermeiden. Bevor irgend jemand in Washington beschließt, Windturbinen, Solarzellen oder ein Elektroauto anzuschaffen, sollte er das für den Pulitzer-Preis nominierte Buch *Clean Energy Exploitations* lesen und selbst entscheiden, ob er die Greuelthaten an der Menschheit und die Umweltzerstörung bei Menschen mit gelber, brauner und schwarzer Hautfarbe in Entwicklungsländern finanziell unterstützen will, damit die reichen Länder grün werden können.

Unglaublich teure Transformation

Reichtum ohne ethische oder moralische Standards für die weniger Begüterten kann für die billige Arbeitskraft der Wegwerfarbeiter gefährlich und tödlich sein. Wir haben die Auswirkungen auf die verfügbaren Arbeitskräfte gesehen, als Katar innerhalb eines Jahrzehnts sieben neue Stadien bauen mußte, um für die Fußballweltmeisterschaft 2022 gerüstet zu sein.

Die Fußballweltmeisterschaft in Katar wurde im vergangenen Jahr durchgeführt, aber die "akzeptable" Zahl von mehr als 6.500 Wanderarbeitern, die zwischen 2011 und 2020 beim Bau der WM-Infrastruktur mit billigen Wegwerf-Arbeitskräften ums Leben kamen, wird bei Zuschauern und Teilnehmern viele Fragen über unsere ethischen und moralischen Überzeugungen aufwerfen, die sich aus der schrecklichen Zahl ergeben.

Der Übergang zur Stromerzeugung aus Wind und Sonne hat sich für die wohlhabenden Länder Deutschland, Australien, Großbritannien und die USA, die 6 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren (508 Millionen gegenüber 8 Milliarden), als äußerst kostspielig erwiesen. Diese

reichen Länder haben nun mit die höchsten Kosten für ihren Strom, während in den ärmeren Entwicklungsländern, die derzeit keine aus Erdöl hergestellten Produkte des 20. Jahrhunderts verwenden, jedes Jahr viel Kinder sterben, weil die in den reichen Ländern verwendeten Produkte aus fossilen Brennstoffen nicht verfügbar sind.

Wenn wir einen Blick über die wenigen wohlhabenden Länder hinaus werfen, sehen wir, daß mindestens 80 Prozent der Menschheit, d.h. mehr als sechs Milliarden Menschen auf dieser Welt, mit weniger als 10 Dollar pro Tag auskommen müssen, und daß Milliarden von Menschen, die nur wenig oder gar keinen Zugang zu Elektrizität haben, von Politikern mit den teuersten Methoden zur Erzeugung von intermittierendem Strom versorgt werden.

Die Energiearmut gehört zu den schlimmsten Krisen des 21. Jahrhunderts, über die jedoch am wenigsten gesprochen wird. Wir sollten Energie nicht als selbstverständlich ansehen. Wohlhabende Länder mögen in der Lage sein, teuren Strom und Brennstoffe zu ertragen, aber nicht diejenigen, die es sich am wenigsten leisten können, in "Energiearmut" zu leben.

Die Ausbeutung der Ärmsten

Vor Jahrzehnten waren es die Sweatshops in der Textilindustrie, die das Interesse aller an der Menschheit weckten, aber heute ist es die "grüne" Bewegung, die von ärmeren Entwicklungsländern dominiert wird, die nach den exotischen Mineralien und Metallen schürfen, die die reichen Länder unterstützen, die um jeden Preis grün werden wollen.

Heute wissen die reichen Länder, daß es in den Entwicklungsländern so gut wie keine Umwelt- und Arbeitsgesetze gibt, was diesen Ländern unbegrenzte Möglichkeiten gibt, Menschen mit gelber, brauner und schwarzer Hautfarbe auszubeuten und die Umwelt in ihren Landschaften zu verschandeln.

In einem aktuellen Bericht der Internationalen Energieagentur (IEA) heißt es: "Ein typisches Elektroauto benötigt sechsmal so viele Mineralien wie ein herkömmliches Auto, und ein Onshore-Windkraftwerk benötigt neunmal mehr Mineralien als ein Gaskraftwerk."

Lithium-Dreieck und Kongo-Kobalt

Lithium: Mehr als die Hälfte der weltweiten Lithiumreserven befindet sich in drei südamerikanischen Ländern, die an die Anden grenzen: Chile, Argentinien und Bolivien. Diese Länder werden zusammen als "Lithium-Dreieck" bezeichnet.

Kobalt: In der Demokratischen Republik Kongo (DRK) werden 70 Prozent des weltweiten Kobalts gefördert. Während es an Umweltproblemen beim Kobaltabbau nicht mangelt, liegt das Hauptproblem hier bei den Menschenrechten: gefährliche Arbeitsbedingungen und Kinderarbeit. Kobalt ist ein giftiges Metall. Eine längere Exposition und das Einatmen von Kobaltstaub kann zu Gesundheitsproblemen an Augen, Haut und Lunge führen.

Nickel: Ein Hauptbestandteil von Elektroauto-Batterien, der in den Regenwäldern Indonesiens und der Philippinen direkt unter der Erdkruste vorkommt. Daher wird das Nickel im horizontalen Tagebau gewonnen, was zu einer umfassenden Umweltzerstörung führt: Abholzung der Wälder und Abtragung der obersten Bodenschicht.

Kupfer: Chile ist der führende Kupferproduzent der Welt. Der Großteil des chilenischen Kupfers wird im Tagebau abgebaut. Diese Art des Abbaus wirkt sich negativ auf die Vegetation, den Mutterboden, die Lebensräume der Tierwelt und das Grundwasser aus. Die nächsten drei großen Kupferproduzenten sind Peru, China und wiederum die berüchtigte Demokratische Republik Kongo.

Blut-Mineralien statt Blut-Diamanten

Ohne moralische oder ethische Bedenken gegenüber den entbehrlichen Arbeitskräften fördern die wohlhabenden Länder weiterhin Subventionen für die Anschaffung von Elektrofahrzeugen und den Bau von Wind- und Solaranlagen. Diese Subventionen bieten den Entwicklungsländern, die diese "grünen" Materialien abbauen, finanzielle Anreize, um die Ausbeutung der armen Bevölkerung und die Umweltzerstörung in ihren Landschaften fortzusetzen. Kann man

diese Subventionen den Ausgebeuteten gegenüber als ethisch, moralisch und sozial verantwortlich einstufen?

Viele von uns hatten die Gelegenheit, den Film "Blood Diamonds" von 2006 mit Leonardo DiCaprio in der Hauptrolle zu sehen, der viele der ähnlichen Grausamkeiten schildert, die jetzt auf der Suche nach den "Blutmineralien" geschehen, d.h. nach jenen exotischen Mineralien und Metallen, die die "grüne" Bewegung in den reichen Ländern unterstützen, die weiterhin die Umweltzerstörung in den Landschaften der Entwicklungsländer fördern und den Bürgern mit gelb-, braun- und schwarzhäutigen Arbeitern, die für die grüne Bewegung der wenigen reichen Nationen ausgebeutet werden, Grausamkeiten auferlegen.

Vor ein paar Jahren, im Jahr 2021, war ich Mitautor des für den Pulitzer-Preis nominierten Buches Clean Energy Exploitations - Helping Citizens Understand the Environmental and Humanity Abuses That Support Clean Energy.

Kinderarbeit und Naturzerstörung

Das Buch leistet hervorragende Arbeit bei der Erörterung der mangelnden Transparenz der Auswirkungen der grünen Bewegung auf die Ausbeutung der Menschheit in den Entwicklungsländern, in denen die exotischen Mineralien und Metalle abgebaut werden, die zur Herstellung der für die Speicherung "grüner Energie" benötigten Batterien unabdingbar sind. In diesen Entwicklungsländern wird in diesen Bergbaubetrieben Kinderarbeit ausgebeutet, und sie sind verantwortlich für die schlimmsten Menschenrechtsverletzungen an gefährdeten Bevölkerungs-Minderheiten. Außerdem zerstören diese Betriebe durch die Umweltzerstörung direkt den Planeten.

Jeder Einzelne sollte seine Energiekompetenz verbessern und wissen, wo und wie Lithium, Kobalt, Nickel, Kupfer usw. abgebaut werden und welche Greuelthaten an der Menschheit und Umweltzerstörung in den Entwicklungsländern mit gelber, brauner und schwarzer Hautfarbe begangen werden. Mit diesem Wissen über die Lieferkette dieser "Blutmineralien", die benötigt werden, um die Mandate und Subventionen der reichen Länder für Ökostrom zu unterstützen, können sie dann ihre eigene Entscheidung treffen, ob sie diese Ausbeutungsgreuel finanziell unterstützen wollen oder nicht.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf eike-klima-energie.eu.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.12.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x363/79) = Geheime Mächte. Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30, Seite 79.

x363	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte</u> . Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.
------	--

Internet

x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.015	https://www.hallo-meinung.de/wie-das-wetter-so-wird-in-unserm-klima-vol-i/ - August 2021
x1.048	https://www.gegenwind-saarland.de/Klimawandel/171009-KONJUNKTION---Wie-die-grossen-Oelfirmen-die-Umweltschutzbewegung-erschufen--mrkd.pdf - Januar 2022
x1.049	https://www.kla.tv - Februar 2022
x1.074	https://eike-klima-energie.eu/2021/08/22/klimawahn-und-covid-19-als-vorwand-fuer-totalitaere-herrschaft-papst-benedikt-xvi-hatte-vor-10-jahren-leider-recht/ - März 2022
x1.078	https://eike-klima-energie.eu/2021/12/05/bestialische-gruene-ideologie-auf-dem-klimagipfel-cop26/ - März 2022
x1.079	https://eike-klima-energie.eu/2021/10/02/wie-es-zum-ipcc-kam-die-geburt-einer-genialen-idee/ - März 2022
x1.150	https://www.kla.tv - August 2022
x1.181	https://unser-mittleuropa.com/niederlande-im-great-reset-modus-zwangsenteignung-von-3-000-farmen-um-klimaziele-zu-erreichen/ - Dezember 2022
x1.195	https://unser-mittleuropa.com/demnaechst-auch-milliarden-fuer-zahlreiche-

	staaten-warum-deutschland-klima-reparationen-zahlen-soll/ - Dezember 2022
x1.239	https://www.rubikon.news/artikel/die-schlacht-ums-essen - Dezember 2022
x1.248	https://www.rubikon.news/artikel/das-ende-der-bauern - Dezember 2022
x1.251	https://www.kla.tv - Januar 2023
x1.312	file:///C:/Users/Admin/Downloads/Was%20stimmt%20an%20der%20Treibhaus- theorie%20und%20was%20nicht%2020230202.pdf - Juni 2023
x1.387	https://jungfreiheit.de/archiv/ - Juli 2024